Bundesministerium
des Innern

Verfassungsschutzbericht 2013

Vorwort des Bundesministers des Innern Dr. Thomas de Maizière, MdB

Der Verfassungsschutzbericht 2013 informiert über Art und Umfang verfassungsfeindlicher Entwicklungen in unserem Land sowie über Organisationen und Gruppierungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Der Bericht zeigt, welche große Bandbreite von Herausforderungen der Verfassungsschutz aktuell zu bewältigen hat.

Die Bedrohung der Sicherheit durch Rechtsextremisten dauert an. Im Jahr 2013 versuchten Rechtsextremisten, Ängste und Vorurteile gegenüber Asylsuchenden zu schüren und waren besonders in Orten mit geplanten Asylbewerberheimen aktiv. Ihr Ziel war es, Proteste der Bevölkerung gegen diese Heime zu radikalisieren und für ihre Zwecke zu nutzen. Dabei traten sie sowohl offen als Initiator von Demonstrationen als auch durch die verschleierte Teilnahme an Veranstaltungen von Bürgerinitiativen in Erscheinung. Weiterhin ist eine heterogene Entwicklung der rechtsextremistischen Szene zu beobachten: Einerseits gibt es einen Trend weg von festgefügten Organisationen hin zu informellen Formen des Zusammenwirkens, besonders über das Internet. Andererseits nutzt die Szene unter Rückgriff auf das Parteienprivileg des Grundgesetzes die Möglichkeit von Parteigründungen als Auffangbecken für verbotene Vereinigungen. Diese strukturellen Veränderungen verlangen nicht nur die besondere Aufmerksamkeit und Analyse des Verfassungsschutzes, sondern auch eine erhöhte Flexibilität bei der Auswahl geeigneter Bekämpfungsmaßnahmen.

Auch wenn die Beobachtung und Analyse der Aktivitäten rechter Extremisten in der Arbeit des Verfassungsschutzes einen großen Raum einnimmt, darf die erhebliche Gefährdung durch islamistisch-terroristische Bestrebungen nicht aus dem

Blick geraten. Deutschland und deutsche Sicherheitsinteressen im Ausland stehen unverändert im unmittelbaren Zielspektrum von „al-Qaida“ und anderen, oftmals mit ihr verbundenen Gruppierungen des internationalen Terrorismus. Zunehmend stellen organisationsungebundene, fanatisierte Einzeltäter die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Der „Jihad“-Schauplatz Syrien zog im Jahr 2013 auch zahlreiche Personen aus Deutschland an. Die ausführliche Berichterstattung in den Medien trägt zu einer stärkeren öffentlichen Wahrnehmung der Gefahr bei, die von der Radikalisierung zumeist junger Menschen ausgeht. Diese erhöhte Sensibilität ist der notwendige Anfang, derlei Prozesse bereits gesellschaftlich aufzufangen und aufzuhalten, bevor sie Gegenstand der Arbeit der Sicherheitsbehörden werden.

Anlass zur Sorge gibt die teilweise niedrige Hemmschwelle, Gewalt auszuüben, die namentlich vor allem bei linksextremistischen Akteuren zu beobachten ist. Insbesondere Polizisten sind immer wieder Zielscheibe linksextremistischer Gewalt. Damit gehen auch Angriffe auf Liegenschaften und andere Sachwerte der Sicherheitsbehörden sowie der Bundeswehr einher. Immense Schäden für die öffentliche Hand – und damit für die Allgemeinheit – werden dabei wissentlich in Kauf genommen. Insgesamt ist ein deutlicher Anstieg linksextremistisch motivierter Gewalttaten festzustellen.

Der Verfassungsschutz priorisiert seine Ressourcen gezielt zur Aufklärung gewaltorientierter Gruppen und Personen. Diese Priorisierung ist ein wichtiges Element der Reform des Verfassungsschutzes: Der Verfassungsschutz als unser Frühwarnsystem muss dabei gerade die besonders gefährlichen Bestrebungen intensiv in den Blick nehmen.

Zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes gehört auch eine Stärkung der Spionageabwehr. Globalisierung, Digitalisierung und geopolitische Veränderungen erfordern personelle, organisatorische und technische Veränderungen. Dabei ist der Ausbau der Kompetenzen des Verfassungsschutzes im Bereich der Cyberspionageabwehr hervorzuheben. Wirksame Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz tragen wesentlich zur Sicherung nationaler Souveränität und des Wirtschaftsstandortes Deutschland bei.

Mit der umfassenden Binnenreform des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurden die Grundlagen eines schlagkräftig arbeitenden und zukunftsorientierten Verfassungsschutzes gelegt. Durch die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses erhält diese Reform besonderen politischen Nachdruck. Die Prüfung des damit verbundenen Handlungsbedarfs erfährt im Ministerium weiterhin hohe Priorität.

Im Zentrum steht eine effizientere Abstimmung und Arbeitsteilung im Verfassungsschutzverbund und die Nutzung zeitgemäßer informationstechnischer Anwendungen. Die Zusammenführung und Analyse von Informationen soll zentralisiert und weiter verbessert werden. Damit dies gelingt, wird das Bundesamt für Verfassungsschutz als Zentralstelle weiter ausgebaut. Das Bundesministerium des Innern bereitet hierzu eine Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vor.

Mit diesem umfassenden Reformprozess stellen wir die Weichen, damit der Verfassungsschutz auch unter neuen Anforderungen seine Aufgaben vollumfänglich erfüllen kann.

Dr. Thomas de Maizière, MdB
Bundesminister des lnnern

Inhaltsverzeichnis

Strukturdaten

I. Strukturdaten gemäß § 16 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz 13
1. Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) 13
2. Militärischer Abschirmdienst (MAD) 13

II. Weitere Strukturdaten 13

Verfassungsschutz und Demokratie

I. Verfassungsschutz im Grundgesetz 16
II. Verfassungsschutzbehörden – Aufgaben und Befugnisse 17
III. Reformprozess des Verfassungsschutzes 20
IV. Kontrolle des Verfassungsschutzes 23
V. Verfassungsschutzbericht 24
VI. Verfassungsschutz durch Aufklärung 25
VII. Übersicht über Verbotsmaßnahmen des BMI gegen extremistische Bestrebungen im Zeitraum Januar 1990 bis Dezember 2013 30

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

I. Definitionssystem PMK 35
II. Politisch motivierte Kriminalität (PMK) 36
Gesamtüberblick 36
III. Politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund in den einzelnen Phänomenbereichen 37
1. Rechtsextremistisch motivierte Straftaten 37
1.1 Zielrichtungen der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten 38
1.1.1 Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund 40
1.1.2 Gewalttaten von Rechtsextremisten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten 41
1.2 Verteilung der Gewalttaten auf die Länder 42

2.	Linksextremistisch motivierte Straftaten	43
2.1	Zielrichtungen der linksextremistisch motivierten Gewalttaten	44
2.1.1	Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten	45
2.2	Verteilung der Gewalttaten auf die Länder	45
3.	Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“	47
3.1	Verteilung der Gewalttaten auf die Länder	48

Bedeutung des Internets für extremistische Bestrebungen

Rechtsextremismus

I.	**Überblick**	**62**
1.	Entwicklungstendenzen	62
2.	Rechtsextremistisches Personenpotenzial	68
II.	**Gewaltbereitschaft in der rechtsextremistischen Szene**	**71**
1.	Rechtsextremistisches Gewaltpotenzial	71
2.	Rechtsterrorismus	76
3.	Rechtsextremistisches Personenpotenzial mit überwiegender Gewaltbereitschaft	80
3.1	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	80
3.2	Neonazistische Strukturen	83
III.	**Parteien**	**91**
1.	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	91
1.1	Aktuelle Entwicklungen	91
1.2	Ideologische Merkmale	94
1.3	Strategische Ansätze	101
1.4	Unterorganisationen	103
2.	„DIE RECHTE“	107
3.	„Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“)	111
IV.	**Ausgewählte rechtsextremistische Agitationsmethoden und Aktionsfelder**	**117**
1.	Agitationsmethoden	117
2.	Aktionsfelder	119
2.1	Fremden- und Islamfeindlichkeit	119
2.2	Antisemitismus	124
2.3	Instrumentalisierung gesellschaftlich relevanter Themen	130

Linksextremismus

I.	**Überblick**		**136**
	1.	Entwicklungstendenzen	136
	2.	Organisationen und Personenpotenzial	139
II.	**Gewaltbereitschaft in der linksextremistischen Szene**		**141**
	1.	Autonome	141
	1.1	Selbstverständnis	141
	1.2	Konfrontative Gewalt	145
	2.	Festere organisatorische Strukturen	147
	2.1	„Interventionistische Linke“ (IL)	147
	2.2	„AVANTI – Projekt undogmatische Linke“ (AVANTI)	149
	3.	Aktionsfelder	151
	3.1	„Antirepression“	151
	3.2	„Antimilitarismus“	156
	3.3	„Antifaschismus“	158
	3.4	„Antigentrifizierung“ („Kampf um Freiräume“/„Kampf um die Stadt“)	162
	3.5	„Antirassismus“	166
	3.6	Internationalismus	168
	4.	Objektbezogene Anschläge	170
III.	**Parteien und sonstige Gruppierungen**		**173**
	1.	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und Umfeld	173
	1.1	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	173
	1.2	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	174
	2.	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	176
	3.	„GegenStandpunkt“ (GSP)	178
	4.	Trotzkisten	179
	5.	„Offen extremistische Strukturen“ in der Partei DIE LINKE	180
	5.1	„Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE“ (KPF)	181
	5.2	„Sozialistische Linke“ (SL)	181
	5.3	„Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“ (Cuba Sí)	182
	5.4	„Antikapitalistische Linke“ (AKL)	182
	5.5	„Marxistisches Forum“ (MF)	183
	5.6	„Geraer/Sozialistischer Dialog in der Partei DIE LINKE“ (GSoD)	184
	5.7	„Marx21“	185
	6.	„Rote Hilfe e.V.“ (RH)	186
IV.	**Linksextremistische Verbreitungsstrukturen**		**189**

Islamismus/islamistischer Terrorismus

I.	**Überblick**		**192**
	1.	Entwicklungstendenzen	193
	2.	Staatliche Maßnahmen	202
	3.	Organisationen und Personenpotenzial	205
II.	**Internationaler islamistischer Terrorismus**		**207**
	1.	„Al-Qaida“ („Die Basis“)	207
	1.1	Kern-„al-Qaida“	207
	1.2	„Al-Qaida im Irak“/„Islamischer Staat Irak“/ „Islamischer Staat Irak und Großsyrien“ (ISIG)	209
	1.3	„Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM)	211
	1.4	„Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH)	213
	1.5	„Al-Shabab“	215
	2.	Regionale „jihadistische“ Gruppierungen	217
	2.1	Islamistisch-kurdische Netzwerke	217
	2.2	„Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)	219
III.	**Salafistische Bestrebungen**		**221**
IV.	**Islamismus**		**227**
	1.	„Hizb Allah“ („Partei Gottes“)	227
	2.	„Islamische Widerstandsbewegung“ („Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ – HAMAS)	230
	3.	„Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB)	232
	4.	„Türkische Hizbullah“ (TH)	235
	5.	„Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIA – „Islamische Partei Afghanistans“)	237
	6.	„Hizb ut-Tahrir“ (HuT – „Partei der Befreiung“)	239
	7.	„Muslimbruderschaft“ (MB – „Gama’at al-Ikhwan al-Muslimin“)	241
	8.	„Tablighi Jama’at“ (TJ – „Gemeinschaft der Verkündigung und Mission“)	245
	9.	Iranischer Einfluss auf in Deutschland lebende Schiiten	247
	10.	„Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG)	248

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

I.	**Überblick**		**258**
	1.	Entwicklungstendenzen	258
	2.	Organisationen und Personenpotenzial	262
II.	**Ziele und Aktionsschwerpunkte einzelner Gruppierungen**		**263**
	1.	Gruppierungen aus dem kurdischen Spektrum	263
	1.1	Überblick	263

1.2	„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	265
1.2.1	Allgemeine Lage	266
1.2.2	Organisatorische Situation	270
1.2.3	„Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ („Yekitîya Komalên Kurd Li Elmanya“ – YEK-KOM)	271
1.2.4	„Partei der demokratischen Union“ („Partiya Yekitîya Demokrat“ – PYD)	273
1.2.5	Propaganda der PKK	274
1.2.5.1	Medienwesen	274
1.2.5.2	Demonstrationen und Großveranstaltungen	276
1.2.6	Aktivitäten der „Komalên Ciwan“	278
1.2.7	Rekrutierung junger Anhänger der PKK in Deutschland für die Guerilla	280
1.2.8	Finanzielle und wirtschaftliche Aktivitäten	281
1.2.9	Strafverfahren gegen Funktionäre der PKK	283
2.	Gruppierungen aus dem türkischen Spektrum	284
2.1	„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)	284
2.2	„Ülkücü“-Bewegung	295
3.	„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	298
4.	Gruppierungen aus dem indischen Spektrum	302

Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

I.	**Überblick**	**306**
1.	Entwicklungstendenzen	306
2.	Methodische Vorgehensweise fremder Nachrichtendienste	308
2.1	Spionage mit menschlichen Quellen	308
2.1.1	Legalresidenturen – Stützpunkte fremder Nachrichtendienste	308
2.1.2	Nachrichtendienstliche Operationen aus den Dienstzentralen	309
2.2	Spionage mit technischen Mitteln	311
3.	Proliferation	314
II.	**Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation**	**316**
1.	Politische Rolle	316
2.	Strukturen und Aufgaben	317
3.	Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung	318
4.	Methodik der Informationsgewinnung	319
4.1	Aktivitäten aus Legalresidenturen	320
4.2	Aktivitäten unter zentraler Steuerung	321
4.3	Technische Informationsbeschaffung	322
5.	Bewertung	323

III. Nachrichtendienste der Volksrepublik China 323
1. Politische Rolle 323
2. Strukturen und Aufgaben 324
3. Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung 325
4. Methodik der Informationsgewinnung 326
4.1 Aktivitäten aus Legalresidenturen 326
4.2 Aktivitäten unter zentraler Steuerung 327
4.3 „Elektronische Angriffe“ 328
5. Bewertung 328
IV. Aktivitäten von Nachrichtendiensten anderer Staaten 329
1. Nachrichtendienste der Islamischen Republik Iran 329
1.1 Nachrichten- und Sicherheitsdienste 329
1.2 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung 330
1.3 Methodik der Informationsgewinnung 330
1.4 Bewertung 331
2. Nachrichtendienste der Arabischen Republik Syrien 331
3. Nachrichtendienste der Demokratischen Volksrepublik Korea 332
3.1 Nachrichten- und Sicherheitsdienste 332
3.2 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung 334
3.3 Methodik der Informationsgewinnung 334
3.4 Bewertung 334
4. Nachrichtendienste westlicher Staaten 335
V. Proliferation 336
1. Islamische Republik Iran 336
2. Arabische Republik Syrien 337
3. Demokratische Volksrepublik Korea 337
4. Islamische Republik Pakistan 338
VI. Vorbeugende Maßnahmen des Verfassungsschutzes 339
1. Aufklärung „Elektronischer Angriffe“ 339
2. Wirtschaftsschutz 339
3. Sensibilisierung über den Bereich Proliferation 341
VII. Festnahmen und Verurteilungen 341

Geheimschutz, Sabotageschutz

I. Geheimschutz 344
II. Sabotageschutz 344
III. Sicherheitsüberprüfungsverfahren 345

„Scientology-Organisation“ (SO) 347

Register

Register 355

Registeranhang 374

Bildnachweis 382

Strukturdaten

I. Strukturdaten gemäß § 16 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz

1. Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)

Der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt im Jahr 2013 betrug 205.958.371 Euro (2012: 209.713.761 Euro). Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte 2.776 (2012: 2.757) Bedienstete.

2. Militärischer Abschirmdienst (MAD)

Der Zuschuss aus dem Bundeshaushalt im Jahr 2013 betrug 72.144.513 Euro (2012: 71.972.304 Euro). Der Militärische Abschirmdienst hatte 1.095 (2012: 1.135) Bedienstete.

II. Weitere Strukturdaten

Anfang 2014 waren von Bund und Ländern im Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) 1.713.094 (Anfang 2013: 1.597.968) personenbezogene Eintragungen enthalten, davon 1.288.503 Eintragungen (75,2%, Anfang 2013: 75,2%) aufgrund von Sicherheitsüberprüfungen oder Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach den Bestimmungen des Luftsicherheitsgesetzes oder des Atomgesetzes.

Verfassungsschutz und Demokratie
Politisch motivierte Kriminalität

Verfassungsschutz und Demokratie

I. Verfassungsschutz im Grundgesetz

Die Verfassungsschutzbehörden sind – neben weiteren Institutionen – Ausdruck der im Grundgesetz (GG) enthaltenen Entscheidung für eine wehrhafte oder streitbare Demokratie, die durch drei Wesensmerkmale gekennzeichnet ist:

Wertegebundenheit bedeutet, der Staat bekennt sich zu fundamentalen Werten, die nicht disponibel sind.

Abwehrbereitschaft besagt, dass der Staat gewillt ist, sich gegenüber Angriffen auf seine die Ordnung tragenden Prinzipien zu verteidigen.

Verlagerung des **Verfassungsschutzes** in den Bereich der **Vorfeldaufklärung** heißt, dass der Verfassungsschutz durch systematische Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen als Frühwarnsystem der Demokratie wirkt.

Das Prinzip der wehrhaften oder streitbaren Demokratie findet in einer Reihe von Vorschriften des Grundgesetzes seinen Ausdruck.

Nach Art. 79 Abs. 3 GG sind wesentliche Grundsätze der Verfassung – insbesondere der Schutz der Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG, und die in Art. 20 GG enthaltenen Prinzipien der staatlichen Ordnung (Demokratie, Föderalismus, Rechts- und Sozialstaatlichkeit) – unabänderlich.

Parteien können nach Art. 21 Abs. 2 GG vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt werden, wenn sie darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden.

Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind gemäß Art. 9 Abs. 2 GG verboten (vgl. Kap. VII).

Das Bundesverfassungsgericht kann nach Art. 18 GG die Verwirkung bestimmter Grundrechte aussprechen, wenn diese zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht werden.

Grundlage für die Einrichtung und Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sind Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 Buchstabe b und Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG.

II. Verfassungsschutzbehörden – Aufgaben und Befugnisse

Aufgaben

Wesentliche Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder ist nach dem Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) die Sammlung und Auswertung von Informationen über

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des BVerfSchG für eine fremde Macht,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des BVerfSchG, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des BVerfSchG, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Informationsgewinnung

Einen erheblichen Teil ihrer Informationen gewinnen die Verfassungsschutzbehörden aus allgemein zugänglichen Quellen. Sofern dies nicht möglich oder nicht effektiv ist, dürfen sie sich im Rahmen gesetzlich festgelegter Befugnisse und unter

Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit auch sogenannter nachrichtendienstlicher Mittel zur Informationsbeschaffung bedienen. Hierzu gehören insbesondere der Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Personen), die Observation, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz – G 10).

Mit dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) wurden die Befugnisse des BfV erweitert.[1] U.a. wurden dem BfV unter engen Voraussetzungen und auf den Einzelfall bezogen Auskunftsrechte gegenüber Finanzunternehmen, Luftfahrtunternehmen sowie Telekommunikations- und Teledienstleistern eingeräumt.

Keine polizeilichen Befugnisse

Den Verfassungsschutzbehörden stehen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben keinerlei polizeiliche Befugnisse zu, d.h. sie dürfen insbesondere niemanden festnehmen, keine Durchsuchungen durchführen und keine Gegenstände beschlagnahmen.

Zusammenarbeit mit deutschen Sicherheitsbehörden

Die Verfassungsschutzbehörden tragen in ihrem Zuständigkeitsbereich dazu bei, die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Sie arbeiten mit anderen Sicherheitsbehörden, insbesondere den anderen Nachrichtendiensten des Bundes – dem für den Bereich der Bundeswehr zuständigen Militärischen Abschirmdienst (MAD) und dem mit Auslandsaufklärung befassten Bundesnachrichtendienst (BND) – sowie Polizei- und Strafverfolgungsbehörden auf gesetzlicher Grundlage vertrauensvoll und eng zusammen.

[1] Die Regelungen waren zunächst bis zum 10. Januar 2007 befristet, wurden aber durch das am 5. Januar 2007 in Kraft getretene „Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz“ um weitere fünf Jahre verlängert und entsprechen inhaltlich leicht modifiziert den Ergebnissen einer zuvor durchgeführten Evaluierung. Mit dem am 10. Januar 2012 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 7. Dezember 2011 wurden die durch diese Gesetzgebung geschaffenen Befugnisse bis zum 10. Januar 2016 verlängert und werden erneut einer Evaluierung durch die Bundesregierung unterzogen. Die Befugnis des BfV, Auskünfte von Postdienstleistungsunternehmen verlangen zu können, wurde gestrichen und trat am 9. Januar 2012 außer Kraft.

Seit Ende 2004 tauschen Vertreter von Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) Informationen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus aus. Die Abstimmung von Bewertungen und Maßnahmen bei sicherheitsrelevanten Sachverhalten mit Terrorismusbezug wird dadurch deutlich erleichtert und beschleunigt.

Die Einrichtung einer gemeinsamen Antiterrordatei von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden des Bundes und der Länder im Frühjahr 2007 sowie die Möglichkeit zur Führung gemeinsamer Projektdateien haben die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden gezielt unterstützt und den Informationsaustausch weiter optimiert. Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Urteil vom 24. April 2013 die Antiterrordatei in ihren Grundstrukturen für verfassungsgemäß erklärt, allerdings festgestellt, dass eine solche Verbunddatei hinsichtlich der zu erfassenden Daten und ihrer Nutzungsmöglichkeiten einer hinreichend bestimmten gesetzlichen Ausgestaltung bedarf, die bis zum 31. Dezember 2014 geschaffen sein muss.

Mit dem am 31. August 2012 in Kraft getretenen „Rechtsextremismus-Datei-Gesetz“ (RED-G) ist die gesetzliche Voraussetzung für eine Datei geschaffen worden, die dazu dient, den Informationsaustausch zwischen den Verfassungsschutz- und den Polizeibehörden in Bund und Ländern sowie dem MAD im Bereich der Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus effektiver zu gestalten.

Ende 2012 wurde das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/-terrorismus, des Linksextremismus/-terrorismus, des Ausländerextremismus/-terrorismus und der Spionage einschließlich proliferationsrelevanter Aspekte eingerichtet, in dem Vertreter der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern Informationen austauschen. Ebenso wie das GTAZ ist das GETZ keine neue Behörde, sondern die zeitgemäße Ausformung einer Informations- und Kommunikationsplattform aller beteiligten Behörden. Durch die Einrichtung des GETZ werden weder Zuständigkeits- noch Befugnisfragen tangiert. Ziel ist es, die Fachexpertise aller Behörden unmittelbar zu bündeln und einen möglichst lückenlosen und schnellen Informationsfluss sicherzustellen.

Internationale Zusammenarbeit

Im Rahmen der strategischen Bekämpfung des internationalen Terrorismus gewinnt die multilaterale Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerdiensten und in internationalen Gremien zunehmend an Bedeutung. Ziel ist die Erstellung übergreifender Lagebilder und Analysen, um gemeinsam die Ursachen der Bedrohung zu erkennen, mögliche Entwicklungen aufzuzeigen und Gegenmaßnahmen zu erarbeiten.

Auf europäischer Ebene unterhält das BfV Kontakte zum „Intelligence Center“ (IntCen) im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), um die Arbeit der EU bei der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Ein weiteres Gremium ist das Civilian Intelligence Committee (CIC) der NATO. In diesem Forum, in dem In- und Auslandsdienste vertreten sind, werden insbesondere Bedrohungsanalysen und Berichte für die NATO-Botschafter erstellt.

III. Reformprozess des Verfassungsschutzes

Fortschritte des Reformprozesses

Der 2012 eingeleitete Reformprozess des Verfassungsschutzes wurde 2013 fortgesetzt. Die Bediensteten des BfV haben aktiv an der Neuausrichtung mitgewirkt, um die im Zuge der Aufarbeitung des NSU-Komplexes erkannten Mängel zu beheben und verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Der Reformprozess trägt dazu bei, den Verfassungsschutz zukunftssicher aufzustellen.

Der Bundesminister des Innern und der Präsident des BfV haben die Kernthemen der Reform und die bislang erzielten Ergebnisse am 3. Juli 2013 in der Bundespressekonferenz vorgestellt.

Kernthemen der Reform

Die Reformprojekte des BfV zielen – neben diversen Maßnahmen zur Optimierung interner Arbeitsabläufe – auf Verbesserungen in folgenden Arbeitsbereichen ab:

- **Neupriorisierung der Beobachtungsobjekte**
  Das BfV stimmt die Schwerpunkte sowie Intensität bei der Bearbeitung der Beobachtungsobjekte künftig regelmäßig mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz ab. Der Grad der Gewaltorientierung einer Organisation gibt den Ausschlag für

Art und Umfang der eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel und ein ggf. arbeitsteiliges Vorgehen der Verfassungsschutzbehörden. Die Beobachtung der gefährlichen Aktivitäten steht an erster Stelle. Hierbei kommt eine intensive fall- und personenorientierte Bearbeitung zum Zuge.

- **Einführung von gemeinsamen Standards bei der Führung von V-Personen und gemeinsame V-Personen-Datei**
  Bundesamt und Landesämter für Verfassungsschutz haben sich auf die Einrichtung einer zentralen V-Personen-Datei geeinigt, die einen besseren Gesamtüberblick über die Zugangslage in den Beobachtungsobjekten ermöglicht. Zugleich haben die Verfassungsschutzbehörden gemeinsame Qualitätsstandards für die Auswahl und Führung von V-Personen entwickelt.

- **Verzahnung von auswertenden und operativ tätigen Arbeitseinheiten**
  In mehreren Pilotprojekten wird eine sehr enge Kooperation zwischen auswertenden und operativ tätigen Arbeitseinheiten des BfV erprobt, um bei der Beobachtung extremistischer Organisationen möglichst optimale Arbeitsergebnisse zu erzielen. Sofern sich diese Organisationsstruktur bewährt, sollen die Vorteile der neuen Kooperationsform auf alle Fachabteilungen übertragen werden.

- **Qualitätssicherung in der Auswertung**
  Mit der Einrichtung einer „Fachprüfgruppe Auswertung“ zum 1. Juli 2013 hat das BfV eine Arbeitseinheit geschaffen, die neue Qualitätsstandards für die auswertenden Arbeitseinheiten entwirft und deren Einhaltung kontrolliert. Diese „quer denkende“ Gruppe soll Selbstverständliches kritisch hinterfragen, ungewöhnliche Denkansätze entwickeln und der Auswertung neue Impulse geben. Es muss vermieden werden, dass – wie beim rechtsterroristischen NSU geschehen – noch einmal die falschen Schlussfolgerungen zu Taten und Tätern gezogen werden.

- **Enges Zusammenwirken im „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“**
  Die im Herbst 2012 neu geschaffene Kommunikationsplattform für einen effektiveren Informationsaustausch zwischen

Polizei und Verfassungsschutz von Bund und Ländern hat sich bewährt. Die enge Zusammenarbeit der Behörden im „Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ) trägt Früchte und ermöglicht insbesondere unverzügliche Gefährdungseinschätzungen, wie das folgende Beispiel zeigt:

Am 1. Februar 2013 verübte ein türkischer Linksextremist, der zuvor etliche Jahre in Deutschland gelebt hatte, einen Bombenanschlag (vgl. Berichtsteil Sicherheitsgefährdende u. Extremistische Bestrebungen von Ausländern, Kap. II Nr. 2, DHKP-C) auf die US-Botschaft in Ankara (Türkei). Im GETZ tauschten die Behörden unverzüglich alle zum Selbstmordattentäter und zum Sachverhalt vorliegenden Erkenntnisse aus. Gleichzeitig stimmten sie Maßnahmen ab, die in Bezug auf potenziell gefährliche Kontaktpersonen aus dem früheren politischen Umfeld der Person in Deutschland zu ergreifen waren.

- **Cyber- und IT-Kompetenz**

  Die Gewährleistung von Sicherheit im Cyber-Raum und der Schutz der Kritischen Informationsinfrastrukturen sind zur existenziellen Frage des 21. Jahrhunderts geworden (vgl. Berichtsteil Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten). Das BfV hat die entsprechenden Arbeitsbereiche personell aufgestockt, die Kooperation mit anderen Sicherheitsbehörden verstärkt und die Beratung von Wirtschaftsunternehmen optimiert, um der wachsenden Bedeutung der Felder Cybermobilisierung, -terrorismus, -sabotage und -spionage Rechnung zu tragen. Ein umfangreiches IT-Konzept zur technischen Modernisierung trägt dazu bei, das BfV im Cyber-Bereich zukunftssicher aufzustellen.

  Das BfV bringt seine Kompetenzen verstärkt im Cyber-Abwehrzentrum ein, einer Informationsdrehscheibe deutscher Sicherheitsbehörden auf Bundesebene. Hier werden IT-Sicherheitsvorfälle schnell und umfassend analysiert und abgestimmte Handlungsempfehlungen erarbeitet. So bewertet das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) einen Cyber-Angriff aus technischer Sicht, das BfV prüft, ob der Angriff möglicherweise von einem ausländischen Nachrichtendienst ausgegangen ist und das Bundesamt für

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bewertet die Auswirkungen von möglichen Angriffen auf Infrastrukturen.[2]

- **Transparenz der Arbeit des BfV**
  Das BfV versteht sich als Dienstleister für eine demokratische Gesellschaft. Auch für einen Nachrichtendienst ist es möglich, etliche Bereiche seiner Tätigkeit durch aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Bürger transparent zu machen. Aufgaben, Arbeitsweise und Erfolge werden modern und zielgruppenorientiert aufbereitet und im Internet, in Publikationen sowie in Interviews, Vorträgen und Ausstellungen dargestellt. Nur so kann um Verständnis für die Notwendigkeit nachrichtendienstlicher Tätigkeit geworben und Vertrauen geschaffen werden.

Fortentwicklung des Reformprozesses

Die Evaluierung der Reformergebnisse ist Voraussetzung für deren nachhaltigen Erfolg. Das BfV treibt die Fortentwicklung zu einem modernen Inlandsnachrichtendienst konsequent voran.

IV. Kontrolle des Verfassungsschutzes

Bundesregierung

Hinsichtlich der Tätigkeit des BfV unterliegt die Bundesregierung der Kontrolle durch den Deutschen Bundestag; die Fachaufsicht über das BfV wird durch das Bundesministerium des Innern (BMI) ausgeübt.

Parlamentarisches Kontrollgremium

Zur Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrolle ist beim Deutschen Bundestag ein Kontrollgremium eingerichtet, das von der Bundesregierung in regelmäßigen Abständen umfassend über die allgemeine Tätigkeit des BfV, des MAD und des BND, über Vorgänge von besonderer Bedeutung und auf Verlangen auch über sonstige Vorgänge unterrichtet wird (§ 4 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes – PKGrG). Das Parlamentarische Kontrollgremium kann im Rahmen seines Rechts auf Kontrolle verlangen, Akten und

[2] Bei Bedarf werden auch die assoziierten Bundessicherheitsbehörden (Bundeskriminalamt, Bundespolizei, Zollkriminalamt, Bundesnachrichtendienst sowie die Bundeswehr) zu Lageeinschätzungen hinzugezogen.

andere Schriftstücke herauszugeben und in Dateien gespeicherte Daten zu übermitteln. Ebenso kann es BfV-Angehörige befragen oder von ihnen schriftliche Auskünfte einholen.

G 10-Kommission

Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses nach Maßgabe des Art. 10 GG werden durch die vom Parlamentarischen Kontrollgremium bestellte unabhängige G 10-Kommission auf ihre Zulässigkeit und Notwendigkeit überprüft. Gleiches gilt für mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz eingeräumte Auskunftsrechte (vgl. Kap. II).

Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)

Sowohl das BVerfSchG als auch den Aufgabenbereich des BfV berührende spezialgesetzliche Regelungen, z.B. das Ausländerzentralregistergesetz, enthalten zahlreiche datenschutzrechtliche Bestimmungen. Der BfDI unterzieht das BfV auf dieser Grundlage einer kontinuierlichen datenschutzrechtlichen Überprüfung.

Auskunftsrecht

Das BfV ist gesetzlich verpflichtet, Betroffenen auf Antrag unentgeltlich Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten zu erteilen, soweit auf einen konkreten Sachverhalt hingewiesen und ein besonderes Interesse an einer Auskunft dargelegt wird (§ 15 Abs. 1 BVerfSchG). Eine Auskunft unterbleibt nur dann, wenn einer der in § 15 Abs. 2 BVerfSchG ausdrücklich bezeichneten Verweigerungsgründe vorliegt.

Gerichte

Maßnahmen des BfV, die nach Darstellung der Betroffenen diese in ihren Rechten beeinträchtigen, unterliegen gerichtlicher Nachprüfung.

V. Verfassungsschutzbericht

Zweck des Verfassungsschutzberichts

Der jährliche Verfassungsschutzbericht dient der Unterrichtung und Aufklärung der Öffentlichkeit über verfassungsschutzrelevante Bestrebungen. Er beruht auf den Erkenntnissen, die das BfV im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags zusammen mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz gewonnen hat.

Der Verfassungsschutzbericht stellt keine abschließende Aufzählung aller verfassungsschutzrelevanten Personenzusammenschlüsse

dar, sondern unterrichtet über die wesentlichen, während des Berichtsjahres zu verzeichnenden verfassungsschutzrelevanten Entwicklungen und deren Bewertung.

Eine Aufklärung der Öffentlichkeit über verfassungsschutzrelevante Bestrebungen ist in aller Regel geboten, wenn im Hinblick auf den betreffenden Personenzusammenschluss auf Tatsachen gestützte Anhaltspunkte vorliegen, die in ihrer Gesamtschau zu der Bewertung führen, dass dieser Personenzusammenschluss verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Damit ist nicht die Feststellung verbunden, dass alle Mitglieder bzw. Anhänger verfassungsfeindliche Ziele verfolgen oder unterstützen.

Personenzusammenschlüsse

Alle Zahlenangaben zum Mitgliederpotenzial der im Bericht genannten Personenzusammenschlüsse beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland und sind z.T. geschätzt und gerundet. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass den Verfassungsschutzbehörden nicht zu allen Mitgliedern dieser Personenzusammenschlüsse individuelle Erkenntnisse vorliegen.

VI. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Die Aufgabe „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ wird auf Bundesebene gemeinsam vom BMI und dem BfV, auf Länderebene von den Innenministerien und -senaten bzw. den Landesbehörden für Verfassungsschutz wahrgenommen. Das Hauptaugenmerk gilt dem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Aufgabenfelder des Verfassungsschutzes. Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes bietet Informationen an, die es jedermann ermöglichen sollen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen.

Extremismus und Terrorismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sind für den demokratischen Rechtsstaat eine stete Herausforderung. Die umfassende Bekämpfung aller Formen des politischen Extremismus ist daher ein wesentlicher Schwerpunkt der Innenpolitik und dient zugleich der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Im Zusammenhang mit der Stärkung der Zivilgesellschaft ist auch das vom BMI und dem Bundesministerium der Justiz am 23. Mai 2000 gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ zu nennen. Eine seiner wichtigsten Aufgaben besteht darin, zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz bekannt zu machen und öffentlich zu würdigen (www.buendnis-toleranz.de).

BÜNDNIS FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ
GEGEN EXTREMISMUS UND GEWALT

Ein weiteres Gremium zur Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt ist das „Forum gegen Rassismus“, das sich im März 1998 konstituiert hat. Es umfasst rund 80 Organisationen und staatliche Stellen, darunter 55 bundesweit bzw. überregional tätige Nichtregierungsorganisationen. Das Forum bietet seinen Teilnehmern eine Plattform für den Dialog über Fragen, die für die Bekämpfung von Rassismus wichtig sind.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann dauerhaft nicht ohne nachhaltige geistig-politische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen des Extremismus bewahrt werden. Eine wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes stellt daher auch die fundierte Aufklärung und Informationsvermittlung über Art und Umfang extremistischer Bestrebungen dar. Zu diesem Zweck bündelt der Verfassungsschutz die Aktivitäten der Länder im Bereich Deradikalisierung und fördert den Austausch über erfolgreiche Maßnahmen zwischen Bund, Ländern und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Das BfV informiert im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit mit seinen drei Wanderausstellungen[3] bei zahlreichen Ausstellungs- und Messeterminen, mit seinem Internetangebot, Publikationen sowie der Beantwortung vielfältiger Bürgeranfragen über aktuelle Entwicklungen in den einzelnen Arbeitsfeldern. Zudem bietet das BfV interessierten Abonnenten viermal jährlich einen Newsletter zu aktuellen Themen an.

Das Interesse an den Wanderausstellungen des BfV war auch im Jahr 2013 groß. Insgesamt besuchten annähernd 90.000 Personen die bundesweit 26-mal präsentierten Ausstellungen des BfV. Auch

[3] „Die braune Falle – Eine rechtsextremistische „Karriere“,
„Es betrifft Dich! Demokratie schützen – Gegen Extremismus in Deutschland“,
„Die missbrauchte Religion – Islamisten in Deutschland“.

auf der Bildungsmesse „didacta“ in Köln (Nordrhein-Westfalen) war das BfV vertreten.

Prävention im Bereich Wirtschaftsschutz

Im Bereich Wirtschaftsschutz hat das BfV durch zahlreiche Sensibilisierungsvorträge und Informationsgespräche bei deutschen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden das individuelle Sicherheitsbewusstsein („Security Awareness“) für die Risiken von Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung geschärft.

Zum Thema Wirtschaftsschutz wurden Faltblätter und Broschüren veröffentlicht; darüber hinaus wird Informationsmaterial auf der Homepage des BfV bereitgestellt und ein themenbezogener Newsletter herausgegeben.

Ein Meilenstein auf dem Weg zu einer nationalen Wirtschaftsschutzstrategie ist die am 28. August 2013 vom Bundesminister des Innern und den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) unterzeichnete Erklärung „Wirtschaftsschutz in Deutschland 2015 – Vertrauen, Information, Prävention“ zur „Nationalen Strategie für den Wirtschaftsschutz“ (vgl. Berichtsteil Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten, Kap. VI).

Prävention im Bereich Proliferation

Auch im Bereich Proliferation haben Mitarbeiter des BfV bei Unternehmen und in Bildungs- und Forschungseinrichtungen Sensibilisierungsvorträge zur Proliferationsthematik gehalten und über die Risiken für die Betroffenen in Deutschland aufgeklärt.

Die Verfassungsschutzbehörden haben eine gemeinsame Broschüre „Proliferation – Wir haben Verantwortung!“ herausgegeben, die auf der Homepage des BfV abrufbar ist (vgl. Berichtsteil Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten, Kap. V).

Informationen zu den unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen, Veröffentlichungen und aktuelle Hinweise werden auf der Homepage des BfV (www.verfassungsschutz.de) veröffentlicht.

Ansprechpartner

In allen Fragen des Verfassungsschutzes steht das

Bundesamt für Verfassungsschutz
Merianstraße 100
50765 Köln
Telefon: 0221/792-0 oder 03018-792-0
Telefax: 0221/792-2915 oder 03018-10-792-2915
E-Mail: poststelle@bfv.bund.de

als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung.

Für Hinweise auf Planungen und Tatvorbereitungen im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus hat das BfV ein vertrauliches Hinweistelefon eingerichtet. Es steht unter

Telefon: 0221-792-3366 oder 03018-792-0
E-Mail: HiT@bfv.bund.de

jederzeit zur Verfügung.

Seit dem 19. Juli 2010 bietet das BfV für Menschen, die sich aus einem Umfeld lösen möchten, in dem ein fanatischer, die Anwendung von Gewalt befürwortender Islam gepredigt und gelebt wird, ein Aussteigerprogramm an. Das Aussteigerprogramm HATIF (Akronym für „Heraus aus Terrorismus und islamistischem Fanatismus“ und arabisches Wort für „Telefon“) sorgt für individuelle Beratung und konkrete Unterstützung von Ausstiegswilligen. Eine Kontaktaufnahme ist jederzeit möglich unter

Telefon: 0221-792-6999 oder 03018-792-0
E-Mail: HATIF@bfv.bund.de

Für Ausstiegswillige aus dem Rechtsextremismus existiert ein spezielles Aussteigerprogramm des BfV. Experten des Verfassungsschutzes beraten und betreuen Ausstiegswillige jederzeit unter

Telefon: 0221-792-62 oder 03018-792-0
E-Mail: aussteiger@bfv.bund.de

Auch für Linksextremisten gibt es seit dem 6. Oktober 2011 ein spezielles Aussteigerprogramm (AP LEX) des BfV, das Hilfesuchenden eine Vielzahl an unterstützenden Maßnahmen anbietet.

Das AP LEX richtet sich an Personen, die sich aus dem Einflussbereich linksextremistischer Strukturen lösen wollen, aber den Ausstieg aus eigener Kraft nicht schaffen. Auf Wunsch werden auch Familienangehörige und Freunde von Angehörigen der linksextremistischen Szene beraten.

Eine Kontaktaufnahme ist jederzeit möglich unter

Telefon: 0221-792-6600 oder 03018-792-0
E-Mail: aussteiger@bfv.bund.de

Im Internet ist das Bundesamt für Verfassungsschutz unter

www.verfassungsschutz.de

erreichbar.

VII. Übersicht über Verbotsmaßnahmen des BMI gegen extremistische Bestrebungen im Zeitraum Januar 1990 bis Dezember 2013

(Soweit nicht anders gekennzeichnet, sind die Verbote unanfechtbar)

Organisation	Datum der Verbots-verfügung	Verbotsgründe	Phäno-men-bereich
„Nationalistische Front" (NF)	26.11.1992	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet	RE
„Deutsche Alternative" (DA)	08.12.1992	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet	RE
„Nationale Offensive" (NO)	21.12.1992	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet	RE
„Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK)/ "Nationale Befrei-ungsfront Kurdistans" (ERNK) und Teilorganisati-onen, **„Förderation der patri-otischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V." (FEYKA-Kurdistan), „Kurdistan-Komitee e.V."**	22.11.1993	Strafgesetzwidrigkeit, Gefährdung der inneren Sicher-heit und öffentlichen Ordnung sowie außenpolitischer Belange Deutschlands	AE
„Wiking-Jugend e.V." (WJ)	10.11.1994	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet	RE

RE = Rechtsextremismus
AE = Ausländerextremismus
LE = Linksextremismus
ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Organisation	Datum der Verbots-verfügung	Verbotsgründe	Phäno-men-bereich
„Kurdistan Informations-büro“ (KIB) alias „Kurdistan Informationsbüro in Deutschland“	20.02.1995	Ersatzorganisation des rechtskräftig verbotenen „Kurdistan Komitee e. V.“	AE
„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP)	22.02.1995	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet	RE
„Revolutionäre Volksbefrei-ungspartei-Front“ (DHKP-C)	06.08.1998	Strafgesetzwidrigkeit und Gefähr-dung der inneren Sicherheit Ersatzorganisation der am 9. Februar 1983 rechtskräftig verbotenen „Revolutionären Linke“ (Devrimci Sol)	AE
„Türkische Volksbefreiungs-partei/-Front“ (THKP/-C)	06.08.1998	Strafgesetzwidrigkeit und Gefähr-dung der inneren Sicherheit	AE
„Blood & Honour“ (B&H) mit „White Youth“	12.09.2000	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung	RE
„Kalifatsstaat“ und 35 Teilorganisationen	08.12.2001 14.12.2001 13.05.2002 16.09.2002	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung Propagierung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele	ISiT

RE = Rechtsextremismus
AE = Ausländerextremismus
LE = Linksextremismus
ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Organisation	Datum der Verbots-verfügung	Verbotsgründe	Phäno-men-bereich
„al-Aqsa e.V.“	31.07.2002	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung (finanzielle Unterstützung der HAMAS und ihrer sogenannten Sozialvereine)	ISiT
„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)	10.01.2003	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Belange	ISiT
„Yeni Akit GmbH“ Verlegerin der Europa-Ausgabe der türkischsprachigen Tages-zeitung „Anadoluda Vakit“	22.02.2005	Leugnung und Verharmlosung des Holocaust in volksverhetzender Weise Verbreitung antisemitischer/ antiwestlicher Propaganda	ISiT
„Bremer Hilfswerk e.V.“[4]	Selbstauf-lösung mit Wirkung vom 18.01.2005; Löschung im Vereins-register am 29.06.2005		ISiT
„YATIM-Kinderhilfe e.V.“	30.08.2005	Nachfolgeorganisation des rechts-kräftig verbotenen „al-Aqsa e.V.“	ISiT

[4] Das BMI hatte am 3. Dezember 2004 ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren mit dem Ziel eines Verbots gegen das „Bremer Hilfswerk e.V.“ eingeleitet. Der Verein ist dem Verbot durch Selbstauflösung zuvorgekommen.

RE = Rechtsextremismus
AE = Ausländerextremismus
LE = Linksextremismus
ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Organisation	Datum der Verbots-verfügung	Verbotsgründe	Phäno-men-bereich
„Collegium Humanum“ (CH) mit „Bauernhilfe e. V.“	18.04.2008	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet Zuwiderlaufen gegen Strafgesetze	RE
„Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV)	18.04.2008	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet Zuwiderlaufen gegen Strafgesetze	RE
„Mesopotamia Broadcast A/S“, „Roj TV A/S“ **„VIKO Fernseh Produktion GmbH“**	13.06.2008 13.06.2008	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung Teilorganisation von „Roj TV A/S“	AE
„al-Manar TV“	29.10.2008	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung	ISiT
„Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.“ (HDJ)	09.03.2009	Vereinszweck gegen die verfassungs-mäßige Ordnung gerichtet Zuwiderlaufen gegen Strafgesetze Ideologische Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen mit natio-nalsozialistischem Gedankengut	RE
„Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V.“ (IHH)	23.06.2010	Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung	ISiT

RE = Rechtsextremismus
AE = Ausländerextremismus
LE = Linksextremismus
ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Organisation	Datum der Verbots-verfügung	Verbotsgründe	Phäno-men-bereich
„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG)	30.08.2011	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet Zuwiderlaufen gegen Strafgesetze	RE
„Millatu Ibrahim"	29.05.2012	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung	ISiT
„DawaFFM" einschließlich der Teilorganisation „Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V."	25.02.2013	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung	ISiT
„an-Nussrah"	25.02.2013	Teilorganisation des rechtskräftig verbotenen Vereins „Millatu Ibrahim"	ISiT
„DawaTeam Islamische Audios"	25.02.2013	Vereinszweck gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung	ISiT

RE = Rechtsextremismus
AE = Ausländerextremismus
LE = Linksextremismus
ISiT = Islamismus/islamistischer Terrorismus

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

I. Definitionssystem PMK

Unter „Politisch motivierter Kriminalität“ werden alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann, bezeichnet und erfasst.

Als solche klassischen Staatsschutzdelikte gelten die folgenden Straftatbestände: §§ 80-83, 84-91, 94-100a, 102-104a, 105-108e, 109-109h, 129a, 129b, 234a oder 241a des Strafgesetzbuches (StGB).

Auch Straftaten, die in der Allgemeinkriminalität begangen werden können (wie z.B. Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, Brandstiftungen, Widerstandsdelikte, Sachbeschädigungen), fallen unter „Politisch motivierte Kriminalität“, wenn in Würdigung der gesamten Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind, weil sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- sich gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten (sogenannte Hasskriminalität); dazu zählen auch Taten, die nicht unmittelbar gegen eine Person, sondern im oben genannten Zusammenhang gegen eine Institution oder Sache verübt werden.

Die im Verfassungsschutzbericht genannten Zahlen zu den politisch motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

II. Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Gesamtüberblick

Das BKA registrierte für das Jahr 2013 insgesamt 31.645 (2012: 27.440) politisch motivierte Straftaten. In dieser Zahl sind 13.105 (41,4%) Propagandadelikte enthalten (2012: 13.524 Delikte = 49,3%). 2.848 Delikte (9,0%) sind der politisch motivierten Gewaltkriminalität zuzuordnen (2012: 2.464 = 9,0%).

Politisch motivierte Straftaten

Nach Phänomenbereichen unterschieden wurden 17.042 (2012: 17.616) Straftaten dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts", 8.673 (2012: 6.191) dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links" und 874 (2012: 868) dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität" zugeordnet. Bei 5.056 (2012: 2.765) Straftaten konnte keine Zuordnung zu einem der o.g. Phänomenbereiche getroffen werden.

Extremistisch motivierte Straftaten

Insgesamt wurden 22.129 Straftaten (69,9%) mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen (2012: 21.265 = 77,5%), davon 16.557 (2012: 17.134) aus dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts", 4.491 (2012: 3.229) aus dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – links" und 544 (2012: 618) aus dem Bereich der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität". 537 (2012: 284) Straftaten deuten aufgrund der Tatumstände auf einen extremistischen Hintergrund hin, diese wurden ohne Zuordnung zu einem Phänomenbereich gemeldet.

III. Politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund in den einzelnen Phänomenbereichen

Extremistisch motivierte Straftaten bilden eine Teilmenge des Phänomenbereichs „Politisch motivierte Kriminalität". Es handelt sich um diejenigen Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind.

1. Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

Unverändert hohe Zahl an Gewalttaten

Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts" wurden 17.042 (2012: 17.616) Straftaten zugeordnet, hiervon 11.680 (2012: 12.250) Propagandadelikte nach §§ 86, 86a StGB und 837 (2012: 842) Gewalttaten. Als Teilmenge dieses Phänomenbereichs wurden 16.557 (2012: 17.134) Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund erfasst, darunter 801 (2012: 802) Gewalttaten, bei denen es sich wie im Jahr 2012 ganz überwiegend um Körperverletzungsdelikte handelte. Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten beträgt 4,8% (2012: 4,7%).

Straftaten mit rechtsextremistisch motiviertem Hintergrund[5]		
Gewalttaten:	**2012**	**2013**
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	6	4
Körperverletzungen	690	704
Brandstiftungen	21	11
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	2
Landfriedensbruch	10	10
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	6	2
Freiheitsberaubung	0	1
Raub	9	7
Erpressung	8	3
Widerstandsdelikte	51	57
gesamt	**802**	**801**
Sachbeschädigungen	1.151	1.016
Nötigung/Bedrohung	153	152
Propagandadelikte	12.219	11.639
Störung der Totenruhe	11	18
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	2.798	2.931
gesamt	**16.332**	**15.756**
Straftaten insgesamt	**17.134**	**16.557**

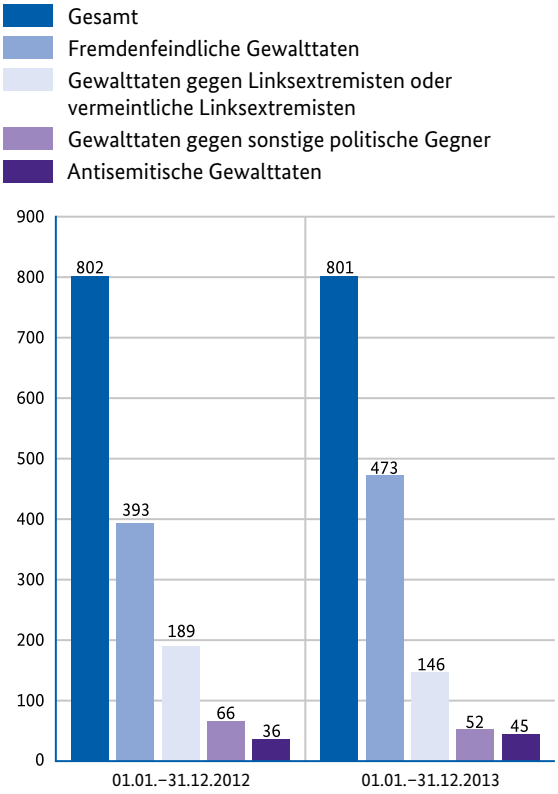
1.1 Zielrichtungen der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten

Mit 473 Delikten (2012: 393) ist die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten auf rund 59,0% (2012: 49,0%) der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten angestiegen.

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten mit antisemitischem Hintergrund sank im Jahr 2013 auf insgesamt 1.202 Taten (2012: 1.286); bei den Gewalttaten hingegen war ein Anstieg auf 45 (2012: 36) zu verzeichnen.

[5] Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA. Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Sind z.B. während eines Landfriedensbruchs zugleich Körperverletzungen begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich der schwerer wiegende Straftatbestand gezählt.

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ *
Zielrichtungen



* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.
Es sind nur die wichtigsten Zielrichtungen berücksichtigt.

1.1.1 Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund

Auch im Jahr 2013 setzte sich die seit Jahren steigende Anzahl der Körperverletzungen im Bereich rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund fort. Drei der insgesamt vier versuchten Tötungsdelikte hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund.

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund [6]

Gewalttaten:	**2012**	**2013**
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	5	3
Körperverletzungen	364	443
Brandstiftungen	9	10
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	1
Landfriedensbruch	2	1
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	4	0
Raub	4	5
Erpressung	1	3
Widerstandsdelikte	4	7
gesamt	**393**	**473**

[6] Siehe Fußnote 5.

1.1.2 Gewalttaten von Rechtsextremisten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten

Die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten nahm gegenüber dem Vorjahr um 22,8% ab. Körperverletzungsdelikte sind weiterhin die am häufigsten verübten Gewalttaten.

Gewalttaten von Rechtsextremisten gegen Linksextremisten oder vermeintliche Linksextremisten[7]

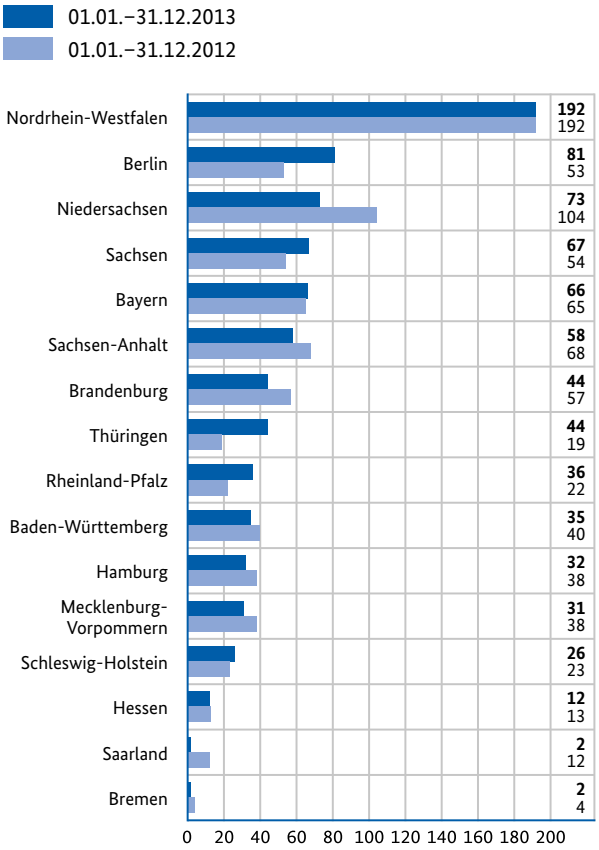
Gewalttaten:	**2012**	**2013**
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	1
Körperverletzungen	171	136
Brandstiftungen	4	0
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	0
Landfriedensbruch	5	6
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	0	2
Raub	3	0
Erpressung	2	0
Widerstandsdelikte	3	1
gesamt	**189**	**146**

[7] Siehe Fußnote 5.

1.2 Verteilung der Gewalttaten auf die Länder

Die – in absoluten Zahlen – meisten rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ereigneten sich mit 192 registrierten Delikten in Nordrhein-Westfalen. Danach folgen Berlin (81), Niedersachsen (73), Sachsen (67), Bayern (66), Sachsen-Anhalt (58) sowie Brandenburg (44) und Thüringen (44).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ *
in den Ländern



* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

2. Linksextremistisch motivierte Straftaten

Hoher Anstieg linksextremistischer Straf- und Gewalttaten

Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ wurden 8.673 (2012: 6.191) Straftaten zugeordnet, hiervon 1.659 (2012: 1.291) Gewalttaten. In diesem Bereich wurden als Teilmenge 4.491 (2012: 3.229) Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund erfasst, darunter 1.110 (2012: 876) Gewalttaten.

Die Zahl der linksextremistisch motivierten Straftaten stieg um 39,1%, die der Gewalttaten um 26,7% an und erreichte im Jahr 2013 annähernd das hohe Niveau linksextremistisch motivierter Gewalttaten des Jahres 2011 (1.157).

Linksextremistisch motivierte Straftaten[8]

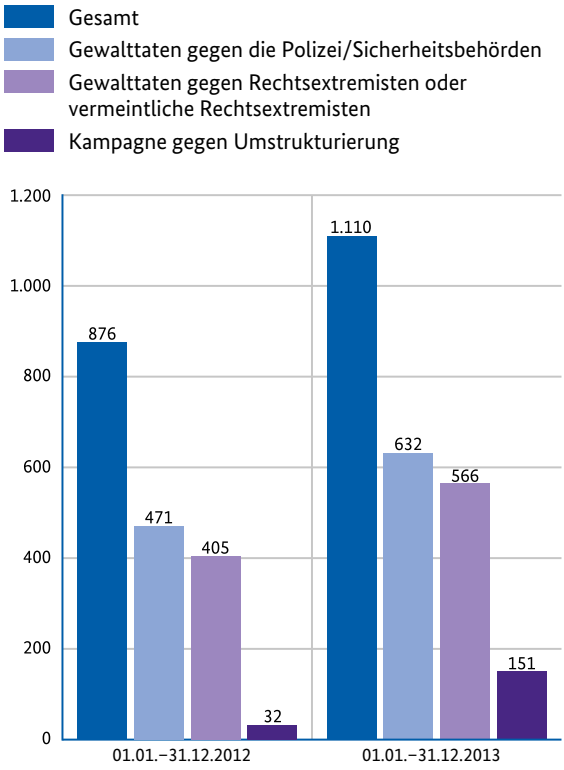
Gewalttaten:	**2012**	**2013**
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	8	3
Körperverletzungen	471	606
Brandstiftungen	56	45
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	2	1
Landfriedensbruch	169	160
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	22	28
Freiheitsberaubung	0	2
Raub	16	19
Erpressung	4	3
Widerstandsdelikte	128	243
gesamt	**876**	**1.110**
Sachbeschädigungen	1.483	1.864
Nötigung/Bedrohung	48	73
Andere Straftaten	822	1.444
gesamt	**2.353**	**3.381**
Straftaten insgesamt	**3.229**	**4.491**

[8] Siehe Fußnote 5.

2.1 Zielrichtungen der linksextremistisch motivierten Gewalttaten

Von den linksextremistisch motivierten Gewalttaten wurden 632 Fälle (2012: 471) im Themenfeld „Gewalttaten gegen die Polizei/Sicherheitsbehörden", 566 (2012: 405) im Themenfeld „Gewalttaten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten" und 151 Gewalttaten (2012: 32) im Themenfeld „Kampagne gegen Umstrukturierung" ausgewiesen.

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links" *
Zielrichtungen



* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.
Es sind nur die wichtigsten Zielrichtungen berücksichtigt. Da die erfassten Sachverhalte im Rahmen einer mehrdimensionalen Betrachtung unter verschiedenen Gesichtspunkten bewertet werden, können Gewalttaten unter mehreren Zielrichtungen subsumiert sein.

2.1.1 Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg der Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten um 39,8% zu verzeichnen. Zwei Drittel der Gewalttaten sind Körperverletzungsdelikte, gefolgt von Landfriedensbruchdelikten.

Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten[9]

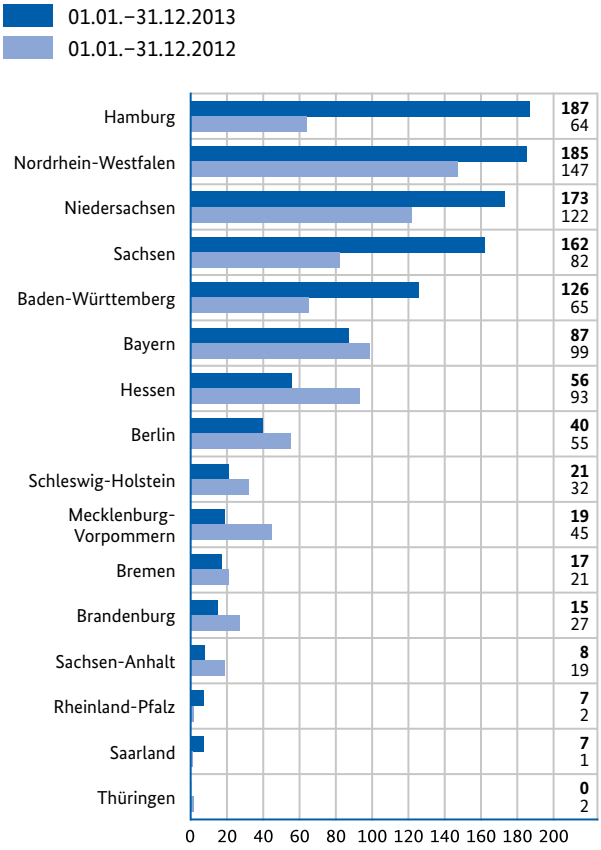
Gewalttaten	2012	2013
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	2	1
Körperverletzungen	268	341
Brandstiftungen	24	14
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	0
Landfriedensbruch	45	59
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	10	11
Raub	12	17
Erpressung	4	3
Widerstandsdelikte	39	120
gesamt	**405**	**566**

2.2 Verteilung der Gewalttaten auf die Länder

Die – in absoluten Zahlen – meisten linksextremistisch motivierten Gewalttaten ereigneten sich mit 187 registrierten Delikten in Hamburg. Der erhebliche Anstieg lässt sich insbesondere auf gewalttätige Ausschreitungen bei der Demonstration am 21. Dezember 2013 zurückführen, zu der bundesweit mobilisiert worden war, um für den Erhalt der „Roten Flora“ sowie der sogenannten Esso-Häuser und gegen die Polizeikontrollen der „Lampedusa-Flüchtlinge“ zu protestieren (vgl. Berichtsteil Linksextremismus, Kap. II, Nr. 3.4). Danach folgen – in absoluten Zahlen – Nordrhein-Westfalen (185) und Niedersachsen (173).

[9] Siehe Fußnote 5.

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – links“ *
in den Ländern



* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

3. Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich der „Politisch motivierten Ausländerkriminalität“

Der Phänomenbereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ umfasst auch die Teilmenge der politisch motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund. Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ wurden 874 (2012: 868) Straftaten zugeordnet, hiervon 167 (2012: 179) Gewalttaten. In diesem Bereich wurden 544 (2012: 618) Straftaten mit extremistischem Hintergrund erfasst, darunter 76 (2012: 117) Gewalttaten.

Damit sank die Zahl der Straftaten im Bereich „Politisch motivierter Ausländerkriminalität“ mit extremistischem Hintergrund um 12,0%, die der Gewalttaten um 35,0%.

Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“[10]

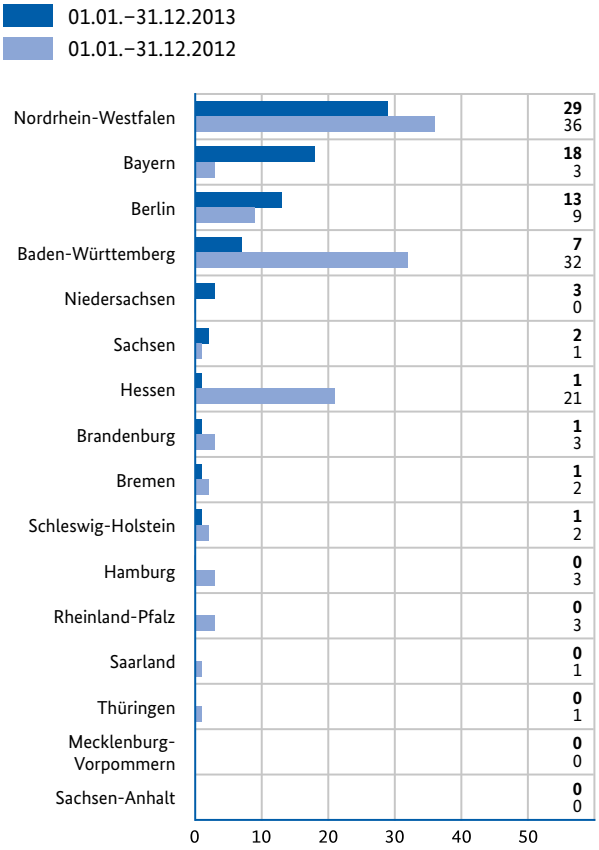
Gewalttaten:	**2012**	**2013**
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	1	0
Körperverletzungen	52	62
Brandstiftungen	5	2
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	0	1
Landfriedensbruch	34	5
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	1	0
Freiheitsberaubung	3	0
Raub	2	2
Erpressung	8	3
Widerstandsdelikte	11	1
gesamt	**117**	**76**
Sachbeschädigungen	87	62
Nötigung/Bedrohung	35	27
Andere Straftaten	379	379
gesamt	**501**	**468**
Straftaten insgesamt	**618**	**544**

[10] Siehe Fußnote 5.

3.1 Verteilung der Gewalttaten auf die Länder

Die – in absoluten Zahlen – meisten Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ ereigneten sich mit 29 registrierten Delikten in Nordrhein-Westfalen. Danach folgen Bayern (18) und Berlin (13).

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ *
in den Ländern



* Die Zahlen basieren auf Angaben des BKA.

Bedeutung des Internets für extremistische Bestrebungen

Bedeutung des Internets für extremistische Bestrebungen

Bedeutung für Extremisten

Das Internet dient Extremisten als Kommunikations- und Propagandamedium. Sie nutzen es zur Koordinierung von Aktionen und zur Rekrutierung neuer Anhänger.

Extremisten erreichen mit dem Internet eine Breitenwirkung, die auf herkömmlichen Wegen niemals gelingen könnte. Das Medium garantiert eine schnelle Verbreitung und enorme Reichweite bei einem minimalen finanziellen Einsatz. Es bietet eine weitgehende Gestaltungsfreiheit ohne die Gefahr inhaltlicher Beschränkungen: Propagandaseiten informieren über Aktionen und Veranstaltungen der jeweiligen Szene, mit Mailinglisten werden Newsletter, Terminhinweise und Mobilisierungsaufrufe versandt, Taterklärungen zu Gewaltaktionen werden zumeist unkommentiert veröffentlicht.

Mit der virtuellen Vernetzung entsteht ein besonderes Gefühl der Zusammengehörigkeit und Verflechtung. Auch Aktivisten und Sympathisanten in den entlegensten Orten können sich als Teil einer gemeinsamen Bewegung fühlen.

Einen besonderen Vorteil für Extremisten bietet die Anonymität des Internets, die eine Identifizierung der im virtuellen Raum befindlichen Person erschwert oder verhindert. Der Neonazi kann beispielsweise in sozialen Netzwerken als „unregistrierter Nutzer“ oder unter falschem Namen seine Hasspropaganda verbreiten, ohne sich der Gefahr auszusetzen, von einem politischen Gegner physisch angegriffen zu werden. Zudem entfällt in geschlossenen Diskussionsforen von Gleichgesinnten die Notwendigkeit, sich mit seinen eigenen Ansichten kritisch auseinandersetzen zu müssen. Da bei geschlossenen bzw. verborgenen Gruppen neue Mitglieder eingehend überprüft werden können, fühlen sich die Teilnehmer verhältnismäßig sicher und kommunizieren weit „offener“ als in öffentlich zugänglichen und für jedermann einsehbaren Bereichen.

2013 zeigte sich die Bedeutung des Internets insbesondere in der islamistischen Syrien-Propaganda. Sie ist ein Grundstein für die Ausreisewelle von „Jihadisten“ in das Kampfgebiet. Im Rechtsextremismus ist vor allem die im Internet massiv unterstützte Kampagne gegen Asylbewerber hervorzuheben.

Das Internet wird weiterhin als Medium zur Verbreitung des offenen Antisemitismus genutzt, als Organ zur Popularisierung des „individuellen Jihad“ und zur Vernetzung weitgehend strukturloser Kampfformen auch in anderen extremistischen Phänomenbereichen.

„Cyber Mobilization“ bezeichnet die schnelle Bildung netzwerkartiger Strukturen über geografische Grenzen hinweg. Dies reicht von Diskussionsforen über die kurzfristige Vorbereitung von Demonstrationen bis hin zur Entwicklung gewalttätiger Gruppen. Terroristische Zellen können Anschlagsplanungen verabreden, ohne dass sich die handelnden Personen persönlich treffen. Diese virtuellen Gruppentreffen finden ihre Ergänzung in virtuellen Trainingslagern mit Anleitungen und Videos bis hin zu Kampfsimulationen. Geschlossene Foren und Verschlüsselungsprogramme sind als Kommunikationswerkzeuge vor allem für gewaltbereite Extremisten von Bedeutung.

So ist das Internet auch Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen den extremistischen Gegensätzen. Internetauftritte der Gegner werden gehackt, um etwa an Personendaten des politischen Gegners zu gelangen oder sie durch Defacement – ein elektronischer Angriff, durch den ein Internetauftritt optisch oder inhaltlich verändert wird – vorübergehend unbrauchbar zu machen. So erklärt ein linksextremistischer Verfasser („antifa“) in einem Beitrag:

„der nazi-versandhandel ‚versand-der-bewegung’ aus baden-württemberg will morgen einen sonderverkaufstag einlegen, da mussten wir rechtzeitig handeln und den shop offline nehmen!“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 2. August 2013)

Gleichzeitig wurde eine gehackte Kundenliste des angegriffenen Versandhandels veröffentlicht.

Radikalisierungsprozesse

Das im Internet angebotene Propagandamaterial kann Radikalisierungsprozesse initiieren und beschleunigen.

Der Verfassungsschutz stellt immer kürzere Radikalisierungsphasen fest. Vor allem ist es eine Radikalisierung, die oftmals ohne erkennbaren Vorlauf und ohne organisatorische Anbindung verläuft. Dies ist häufig verbunden mit einer fehlenden ideologisch-theoretischen Tiefe. Die Aktivisten bedienen sich lediglich einiger argumentativer Versatzstücke aus dem Internet.

Das Internet spielt für den „individuellen Jihad", für individuelle Radikalisierungskarrieren insgesamt eine ganz überragende Rolle.

Videoportale

Videoportale werden im Zusammenspiel mit sozialen Netzwerken zur Vernetzung und Rekrutierung neuer Anhänger genutzt, um mithilfe professioneller und emotionalisierender Bilder und Videos das Interesse für extremistische Positionen zu wecken.

Insbesondere im ausländerextremistischen und islamistischen Spektrum wird die Glorifizierung kämpfender Einheiten in Konfliktgebieten mit dem direkten Aufruf verknüpft, sich der gemeinsamen Sache anzuschließen (so z.B. durch die PKK oder durch „Jihadisten"). Die Videobeiträge sind überwiegend so gestaltet, dass sich Jugendliche angesprochen fühlen und bei ihnen eine gewisse „Abenteuerlust" geweckt wird.

Auf islamistischen Internet-Seiten werden Bilder angeblicher westlicher Grausamkeiten gegen Muslime gezeigt (zerstörte Häuser, getötete Kinder und weinende Mütter). So wird ein Weltbild suggeriert, das dem Westen ausschließlich den Part des Bösen, der Zerstörung und der Wertelosigkeit zuweist. In positivem Kontrast dazu steht das Bild der angeblich heroischen „Jihadisten": aufrechte Kämpfer, die optimistisch lächelnd ihren Opfertod vorbereiten. Es ist der Kampf der Narrative, in dem nicht mit Argumenten überzeugt wird, sondern mit überzeichneten Bildern Botschaften vermittelt werden. Dieser Kampf ist ein wesentliches

Element einer asymmetrischen Auseinandersetzung, in der selbst Anschläge in erster Linie zu „symbolischen“ Taten werden.

In der aktuellen islamistischen Propaganda zum Bürgerkrieg in Syrien inszenieren sich deutsche „Jihadisten“ als militante Kämpfer und fordern ganz speziell Jugendliche und Heranwachsende in Deutschland auf, sich dem terroristischen Kampf anzuschließen.

Die Internetbotschaften haben mehrere Adressaten: Während Sympathisanten zum Widerstand und zu Nachfolgetaten ermuntert werden, soll der Westen zu einer Änderung seiner politischen Haltung veranlasst werden.

Auch Links- und Rechtsextremisten setzen auf Emotionalisierung. Sie werben in Videos mit zum Teil martialischen Bildsequenzen für ihre Demonstrationen und nutzen diese zur Einstimmung auf gewalttätige Aktionen.

Mehr noch als bei ausgewiesenen rechtsextremistischen Homepages besteht in Videoportalen die Gefahr, dass Jugendliche und Heranwachsende unvermittelt und unvorbereitet rechtsextremistischer Hetze ausgesetzt werden. Zwar gelingt es den Providern immer wieder, rechtsextremistische Videos ausfindig zu machen und zu entfernen. Videos neonazistischer Kameradschaften, Aufnahmen ihrer Demonstrationen und Musikclips rassistischer Bands werden jedoch fortlaufend neu ins Netz gestellt, oftmals mit strafrechtlich relevanten Inhalten. Auch 2013 nutzten Rechtsextremisten vermeintlich komödiantische Elemente in Videoclips für ihre Agitation, um insbesondere Kinder und Jugendliche anzusprechen. So wurden im Vorfeld der Bundestagswahlen im September 2013 Videoclips im Internet mit einer als „Krümelmonster“ (eine Figur aus der Kindersendung „Sesamstraße“) verkleideten Person veröffentlicht, die u.a. Propagandamaterial an Kinder und Jugendliche verteilt. Hinweise auf die diversen YouTube-Videos, die auch nach der Bundestagswahl eine Fortsetzung finden, sind auf mehreren rechtsextremistischen Internetpräsenzen zu finden. Die bisherigen Reaktionen auf die Videos fielen allerdings eher verhalten aus.

Soziale Netzwerke

Soziale Netzwerke, die neben dem Austausch von privaten Nachrichten eine Kommunikation in geschlossenen Gruppen ermöglichen, gewinnen weiter an Bedeutung. So ist beispielsweise der

anhaltende Rückgang rechtsextremistischer Homepages im Jahr 2013 auf ca. 880 aktive Seiten (2012: ca. 950) auf die Verlagerung der Internetaktivitäten hin zu den sozialen Netzwerken zurückzuführen.

Gezielt melden sich Extremisten in Foren, bei Kurznachrichtendiensten oder Videoplattformen an, um miteinander zu kommunizieren, vor allem aber, um innerhalb der Internet-Community für ihre Ideologie zu agitieren. Dabei erfolgt der Austausch von Informationen nicht nur über ein Personenprofil oder einen Account. Eigens eingerichtete Seiten innerhalb des sozialen Netzwerkes dienen dazu, auf bestimmte Ereignisse oder Veranstaltungen hinzuweisen. Islamfeindliche Propaganda wird besonders aggressiv in sozialen Netzwerken geäußert, nicht zuletzt um Aufmerksamkeit zu erregen, die Gegenseite herauszufordern und zur Gewaltausübung zu provozieren.

Mit Facebook-Kampagnen versuchen Extremisten, auch Themen zu besetzen, die gesellschaftliche Bedeutung haben. Sie geben sich hierbei nicht immer offen zu erkennen.

Die Möglichkeit, extremistische Propaganda subtil über soziale Netzwerke zu verbreiten, hat an Bedeutung gewonnen. Ein Beispiel bildet hier die von Rechtsextremisten initiierte Internetkampagne zum Thema „Kindesmissbrauch“, durch welche die breite gesellschaftliche Ächtung von sexuellen Übergriffen auf Minderjährige für die eigenen Zwecke instrumentalisiert wird. Nachdem Facebook eine entsprechende rechtsextremistische Kampagnenseite geschlossen hatte, wurde sie mit anderem Namen wieder eröffnet: „Deutschland gegen Kindesmissbrauch – Keine Gnade für Kinderschänder“. Während bei der ursprünglichen Seite die Nähe zur NPD unverhohlen zum Ausdruck gekommen war, ist nunmehr ein unmittelbarer direkter Rückschluss für den oberflächlichen Nutzer nur schwer möglich.

Ein markantes Beispiel rechtsextremistischer Einflussnahme in der „Asyldebatte“ ist die überwiegend im Internet agierende „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf“ mit ihren zahlreichen Kommentaren vorgeblicher Anwohner auf ihrer Facebook-Seite in eindeutig rechtsextremistischer Diktion.

Linksextremisten dient die elektronische Kommunikation als Mittel zu „Mobilisierung und Revolte“. Eine dezentrale Protest- und Blockade-Aktion könne heute mit den zahlreichen internetfähigen Smartphones während einer Demonstration relativ leicht und einfach geplant werden. Während früher in Blogs und Foren über laufende Demonstrationen der Szene berichtet wurde, erfolgt dies heute live über Twitter, einschließlich der Steuerung von Demonstranten, der Warnhinweise auf mögliche Polizeikessel oder auch der Mobilisierung für Blockaden, so z.B. zu einer linksextremistischen Demonstration am 1. Mai 2013 in Berlin.

Nutzung von Plattformen

Daneben dienen auch Internetplattformen und -foren sowohl als Kommunikationsmittel wie auch als offenes Medium zur propagandistischen Agitation. Aufgrund der Möglichkeit, Beiträge anonym zu veröffentlichen, werden extremistische Positionen unverhohlen und offen dargestellt.

Islamisten nutzen beispielsweise den US-amerikanischen Online-Chatservice Paltalk für Sprach- und Videochats. Hier können sich Teilnehmer in Chaträumen virtuell treffen. Es können Chaträume von den Nutzern selbst eingerichtet, moderiert und kontrolliert werden. Hierdurch soll eine hohe Vertraulichkeit gewahrt werden.

Auf bestimmten Paltalk-Kanälen werden Online-Predigten oder Vorträge zu festgelegten Terminen gehalten, für die auf anderen Plattformen wie Facebook und Foren geworben wird. Diese Kombination der Funktionalitäten entspricht dem heutigen „Event“-Verlangen und ist für extremistische und terroristische Netzwerke attraktiv.

Im Bereich des Linksextremismus erreichen nur wenige eigene Internetseiten eine Bedeutung jenseits ihrer lokalen, regionalen und ideologischen Zusammenhänge. Um die eigene

Wahrnehmbarkeit zu erhöhen, nutzen Linksextremisten daher gruppenunabhängige Internetplattformen wie „Indymedia Deutschland“ oder – verstärkt – „linksunten.indymedia“. Ein wesentliches Ziel dieser beiden Internetplattformen besteht darin, eine „von staatlichen Kontrollen und kapitalistischen Interessen“ freie „Gegenöffentlichkeit“ zu etablieren. Dem dient das „Open Posting“, das jedem Nutzer die ungefilterte Veröffentlichung von Beiträgen über ein Eingabeformular ermöglichen soll, ebenso wie die barrierefreie Kommentarfunktion. Daneben nutzen linksextremistische Gewalttäter beide Plattformen, um Taterklärungen oder Selbstbezichtigungsschreiben zu veröffentlichen. Wie wichtig die eigene Öffentlichkeitsarbeit ist, betont ein „autonomes Medienkollektiv“ bei „linksunten.indymedia“:

„Daher vergesst nicht, dass es nicht nur darauf ankommt, Aktionen zu starten sondern auch, diese zu vermitteln und zu verbreiten.“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 21. Oktober 2013)

Zu den Internetpräsenzen, auf denen sich in besonders massiver Art und Weise rechtsextremistische Agitation und Propaganda entfaltet, zählt die – seit 2012 indizierte – überregionale Internetplattform „Altermedia Deutschland“. Neben einer rechtsextremistisch verzerrten Berichterstattung über das aktuelle Zeitgeschehen werden auch Aktivitäten und Geschehnisse in der rechtsextremistischen Szene selbst thematisiert und diese Aktionen (z.B. Demonstrationen) gewürdigt und als Erfolge vermarktet. All dies trägt zum Selbstwertgefühl der aktiven Rechtsextremisten bei, soll aber auch politisch Gleichgesinnte dazu animieren, an Aktionen teilzunehmen.

Im Kommentarbereich der jeweiligen Meldungen kommt es regelmäßig zu strafrechtlich relevanten antisemitischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen. Es wird nicht selten offen und unverhohlen gegen politische Gegner oder Minderheiten gehetzt. Dem gilt es, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten.

Sicherheitsbewusstsein

Um entsprechende staatliche oder gegnerische Operationen zu verhindern, treffen Extremisten Sicherheitsvorkehrungen. Hierzu

gehört beispielsweise die zunehmende Verwendung von Verschlüsselungssoftware.

Auch extremistische Forenbetreiber und -administratoren zeigen sich im Hinblick auf Sicherheitsanforderungen besonders sensibel. Dies zeigt sich beispielhaft dadurch, dass einzelne Foren für eine Neuregistrierung bereits eine persönliche Kontaktaufnahme via E-Mail oder Privater Nachricht an den Administrator voraussetzen, z.T. auch mit der Aufforderung verbunden, weitere persönliche Daten zu übermitteln.

Das rechtsextremistische Internetportal „Altermedia Deutschland" veröffentlichte Ermittlungsakten aus dem Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die Betreiber des 2012 nach Exekutivmaßnahmen abgeschalteten Internetforums „Thiazi-Forum" – mit dem eindeutigen Hinweis:

„Nutzt diese Informationen um euch und andere zu schützen. Benutzt auf jeden Fall Verschlüsselungen für Rechner, ePost und Internetverbindungen."
(Internetportal „Altermedia Deutschland", 13. Juni 2013)

Die Abschaltung des „Thiazi-Forums" im Jahr 2012 hat zu einer starken Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene im Internet geführt. Weitere einschlägige Internetforen haben ihre Nutzereinstellungen verändert oder ihren Betrieb komplett eingestellt.

Nahezu zeitgleich mit ersten Presseberichten über die Internetaufklärung US-amerikanischer Nachrichtendienste forderten Anfang Juni 2013 Autoren, die sich selbst dem „cyberterrorism" zuordnen, einen sensibleren Umgang mit Daten. Sie verweisen auf ein über 300 Seiten umfassendes „Privacy-Handbuch", um verdeckter zu surfen, Anonymisierungsdienste zu nutzen und Daten zu verschlüsseln.[11]

[11] Internetportal „linksunten.indymedia" (18. Dezember 2013).

Die „Autonome Antifa Berlin“ appellierte im Oktober 2013:

> *„Lasst uns Sand im Getriebe des Überwachungsstaats werden. Durch Verschlüsselung unserer Computer, unserer Mails und unserer Chats, durch persönliche Treffen statt Telefonkonferenzen, durch direkte Beziehungen statt digitalen sozialen Netzwerken, durch unsere Kreatitvität gegen ihre Überwachung!“*
> *(Homepage „Autonome Antifa Berlin“, 2. Oktober 2013)*

Staatliche Maßnahmen

Den deutschen Behörden ist es in den vergangenen Jahren in einer Vielzahl von Fällen gelungen, anonyme Einsteller strafrechtsrelevanter rechtsextremistischer Internet-Inhalte zu identifizieren und die Strafverfolgungsbehörden zu informieren.

Eine Indizierung extremistischer und gewaltbefürwortender Internetpräsenzen ist grundsätzlich möglich. Über sie entscheidet die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM), die auf Anregung – z.B. der Sicherheitsbehörden – entsprechende Maßnahmen prüft und eigenständig entscheidet.

Ausblick

Elektronische Kommunikationsmittel sind sowohl Angriffsmittel als auch Angriffsziel. Als Angriffsziele kommen hier staatliche und gesellschaftliche Institutionen, insbesondere sogenannte Kritische Infrastrukturen in Betracht.

Momentan reicht das Wissen meist nur für Angriffe auf niedrigstem technischen Niveau, sogenannte low-level-Aktionen: Beeinträchtigung von Internetangeboten, Veränderung von Webseiten sowie das Entwenden personenbezogener Daten. Gleichwohl ist unverkennbar, dass Extremisten bereit sind, auch darüber hinaus zu gehen.

In diesem Sinne wurde in Teilen des gewaltbereiten Linksextremismus die Frage gestellt, ob die „Cyber-Guerilla“ womöglich die militante Option des Widerstands in diesem Jahrhundert werden könnte.

„Jihadisten“ haben bereits vor Jahren zur Gründung eines „Instituts für den elektronischen Jihad“ aufgerufen. Dort werden ausdrücklich Angriffe auf SCADA-Systeme erwähnt („Supervisory

Control and Data Acquisition"), auf Systeme zur Steuerung der Stromversorgung, von Wasser- und Gasnetzen, aber auch der Systeme von Flughäfen, Bahnnetzen, Börsen und großen Banken.

Bislang reichen die Handlungsansätze in der digitalen Welt bei deutschen Extremisten in der Regel nicht über Cyber-Attacken auf Extremisten anderer Prägung hinaus. Digitale Recherchedatenbanken stellen jedoch ein umfangreiches, auch personenbezogenes Wissen über den politischen Gegner zur Verfügung. Damit ist das digitale „Outing" mit der realen Welt auf eine Art und Weise verbunden, die zu einer unmittelbaren Gefährdung von Personen und Objekten führen kann.

Mit den neuen technischen Mitteln verändern sich auch Agitations- und Radikalisierungsvarianten: Das Internet wird zum Katalysator neuer Strukturen im Extremismus, zur Keimzelle neuer Aktionsformen in der Realwelt.

Das Medium Internet wird bei der Verbreitung extremistischer Propaganda, als Kommunikationsplattform und nicht zuletzt bei der Koordination von Aktivitäten weiter an Bedeutung gewinnen: eine Entwicklung, der sich die Sicherheitsbehörden mit geeigneten Mitteln entgegenstellen müssen.

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus

I. Überblick

Das rechtsextremistische Spektrum in Deutschland reicht von Parteien, die z.B. als Ersatz für verbotene neonazistische Kameradschaften auftreten, bis hin zu Bürgerinitiativen, die sich z.B. gegen Asylbewerber richten. Vereint wird die Szene durch ein starkes ideologisches Band: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus sowie eine generelle Demokratiekritik sind nur einige Aspekte der rechtsextremistischen Weltanschauung. Wenn Herkunft oder Rasse über den Wert eines Menschen entscheiden sollen, oder wenn in der „Volksgemeinschaft" kein Raum für „Fremde" sein soll, dann werden zentrale Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung missachtet.

1. Entwicklungstendenzen

Militanz, Gewalt und Rechtsterrorismus

Die Militanz im deutschen Rechtsextremismus ist unverändert hoch. Dies zeigt sich insbesondere in der anhaltend hohen Zahl an Gewalttaten und in der gewaltfördernden Hetze gegen diverse Feindgruppen, allen voran „Fremde" und politische Gegner. Auch „Rassenkrieg" und die Vorherrschaft der „weißen Rasse" werden in der Szene weiterhin propagiert.

Terrorismus wird von seinen Protagonisten immer als Notwehrmaßnahme verstanden: gegen einen vermeintlich übermächtigen Gegner in einer Situation, in der legale Mittel nicht ausreichend erscheinen. Für Rechtsextremisten ist dies z.B. der „drohende Volkstod", der von einer selbsternannten „Elite" verhindert werden muss. Dieser in einem endzeitlichen Duktus vorgetragene Beweggrund schafft das geistige Umfeld für solche Taten und trägt die Figur des militanten Vorkämpfers bereits in sich.

Durch das Internet eröffnen sich vielfältige Inspirationsquellen, Handlungsanleitungen, die – ideologisch entkernt – für alle extremistisch-terroristischen Gruppen nutzbar sind. Gruppen unterschiedlicher Couleur lernen hier voneinander, zumindest was den Modus Operandi militanter Aktionen angeht.

Es ist eine wesentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes, in einer Szene, der im hohen Maße irrational argumentierende, von Gewaltphantasien und apokalyptischen Bildern geprägte Personen angehören, diejenigen ausfindig zu machen, die womöglich im Begriff sind, sich das Motto des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) „Taten statt Worte“ zu eigen zu machen.

Abwehrmaßnahmen des BfV

Das BfV konzentriert seine Ressourcen auf die Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus. Dazu gehört vor allem, strafrechtlich relevante Sachverhalte rasch an die Ermittlungsbehörden weiterzuleiten.

In einer dem individuellen Sachverhalt angepassten Arbeitsweise werden in enger Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden sämtliche bekannt gewordene Hinweise auf ein mögliches gewaltbezogenes bzw. rechtsterroristisches Handeln analysiert und operativ bearbeitet. Verdichten sich Indizien für terroristische Handlungsmuster oder liegen tatsächliche Hinweise auf geplante Straftaten vor, so besteht das vorrangige Ziel des Verfassungsschutzes darin, die (Gefährdungs-)Sachverhalte an die Exekutivbehörden zur Gefahrenabwehr und Verhinderung von Straftaten zu übermitteln.

Mit der Einrichtung des Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus (GAR) im Dezember 2011 und dessen Erweiterung zum Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) im November 2012 wurden die organisatorischen Voraussetzungen verbessert, die Fachexpertise aller Sicherheitsbehörden unmittelbar zu bündeln. Damit wird ein möglichst lückenloser und schneller Informationsfluss sichergestellt, um die notwendigen Maßnahmen zur weiteren Aufklärung einleiten zu können.

Strukturelle Vielfalt

Im Rechtsextremismus gibt es seit Jahren den Trend weg von festgefügten Organisationen hin zu informellen Formen der Zusammenarbeit und Koordinierung. Vor allem gemeinsame Aktionen und Demonstrationen werden über das Internet koordiniert.

Parteiform als Auffangbecken

Auf der anderen Seite dominieren Aktivisten aus verbotenen neonazistischen Organisationen in Nordrhein-Westfalen den Landesverband der Partei „DIE RECHTE“. Diese Partei lehnt das parlamentarische System grundsätzlich ab. Unverhohlen wird

die Teilnahme am demokratischen Willensbildungsprozess, die Teilnahme an Wahlen als Mittel zum Zweck bezeichnet: als Möglichkeit, neuerlichen Verboten entgehen zu können. Für sie stellt die Organisationsform einer politischen Partei lediglich eine Möglichkeit dar, Strukturen für ihren antidemokratischen Kampf erhalten und entwickeln zu können. Verbotsmaßnahmen, die gerade den Zweck haben, Strukturen zu zerschlagen, werden auf diese Weise in ihrer Wirkung zumindest eingeschränkt. Auch bei weiteren neonazistischen Organisationen ist ein Ausweichen in die Strukturform einer politischen Partei künftig nicht auszuschließen.

Führungsquerelen in der NPD

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) sah sich zur Jahreswende neben einem enttäuschenden Ergebnis bei der Bundestagswahl, finanziellen Schwierigkeiten und dem Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht nunmehr auch personellen Verwerfungen in der Parteiführung ausgesetzt. Ende 2013 gab der um eine „seriöse Radikalität“ bemühte, jedoch weithin unbeliebte Parteivorsitzende Holger Apfel unter fragwürdigen Umständen sein Amt auf. Der designierte, für seinen Verbalradikalismus bekannte Nachfolger Udo Pastörs befürwortet seit jeher das „Volksfront“-Konzept, also das enge Bündnis zwischen Partei und Neonazis. Es bestehen weiterhin keine Zweifel an der ideologisch-strategischen Grundausrichtung der Partei, an ihrer gegen die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland gerichteten Politik.

Wechselwirkung zwischen Extremisten

Gefahren für die innere Sicherheit erwachsen insbesondere aus der Konfrontation zwischen den Extremisten: rechts gegen links, rechts gegen Islamisten.

Rechtsextremistische und linksextremistische „Outing-Aktionen“, sowohl in der Realwelt als auch im Internet, erzeugen ein Klima latenter Gewalt. Auch wenn die Akteure nicht immer auf eine direkte Gewaltanwendung zielen, werden potenziellen Gewalttätern hierbei mögliche Ziele mit detaillierten Angaben zu den Lebensumständen präsentiert. Bei Demonstrationen kann oftmals nur ein großes Polizeiaufgebot eine direkte gewaltsame Konfrontation verhindern.

Rechtsextremisten versuchen weiterhin, Muslime herauszufordern. Auf den ersten Blick geringfügige Straftaten wie Sachbe-

schädigungen oder Schmierereien – etwa an Moscheen – zielen mit ihren islamfeindlichen Aussagen unmittelbar auf die Verletzung elementarer religiöser Glaubensgrundsätze bzw. religiöser Gefühle von Muslimen ab. Ihr Ziel ist es, gewalttätige Reaktionen zu provozieren, um ihr Bild vom gesetzesbrecherischen, nicht integrierbaren Muslim zu bestätigen.

Einher geht dies mit einer widersprüchlichen Bewertung des Islam: Vielfach beschwören die angeblichen extremistischen Todfeinde dasselbe Feindbild eines vermeintlich degenerierten, individualistischen und kapitalistischen Westens. Mit ihrem Konstrukt der ethnisch-rassistisch definierten „Volksgemeinschaft" stehen jedoch Fremde im Zentrum des Feindbildes von Rechtsextremisten, wobei die Islamfeindschaft sich zu einer modernen Form der Fremdenfeindlichkeit entwickelt hat. Aktionen von Islamisten außerhalb Deutschlands, außerhalb Europas werden demgegenüber völlig anders bewertet. Hier sehen sich Rechtsextremisten z.T. von den Angriffen islamistischer Terroristen gegen die USA und gegen Israel in ihrem Weltbild bestätigt, in ihrem Antiamerikanismus ebenso wie in ihrem Antisemitismus.

Angriffsziel: Journalisten

Neben den bekannten Feindbildern wie Fremde, „Andersartige", „Asoziale", Juden, politische Gegner und Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaates (z.B. Polizisten, Staatsanwälte, Richter) geraten auch Journalisten in das Visier von Rechtsextremisten. Die abschätzig als Vertreter der „Systempresse" titulierten Journalisten werden mitunter in ihrer Berufsausübung beeinträchtigt. In Einzelfällen geht dies über verbale Attacken hinaus: So wurde im August 2013 bei einer Demonstration in Bad Nenndorf (Niedersachsen) ein Journalist mit einer Fahnenstange auf den Kopf geschlagen. Rechtsextremisten bauen darüber hinaus ein Bedrohungsszenario durch „Outings" auf: Adressen und Diffamierungen werden im Internet publiziert; damit werden potenziellen Gewalttätern Ziele angeboten. Ein weiteres Gefahrenmoment stellen Rechtsextremisten dar, die ihrerseits als Journalisten auftreten (und auch auftreten können, da sie über Presseausweise verfügen), um so Polizeiabsperrungen zu überwinden und Gegendemonstranten zu fotografieren.

Frauen und Rechtsextremismus

Auch in rechtsextremistischen Parteien werden Frauen als Aktivistinnen wahrnehmbar. „Frauen bringen sich hier politisch ebenso ein wie Männer, und das tut den Männern hier genauso

weh oder gut wie überall anders auch“,[12] heißt es z.B. auf der Internetseite der NPD-Unterorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF). Mit Sigrid Schüßler trat die NPD erstmals mit einer Frau als Spitzenkandidatin bei einer Landtagswahl an. Obwohl weiterhin ein reaktionäres Frauenbild vorherrschend ist, sind es z.B. die „Mütter von nebenan“, die in ihrer ideologischen Verwurzelung den Männern nicht nachstehen und sich durch zivilgesellschaftliches Engagement in Szene setzen. Damit bezwecken sie, rechtsextremistisches Gedankengut Schritt für Schritt auch für bürgerliche Schichten gesellschaftsfähig zu machen.

Auf der Suche nach Vorbildern: Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) und Casa Pound

Wenn auch bundesweit von einer tiefen gesellschaftlichen Verankerung des Rechtsextremismus nicht die Rede sein kann, so ist dessen Verbreitung in einigen Regionen dennoch unverkennbar. Kulturell und intellektuell ist der Rechtsextremismus jedoch ohne jegliche Strahlkraft. Intellektualisierungsbemühungen wie in den 1980/90er Jahren sind weitgehend verebbt. In dieser Situation blicken deutsche Rechtsextremisten in Richtung der Bewegungen in anderen Ländern: auf die Erfolge parlamentarisch orientierter Rechtsextremisten und -populisten, aber auch auf militante Formen, wie die Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) in Griechenland oder das kulturrevolutionäre Casa Pound in Italien.

Die Erfolge griechischer Rechtsextremisten werden etwa vom neonazistischen „Freien Netz Süd“ (FNS) als „Fanal für alle nationalistischen Gruppen“ gewertet. Sie zeigten, dass „die schlafenden Massen noch erweckt werden können, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen stimmen“. Entsprechend werden Kontakte geknüpft, so z.B. als deutsche Rechtsextremisten im Februar 2013 auf Einladung der dortigen „Kameraden“ nach Athen (Griechenland) reisten. Dieser Bewunderung tat auch die Ermordung eines antifaschistischen Künstlers durch einen Sympathisanten der militanten griechischen Organisation keinen Abbruch, ebenso wenig wie die Ermittlungen der Polizei gegen Funktionäre der Goldenen Morgenröte wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Im Gegenteil: Neonazis organisierten Solidaritätsveranstaltungen, u.a. vor dem Griechischen Generalkonsulat in München (Bayern, „Vereint im Kampf für ein freies Europa der Vaterländer … Seite an Seite“).

[12] Homepage RNF (13. Juni 2013).

Vor allem in der NPD wird der sprunghafte Aufstieg der Chrysi Avgi von einer bedeutungslosen Splitterpartei zu einer wahrnehmbaren parlamentarischen Größe aufmerksam verfolgt. Besonders nachahmenswert scheinen deutschen Rechtsextremisten die Bemühungen von Chrysi Avgi, die gesellschaftliche Verwurzelung kontinuierlich voranzutreiben und sich als soziale Instanz zu gerieren. Dass es der griechischen Partei mit ihrem militanten Auftreten gelungen ist, als maßgeblicher Machtfaktor in einzelnen Vierteln größerer Städte aufzutreten und sich dort mit dem eigenen Ordnungsdienst quasi-staatliche Befugnisse anzumaßen, ist dabei kein Anlass für eine Distanzierung. Vielmehr sehen deutsche Rechtsextremisten in der dadurch erreichten autonomen Handlungs- und Aktionsfähigkeit der griechischen Partei ein Vorbild, das gesellschaftliche Einflusspotenzial auch ohne ideologische Aufweichung erfolgreich ausweiten zu können.

Die italienische Organisation Casa Pound vereint Politik und Kultur. Ideologisch-strategisch an kulturrevolutionären Konzepten orientiert, ahmt sie linksextremistische und alternative Protestformen nach, beispielsweise Hausbesetzungen. Ziel ist der Aufbau einer Gegengesellschaft. Insbesondere in der NPD bezieht man sich positiv auf diese Agenda – durch Besuche, Beiträge oder auch in der schlichten (noch) kleinformatigen Adaption. Die NPD-Jugendorganisation bezeichnet Casa Pound ausdrücklich als Vorbild: „‚Alles zurückerobern', heißt das erklärte Ziel der Kulturrevolution der Casa Pound. Und sie sind auf dem richtigen Weg, ohne Verhandlungen und ohne Kompromisse."[13]

Anschlussversuche an öffentliche Diskurse

Obwohl Meinungsumfragen z.T. recht hohe Zustimmungswerte für einzelne rechtsextremistische Aussagen ergeben, schlägt sich dies kaum in Wahlerfolgen für rechtsextremistische Parteien nieder.

Rechtsextremisten sind deshalb bemüht, ihre Ideologie in vordergründig unverdächtige Zusammenhänge zu stellen. Sie engagieren sich zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen und offenbaren dabei nicht immer oder erst nach einiger Zeit ihren politischen Hintergrund. Dies gilt in Fragen der Ökologie und im Tierschutz, in Kampagnen gegen Kindesmissbrauch sowie als

[13] „Der Aktivist" Nr. 2/2013.

praktische Solidarität bei Hilfsmaßnahmen für Opfer der Flutkatastrophe in einigen Regionen Deutschlands.

Von besonderer Bedeutung war im Jahr 2013 die Asylpolitik. Rechtsextremisten greifen dieses Thema im Sinne ihrer rassistischen und fremdenfeindlichen Agenda auf. Sie versuchen unablässig, in Orten mit (geplanten) Asylbewerberheimen Proteste eines Teils der Bevölkerung zu radikalisieren und in ihrem Sinne zu nutzen, insbesondere durch Gründung oder Infiltrierung von Bürgerinitiativen. Mit einer klandestinen Teilnahme an Bürgerinitiativen soll der Wirkungskreis auch über die eigene Klientel hinaus erweitert werden, was durch die z.T. hohen Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen auch gelungen ist. Mit offen rechtsextremistischen Initiativen werben Parteien wie die NPD um Anerkennung als Wahlalternative. Insbesondere mit der Durchführung von Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zu geplanten oder bereits existierenden Asylunterkünften erhoffen sich die Parteien in diesen Wahlkreisen deutlich höhere Stimmenanteile für die anstehenden Wahlen.

Auch wenn diese Agitation gegen Asylbewerber(-heime) nicht ausdrücklich auf Gewalt ausgerichtet ist, kann sie doch eine Eigendynamik entwickeln und Einzelne bzw. Kleinstgruppen zu gewalttätigen Aktionen animieren. Von einem Fortgang im Wahljahr 2014 ist auszugehen.

2. Rechtsextremistisches Personenpotenzial

Leichter Rückgang des rechtsextremistischen Personenpotenzials

Das rechtsextremistische Personenpotenzial betrug Ende 2013 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 21.700 Personen und war damit – wie bereits in den Vorjahren – leicht rückläufig (2012: 22.150).

Gewaltbereite Rechtsextremisten

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist mit 9.600 gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Das bedeutet: Annähernd jeder zweite Rechtsextremist ist gewaltbereit.

Neonazis

Mehr als ein Viertel aller Rechtsextremisten sind Neonazis, wenngleich das Personenpotenzial der neonazistischen Szene mit rund 5.800 Personen erstmals seit einigen Jahren leicht gesunken ist (2012: 6.000).

Weiterer Rückgang bei subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Die Zahl der subkulturell geprägten Rechtsextremisten ist 2013 um 100 Personen auf nunmehr 7.400 zurückgegangen. Gleichwohl macht die subkulturelle rechtsextremistische Szene mit gut 30 Prozent auch weiterhin den größten Anteil am Gesamtpotenzial aus.

Negativtrend bei der NPD

Der NPD-Führung ist es auch 2013 nicht gelungen, die seit Jahren anhaltenden Mitgliederverluste zu stoppen. Der Negativtrend setzte sich mit nunmehr 5.500 Personen weiter fort (2012: 6.000).

Zuwachs bei der Partei „DIE RECHTE“

Die erst 2012 gegründete Partei „DIE RECHTE“ konnte weitere Landesverbände aufbauen und ihren Mitgliederbestand mit 500 Personen gegenüber dem Vorjahr (150) deutlich steigern.

Stagnation bei der „Bürgerbewegung pro NRW“

Die „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) verfügt nach wie vor über rund 1.000 Mitglieder (2012: 1.000).

Den sonstigen rechtsextremistischen Organisationen gehörten wie in den Vorjahren rund 2.500 Personen an.

Rechtsextremismuspotenzial[1]			
	2011	**2012**	**2013**
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	7.600	7.500	7.400
Neonazis[2]	6.000	6.000	5.800
in Parteien	7.300	7.150	7.000
„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	6.300	6.000	5.500
„DIE RECHTE“	–	150	500
„Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“)[3]	–	1.000	1.000
„Deutsche Volksunion“ (DVU)[4]	1.000	–	–
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	2.500	2.500	2.500
Summe	**23.400**	**23.150**	**22.700**
nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften[5]	**22.400**	**22.150**	**21.700**
davon gewaltbereite Rechtsextremisten	**9.800**	**9.600**	**9.600**

[1] Die Zahlen sind z.T. geschätzt und gerundet.

[2] Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene.

[3] Die „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) wurde erstmals 2012 in die Übersicht aufgenommen.

[4] Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) hat sich Mitte 2012 aufgelöst.

[5] Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

II. Gewaltbereitschaft in der rechtsextremistischen Szene

1. Rechtsextremistisches Gewaltpotenzial

Personenpotenzial

Der Anteil gewaltbereiter Personen innerhalb der rechtsextremistischen Szene befindet sich seit einigen Jahren auf anhaltend hohem Niveau. Bei einem gleichzeitig leicht sinkenden Gesamtpersonenpotenzial machen gewaltbereite Rechtsextremisten mit 9.600 Personen damit inzwischen fast die Hälfte (rund 45%) des rechtsextremistischen Personenpotenzials aus.

Es handelt sich hierbei um Rechtsextremisten, die als Gewalttäter bekannt sind, sich deutlich für die Anwendung von Gewalt aussprechen oder eine hohe Gewaltbereitschaft aufweisen.

Gewaltpotenzial und rechtsextremistische Ideologie

Das Gewaltpotenzial der Szene speist sich aus der rechtsextremistischen Ideologie mit Rassismus, Sozialdarwinismus und Antisemitismus sowie einer „Volksgemeinschafts"-Ideologie, die Minderheitenrechte negiert. Eine Abwertung und Entmenschlichung von Angehörigen erkannter Feindbilder senkt die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung.

Die sozialdarwinistische und biologistische Sichtweise führt zu den rechtsextremistischen Kernbegriffen „Kampf" und „Krieg" – verdichtet im „Rassenkrieg" und sich manifestierend im Slogan „Leben ist Kampf" (nur der Stärkere überlebt) sowie in der Verherrlichung „kriegerisch-soldatischer Tugenden".

Träger rechtsextremistischer Gewalt

Rechtsextremistische Gewalt wird überwiegend spontan verübt. Während solche Gewalttaten in der Regel eher von subkulturell geprägten rechtsextremistischen Tätern ohne festgefügte Szeneanbindung begangen werden, sind geplante und zielgerichtete rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten eher dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen.

Opfer rechtsextremistischer Gewalt

Opfer rechtsextremistischer Gewalt sind die als Fremdkörper der intendierten „Volksgemeinschaft" wahrgenommenen Ausländer, Asylbewerber, Obdachlosen, Homosexuellen sowie politischen Gegner und Vertreter des verhassten demokratischen Rechtsstaates.

Im Fokus rechtsextremistischer Alltagsgewalt stehen zunehmend „Fremde". Nachdem die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten in den letzten Jahren permanent angestiegen ist, erreichte sie mit 473 Gewalttaten im Jahr 2013 den höchsten Stand seit 2006 (484) und umfasst somit rund 60 Prozent aller begangenen rechtsextremistischen Gewalttaten.

So griff beispielsweise am 21. September 2013 eine Gruppe von Rechtsextremisten in Bernburg (Sachsen-Anhalt) den Geschäftsführer eines türkischen Schnellrestaurants an. Im Zuge einer verbalen Auseinandersetzung wurde er als „Scheißausländer" und „Scheißtürke", seine anwesende Freundin als „Türkenschlampe" beleidigt. Die Angreifer fügten dem Mann u.a. durch Schläge und Tritte erhebliche Verletzungen am Kopf und Oberkörperbereich zu und ließen auch dann nicht von ihrem Opfer ab, als dieses bereits bewusstlos am Boden lag. Die Staatsanwaltschaft Magdeburg (Sachsen-Anhalt) erhob am 18. Februar 2014 Anklage vor dem Landgericht Magdeburg gegen neun Personen. Am 2. Mai 2014 verurteilte das Gericht vier der Angeklagten wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung, einen von ihnen auch wegen Beleidigung, zu Freiheitsstrafen zwischen fünf Jahren und acht Jahren und zwei Monaten. Fünf weitere Mitangeklagte wurden freigesprochen, da ihre Tatbeteiligung nicht im Detail geklärt werden konnte. Das Gericht bescheinigte den Angeklagten zwar eine rechtsextremistische und ausländerfeindliche Einstellung, jedoch konnte eine rassistische Tatmotivation nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, sodass eine Verurteilung wegen versuchten Mordes nicht zum Tragen kam. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Militanz

Das Gewaltpotenzial der rechtsextremistischen Szene wird auch in ihrem Habitus deutlich: Besonders für den subkulturellen Rechtsextremismus und das neonazistische Spektrum ist ein martialisches Auftreten charakteristisch, etwa bei Demonstrationen oder in Liedtexten. Nicht selten tragen Rechtsextremisten T-Shirts, die mit fremdenfeindlichen Botschaften, Szenecodes oder aggressiven Slogans bedruckt sind oder (verklausulierte) Bezüge zur NS-Zeit aufweisen. Vor und während rechtsextremistischer Aufmärsche wird mit aggressiver Diktion und Auftreten versucht, den politischen Gegner einzuschüchtern. Beispielhaft hierfür steht ein Mobilisierungstrack im Internet – eine Abfolge von Bildern, untermalt durch ein Liedstück – für eine

Demonstration am 21. September 2013. Dort ruft ein „MaKss Damage“ mit Blick auf die Gegendemonstranten zur „Schlacht von Wuppertal“ (Nordrhein-Westfalen) auf:

„Zu uns kommen nur Motivierte, wir bilden die Infant'rie. (...) Ihr seid zum Glück bald tot, dann übernehmen wir das Ruder, lenken das Land wieder nüchtern, so wie es gut war, aus dem Cockpit der StuKa[14]. (...) Wir machen weiter und weiter bis euer Blut in unsere Wupper fließt (...) kommt alle zur Schlacht von Wuppertal.“
(Lied „Tränengasdusche“, Homepage „MaKss Damage“, 18. Juni 2013)

Verbindungen zu Rocker- und Sportgruppierungen

Die ideologische Prämisse des „Kampfes“, der in der Szene vorherrschende „Männlichkeitskult“ und eine oftmals martialische Selbstinszenierung sind die Basis rechtsextremistischer Affinität auch zu gewaltgeneigten Gruppierungen. So gibt es einzelfallbezogene Überschneidungen mit Rockergruppierungen oder zur Hooligan- und Ultraszene im Fußball. Mitunter sind Rechtsextremisten in diesen Szenen aktiv und beteiligen sich an den von diesen ausgehenden Randalen. Die Überschneidungen zwischen den verschiedenen Spektren beruhen meist auf persönlichen Kennverhältnissen und reduzieren sich hinsichtlich der gesamten rechtsextremistischen Szene auf Einzelkontakte. Hieraus resultieren bisweilen wirtschaftliche Kooperationen, z.B. bei rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Räumlichkeiten von Rockergruppierungen. In der Regel tolerieren diese zwar die politischen Einstellungen der Mitglieder, nicht jedoch etwaige (Neben-)Aktivitäten in der rechtsextremistischen Szene. Trotz der insgesamt unpolitischen Ausrichtung von Rockergruppierungen ist nicht von einer Abkehr ehemals aktiver Rechtsextremisten von der rechtsextremistischen Ideologie auszugehen. Im Bereich von Hooligangruppierungen sind einzelne Personenzusammenschlüsse bekannt, die aufgrund ihrer personellen Zusammensetzung zumindest als rechtsextremistisch beeinflusst einzuschätzen sind. Dennoch kann auch hier keine strukturelle und flächendeckende Zusammenarbeit auf ideologischer Ebene festgestellt werden.

[14] Abkürzung für Sturzkampfbomber (Kampfflugzeug aus dem Zweiten Weltkrieg).

Immer wieder sind auch Mitgliedschaften von Rechtsextremisten in Kampfsportvereinen oder in der sogenannten Freefight-Szene – in der eine brutale Variante des Kampfsports ausgeübt wird – zu verzeichnen. Hieraus entsteht ein grundsätzliches Gefahrenmoment, da Rechtsextremisten dadurch ihre Kampffähigkeit zur Auseinandersetzung mit Angehörigen des politisch gegnerischen Lagers oder mit Zugehörigen ihrer Feindbildgruppen trainieren. Jedenfalls erhalten sie dadurch eine körperliche Fitness und das Bewusstsein, erfolgreich angreifen zu können.

Affinität zu Waffen und Sprengstoff

Das Gewaltpotenzial der rechtsextremistischen Szene zeigt sich zudem in deren Hang zu Waffen, Sprengstoff und Militaria-Gegenständen aller Art. Regelmäßige Waffenfunde bei Durchsuchungsmaßnahmen belegen diese Anziehungskraft nachdrücklich. Meist handelt es sich dabei um Hieb- und Stichwaffen sowie funktionsunfähige Deko-Waffen; vereinzelt werden aber auch scharfe Schusswaffen beschlagnahmt. Beispielhaft können hier folgende Sachverhalte genannt werden:

- Bei Durchsuchungsmaßnahmen am 10. Juli 2013 gegen Rechtsextremisten aus dem Umfeld des „Freien Netz Süd“ (FNS) wurden Schusswaffen, eine große Anzahl an Hieb- und Stichwaffen sowie erlaubnispflichtige Pyrotechnik sichergestellt. Die Ermittlungen dauern noch an.
- Daneben wurden auch bei Einzelpersonen, die nur lose in regionale rechtsextremistische Strukturen eingebunden sind, Waffen gefunden. So konnten bei Exekutivmaßnahmen am 8. August 2013 in Dähre (Sachsen-Anhalt) im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens u.a. wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Waffengesetz bei einem Rechtsextremisten zwei (nicht schussfähige) Waffen, Munition und nationalsozialistisches Propagandamaterial sichergestellt werden. Die Ermittlungen dauern noch an.

Kampfausbildungen und insbesondere der Besitz von Waffen, Waffenteilen und Munition stellen bei Rechtsextremisten ein erhebliches Gefährdungsmoment dar – zumal polizeiliche Maßnahmen belegen, dass die rechtsextremistische Szene nach wie vor über eine erhebliche Anzahl von Waffen und Munition verfügt.

Gefangenenhilfe

Gefangenenhilfsorganisationen zur Betreuung inhaftierter Rechtsextremisten dienen weniger humanitären Zielen als vielmehr dem Erhalt des szenespezifischen Gewaltpotenzials.

Diese Strafgefangenen sind gesellschaftlich kaum integriert und verfügen in der Regel über nur wenige Verbindungen außerhalb der Szene. Sie sind für eine Kontaktaufnahme besonders empfänglich und ideologisch oft leicht zu manipulieren. Die Bestätigung der Täter als „Opfer des Staates“ erspart ihnen eine selbstreflexive Auseinandersetzung mit ihren Taten und der zugrundeliegenden Ideologie. Sie können sich vielmehr in ihrer Intention bestärkt und als Teil einer „Gemeinschaft“ fühlen, die ihre Taten nicht verurteilt, wenn nicht gar anerkennt. Im Ergebnis werden ein Resozialisierungsprozess und eine Deradikalisierung verhindert und das Gewaltpotenzial der Straftäter bleibt der rechtsextremistischen Szene weiterhin erhalten.

Die Szene versucht gegenwärtig, den Verlust der im September 2011 durch den Bundesminister des Innern verbotenen, seinerzeit größten bundesweit agierenden neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) zu kompensieren. Die Aktivitäten werden derzeit von mehreren, z.T. neu gegründeten Gefangenenhilfsorganisationen und -initiativen getragen, wie den „Kameraden in Haft“ (KiH) oder dem Projekt „GefangenenHilfe.info“ (GH), das ausdrücklich die „Wiedereingliederung der ehemaligen Häftlinge in unsere Gemeinschaft“[15] als vorrangiges Ziel proklamiert. Die Initiativen konkurrieren nicht miteinander. Sie nutzen – anders als vormals die HNG – das Internet intensiv als Kommunikations- und Informationsplattform. Zudem führen sie regelmäßig Solidaritätskundgebungen oder -konzerte durch und unterstützen die Inhaftierten durch die Vermittlung von Briefkontakten und Besuchen sowie durch kleinere Sachspenden.

„Knastkameradschaften“

In Einzelfällen versuchten inhaftierte Rechtsextremisten, sogenannte Knastkameradschaften zu gründen. So konnte im April 2013 in der hessischen Justizvollzugsanstalt Hünfeld die von einem Neonazi gegründete „AD[16] Jail Crew“ aufgedeckt werden. Sie hatte versucht, ein Netzwerk von Gefangenen in

[15] Homepage GH (31. Oktober 2013).

[16] AD steht laut Satzung der Gruppierung für „Aryan Division“.

verschiedenen Haftanstalten aufzubauen und Kontakte zur rechtsextremistischen Szene, aber offenbar auch zur Rockerszene herzustellen.

2. Rechtsterrorismus

Gewalt und Terrorismus sind in allen extremistischen Phänomenbereichen eine Option, vor allem aber im Rechtsextremismus mit seiner nachdrücklichen Gewaltaffinität, der Entmenschlichung und den Vernichtungsphantasien gegen „natürliche" und erklärte Gegner einer ethnischen „Reinheit".

Das Denkschema wird beispielsweise in der neonazistischen Argumentation zu einem bevorstehenden „Rassenkrieg" deutlich:

„Die von den Globalisierern betriebene Völkervermischung hat den unterschwelligen Rassenkrieg hervorgebracht, der jetzt offen ausbricht und in die blutige Phase übergeht. (...) Europa steht ein blutiger Rassenkrieg bevor – und damit das Scheitern aller globalistisch-universalen Ideologien."
(Roland Wuttke: „Rassenkrieg in Europa", in: „Volk in Bewegung & Der Reichsbote" Nr. 3/4-2013, S. 6 f.)

Auch wenn die Mehrheit der rechtsextremistischen Szene nicht auf einen gewaltsamen, revolutionären Umsturz hinarbeitet, muss stets in Betracht gezogen werden, dass nicht nur einzelne schwerste Gewaltstraftaten durch Einzeltäter oder Kleinstgruppen möglich sind, sondern auch die Bildung weiterer bislang unerkannter terroristischer Gruppen innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums nicht auszuschließen ist.

Konzentration auf den gewaltbereiten Rechtsextremismus

Die Erfahrungen mit dem „Nationalsozialistischen Untergrund" (NSU), der seine Taten aus dem Untergrund heraus verübte, haben den Blick der Sicherheitsbehörden auf diesen Phänomenbereich verändert. Die im Laufe der Ermittlungen gewonnenen Erkenntnisse über die Entwicklung der Terrorgruppe haben zu einer modifizierten Beobachtung des gewaltbereiten Rechtsextremismus geführt. Ein besonderes Augenmerk des Verfassungsschutzes liegt vor allem auf der Identifizierung möglicher Indikatoren, die

ein rechtsterroristisches Handeln vorbereiten oder begünstigen. Hierzu gehören z.B. das Vorhandensein größerer Geldmengen oder Planungen zu deren Beschaffung, Bemühungen um den Aufbau von Netzwerken und Gruppierungen im In- und Ausland, eine geplante oder bereits erfolgte Ausbildung an Waffen und Sprengstoffen oder die Beschaffung bzw. das Vorrätighalten solcher Gegenstände.

Unter diesen Prämissen bearbeitete das BfV im Jahr 2013 mehrere Gefährdungssachverhalte, bei denen Anhaltspunkte für ein mögliches rechtsterroristisches Handeln vorlagen. Die enge Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei trug maßgeblich dazu bei, dass der Generalbundesanwalt (GBA) in mehreren Fällen schließlich Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) einleitete.

„Werwolf-Kommando“

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens des GBA gemäß § 129a StGB, das durch das BfV mit nachrichtendienstlichen Erkenntnissen unterstützt wurde, fanden am 17. Juli 2013 bei sechs Angehörigen der rechtsextremistischen Szene in Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden Durchsuchungsmaßnahmen statt. Die Beschuldigten werden verdächtigt, zur Beseitigung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland terroristische Gewalttaten zu planen. Hierzu sollen sie beispielsweise ein elektronisches Verschlüsselungsprogramm entwickelt haben, um konspirativ kommunizieren zu können. In Anlehnung an die Kleingruppentaktik nationalsozialistischer Kämpfer gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wählte die Gruppierung die Bezeichnung „Werwolf-Kommando“. Die Ermittlungen zum Sachverhalt dauern noch an.

Einige der Beschuldigten bewegten sich im Umfeld der rechtsextremistischen Gruppierung „Hamburger Nationalkollektiv & Weisse Wölfe Terrorcrew“ (HNK & WWT). Die Mitglieder dieser Vereinigung von Neonazis und neonazistischen Skinheads fallen durch ihre hohe Gewaltbereitschaft gegenüber politischen Gegnern, Vertretern des Staates oder Menschen mit Migrationshintergrund auf.

„Neue Ordnung“

Ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB gegen mutmaßliche Angehörige der von dem langjährig aktiven

Neonazi Meinolf Schönborn gegründeten Gruppe „Neue Ordnung“ dauert noch an. Hintergrund des Verfahrens ist ein Waffenfund im März 2012 in einer Pension in Herzberg (Brandenburg) im Zusammenhang mit dem natürlichen Tod eines Berliner Rechtsextremisten. Konkrete Hinweise auf etwaige Anschlagsplanungen haben sich nicht ergeben.

Im rechtsextremistischen Spektrum wird die Existenz rechtsterroristischer Gruppierungen z.T. schlichtweg geleugnet und als Behörden- und Medienkonstrukt zur Unterdrückung der Opposition bezeichnet:

„Vielleicht zieht die NSU-Inszenierung nicht wie gewollt. Möglicherweise will man mit diesen Inszenierungen echten gewalttätigen Widerstand hervorrufen, nachdem es – anders wie zu Teil in den Medien berichtet – keine Solidarisierung der ‚Rechten Szene’ mit Beate Zschäpe und co gab. (...) Dieses System, also die real-existierenden ‚Demokratien’, braucht den Terror zum Machterhalt. Die Neue Weltordnung ist eine totalitäre volksfeindliche Diktatur.“
(Internetplattform „Altermedia Deutschland“, 17. Juli 2013)

Diese szeneinterne Argumentation ist aus dem Umgang mit dem NSU-Komplex bekannt: Sachverhalte werden verharmlost und ins Lächerliche gezogen. In verschwörungstheoretischer Manier bestreitet eine Vielzahl von Rechtsextremisten bis heute die Existenz des NSU.

Prozessbeginn im NSU-Verfahren

Der am 6. Mai 2013 eröffnete Prozess gegen das mutmaßliche Gründungsmitglied des NSU Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Unterstützer vor dem Oberlandesgericht München (Bayern) stieß im rechtsextremistischen Spektrum nur auf eine mäßige Resonanz. Solidaritätsaktionen, insbesondere zugunsten des angeklagten mutmaßlichen NSU-Unterstützers Ralf Wohlleben („Freiheit für Wolle“) gab es auch im Jahr 2013, so beispielsweise auf dem „Thüringentag der nationalen Jugend“. Zahlreiche Besucher posierten mit dem T-Shirt „Freiheit für Wolle“. Zudem wurde ein Banner mit der Aufschrift „Thüringer Heimatschutz. Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte“ gezeigt.

Positive Bezugnahme auf den NSU

Vereinzelt registrierten die Sicherheitsbehörden Straftaten mit positiver Bezugnahme auf den NSU. Hierbei handelte es sich meist um Sachbeschädigungen, bei denen die Täter das Drohpotenzial mit dem Hinweis auf die terroristische Gruppierung verstärkten. Beispielsweise wurden am 19. Mai 2013 in Düren (Nordrhein-Westfalen) die Worte „NSU lebt weiter und ihr werdet die nächsten Opfer sein!!!“ an die Fassade einer Moschee gesprüht.

Weiter wurde am 25. Oktober 2013 ein Rechtsextremist durch das Landgericht Coburg (Bayern) wegen zahlreicher Propagandastraftaten zu drei Jahren und sechs Monaten Jugendstrafe verurteilt. Dem Verurteilten wurde u.a. nachgewiesen, bereits im Frühjahr 2012 neben rechtsextremistischen und volksverhetzenden Parolen auch Sprüche wie „Freiheit für Beate Zschäpe“ und den NSU glorifizierende Aussagen an diverse Häuserwände gesprüht zu haben. Auch während der Untersuchungshaft hielt der Rechtsextremist an seiner Gesinnung fest und betonte immer wieder seine Begeisterung für die terroristische Gruppierung, vor allem für deren Losung „Taten statt Worte“.

Mitunter erfolgte die positive Bezugnahme auf den NSU auch subtiler. So wurde bei einer rechtsextremistischen Demonstration am 15. September 2013 in Aachen (Nordrhein-Westfalen) im Anschluss ein Lied der rechtsextremistischen Musikgruppe „Noie Werte“ abgespielt, mit dem auch ein Bekennervideo des NSU unterlegt war. Zuvor hatte ein Neonazi gegen „volksfeindliche Politiker“ Konsequenzen für Leib und Leben angekündigt und ausgerufen, das Volk werde, sobald es den Missstand erkannt habe, die Feinde verjagen. Mit drohendem Unterton ergänzte er, das Volk hänge „dann auch keine Plakate mehr auf“.[17]

Aus den Reaktionen des rechtsextremistischen Spektrums zum NSU-Komplex können jedoch keine unmittelbaren Anhaltspunkte für ein mögliches rechtsterroristisches Handeln abgeleitet werden. Vielmehr dürfte es sich hierbei eher um bewusst kalkulierte Provokationen des politischen Gegners bzw. staatlicher Stellen handeln als um eine Absichtsbekundung für Nachahmungstaten. Es ist davon auszugehen, dass der Großteil derjenigen Extremisten, die den Taten des NSU wohlwollend

[17] Redebeitrag bei einer Veranstaltung der Partei „DIE RECHTE“ am 15. September 2013.

gegenüberstehen, sich aus taktischen Gründen mit öffentlichen Sympathiebekundungen zurückhält, sei es, um strafrechtliche Konsequenzen zu vermeiden oder um sich nicht gänzlich ins politische Abseits zu stellen.

3. Rechtsextremistisches Personenpotenzial mit überwiegender Gewaltbereitschaft

3.1 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Merkmale subkulturell geprägter Rechtsextremisten

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten definieren sich hauptsächlich über szenetypische Musik und den damit verbundenen Lebensstil. Die in der Vergangenheit dominierende Skinhead-Subkultur hat innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums weiter an Bedeutung verloren. Skinheads – die vor allem durch ihren markanten Bekleidungsstil das Bild der gesamten subkulturellen Szene in der Öffentlichkeit maßgeblich geprägt haben und Teile der öffentlichen Wahrnehmung auch heute noch prägen – bilden nur noch einen Teilbereich rechtsextremistischer Subkulturen.

Das Weltbild von Angehörigen rechtsextremistischer Subkulturen ist nicht in sich geschlossen, sondern wird von einzelnen rechtsextremistischen Einstellungen und Argumentationsmustern geprägt, von Rassismus, Antisemitismus und der Akzeptanz von Gewalt gegen Minderheiten. Im Vordergrund steht nicht die Ideologie, sondern der Erlebnischarakter einzelner Aktionen, insbesondere im Zusammenhang mit Musikveranstaltungen.

Geringe Organisationsstruktur

Subkulturell geprägten Rechtsextremisten mangelt es am Willen zu dauerhaften politischen Aktivitäten. Sie lehnen die Einbindung in feste organisatorische Strukturen ab. Die eher lockeren Zusammenschlüsse der meist Jugendlichen oder jungen Erwachsenen haben einen zumeist lokalen oder regionalen Bezug. 2013 haben sich beispielsweise mehrere Untergruppierungen („Chapter“) der „Hammerskins“ – bis dahin die einzige bundesweit aktive Skinhead-Organisation mit verhältnismäßig festen Organisationsstrukturen – aufgelöst oder teilweise umstrukturiert. Ziel dieser Strukturveränderung dürfte es gewesen sein, mögliche vereinsrechtliche Verbotsmaßnahmen zu verhindern.

Personenpotenzial und Konzertveranstaltungen weiter rückläufig

Seit 2006 sinkt die Zahl der subkulturell geprägten Rechtsextremisten kontinuierlich. Auch 2013 setzte sich dieser Trend fort und sank um 100 auf rund 7.400 Personen. Die Anzahl der für das Selbstverständnis der Szene nach wie vor essenziellen Konzerte ist leicht gesunken: Die Zahl einschlägiger Konzerte lag 2013 bei 78 (2012: 82). Dennoch gelang es den Organisatoren, in einigen Fällen mehr als 1.000 Rechtsextremisten zu mobilisieren. Dies ist insbesondere deshalb bemerkenswert, da bei rechtsextremistischen Veranstaltungen ansonsten eine deutliche Mobilisierungsschwäche zu erkennen ist. Die hohen Teilnehmerzahlen bei einzelnen Konzerten zeigen einmal mehr, dass Teile der Szene Veranstaltungen mit „Freizeitcharakter" weitaus mehr schätzen als politische Aktivitäten und Demonstrationen (vgl. Kap. IV, Nr. 1).

Musik als Träger von Feindbildern

Musik mit rechtsextremistischen Texten spielt auch weiterhin eine wichtige Rolle für das gesamte rechtsextremistische Spektrum und ist ein wichtiges Medium zur Rekrutierung neuer Anhänger. Sowohl offen als auch unterschwellig werden in zahlreichen Liedtexten von Musikgruppen des subkulturell geprägten Spektrums Feindbilder und Ideologiefragmente transportiert, entsprechende Denkmuster geformt und verfestigt sowie ein subkulturelles Identitätsgefühl beschworen. In Liedtexten wird Gewalt nicht nur gerechtfertigt, sondern mehr oder minder offen zur Gewalt aufgerufen.

Musik als Einstieg in die rechtsextremistische Szene

In einem Lied der Band „Abtrimo" wird die Faszination beschrieben, die solcherart Musikveranstaltungen ausüben und zum Einstieg in eine gewaltbereite Szene führen:

„Als kleiner Bengel mit kurzem Haar (...) Auf den ersten Konzis da ging es los. Die Stimmung war einfach riesengroß. Der rechte Arm immer ausgeschlagen. Politisch motiviert, keine Frage (...) Tätowiert und gewaltbereit. Skinheads, bis in alle Ewigkeit"
(Musikgruppe „Abtrimo", CD „7 auf einen Streich", Lied „Kleiner Bengel")[18]

[18] Die CD wurde durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert (Liste B); vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 30. August 2013.

In dem Lied „Sturm über Europa“ wird offen zur Gewalt gegen Muslime aufgerufen:

„Du siehst den Zerfall in allen Ländern, der Mob aus dem Orient wird sie verändern. Mullahs in allen Ecken und die Kultur ist am verrecken. Ich frage euch soll´s das sein? Zerschlagen wir sie vereint, ja vereint, zerschlagen wir sie vereint!“
(Musikgruppe „Abtrimo“, CD „7 auf einen Streich“, Lied „Sturm über Europa“)

In einer Textpassage der Gruppe „Erschießungskommando“ wird organisierte Gewalt propagiert:

„In der Nacht und mit dem Nebel Getarnt kommen wir. Agieren tief im Untergrund, Kämpfen paramilitär. Wir marschieren trotz Verbots. Immer vorwärts Schritt für Schritt. Stechen plötzlich aus dem Schatten, Bringen euch den Kehlenschnitt.“
(Musikgruppe „Erschießungskommando“, CD „Todesmarsch“, Lied „Wir sind Blood and Honour“)[19]

Die Szene ist nach wie vor bestrebt, die Produktion strafrechtlich relevanter Tonträger zu vermeiden, um keine Ansatzpunkte für exekutive Maßnahmen zu liefern.

Angeheizt durch aggressive Liedtexte und erhöhten Alkoholkonsum kommt es bei rechtsextremistischen Konzertveranstaltungen nicht selten auch zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen den Teilnehmern. In Einzelfällen kann sich diese Aggressivität auch situativ gegenüber Vertretern der ideologischen Feindbilder entladen, etwa gegenüber Polizisten. So kam es bei der Verhinderung eines nicht genehmigten Konzertes am 12. Oktober 2013 in Pasewalk-Viereck (Mecklenburg-Vorpommern) zu massiven Angriffen von etwa 100 Konzertbesuchern mit Steinen und Flaschen auf eingesetzte Polizeibeamte.

[19] Die CD wurde durch die BPjM indiziert (Liste B); vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 31. Juli 2013.

3.2 Neonazistische Strukturen

Ideologie

Grundlage und feste Bezugsgröße des neonazistischen Spektrums ist der historische Nationalsozialismus mit den prägenden Ideologieelementen Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Nationalismus und Antipluralismus. Neonazis streben einen ethnisch homogenen, diktatorischen Staat an. Rechte des Einzelnen, Meinungsvielfalt und Pluralismus haben in der von ihnen angestrebten „Volksgemeinschaft", die Menschen fremder Kulturen ausschließt und in der sich das Individuum dem vorgegebenen Gesamtwillen unterzuordnen hat, keinen Bestand. Historische Tatsachen werden in revisionistischer Weise bis hin zur Holocaustleugnung umgedeutet. Ethnische Vielfalt und pluralistische Gesellschaft bedrohen aus Sicht der Neonazis die Existenz des eigenen Volkes. Der demokratische Rechtsstaat wird als „Besatzerregime" abgelehnt.

Trotz einer übereinstimmenden Grundeinstellung sind die einzelnen Ideologieelemente innerhalb der neonazistischen Personenzusammenschlüsse unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere bei jüngeren Neonazis prägen antiamerikanische, antikapitalistische und antiimperialistische Einstellungen das Weltbild.

Das neonazistische Spektrum reicht von Gruppierungen mit subkulturellem Einschlag über eine zunehmende Anzahl an Organisationen, die ideologische Varianten des Nationalsozialismus und neue Aktionsstrategien präferieren, bis hin zu am historischen Nationalsozialismus orientierten Gruppen.

Personenpotenzial leicht rückläufig

Das neonazistische Personenpotenzial ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken und liegt nunmehr bei rund 5.800 Personen. Zuspruch finden die aktionsorientierten neonazistischen Gruppierungen insbesondere bei Jugendlichen und bei erlebnisorientierten Rechtsextremisten, die in der Vergangenheit eher über das subkulturelle Spektrum, vor allem durch die einschlägige Musik, in die Szene geraten sind.

Der Anteil männlicher Aktivisten ist weiterhin überproportional hoch. Frauen können sich in der Szene aufgrund des vorherrschenden reaktionären Frauenbildes nur schwer Akzeptanz verschaffen; in Führungspositionen sind sie nur selten vertreten.

Geringe Organisationsstruktur

Der Verzicht auf organisatorische Strukturen setzte sich weiter fort. Hierdurch sollen Vereinsverbote und strafrechtliche Ermittlungsverfahren erschwert werden. Angesichts der geringen Größe der Gruppen, ihrer räumlichen Nähe und der persönlichen Kontakte der Aktivisten ist eine politisch-agitatorische Funktionsfähigkeit auch ohne festgefügte Strukturen möglich. Die im Jahr 2012 ausgesprochenen sechs Vereinsverbote haben in der Szene zu neuerlichen Diskussionen über geeignete Organisationsmodelle geführt. Schließlich galten gerade die verbotenen Gruppierungen wegen ihres weitgehenden Mangels an Strukturen als verbotsresistent.

Parteistrukturen als mögliches Auffangbecken verbotener Vereinigungen

Nach einer neuen strategischen Prämisse sucht ein beträchtlicher Teil der Neonazis den Schutz des Parteienprivilegs des Art. 21 Abs. 2 GG.[20]

Vorreiter sind Neonazis aus Nordrhein-Westfalen. Ehemalige Führungsaktivisten und Mitglieder der im Jahr 2012 verbotenen neonazistischen Kameradschaften sind nicht nur dem neu gegründeten nordrhein-westfälischen Landesverband der Partei „DIE RECHTE“ beigetreten, sondern dominieren ihn ganz eindeutig (vgl. Kap. III, Nr. 2). Die Nutzung des Landesverbands als Auffangbecken für ehemalige Mitglieder der verbotenen Vereinigungen hat die Wirkung der Vereinsverbote zumindest abgeschwächt.

Ähnliche taktische Überlegungen gibt es auch innerhalb der neonazistischen Kameradschaft „Freies Netz Süd“ (FNS). Aufgrund von Exekutivmaßnahmen der zuständigen bayerischen Behörden am 10. Juli 2013 gegen Angehörige der Gruppierung rechnet diese mit einem Vereinsverbot und verfolgt Neugründungen rechtsextremistischer Parteien sehr

[20] Dies bedeutet, dass Parteien – anders als bei Vereinen – nur durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt werden können. Zudem dürfen vor dem Ausspruch des Parteiverbots durch das Bundesverfassungsgericht keine negativen rechtlichen Folgen für die Partei aus einer behaupteten Verfassungswidrigkeit gezogen werden (z.B. kein Verbot einer Demonstration unter Berufung auf ihre Verfassungswidrigkeit).

aufmerksam, wie beispielsweise die im September 2013 in Rheinland-Pfalz gegründete Kleinstpartei „Der III. Weg“:

„Nationale Vereinigungen sind heute nichts anderes als namensspendende Organisationshüllen, um volkstreue Menschen zu sammeln und den Gleichgesinnten einen Heimathafen bieten zu können, in dem sie (...) politischer Verfolgung und von der Auflösung der Gemeinschaft kurzzeitig entfliehen dürfen. Dort können sie wieder Kraft tanken (...), sich austauschen, sich professionalisieren, systemalternativ atmen und den möglichen Widerstand aus ihren Reihen heraus organisieren.“
(Homepage FNS, 22. Oktober 2013)

Wandel der „Autonomen Nationalisten“ zu einer Trendmarke

Vorgehensweisen, äußeres Erscheinungsbild und Aktionsziele der „Autonomen Nationalisten“ werden seit 2011 verstärkt von anderen Teilen der neonazistischen Szene übernommen. Dieser Trend hat sich weiter verfestigt: „Autonome Nationalisten“ stellen inzwischen keine eigenständige Organisationsstruktur der neonazistischen Szene mehr dar, sondern lediglich noch eine Aktionsform. Die Selbstverortung neonazistischer Personenzusammenschlüsse als „Autonome Nationalisten“ prägt mittlerweile das moderne Selbstverständnis, quasi als Trendmarke, unabhängig von der Frage der Gewaltbereitschaft.

„Virtuelle Kameradschaften“

In „virtuellen Kameradschaften“ – beispielsweise in sozialen Netzwerken oder Foren – engagieren sich mitunter Personen, die ausschließlich durch Internetaktivitäten in Erscheinung treten und sich an realen Aktionen, wie z.B. Demonstrationen oder Musikveranstaltungen, nicht beteiligen – ein Phänomen, das seit einigen Jahren verstärkt zu beobachten ist. Während diesen virtuellen Vernetzungsmöglichkeiten Gemeinschaftsgefühl und Gruppenidentität als prägende Elemente neonazistischer Ideologie fehlen, verfestigt sich auf der anderen Seite eine zuweilen verbalmilitante Kommunikation. Gründe hierfür könnten die Anonymität des Internets und die geschlossenen Gesprächskreise sein oder auch die Möglichkeit, durch exzessive Gewaltbefürwortung besonders „interessant“ zu wirken. Auch wenn Verbalmilitanz nicht unmittelbar in reale Gewalt mündet, ist die Gefahr nicht zu übersehen, die durch sich selbst radikalisierende Einzeltäter entstehen kann, die sich hier in ihrer abstrusen Weltsicht Bestätigung und Motivation holen.

Überregionale Vernetzungsbestrebungen

Das aktuelle neonazistische Vernetzungsmodell setzt auf eine informelle Koordinierung der einzelnen Gruppierungen über moderne Informations- und Kommunikationsmedien:

> *„Unser Anliegen ist es, freie Nationalisten informell zusammenzuführen und über die Vernetzung gemeinsame Aktivitäten zu koordinieren. Wir müssen politikfähiger werden und unsere politischen Anschauungen erfolgreicher als bisher in die Öffentlichkeit tragen. (...) Letztendlich hängt der Erfolg aber vom revolutionären Selbstverständnis jedes einzelnen freien Nationalisten ab. Inhaltlich wird er von jedem Einzelnen, von jeder aktiven Gruppe und deren Einsatzbereitschaft ausgefüllt."*
> *(Homepage „Aktionsbüro Rhein-Neckar", 20. November 2013)*

Derzeit verfügen Neonazis nicht über eine bundesweit agierende Organisation, sondern arbeiten in informellen überregionalen Aktionsbündnissen und Aktionsbüros zusammen. Von Bedeutung waren 2013 die Vernetzungsbestrebungen des „Aktionsbüros Rhein-Neckar" (Region Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz) und das FNS. Diese bayerische Kameradschaft beschränkt sich nicht nur auf eine virtuelle Netzwerk- und Koordinierungsfunktion, sondern verfügt auch über eigene Strukturen.

Aktivitäten und thematische Schwerpunkte

Für Neonazis ist insbesondere die öffentliche Präsenz von Bedeutung. Mit Demonstrationen und Kundgebungen bekräftigen sie ihren politischen Anspruch.

Die Mehrzahl der Gruppen führt regelmäßige interne Treffen durch, zur politischen Schulung wie zur Vorbereitung gemeinsamer Aktionen. Intern wird die positive Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus wesentlich deutlicher und drastischer formuliert als in der Öffentlichkeit.

Anhaltende Mobilisierungsschwäche

Die bereits 2012 festgestellte neonazistische Mobilisierungsschwäche bei Veranstaltungen und Demonstrationen dauert an (vgl. Kap. IV, Nr. 1). Selbst überregionalen Großveranstaltungen, die von der Szene als „Pflichttermine" bewertet werden, fehlt es offenkundig an Anziehungskraft. Einige Beispiele:

Für eine Demonstration zum 68. Jahrestag der Bombardierung Dresdens (Sachsen) am 13. Februar 2013 wurden lediglich 700 Personen mobilisiert (2012: 1.600, 2011: 3.000). Zum sogenannten Trauermarsch in Bad Nenndorf (Niedersachsen) erschienen 2013 rund 300 Rechtsextremisten (2010 waren es noch rund 1.000 Personen gewesen). Zum „Ersten Rechten Antikriegstag" am 7. September 2013 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) – einer Veranstaltung, die in der Tradition der von 2005 bis 2011 organisierten „Nationalen Antikriegstage" mit bis zu 1.200 Teilnehmern stand – konnten sogar nur 50 Personen mobilisiert werden.

Szeneinterne Kritik

Neonazis suchen nach Gründen für diese unübersehbare Mobilisierungsschwäche. Kritisiert werden beispielsweise die thematischen Bezüge einiger rechtsextremistischer Veranstaltungen: „Trauermärsche" und „Heldengedenktage" seien eher etwas für Nostalgiker:

„Vielleicht solle man endlich mal Prioritäten setzen und breitere Bevölkerungsschichten ansprechen. Mit irgendwelchen ‚Trauermärschen' und ‚Heldengedenken' lockt man die Jugend sicher nicht auf die Straße, dass ist nur was für Nostalgiker."
(Internetplattform „Altermedia Deutschland", 8. Juni 2013)

Das Mobilisierungspotenzial für Veranstaltungen gegen „staatliche Repression" wird ebenfalls als eher gering eingeschätzt. Das Thema sei zwar szeneintern von Interesse, jedoch nicht geeignet, neue Sympathisanten zu gewinnen.

Ausschlaggebend für eine Resignation in Teilen der Szene seien schließlich auch die ordnungsrechtlichen Auflagen und die erhebliche Polizeipräsenz sowie die starken Gegenproteste bei rechtsextremistischen Veranstaltungen.

Gründe für die Mobilisierungsschwäche

Die nachlassende Mobilisierungsfähigkeit der rechtsextremistischen Szene für öffentliche Veranstaltungen dürfte weitgehend auf den gestiegenen Verfolgungsdruck der Sicherheitsbehörden seit dem Bekanntwerden des NSU zurückzuführen sein. Ebenso dürften die Vereinsverbote zumindest in Teilen zu einer organisatorischen Schwächung und Verunsicherung der Szene geführt haben.

Noch in den beiden Vorjahren hatte die Aktionsform „Die Unsterblichen“[21] zu einem Anstieg der Demonstrationszahlen beigetragen. Gerade bei diesem Phänomen zeigte sich im Berichtszeitraum jedoch, dass staatliche Maßnahmen durchaus Wirkung erzielen: So führte zum einen das Verbot der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ dazu, dass die Aktivitäten unter dem Mantel der „Unsterblichen“ nahezu vollständig eingestellt wurden. Die Gruppierung hatte über ihre Internetplattform „Spreelichter“ die Aktivitäten der „Unsterblichen“ z.T. koordiniert und professionell präsentiert. Zum anderen wurde in mehreren Bundesländern gegen mutmaßliche Teilnehmer solch unangemeldeter Demonstrationen ermittelt. Am 1. Oktober 2013 verurteilte das Amtsgericht Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) drei Rechtsextremisten zu Geldstrafen. Sie hatten am 26. Mai 2012 in Wismar als „Unsterbliche“ vermummt an einem nicht genehmigten nächtlichen Fackelmarsch teilgenommen.

Entwicklungsszenarien

Gegenwärtig zeichnen sich folgende mögliche Szenarien ab:

- Verstärkte Fokussierung auf intensiv beworbene und umfassend vorbereitete überregionale Großveranstaltungen, wobei hier auch mit entsprechender Gegenmobilisierung zu rechnen ist.
- Zunehmende Instrumentalisierung gesellschaftlich relevanter Themen, bei denen der rechtsextremistische Hintergrund der Veranstaltungen verdeckt werden soll.
- Nutzung erlebnisorientierter und jugendaffiner Aktionsformate, wie das „Die Unsterblichen“ getan haben, die allerdings im Berichtszeitraum ohne Bedeutung blieben.
- „Gedenkmärsche“ und Demonstrationen gegen „staatliche Repression“ bleiben als identitätsstiftende Veranstaltungen szeneintern von Bedeutung.

Gewaltbereitschaft

Der Neonazismus mit seiner positiven Bezugnahme auf Nationalsozialismus, Vernichtungskrieg und Völkermord an den europäischen Juden ist eine Gewaltideologie: „Kampf und Krieg“ sind Leitbegriffe gegen alle, die dem Konstrukt einer „ethnischen Reinheit“ nicht entsprechen oder sich einer „Volksgemeinschafts“-Ideologie widersetzen: „Fremde“, politische Gegner

[21] Hierbei handelt es sich um flashmobartige, meist in den späten Abendstunden durchgeführte Fackelmärsche, bei denen die einheitlich dunkel gekleideten Teilnehmer weiße „Totenmasken“ tragen und häufig Pyrotechnik einsetzen.

sowie der demokratische Rechtsstaat und seine Repräsentanten in Polizei und Justiz (vgl. Kap. II, Nr. 1). Diese Haltung manifestiert sich in der Glorifizierung der nationalsozialistischen Kampfzeit, den Straßen- und Saalschlachten in den Jahren vor der „Machtergreifung".

Aktionen gegen den politischen Gegner

Rechtsextremisten verübten Straf- und Gewalttaten gegen politische Gegner eher im Zusammenhang mit den An- und Abreisen zu den Versammlungsorten als während der Veranstaltungen selbst. Dies hat seinen Grund nicht in einer angeblichen Friedfertigkeit rechtsextremistischer Demonstranten, sondern allein in der regelmäßig starken Polizeipräsenz und der zahlenmäßigen Überlegenheit der Gegendemonstranten während der Veranstaltungen.

Während einer Demonstration von etwa 370 Rechtsextremisten, organisiert von der Partei „DIE RECHTE" am 31. August 2013 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen), die mehrfach blockiert wurde, zündete ein Rechtsextremist einen pyrotechnischen Gegenstand und verletzte vier Gegendemonstranten und einen Polizeibeamten. Im Zuge seiner Festnahme kam es zu weiteren Angriffen auf die Polizei (vgl. auch Kap. III, Nr. 2).

Die hohe Gewaltbereitschaft zeigte sich auch bei einer Blockade des sogenannten Trauermarsches in Bad Nenndorf (Niedersachsen) am 3. August 2013. Mit dem Appell „Alle wehrfähigen Männer nach vorne" forderte ein Neonazi unverhohlen dazu auf, gegen Polizei und Gegendemonstranten vorzugehen.

Staatliche Maßnahmen

Am 18. Februar 2013 verbot der sächsische Staatsminister des Innern die neonazistische Vereinigung „Nationale Sozialisten Döbeln",[22] da sie sich in aktiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete und wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus war. Das Verbot erstreckt sich auch auf vier Internetseiten, die dem Verein zugerechnet werden sowie auf die rechtsextremistische Musikgruppe „Inkubation". Die „Nationalen Sozialisten Döbeln" besaßen überwiegend regionale Bedeutung.

Im Rahmen eines vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens wurden am 10. Juli 2013 umfangreiche Durchsuchungsmaßnahmen

[22] Die Verbotsverfügung datiert vom 12. Februar 2013.

gegen 42 Personen und 73 Objekte aus dem Bereich des „Freien Netz Süd“ (FNS) durchgeführt, dem derzeit bedeutendsten überregionalen Netzwerk der neonazistischen Szene. Dabei wurden Schusswaffen, eine große Anzahl an Hieb- und Stichwaffen sowie erlaubnispflichtige Pyrotechnik sichergestellt.

Verurteilungen im „Aktionsbüro Mittelrhein“-Prozess

Nach 90 Verhandlungstagen sprach das Landgericht Koblenz (Rheinland-Pfalz) am 22. November 2013 erste Urteile gegen vier Mitglieder des „Aktionsbüros Mittelrhein“. Ein 23-jähriger Mann wurde wegen Landfriedensbruchs zu einer Strafe von einem Jahr und neun Monaten auf Bewährung verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er sich im Februar 2011 in Dresden (Sachsen) im Umfeld einer rechtsextremistischen Demonstration an Ausschreitungen gegen ein „linkes“ Wohnobjekt beteiligt hatte. Gegen einen weiteren 23-jährigen Mann verhängte das Gericht wegen gefährlicher Körperverletzung eine Bewährungsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten. Zwei weitere 20- und 22-Jährige erhielten einen Schuldspruch, ohne dass eine Strafe festgesetzt wurde.

Das seit dem 20. August 2012 laufende Verfahren ist noch gegen 22 weitere Mitglieder und Unterstützer des „Aktionsbüros Mittelrhein“ anhängig – darunter auch Sven Skoda, der Spitzenkandidat der Partei „DIE RECHTE“ für die Europawahl 2014. Den Angeklagten wird die Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährliche Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch sowie die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorgeworfen. Die Betroffenen sollen Informationen über politische Gegner gesammelt haben und sodann offen gewalttätig gegen diese vorgegangen sein.

Verhältnis der Neonazis zu rechtsextremistischen Parteien

Das Verhältnis der Neonazi-Szene zur NPD ist weiter uneinheitlich. Während der weitaus größte Teil der Szene mit der Partei kooperiert und sie unterstützt, distanzieren sich andere und werfen ihr eine „weichgespülte“ Ideologie vor. In einigen Regionen Deutschlands haben sich die Spannungen zwischen der NPD und den „Freien Nationalisten“ verschärft. Mit dem Rücktritt des als anpasserisch und bürgerlich verachteten Apfel vom NPD-Parteivorsitz und dem Machtzugewinn von Pastörs und Voigt dürften sich die beiden Spektren jedoch wieder annähern (vgl. Kap. III, Nr. 1).

Neonazis bestimmen in hohem Maße die Politik der Partei „DIE RECHTE“. Insbesondere der Landesverband Nordrhein-Westfalen

ist zu einem Auffangbecken für ehemalige Mitglieder verbotener Strukturen geworden (vgl. Kap. III, Nr. 2).

III. Parteien

1. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Gründung:	1964
Sitz:	Berlin
Bundesvorsitzender:	Holger Apfel (bis 19. Dezember 2013) Udo Pastörs (amtierend; vom Parteivorstand bestimmt)
Mitglieder:	5.500 (2012: 6.000)
Publikation:	„Deutsche Stimme“, monatlich, Auflage: 25.000 (eigene Angabe)
Unterorganisationen:	„Junge Nationaldemokraten“ (JN), „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV), „Ring Nationaler Frauen“ (RNF)

1.1 Aktuelle Entwicklungen

Mitglieder-entwicklung

2013 war die Mitgliederzahl der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) mit rund 5.500 Personen (2012: 6.000) weiter rückläufig. Eine Reihe für die NPD enttäuschender Landtagswahlergebnisse in den Jahren 2012 und 2013, die enttäuschend verlaufene Bundestagswahl sowie der in Teilen der Partei andauernde Unmut über den unklaren Kurs des damaligen Bundesvorsitzenden Holger Apfel haben zu diesem Rückgang beigetragen.

Fortdauernde Führungsdebatte

Der Rücktritt Apfels vom Parteivorsitz Ende 2013 (und als Fraktionsvorsitzender in Sachsen wenig später) verdeutlichte die Differenzen in der NPD um die strategische Ausrichtung der Partei. Mit Apfel legte ein Mann die Parteileitung nieder, der in Auftreten und Stil bei Weitem nicht dem szeneinternen Ideal des „nationalen und volkstreuen Kämpfers" gegen das Establishment entsprach. Vielmehr hatte er innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums aufgrund seiner vermeintlich zu „moderaten" oder gar „systemangepassten" Haltung polarisiert. Apfels in sich widersprüchliches und nicht vermittelbares Konzept der „seriösen Radikalität" sorgte zudem für innerparteiliche Irritationen und eine spürbare Verschlechterung im Verhältnis zwischen NPD und parteiunabhängigen „Freien Nationalisten".

Bundesparteitag am 20./21. April 2013 in Weinheim

Auf dem NPD-Bundesparteitag in Weinheim (Baden-Württemberg) am 20./21. April 2013 schien Apfel die parteiinterne Machtfrage bis auf Weiteres noch zu seinen Gunsten entschieden zu haben. Bei seiner Wiederwahl zum Bundesvorsitzenden erzielte er knapp 71% der Delegiertenstimmen.

Rücktritt des Bundesvorsitzenden

Apfels Rücktritt am 19. Dezember 2013 überraschte, ungeachtet der vorausgegangenen vielfachen Anfeindungen. In einer kurz darauf veröffentlichten Erklärung sprach das Parteipräsidium von weitergehenden Vorwürfen, die „Verfehlungen in der Vergangenheit" beträfen und von Apfel bislang nicht entkräftet worden seien. Ohne weitere Konkretisierungen forderte das Gremium eine „rückhaltlose Aufklärung" und legte dem Vorsitzenden andernfalls nahe, die Partei zu verlassen.[23] Am 24. Dezember 2013 wurde Apfels Parteiaustritt bekannt, der schließlich am 17. Januar 2014 auch sein Abgeordnetenmandat im sächsischen Landtag niederlegte.

Parteispitze bestimmt Pastörs zum Nachfolger

Auf Empfehlung des Parteipräsidiums wählte der Bundesvorstand der NPD am 10. Januar 2014 Udo Pastörs einstimmig zum amtierenden Bundesvorsitzenden, der die Partei bis zu Neuwahlen auf einem regulären Bundesparteitag führen soll. Dieser ist erst für Ende 2014 vorgesehen.

Pastörs erlitt jedoch bereits auf dem Nominierungsparteitag für die Europawahl am 18. Januar 2014 einen Autoritätsverlust, als er

[23] Homepage NPD (22. Dezember 2013).

in einer Kampfkandidatur um den ersten Listenplatz gegen den langjährigen Parteivorsitzenden Udo Voigt unterlag.

Finanzsituation

Die NPD befindet sich seit Jahren in einer schwierigen finanziellen Situation. Missmanagement, aber auch die juristischen Folgen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichtes für das Jahr 2007 sind wesentliche Ursachen für die wirtschaftliche Notlage der Partei. Diese schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Partei deutlich ein. So stand der Partei für den Bundestagswahlkampf 2013 nur ein äußerst knappes Budget zur Verfügung.

Teilnahme an Wahlen

Die Serie der Misserfolge bei Wahlen setzte sich 2013 fort. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar 2013 erzielte die NPD lediglich 0,8% der Zweitstimmen (absolut: 29.449; 2008: 1,5%) und blieb damit unterhalb der relevanten Schwelle von einem Prozent für die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung. Dieses Minimalziel verpasste die NPD auch bei der bayerischen Landtagswahl, wo sie am 15. September 2013 nur einen Anteil von 0,6% der Gesamtstimmen (absolut: 74.848; 2008: 1,2%) erreichte. Bei der Landtagswahl in Hessen am 22. September 2013 konnte die Partei indessen ihr Ergebnis aus dem Jahr 2009 um 0,2 Prozentpunkte auf 1,1% verbessern. Der Zugewinn absoluter Stimmen (2009: 22.172; 2013: 33.433) betrug sogar rund 50%, was jedoch auf die erhöhte Wahlbeteiligung wegen der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl zurückzuführen ist.

Bei der Bundestagswahl erzielte die NPD ein bundesweites Zweitstimmenergebnis von 1,3% (absolut: 560.828), was im Vergleich zur Bundestagswahl 2009 (1,5%; absolut: 635.525) einen Rückgang von 0,2 Prozentpunkten und den Verlust von 74.697 Stimmen bedeutete. Erneut wies der Wählerzuspruch für die NPD in West- und Ostdeutschland mit 1,0% (absolut: 343.901) respektive 2,8% (absolut: 216.927) der Zweitstimmen wie bereits 2009 (1,1% bzw. 3,1%) deutliche Unterschiede auf. Die besten Landesergebnisse erzielte die NPD in Sachsen (3,3%), Thüringen (3,2%), Mecklenburg-Vorpommern (2,7%) und Brandenburg (2,6%). Die Erststimmenresultate in den genannten Bundesländern lagen im Übrigen zwischen 0,5 und einem Prozentpunkt höher als die Zweitstimmenanteile. Mit dem Bundestagswahlergebnis konnte die NPD trotz der schwierigen Ausgangslage den Negativtrend bei den vorausgegangenen Landtagswahlen zumindest vorläufig stoppen.

Bewertung

Da der Rücktritt Apfels gleichzeitig den Wegfall einer Reizfigur markiert, muss die derzeitige Entwicklung nicht zwangsläufig zu einer dauerhaften Schwächung der Partei führen. Der Führungswechsel birgt für die NPD auch die Möglichkeit, bisherige Entwicklungen zu korrigieren. Pastörs gilt – im Gegensatz zu seinem Vorgänger – als entschiedener und integrationsfähiger Verfechter des „Volksfront"-Gedankens, der sich bemüht, die Kooperation mit neonazistischen Aktivisten erneut zu forcieren und zu konsolidieren. Ungeachtet dessen sieht auch Pastörs die Notwendigkeit, die NPD durch ein moderneres Erscheinungsbild und das Aufgreifen „bürgernaher" Themen und Aktionsformen attraktiver zu machen. Dieser unstrittige Ansatz – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des NPD-Verbotsverfahrens und der Wahlen auf Europa-, Landes- und Kommunalebene im Jahr 2014 – wird dazu beitragen, dass sich die NPD auch unter der Leitung von Pastörs ein Mindestmaß an Mäßigung auferlegen muss. Eine Relativierung inhaltlicher Positionen bleibt aber ausgeschlossen. Die völkische Ausrichtung dürfte verbal vielmehr deutlicher zum Ausdruck kommen. An der ideologisch-strategischen Ausrichtung der Partei – der fundamentalen Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – besteht weiterhin kein Zweifel.

1.2 Ideologische Merkmale

„Volksgemeinschaft" als ideologisches Kernelement

Die NPD richtet ihre politischen Positionen konsequent an weltanschaulichen Prinzipien aus, die für die Partei ungeachtet taktischer und strategischer Differenzen unverhandelbar sind. Das ideologische Kernelement ist die Vorstellung einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft". Diese geht von einem einheitlichen Willen der ethnisch Deutschen aus und grenzt das ethnisch Fremde konsequent aus. Das antipluralistische und antiegalitäre Konzept steht in einem fundamentalen Gegensatz zum offenen und freiheitlichen Demokratieverständnis, das dem Individuum und dessen Rechten eine zentrale Bedeutung beimisst.

Die Partei führt ihr biologistisches Konzept der „Volksgemeinschaft" auf „lebensrichtige", gleichsam „naturgesetzliche" Annahmen zurück. Abweichende Positionen werden nicht nur als

widernatürlich verworfen, sie gelten schlichtweg als „Volksverrat", wogegen das Staatsvolk Widerstand leisten müsse:

„Wir Nationalisten sind die letzte Bastion, die den Mut hat, diese schwere Aufgabe anzufassen (...), und deswegen kann man zwar Gesetze brechen (...), aber eins können diese Volksverräter nicht, uns von unserer heiligen Pflicht entbinden, dass wir bis zum letzten Atemzuge für das Existenzrecht unserer deutschen Nation, unseres deutschen Volkes eintreten werden und müssen."
(Udo Pastörs, Rede bei einer Saalveranstaltung in Weinheim (Baden-Württemberg) im Anschluss an die NPD-Demonstration zum 1. Mai 2013 in Hanau (Hessen))

Die NPD wertet die bloße Präsenz von Migranten in Deutschland ungeachtet einer etwaigen deutschen Staatsangehörigkeit als Angriff auf die intendierte „Volksgemeinschaft". Für die Partei ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Einwanderer ohne Rücksicht auf ihren staatsbürgerlichen Status zum Verlassen des Landes aufzufordern. Der Berliner NPD-Landesverband veröffentlichte z.B. im Bundestagswahlkampf 2013 im Internet ein „Rundschreiben an Migranten in Berlin die zur Bundestagswahl kandidieren". Unter dem Motto „Heim wandern statt einwandern" werden Politiker mit Migrationshintergrund in äußerst aggressiver Weise angegangen:

„Migrare heißt auch auswandern. Wir sehen darin eine patente Lösung. Denn in keinem Fall sollen Sie in irgendeiner Sie persönlich benachteiligenden Form transportiert werden. Wir bevorzugen Ihre Übersiedelung durch Auswanderung."
(Homepage NPD Berlin, 11. September 2013)

Streben nach Systemüberwindung

Aus den ideologischen Prämissen der „Volksgemeinschaft" folgt eine fundamentale Gegnerschaft zu den Wesensmerkmalen des Grundgesetzes. Entsprechend offen betonen Repräsentanten der NPD die Notwendigkeit, das bestehende „System" zu überwinden.

Nachdem der für den 6./7. April 2013 vorgesehene NPD-Bundesparteitag in Lautertal (Bayern) infolge einer Entscheidung des

Landratsamts Coburg (Bayern) verschoben werden musste, führte der damalige Bundesvorsitzende Holger Apfel aus:

„Mag sein, daß uns unsere Gegner ein wenig Mehrarbeit bescheren, aber das ficht uns nicht an. Erreichen tun sie mit solchen Maßnahmen nur, daß die Verachtung für dieses System der sog. Demokraten immer größer und der Widerstand gegen die Diktatur der selbsternannten Gutmenschen umso entschlossener geführt wird."
(Facebook-Seite NPD Bayern, 4. April 2013)

Auf dem Landesparteitag der NPD Sachsen am 12. Januar 2013 in Doberschütz (Sachsen) bezeichnete sich der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Maik Scheffler offen als „Staatsfeind", als Feind der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland:

„Und ich muss euch ehrlich sagen, ein Staatsfeind zu sein, ein Feind dieser BRD, ein Feind dieser Ordnung in dieser BRD, ist für mich persönlich eine Adelung, ist ein Adelstitel für mich, ich bin stolz darauf Feind dieser BRD zu sein."
(Fernsehbeitrag des Schweizer Fernsehens (SRF) „Gefährliche Rechtsradikale", 23. Januar 2013)

Rassismus/ Fremdenfeindlichkeit

Das „Volksgemeinschafts"-Dogma bestimmt die grundsätzliche Fremdenfeindlichkeit der Partei. Entsprechende Positionen finden sich in sämtlichen Verlautbarungen der NPD, seien es programmatische Aussagen, Reden oder gezielte öffentlichkeitswirksame Provokationen. Die fremdenfeindliche Agitation der NPD belegt Minderheiten pauschal mit Negativeigenschaften und diffamiert diese als Bedrohung für die einheimische Bevölkerung: Ausländer gelten als Kriminelle und „Sozialschmarotzer", Muslime stehen als Repräsentanten einer aggressiven und in keiner Weise integrierbaren „Eroberer-Religion" unter Generalverdacht, für Asylbewerber werden synonym die Begriffe „Asylbetrüger" und „Asylflut" gebraucht.

Die NPD misst der Fremdenfeindlichkeit einen hohen Agitationswert bei. Sie erkennt darin ein Thema mit Anschlussfähigkeit an die Sorgen der Bevölkerung, vor allem aber an Ressentiments

und Vorurteile. Deshalb veranstaltete sie im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2013 unter dem Motto „Asylflut und Eurowahn stoppen – NPD in den Bundestag“ eine „Deutschlandfahrt“ durch rund 100 Städte. Die ursprünglich geplante Route wurde unterbrochen, um am 24. August 2013 eine Kundgebung gegen das kurz zuvor eröffnete Asylbewerberheim im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf durchzuführen und die Stimmung dort rassistisch aufzuheizen.

Die Instrumentalisierung des Themas „Asyl“ erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt im Oktober/November 2013 in der sächsischen Kleinstadt Schneeberg mit drei Demonstrationen der NPD – den sogenannten Lichtelläufen – gegen ein örtliches Asylbewerberheim. Bei den jeweils mehr als 1.500 Teilnehmern handelte es sich mehrheitlich um „normale“ Bürger ohne extremistischen Hintergrund – ein sichtbares Zeichen für die deutlich über das rechtsextremistische Spektrum hinausreichende Resonanz dieser Thematik, gleichzeitig aber auch ein Hinweis für die z.T. nicht konsequente Abgrenzung in einigen Regionen Deutschlands zur NPD, in denen diese eher als „normale“ Partei wahrgenommen wird. Für den vierten „Lichtellauf“ am 25. Januar 2014, bei dem sich die NPD noch offensiver als Organisatorin in den Vordergrund stellte, konnten allerdings nur noch rund 250 Teilnehmer mobilisiert werden, die zudem weitestgehend der Partei und ihrem Umfeld zuzuordnen waren.

In einem vom NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern herausgegebenen „Leitfaden zum Umgang mit Asylanten in der Nachbarschaft“ behauptet die Partei eine unaufhebbare Andersartigkeit zwischen Asylbewerbern und einheimischer Bevölkerung. In der Handreichung erteilt die Partei Ratschläge wie „Wenn schon mit Asylanten reden, dann nur mit deutschen Zeugen“, „Es lohnt sich nicht, sie kennen zu lernen. Leider kommen immer neue“ und „Bloß keine Geschenke machen (...) Was hierher kommt, war in aller Regel zu Hause Oberschicht, die hier auf der Jagd nach noch mehr Wohlstand ist“.[24]

[24] NPD Mecklenburg-Vorpommern: „Leitfaden zum Umgang mit Asylanten in der Nachbarschaft“.

Der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel polemisierte in einem Beitrag des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ gegen „die Wohlfühl-Unterbringung der kulturfremden Asyl-Schnorrer“ in Plauen (Sachsen), wo „Frauen vergewaltigende und Disko stürmende Asylanten“ schon für Schlagzeilen gesorgt hätten. Allein die „Aussicht auf 50 Syrer, Iraker, Iraner und Afghanen sowie Zigeuner“ habe bei den Bürgern schon Unbehagen und Protest ausgelöst.[25] Der damalige NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel sprach in einer Kolumne in der für die Partei typischen islamfeindlichen Diktion von immer aggressiver, gewalttätiger und dreister auftretenden, „testosterongesteuerte(n) Jung-Muselmanen“. „Die Türken“ sähen sich inzwischen schon als „die fünfte Besatzungsmacht“.[26]

Antisemitismus

Der Antisemitismus ist ein fester Bestandteil der NPD-Agitation. Die Bandbreite reicht von der Verwendung szeneinterner Sprachcodes bis hin zu eindeutig antisemitischen Äußerungen und einer Delegitimierung und Dämonisierung Israels mit den bekannten verschwörungstheoretischen Konstrukten. Sie greift zudem häufig auf die Form des sekundären Antisemitismus (vgl. Kap. IV, Nr. 2.2) zurück, in der die Juden als Störenfriede und ewige Verfolger erscheinen, die durch die stete Erinnerung einer positiven politischen Identität der Deutschen im Wege stehen – eine Umkehrung der Täter-Opfer-Rolle.

Der NPD-Landessprecher in Sachsen-Anhalt Michael Grunzel bezeichnete den Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland wegen seiner positiven Haltung zum NPD-Verbotsverfahren als „freche(n) Chefhebräer“. Die infolge eines Verbots eingesparten Gelder aus der Parteienfinanzierung wolle dieser wohl für die „Finanzierung (s)eines nahöstlichen Schurkenstaates“ und die „Alimentierung raffgieriger Religionskörperschaften“ einsetzen:

„Was auffällt ist, dass es Graumann offensichtlich nicht um ideologische Inhalte geht. Nicht um die Ablehnung, die ihm und Seinesgleichen in immer höheren Wellen bis zu Hals schwappt, und auch nicht um die Angst vor einer etwas anders gestalteten Zukunft

[25] „Deutsche Stimme“ Nr. 3/2013, März 2013, S. 6.
[26] „Deutsche Stimme“ Nr. 4/2013, April 2013, S. 2.

in Deutschland, die Menschen wie ihm eher weniger, jedoch ganz bestimmt nicht mehr Rechte einräumt als anderen deutschen Bürgern. Graumann geht's ums Geld! Aber das kennt man ja. Von ihm – und Seinesgleichen!"
(Homepage NPD Sachsen-Anhalt, 30. Januar 2013)

Adressat des im Februar 2013 vom dortigen NPD-Landesverband verliehenen Preises „Politischer Armleuchter des Freistaates Thüringen" war die Ministerpräsidentin. Sie habe sich diese „Auszeichnung" für ihre antideutsche, unsoziale und rückwärtsgewandte Politik redlich verdient.[27] Bei dem „Armleuchter" handelt es sich offenkundig um eine abgewandelte Menora, den siebenarmigen jüdischen Leuchter. Die Verleihung dieses jüdischen Symbols in nur leicht verfremdeter Form stellt eine gezielte antisemitische Provokation dar und knüpft an die bei Rechtsextremisten verbreitete Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland als „Judenrepublik" an.

Die Kritik an der Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland nutzte der NPD-Landesverband Hamburg zu hasserfüllten Tiraden gegen Juden und Israel, die zu einem nicht mehr unterscheidbaren Feindbild verschmelzen. Der Beitrag gipfelt in der Forderung nach einer militärischen Auslöschung Israels:

„Zu den Marionetten Zions sind neben Barack Obama nahezu alle Politiker in der BRD und der westlichen Welt zu zählen. (...) Israel ist ein Unruheherd in der muslimischen Welt und war schon an vielen Morden und Kriegen beteiligt. Graumann, Knobloch und Konsorten wissen schon genau, warum sie keiner mag. (...) George W. Bush und andere ‚Falken' sprechen immer von einem letzten Krieg, der zu mehr Frieden führen soll. Diesen Gedanken konsequent zu Ende gedacht, kann die Forderung nur lauten: ‚Bomben auf Israel'."
(Homepage NPD Hamburg, 16. Oktober 2013)

Wohlwollende Haltung gegenüber dem historischen Nationalsozialismus

Wenngleich die NPD versucht, sich als moderne und zukunftsorientierte Partei zu präsentieren, nimmt sie doch immer wieder Bezug auf das Dritte Reich. Aus taktischen Erwägungen werden meist allzu deutliche positive Bekenntnisse vermieden, das

[27] Homepage NPD Thüringen (17. Februar 2013).

revisionistische Beharren auf einer fundamentalen Umdeutung der Zeit des Nationalsozialismus lässt an ihrer grundsätzlich bejahenden Haltung zum NS-Regime indes keinen Zweifel.

Die ständige Polemik der NPD gegen einen „Schuldkult" in Deutschland hat für die Partei auch Gegenwartsrelevanz. So behauptet die NPD, die von den deutschen Kriegsgegnern angeblich aufgezwungene Aufarbeitung des Nationalsozialismus habe die dauerhafte Schwächung Deutschlands zum Ziel. Demnach könne nur eine völlig neue Geschichtspolitik, ein völlig anders geartetes Geschichtsbild eine „nationale Renaissance" herbeiführen. Exemplarisch für dieses Denkmuster steht ein Kommentar des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Gansel: Durch „eingeimpfte Schuldgefühle" würden die Deutschen „moralisch gedemütigt, politisch bevormundet und finanziell ausgepresst". Es müsse deshalb alles daran gesetzt werden, „diesem fast gebrochenen Volk seinen Selbstbehauptungswillen und geschichtlichen Stolz wiederzugeben." Dies sei nur möglich, indem ein Schlussstrich „unter die irrwitzige ‚Vergangenheitsbewältigung'" gezogen werde.[28]

Bisweilen nehmen NPD-Funktionäre auch unmittelbar und uneingeschränkt positiv Bezug auf führende Repräsentanten des NS-Regimes. So appellierte der stellvertretende Hamburger NPD-Landesvorsitzende Thomas Wulff – in Anspielung auf den Geburtstag Adolf Hitlers – im Vorfeld des am 20. April 2013 stattfindenden NPD-Bundesparteitags an die Delegierten:

„Möge dieser Parteitag am Wochenende des 20. April dem einen oder anderen Delegierten blitzartig ins Gedächtnis rufen, wozu der größte Sohn unseres Volkes – auch ohne Anfangs große Mittel zur Verfügung gehabt zu haben – in der Lage war. Es gelang ihm, weil er, unter Einsatz seiner ganzen Person, vollkommen selbstlos handelnd, unbestechlich und zu jedem persönlichen Opfer bereit, die Verkörperung der Hoffnung von Millionen selbst wurde! – und diese nie verraten hat..."
(Internetplattform „Altermedia Deutschland", 20. April 2013)

[28] Homepage NPD Sachsen (29. April 2013).

Auf einer NPD-Demonstration am 1. Mai 2013 in Berlin beendete die Landesvorsitzende des „Rings Nationaler Frauen“ (RNF) Maria Fank ihre Rede mit einem Zitat einer „ehrenvolle[n] Person“. Tatsächlich handelte es sich um eine Passage aus einer Rede von Joseph Goebbels.[29]

1.3 Strategische Ansätze

„Vier-Säulen-Strategie“

Die sogenannte Vier-Säulen-Strategie – „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Parlamente“ und „Kampf um den organisierten Willen“ – verdeutlicht seit Jahren die Intention der NPD, den demokratischen Verfassungsstaat systematisch und umfassend zu bekämpfen. Von erheblicher strategischer Bedeutung für die NPD sind dabei die bundesweit rund 330 Kommunalmandate und die 13 Landtagsmandate in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Die Parlamentsarbeit bietet der NPD eine Agitationsplattform mit beachtlichem öffentlichen Widerhall sowie Professionalisierungsmöglichkeiten für ihre Abgeordneten. Darüber hinaus verschafft sie der Partei beträchtliche finanzielle Ressourcen. Die NPD sieht sich insgesamt als parlamentarischer Arm des „nationalen Widerstands“. Sie erhebt den Anspruch, dessen unterschiedliche Kräfte im „Kampf um den organisierten Willen“ zu bündeln. Die Mobilisierungsfähigkeit der Partei ist insbesondere von der Kooperation mit den Neonazis abhängig, ein Verhältnis, das nicht spannungsfrei ist.

Fortbestand der Kooperation zwischen NPD und „Freien Nationalisten“

In der Zusammenarbeit zwischen NPD und „Freien Nationalisten“ ist indessen keine eindeutige Führungsrolle der Partei auszumachen. Verflechtungsgrad, Kooperationsintensität und Selbstverständnis differieren regional sehr stark. Generell ist eine Zusammenarbeit für die NPD wegen des damit verbundenen Wirkungspotenzials nach wie vor unverzichtbar. Sie steht wegen der großen ideologischen Schnittmengen auch nicht zur Disposition.

Gemeinsame Veranstaltungen mit Eventcharakter fördern den spektrenübergreifenden Zusammenhalt in der rechtsextremistischen Szene. Funktionäre der NPD organisieren etablierte rechtsextremistische Musikfestivals, die in der Szene auf unverändert hohe Resonanz stoßen, insbesondere auch bei

[29] Videoportal YouTube (6. Mai 2013).

dem subkulturellen, gewaltbereiten Milieu. Deren Attraktivität sichern vor allem die Auftritte namhafter rechtsextremistischer Musikgruppen, die durch politische Reden von Referenten aus dem gesamten „nationalen Widerstand“ ergänzt werden. Im Berichtszeitraum fanden mehrere Festivals statt, unter ihnen der „4. JN-Sachsentag“ am 8. Juni 2013 in Zobes (Sachsen) mit 720 Teilnehmern, der „12. Thüringentag der nationalen Jugend“ am 15. Juni 2013 in Kahla (Thüringen) mit 180 Teilnehmern und das „11. Rock für Deutschland“-Festival am 6. Juli 2013 in Gera (Thüringen) mit 700 Teilnehmern.[30]

Kampagnenthemen

Die NPD ist bemüht, mobilisierungs- und anknüpfungstaugliche Themen agitatorisch umzusetzen. Reichweite und Wirkmächtigkeit dieser Aktivitäten liegen nach wie vor deutlich unterhalb des eigenen Anspruchs. Allerdings gelingt es der NPD bisweilen zumindest lokal und regional, sich erfolgreich als „Kümmererpartei“ darzustellen, auch indem sie eher unpolitische Anliegen der Bevölkerung aufgreift. Dabei muss zwischen der Ideologisierung ursprünglich neutraler Themen und der Radikalisierung bereits hochemotionaler, ressentimentbehafteter Debatten unterschieden werden. In beiden Fällen aber geht es der NPD darum, den eigenen Einfluss zu vergrößern und ihre Ideologie zu popularisieren.

Die Hochwasserkatastrophe im Mai/Juni 2013 in vielen Regionen Süd- und Ostdeutschlands nutzte die NPD für propagandistische Zwecke (vgl. Kap. IV, Nr. 2.3). Die Partei versuchte, die Hilfsmaßnahmen für die Flutopfer in ihrem Sinne ideologisch zu deuten und auf diese Weise zu instrumentalisieren. Etablierte Politiker hätten sich, so die Argumentation, wahlkampftauglich als „Katastrophen-Touristen“ präsentiert. Tatsächlich aber stünden bei ihnen die Interessen des Auslands – „Zockerbanken“, Bevölkerungsgruppen in Afrika und Asien oder jüdische Interessengruppen – im Vordergrund und nicht etwa die Not der eigenen Landsleute. Im Kontrast dazu versuchte die NPD, sich als tatkräftige Helferin zu profilieren, die eine „gelebte Volksgemeinschaft“, eine

[30] Homepage „Sachsentag“ (5. Juni 2013); Homepage „Thüringentag“ (18. Juni 2013).

authentische „nationale Solidarität“ praktiziere. Diesen ideologisierten Zusammenhang erläuterte Apfel:

„An Tagen wie diesen zeigt sich, daß wir unsere Vision der Volksgemeinschaft vorleben (...). Und auch wenn es viele noch nicht wahrhaben wollen: in Sternstunden wie diesen liegt die Keimzelle einer entstehenden Gemeinschaft in unserem Volk, die man sonst schon verloren glaubte. Und so, wie heute die Volksgemeinschaft der Deutschen bei der Bewältigung von Naturkatastrophen wiederentsteht, so werden wir nicht eher ruhen, bis sich unsere Landsleute auch gegen die Herrschenden erheben.“
(Homepage „DS-Aktuell“, 17. Juni 2013)

Im Verlauf des Bundestagswahlkampfs 2013 forcierte die NPD ihre Kampagne gegen Asylbewerber (vgl. Kap. III, Nr. 1.2 und Kap. IV, Nr. 1). Zur Bedeutung des Themas Asyl formulierte Apfel:

„Es ist wichtig, vor den Schaltzentren der Überfremdung Zeichen zu setzen: Also vor Moscheen und Asylantenheimen. Zeigen wir, daß die NPD das Original ist im Kampf gegen Islamisierung, Ausländerkriminalität, Asylantenflut und Lohndrückerei (...).“
(„Deutsche Stimme“ Nr. 9/2013, September 2013, S. 2)

1.4 Unterorganisationen

Die NPD verfügt über Unterorganisationen für die Teilbereiche Jugend, Frauen und Kommunalpolitik („Junge Nationaldemokraten“, „Ring Nationaler Frauen“ und die „Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“).

„Ring Nationaler Frauen“

Der im Jahr 2006 gegründete „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) wurde auf dem NPD-Bundesparteitag im April 2013 formal als integraler Bestandteil der Mutterpartei NPD in der Parteisatzung verankert. Mit der Gründung der Landesverbände Bayern und Thüringen in 2013 verfügt die damals von Sigrid Schüßler als Vorsitzende geführte, ca. 100 Mitglieder umfassende Organisationseinheit über nunmehr sieben Landesverbände.

„Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“

Um die Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene zu professionalisieren, wurde 2003 die „Kommunalpolitische Vereinigung der NPD“ (KPV) gegründet. Vorsitzender der KPV ist Hartmut Krien.

Die NPD verfügt über rund 330 Kommunalmandate, mehr als drei Viertel davon in den neuen Bundesländern. Für die Partei gelten sie als Basis einer „Graswurzelrevolution“, die es ihr ermöglichen, sich im lokalen Bereich als „Kümmererpartei“ darzustellen.

Die Mitwirkung in kommunalpolitischen Institutionen ist nicht mit einer Anerkennung des Parlamentarismus verbunden. Der NPD geht es einzig darum, Einfluss zu erringen und kommunale Mandate als Agitationsplattformen zu nutzen. Letztlich ist das Verhältnis der Partei zum Parlamentarismus durchgängig instrumentell.

„Junge Nationaldemokraten“

Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sind laut Satzung „integraler Bestandteil“ der NPD. Bundesvorsitzender ist derzeit Andy Knape. Die JN verfügen über 380 Mitglieder (2012: 350) und veröffentlichen in unregelmäßiger Erscheinungsweise die Publikation „Der Aktivist“.

Die JN sind bestrebt, eigene Akzente und Agitationsschwerpunkte zu setzen sowie entsprechende Kampagnen zu initiieren. Während die Mutterpartei sich u.a. als parlamentarischer Arm der „nationalen Opposition“ versteht, arbeitet die Jugendorganisation in der Hauptsache im „vorpolitischen Raum“: „Aktivismus heißt, den Kampf um die Straße zu führen.“[31]

Die JN verstehen sich als Avantgarde und Korrektiv der Partei. Die Aktionsformen sollen unkonventionell sein; dem Aktionismus seien keine Grenzen gesetzt:

„Wir wollen Mauern einreißen und unkonventionell in Erscheinung treten. Die Regierenden sollen spüren, dass wir überall dort auftreten, wo sie unsere Identität zerstören wollen. Hierbei sind dem Aktionismus keinerlei Grenzen gesetzt.“
(„Der Aktivist“, Ausgabe 1/2013, S. 30 f.)

[31] Facebook-Seite JN-Bundesverband (14. April 2013).

Neben einer Anfang 2013 verbreiteten JN-Schulhof-CD „Die Zukunft im Blick“ ist insbesondere die aggressiv ausländerfeindliche Kampagne „Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche“ vom September 2013 hervorzuheben: „Bundestagsabgeordnete, Minister und Ausländerlobbyisten, die sich in der Vergangenheit besonders durch ihre volksfeindliche Heimatabwicklungspolitik hervorgetan“ hätten, sollten mit der provokativen Aufforderung „Hose runter, Gummi drauf!“ konfrontiert werden.[32] Entsprechende Werbeartikel wurden im Rahmen des Bundestagswahlkampfs verteilt und per Post an zahlreiche Politiker verschiedener Parteien verschickt. Auf den Kondompackungen war u.a. zu lesen:

„Sie vermehren sich blitzartig, nerven, kosten unser Geld und haben eigentlich keinen Nutzen – die Politiker der korrupten Altparteien. (...) Sie wollen die multikulturelle Gesellschaft, die unsere Kultur zerstört. Sie lassen zu, dass sich unsere Gesellschaft überfremdet.“

Die JN sehen sich als Bindeglied der Partei zu den „Freien Nationalisten“. Im März 2013 eröffneten sie eine Kampagne zur Solidarisierung mit den in Koblenz (Rheinland-Pfalz) angeklagten Neonazis des „Aktionsbüros Mittelrhein“ (AB Mittelrhein):

„Wir können ihnen die Einsamkeit nicht nehmen, wir können ihnen aber flüstern, dass draußen Menschen von ihrem Opfer angespornt werden. (...) Eingesperrt zur Unrecht, gewachsen an der Not, zusammengeschweißt durch den Glauben – Freiheit für unsere Freunde!“ (Facebook-Seite JN-Bundesverband, 27. Mai 2013)

In Internetverlautbarungen, bei Mahnwachen und mit bundesweiten Banneraktionen war die Rede von einer beispiellosen „Gesinnungsjustiz in der Verbots-Republik Deutschland“.[33] Ohne jegliche Einschränkung formulierten die JN: „Solidarität mit unseren politischen Inhaftierten und Angeklagten!“.[34]

[32] Homepage JN-Bundesverband (3. September 2013).
[33] Homepage JN-Bundesverband (3. Mai 2013).
[34] Facebook-Seite JN (15. Mai 2013).

Die JN zeigen sich zwar bereit, Elemente einer modernen Jugendkultur zu übernehmen, halten aber an einem elitären Selbstbild fest. „Volkstreue Jugendliche“ sollen charakterlich und ideologisch geschult und „körperlich und geistig zu ganzheitlichen Persönlichkeiten“ herangezogen werden. Ein politischer Befreiungskampf könne nicht ohne Kulturkampf und Graswurzelrevolution auskommen.

Die Jugendorganisation propagiert nach wie vor einen „Nationalen Sozialismus“ und hält kompromisslos am Konzept der ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ fest.

Die JN verwenden weiterhin den Begriff der „Menschenrassen“, die – mit angeborenen Eigenschaften ausgestattet – in ihrem Wesen unveränderlich seien. Ein 2013 herausgegebener „Leitfaden“ der Jugendorganisation orientiert sich dabei an Theorien des nationalsozialistischen Rasseforschers Hans F. K. Günther. Die „Vermischung mit andersrassigen Völkern“ führe unweigerlich zum Niedergang der eigenen „Rasse“.[35] Auf dieser rassistischen Basis sprechen die JN Migranten nichteuropäischer Herkunft die Fähigkeit ab, sich in Europa substanziell zu integrieren:

„Zum Beispiel kann ein Affe zwar erlernen einen Lichtschalter zu betätigen, doch wird er nie verstehen, warum das Licht an und aus geht. (...) Genauso können sich afrikanische oder asiatische Völker dem europäischen anpassen, indem sie Verhaltensweisen und Kleidung übernehmen. Dennoch werden sie nie zu Europäern, weil sie eben keine sind.“
(„Leitfaden – Politische Grundbegriffe 2“, S. 13)

Der Kontinent Europa müsse stattdessen der weißen, „europiden Großrasse“ vorbehalten bleiben.[36] Für dieses Ziel sei ein radikaler

[35] „Leitfaden – Politische Grundbegriffe 2“, S. 17.
[36] „Leitfaden – Politische Grundbegriffe 2“, S. 33.

Kampf zu führen bis hin zu ethnischen „Säuberungen“ – eine Diktion, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt:

„Es wird ein Kampf geben, in dem es um mehr geht als nur den Sieg oder mehr Freiheit! Es geht um die Wurzel unserer Kultur, die Säuberung unserer verdreckten Gesellschaft, einhergehend mit dem der Erhaltung unserer arteigenen Sprößlinge.“
(Facebook-Seite JN Nordrhein-Westfalen, 10. Mai 2013)

2. „DIE RECHTE“

Gründung:	2012
Sitz:	Parchim (Mecklenburg-Vorpommern)
Bundesvorsitzender:	Christian Worch
Mitglieder:	500 (2012: 150)

Die Partei „DIE RECHTE“ hat 2013 weitere Strukturen aufgebaut und ihre Position im rechtsextremistischen Parteienspektrum gefestigt. Die mittlerweile rund 500 Mitglieder sind mehrheitlich dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen. Neonazis dominieren sowohl den Bundesvorstand, dem auch Mitglieder verbotener Vereinigungen angehören, als auch mehrheitlich die Landesverbände.

Organisationsstruktur

Die Partei verfügte Ende 2013 über die Landesverbände Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie über 16 Kreisverbände, einen Bezirksverband, sechs Ortsverbände und die Landesgruppe Bremen.

Neben Nordrhein-Westfalen verfügen lediglich die Landesverbände in Hessen und Niedersachsen über Parteistrukturen auf Kreisebene.

Programmatik und politische Zielsetzung

„DIE RECHTE“ hat eigenen Angaben zufolge das Parteiprogramm von der mittlerweile aufgelösten rechtsextremistischen Partei „Deutsche Volksunion“ (DVU) übernommen und in zahlreichen Punkten sprachlich und inhaltlich modernisiert und ergänzt. Einzelne Programmpunkte sind stark nationalistisch geprägt: Zur „Wahrung der Identität“ der Deutschen und zum Schutz des „deutschen Staatsvolkes“ fordert die Partei beispielsweise ein „Zurückdrängen der Amerikanisierung“ und anderer „übermäßiger fremder Einflüsse“, die „Eindämmung ungezügelter Zuwanderung“, die „Aufhebung der Duldung von Ausländern“ sowie ein „Werbeverbot in ausländischen Sprachen“.

Aktivitäten

Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten gehen überwiegend vom Landesverband Nordrhein-Westfalen aus, thematisch und agitatorisch in Kontinuität zu früheren Aktivitäten der im August 2012 verbotenen Kameradschaften.

Dies gilt beispielsweise für den „Ersten Rechten Antikriegstag“ am 7. September 2013 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen), der die Tradition der von 2005 bis 2011 von Neonazis organisierten „Nationalen Antikriegstage“ fortsetzte (vgl. Kap. II, Nr. 3.2). Zahlreiche Kundgebungen und Internetverlautbarungen richteten sich gegen eine „staatliche Repression“ – ein von Neonazis aktuell präferiertes Thema. Einige der Veranstaltungen nahmen unmittelbar Bezug auf Vereinsverbote oder Strafverfahren gegen Angehörige der neonazistischen Szene, z.B. auf den aktuellen Prozess gegen Mitglieder des „Aktionsbüros Mittelrhein“.

Ihre größten Mobilisierungserfolge erzielte die Partei stets in Dortmund (Nordrhein-Westfalen): An der Demonstration „Heraus zum 1. Mai“ beteiligten sich rund 450 Personen, überwiegend aus dem neonazistischen Spektrum. Annähernd ebenso erfolgreich mobilisierte die Partei 370 Rechtsextremisten zu einer Kundgebung am 31. August 2013. Im Zuge der Mobilisierung wurde das verkürzte Demonstrationsmotto „Weg mit allen Verboten“ in Farben und Symbolik der Flagge der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) auf einer Hauswand angebracht.

Landesverband als Ersatz für neonazistische Strukturen

Ehemalige Mitglieder und Führungspersonen der 2012 verbotenen neonazistischen Kameradschaften führen ihre Aktivitäten im Landesverband Nordrhein-Westfalen fort und prägen Politik und öffentliches Erscheinungsbild der Partei: Der Landesvorsitzende

Dennis Giemsch und sein Stellvertreter Michael Brück gehörten dem „Nationalen Widerstand Dortmund“ (NWDO) an, ein weiteres Vorstandsmitglied war zuvor in der „Kameradschaft Hamm“ (KS Hamm) aktiv.[37] Damit ist es der Neonazi-Szene in diesem Bundesland gelungen, die Wirksamkeit der Vereinsverbote durch die Aktivitäten innerhalb der Partei „DIE RECHTE“ abzuschwächen.

Die übrigen Landesverbände traten öffentlich kaum mit eigenen Aktionen in Erscheinung, nutzen jedoch verstärkt das Internet: Jeder Landesverband verfügt über eine eigene Homepage oder einen Facebook-Auftritt. Teilweise wird auch der Kurznachrichtendienst Twitter genutzt, beispielsweise zur Begleitung und Kommentierung von Demonstrationen „in Echtzeit“. Die Verlautbarungen im Internet weisen einschlägige Argumentationsmuster auf: demokratisch legitimierte Entscheidungsträger und Politiker werden verunglimpft; zudem wird gegen Ausländer agitiert bzw. vor einem „Niedergang des deutschen Volkes“ durch „Überfremdung“ gewarnt.

Militanz

Zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten der Partei „DIE RECHTE“ sind als gewaltbereite Rechtsextremisten einzustufen. Die Militanz zeigt sich insbesondere in Drohungen gegen Journalisten sowie der öffentlichen namentlichen Benennung von Polizeibeamten, Lokalpolitikern und Vertretern von Gewerkschaften.

Journalisten werden von der Partei bedroht und als „Hunde“[38] beschimpft, ihre Arbeit wird als „Gossenjournalismus“[39] diffamiert. Analog zu den „Outing-Aktionen“ des neonazistischen Spektrums gegenüber politischen Gegnern werden Journalisten namentlich genannt und bedroht:

„Außerdem nennt [Name eines Journalisten] diejenigen, die sich für die Wahrung deutscher Interessen einsetzen, einen ‚braunen Mob‘: [Name des Journalisten] – einen Namen, den man sich merken sollte.“ (Homepage „DIE RECHTE“ – Kreisverband Hamm (Nordrhein-Westfalen), 22. Juli 2013)

[37] Die neonazistischen Gruppierungen wurden am 23. August 2012 durch den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen verboten.

[38] Homepage „DIE RECHTE“ – Kreisverband Wuppertal (Nordrhein-Westfalen, 15. Juni 2013).

[39] Homepage „DIE RECHTE“ – Kreisverband Hamm (Nordrhein-Westfalen, 22. Juli 2013).

Die Partei wirbt mit einer aggressiven Rhetorik für ihre Veranstaltungen, beispielsweise mit einem Lied des rechtsextremistischen Musikers „MaKss Damage“, das zur „Schlacht von Wuppertal“ aufruft (vgl. Kap. II, Nr. 1). Der zuständige Kreisverband nahm diese Diktion auf und sprach von einem „Straßenkampf“,[40] einer möglichen Konfrontation mit Gegendemonstranten am 21. September 2013 in Wuppertal (Nordrhein-Westfalen).

Immer wieder agitierten einzelne Parteiuntergliederungen gegen Vertreter von Polizeibehörden und Lokalpolitik. Vor allem der Kreisverband Dortmund (Nordrhein-Westfalen) organisierte Kampagnen gegen namentlich benannte Repräsentanten des „Systems“. So brachten Mitglieder der Partei im Rahmen einer Aktionswoche unter dem Motto „Weg mit allen Organisationsverboten in Deutschland“ am 28. August 2013 vor dem Dortmunder Polizeipräsidium und weiteren Polizeidienststellen in der Stadt Plakate an, auf denen die Absetzung des Staatsschutzleiters des Dortmunder Polizeipräsidenten gefordert wurde. Die Partei wirft diesem vor, rechtswidrig ein als Wahlkampfveranstaltung angemeldetes Konzert am 6. Juli 2013 in Herne (Nordrhein-Westfalen) aufgelöst zu haben.

Vom 22. bis zum 24. Dezember 2013 führte der Dortmunder Kreisverband Demonstrationen mit jeweils rund 50 Teilnehmern vor den Wohnhäusern des Dortmunder Oberbürgermeisters und einer Landtagsabgeordneten der Piratenpartei durch. Am 23. Dezember 2013 fanden zusätzlich zwei Kundgebungen an den Wohnsitzen eines SPD-Bezirksbürgermeisters sowie eines ehemaligen Funktionärs des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt. Mit solchen Aktionen wird eine Drohkulisse gegen lokale Repräsentanten demokratischer Parteien aufgebaut.

Teilnahme an der Bundestagswahl 2013

Zur Bundestagswahl trat „DIE RECHTE“ lediglich mit einer Landesliste für Nordrhein-Westfalen an. Ihre Wahlkampfaktivitäten beschränkten sich weitgehend auf das neonazistische Agitationsfeld „staatliche Repression“. Die Partei blieb mit 2.288 Stimmen völlig bedeutungslos.

[40] Homepage „DIE RECHTE“ – Kreisverband Wuppertal (Nordrhein-Westfalen, 15. Juni 2013).

Bemerkenswert offen wird die Teilnahme als notwendiger formaler Schritt zur Erringung des Parteienstatus bezeichnet:

> *„Bei unserem Wahldebüt kam es uns nicht auf das Ergebnis an. Da uns Anfang des Jahres von verschiedenen staatlichen Stellen und von regimetreuen Medien der Parteistatus abgesprochen worden ist, wollten wir mit unserem Wahlantritt das Gegenteil beweisen. Dies und nichts anderes war das einzige Ziel unseres Antritts zur Bundestagswahl."*
> *(Homepage „DIE RECHTE" – Kreisverband Hamm (Nordrhein-Westfalen), 23. September 2013)*

Teilnahme an der Europa- und Kommunalwahl 2014

Für die angekündigte Teilnahme an der Europawahl 2014[41] hat die Partei Sven Skoda zum Spitzenkandidaten gewählt, einer der Angeklagten im Prozess gegen Mitglieder des „Aktionsbüros Mittelrhein".

Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes in Nordrhein-Westfalen versuchte die Partei, die vermeintliche Popularität ihres Dortmunder Spitzenkandidaten Siegfried Borchardt („SS-Siggi") bei Fußballfans mit dem Werbebanner „Von der Südtribüne in den Stadtrat"[42] für sich zu nutzen.

3. „Bürgerbewegung pro NRW" („pro NRW")

Gründung:	2007
Sitz:	Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)
Vorsitzender:	Markus Beisicht
Mitglieder:	1.000 (2012: 1.000)

Die „Bürgerbewegung pro NRW" („pro NRW") wurde im Februar 2007 – in Anlehnung an das lokale Modell der im Jahr 1996 entstandenen „Bürgerbewegung pro Köln e.V." („pro Köln") – als

[41] Mangels ausreichender Unterstützerunterschriften konnte „DIE RECHTE" nicht bei der Europawahl am 25. Mai 2014 antreten.

[42] Internetportal „DortmundEcho" (8. September 2013).

Verein gegründet. Seit September 2007 ist „pro NRW“ als Partei tätig. Als Regionalpartei beschränkt „pro NRW“ ihre politische Tätigkeit mit acht Bezirks- und 53 unterschiedlich aktiven Kreisverbänden hauptsächlich auf das Land Nordrhein-Westfalen. „Pro NRW“ verfügt zudem über internationale Kontakte zu ausländischen fremdenfeindlichen Gruppierungen. Anlässlich der Europawahl 2014 und der Vorbereitung des Wahlkampfes versucht „pro NRW“, die Aktivitäten zumindest anlassbezogen auf das gesamte Bundesgebiet auszudehnen. Die Parteifunktionäre sowie große Teile der Mitglieder und Sympathisanten stammen aus dem Umfeld von „pro Köln“. Einige waren zuvor bereits in anderen rechtsextremistischen Organisationen aktiv, z.B. in der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) oder der NPD.

Islamfeindlichkeit/ Fremdenfeindlichkeit

Ein Hauptagitationsfeld von „pro NRW“ ist der Kampf gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands bzw. Europas. Im Mittelpunkt von Kampagnen steht der Bau von Moscheen und Minaretten. Zudem agitierte die Partei gegen Asylbewerber im Allgemeinen und gegen die Zuwanderung von Sinti und Roma im Besonderen.

Die im eigenen Verständnis „islamkritische“ Partei propagiert ein aggressives „Feindbild Islam“ und unterscheidet grundsätzlich nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung. In einem Beitrag der Verantwortlichen der „pro NRW“-Facebook-Seite wird der Islam beispielsweise als „rassistische Ideologie“ bezeichnet:

> *„Je mehr die ‚Mitte der Gesellschaft‘ persönlich betroffen ist, desto mehr Menschen lehnen den Islam ab. Der Widerstand gegen diese rassistische und menschenverachtende Ideologie wächst weiter.“*
> *(Facebook-Seite „pro NRW“, 14. November 2013)*

Solcherart „Leitartikel“ bieten die Basis für fremdenfeindliche, mitunter rassistische Kommentare der Nutzer, die in einer eskalierenden Diktion Muslime pauschal als „Abschaum“ oder „Dreckspack“ verunglimpfen. Wenngleich diese Äußerungen nicht eindeutig Mitgliedern der Partei zuzurechnen sind, werden derartige Aussagen von den Verantwortlichen der Facebook-Seite

zumeist weder kommentiert noch gelöscht. Sie werden ganz offensichtlich als diskursives Umfeld der Partei gewertet.

Um die grundsätzliche Unvereinbarkeit der islamischen Religion mit der westlichen Wertegemeinschaft zu untermauern, behauptet die Partei „Parallelen zwischen der Nazi-Ideologie und dem Islam". So wird dem Islam pauschal und einseitig u.a. „die Ablehnung von demokratischen Grundwerten und die gewaltsame Unterdrückung von kritischen Gegenstimmen" sowie eine geplante „Machtergreifung" in Deutschland unterstellt.[43] Deshalb fordert „pro NRW", dass sich „alle freien Menschen (...) gemeinsam gegen diese faschistische, gewaltbereite Ideologie, den Islam, erheben."[44] Die Kernaussage lautet:

„Der Islam ist rassistisch, faschistisch, imperialistisch und vor allem nicht reformierbar."
(Facebook-Seite „pro NRW", 12. Dezember 2013)

Als Konsequenz hieraus wird in der Partei die Forderung nach einem vollständigen Verbot des Islam in Deutschland und damit mittelbar auch die Abschaffung der Religionsfreiheit der Muslime gefordert:

„Der Islam muss in Deutschland verboten werden."
(Facebook-Seite „pro NRW", 29. Oktober 2013)

Mit den Argumentationsmustern von „pro NRW" werden Vorurteile gegenüber Muslimen verbreitet oder in Teilen der Bevölkerung bereits vorhandene Ressentiments verstärkt. Ziel ist es, Migranten, insbesondere Muslime, auszugrenzen und als kriminell und nicht integrierbar darzustellen. In z.T. menschenverachtender Weise versucht „pro NRW", Ängste vor dem Islam zu schüren und Menschen mit Migrationshintergrund zu diskriminieren. Hierzu veröffentlichte die Partei auf ihrer Facebook-Seite

[43] Facebook-Seite „pro NRW" (10. Juni 2013).
[44] Facebook-Seite „pro NRW" (10. Juni 2013).

eine Aussage, in der Muslime als potenzielle Vergewaltiger bzw. Gewaltstraftäter dargestellt werden:

„Ich bin nicht bereit, mich von Muslimen vergewaltigen und töten zu lassen, nur um zu zeigen, wie tolerant ich bin."
(Facebook-Seite „pro NRW", 9. Oktober 2013)

Auf ihrer Facebook-Seite veröffentlichte die Partei die bekannte Karikatur Muhammads mit einer brennenden Zündschnur am Turban. Der Prophet wird in der Bildunterschrift als pädophil bezeichnet:

„Wollt ihr wirklich die Ideologie eines Pädophilien in Deutschland? Der Prophet Mohammed hat als 50 jähriger Mann eine sechsjährige geheiratet und diese im Alter von neun Jahren ‚zur Frau gemacht'. Nach heutigen Maßstäben ist Mohammed ein Kinderschänder."
(Facebook-Seite „pro NRW", 17. April 2013)

In zahlreichen Beiträgen wird unterstellt, menschlicher Verstand sei nicht mit dem Islam vereinbar oder auch, gläubige Muslime eiferten bewusst kriminellen Vorbildern nach:

„Hast du Allah in der Birne, ist kein Platz mehr für's Gehirne."
(Facebook-Seite „pro NRW", 10. September 2013)

Oder:

„Aber die religiösen Vollpfosten, die einen ‚pädophilen Kriegstreiber' anbeten, die wollen wir nicht!!!"
(Facebook-Seite „pro NRW", 12. Februar 2013)

Auch 2013 veranstaltete „pro NRW" wieder Kundgebungen und Demonstrationen vor Moscheen und islamischen Kulturzentren oder in deren unmittelbarer Nähe. Anlässlich des ersten

Jahrestages der gewaltsamen Ausschreitungen von Salafisten im Rahmen der „pro NRW"-Wahlkampftour 2012 veranstaltete die Partei am 5. Mai 2013 in Bonn (Nordrhein-Westfalen) eine Kundgebung unter dem Motto „Islamistischen Extremismus bekämpfen – Demokratie verteidigen".

Ein weiterer Schwerpunkt der Agitation von „pro NRW" richtet sich gegen Moscheeneubauten: „gegen geplante protzige Islamisierungsvorhaben" als „versuchte steingewordene Landnahme des Islams mitten in Deutschland",[45] so in dem Aufruf zu einer Doppeldemonstration am 19. Oktober 2013 gegen entsprechende Bauvorhaben in Witten und Hattingen (beide Nordrhein-Westfalen).

Mit ihrer fremden- und islamfeindlichen Agitation versucht „pro NRW", an vorhandene Überfremdungsängste und Vorurteile gegenüber Ausländern, insbesondere gegenüber Muslimen, in Teilen der Bevölkerung anzuknüpfen.

„Volksinitiative gegen Asylmissbrauch"

Seit dem Frühjahr 2013 richtet sich die fremdenfeindliche Agitation der Partei verstärkt gegen Asylsuchende und Zuwanderer – ungeachtet ihres religiösen Bekenntnisses. „Pro NRW" initiierte eine „Volksinitiative gegen Asylmissbrauch", die sie offiziell beim Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen anmeldete.[46] Sie wurde von einer Serie von Kundgebungen vor „Brennpunkten des Asylmissbrauchs" – zumeist vor Asylbewerberheimen – in 21 deutschen Städten vom 9. bis 23. März 2013 flankiert.[47] An den einzelnen Kundgebungen nahmen in der Regel weniger als 40 Personen teil. Die dahinter stehende ausländerfeindliche Grundhaltung wird deutlich, wenn abgelehnte Asylbewerber als „geduldete Wirtschaftsflüchtlinge" und „kriminelle Subjekte" bezeichnet werden.[48]

Im Zuge der anhaltenden rechtsextremistischen Debatte zum Thema „Asylmissbrauch" fanden im Verlauf des Jahres 2013 weitere Demonstrationen vor bzw. in der Nähe von

[45] Homepage „pro NRW" (16. Oktober 2013).

[46] Das Instrument der Volksinitiative ist in Artikel 67a der Landesverfassung NRW geregelt. Eine Volksinitiative muss von mindestens 0,5 Prozent der Wahlberechtigten des Landes unterzeichnet sein und zielt darauf ab, den Landtag zu verpflichten, sich mit einem bestimmten Thema zu befassen.

[47] Homepage „Asylmissbrauch stoppen" (29. November 2013).

[48] Homepage „pro NRW" (23. Juli 2013).

Asylbewerberunterkünften statt, u.a. am 5. Dezember 2013 in Bochum und Essen sowie am 9. November und 7. Dezember 2013 in Duisburg (alle Nordrhein-Westfalen).

Wenngleich sich durch die „Volksinitiative gegen Asylmissbrauch" in der Politik von „pro NRW" zumindest temporär eine Verschiebung von islamfeindlichen zu fremdenfeindlichen Inhalten andeutet, wird das Thema „Islam" als Feindbild und Agitationsfeld für „pro NRW" weiterhin eine unverändert hohe Bedeutung behalten – insbesondere vor dem Hintergrund des mutmaßlichen Anschlagsversuchs gegen den Parteivorsitzenden Beisicht im März 2013.

Antiziganismus

In das Zielspektrum der Partei gerieten auch Sinti und Roma. „Pro NRW" versucht hier, Vorurteile und Ängste in der Bevölkerung angesichts der ab 2014 erweiterten Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union aufzugreifen und mit pauschalen Diffamierungen anzuheizen. Die Partei konstruiert einen direkten Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Straftaten und behauptet, in einigen Städten in Nordrhein-Westfalen sei die „unkontrollierte Masseneinwanderung" direkt mit einer „überbordenden" Kriminalität verbunden. Der stellvertretende „pro NRW"-Vorsitzende und Beisitzer im Vorstand von „pro Köln" Jörg Uckermann fasste dies in einer Rede am 9. November 2013 in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) in den Slogan „Heimatliebe statt Roma-Diebe".

In ähnlicher Weise diffamierte im Rahmen einer Kundgebung am 5. Oktober 2013 ein anderer Parteifunktionär – er ist seit Dezember 2013 auch Beisitzer im „pro NRW"-Vorstand – Zuwanderer aus Osteuropa als „Heuschreckenplage".

Teilnahme an der Europawahl 2014

Nachdem „pro NRW" nicht zur Bundestagswahl im September 2013 angetreten war, wurde die parteiinterne Vorbereitung auf das Wahljahr 2014 zum bestimmenden Thema. Dem Parteivorsitzenden zufolge besteht das Ziel der Wahlteilnahme darin, „auch überregional den Kampf gegen Islamisierung und Überfremdung" voranzutreiben.[49] Da die Teilnahme an den Wahlen die Sammlung von 4.000 Unterschriften erfordert, seien „PRO-NRW-Freundeskreise" auch außerhalb

[49] Homepage „pro NRW" (6. November 2013).

Nordrhein-Westfalens gebildet worden (in Berlin, München (Bayern) und Frankfurt am Main (Hessen)), deren erstes Ziel es sei, bei der Sammlung von Unterschriften aktiv mitzuhelfen.[50]

IV. Ausgewählte rechtsextremistische Agitationsmethoden und Aktionsfelder

1. Agitationsmethoden

Rechtsextremisten versuchen, ihre Ideologie in erster Linie mit Demonstrationen und Musikveranstaltungen zu popularisieren.

Demonstrationen von Neonazis

Die Verfassungsschutzbehörden registrierten im Jahr 2013 insgesamt 85 neonazistische Demonstrationen (2012: 95).

Schwerpunkte neonazistischer Demonstrationen bildeten Gedenkveranstaltungen mit historischen Bezügen (z.B. Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg), die Agitation gegen „staatliche Repression“ und den politischen Gegner, sozial- und wirtschaftspolitische Themen sowie fremdenfeindlich besetzte Themenbereiche.

Demonstrationen der NPD

Die Anzahl der von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) veranstalteten Demonstrationen ist im Jahr 2013 differenziert zu betrachten: Einerseits gelang es der Partei, eine Vielzahl an Kleinstkundgebungen durchzuführen und damit grundsätzlich die organisatorische Handlungsfähigkeit ihrer Strukturen vor Ort unter Beweis zu stellen. Allerdings war die Mehrheit dieser Kundgebungen, zu denen überwiegend auch nur regional mobilisiert worden war, nur schwach besucht. Insgesamt gelang es der Partei, bei 95 Kundgebungen eine nennenswerte Anzahl an Teilnehmern zu mobilisieren (2012: 116).

Ein Großteil dieser Demonstrationen fand während des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2013 statt. Dabei agitierte die NPD zum einen weiterhin gegen die Europäische Union und den

[50] Homepage „pro NRW“ (19. November 2013).

Euro, zum anderen bediente sie sich in verstärktem Maße asyl-, islam- und ausländerfeindlicher Slogans. In der Hochphase des Wahlkampfes führte die Partei unter dem Motto „Asylflut und Eurowahn stoppen – NPD in den Bundestag“ anlässlich ihrer vom 12. August bis 21. September 2013 durchgeführten „Deutschlandfahrt“ in zahlreichen Städten Kundgebungen durch. Die überwiegende Mehrheit dieser Wahlkampfveranstaltungen zählte lediglich zehn bis 20 Teilnehmer. Bei Demonstrationen gegen Asylbewerberheime gelang es der Partei später teilweise, auch nichtextremistische Personen zu mobilisieren (vgl. Kap. III, Nr. 1.2).

Demonstrationen der Partei „DIE RECHTE“

Die Partei „DIE RECHTE“ führte im Berichtszeitraum 31 Demonstrationen durch (2012: 4). Themenschwerpunkte bildeten die Agitation gegen „staatliche Repression“ und den politischen Gegner (vgl. Kap. III, Nr. 2).

Demonstrationen der „Bürgerbewegung pro NRW“

Die „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) veranstaltete 2013 insgesamt 30 Kundgebungen mit einer nennenswerten Zahl an Teilnehmern. In der Themensetzung dominierte die Agitation gegen Asylsuchende, deren Unterbringung oder „Asylmissbrauch“. Zahlreiche Demonstrationen fanden in räumlicher Nähe zu (geplanten) Asylbewerberheimen statt (vgl. Kap. III, Nr. 3).

Teilnehmerstärkste Veranstaltungen

Von den größten rechtsextremistischen Veranstaltungen im Jahr 2013 sind insbesondere die folgenden zu erwähnen:

- An der von Neonazis alljährlich durchgeführten Demonstration anlässlich der Bombardierung der Stadt Magdeburg (Sachsen-Anhalt) im Zweiten Weltkrieg nahmen am 12. Januar 2013 rund 900 Personen teil (2012: 1.200).
- In Schneeberg (Sachsen) mobilisierte ein NPD-Kreisverband zu einer Reihe von Veranstaltungen gegen ein örtliches Asylbewerberheim. An den sogenannten Lichtelläufen am 19. Oktober, 2. November und 16. November 2013 nahmen jeweils zwischen 1.500 und 1.800 Personen teil. Die Teilnehmer waren überwiegend nicht dem extremistischen Spektrum zuzurechnen (vgl. Kap. III, Nr. 1.2).

Musikveranstaltungen

Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte ging leicht zurück und beläuft sich auf 78 Veranstaltungen (2012: 82). Die durchgeführten sonstigen Veranstaltungen, bei denen beispielsweise im

Rahmenprogramm rechtsextremistischer Parteiveranstaltungen einschlägig bekannte Musiker auftraten, beliefen sich im Berichtszeitraum auf 46 (2012: 49). Demgegenüber stieg die Zahl der meist in kleinem Rahmen veranstalteten und von einer überschaubaren Anzahl an Teilnehmern besuchten Liederabende auf 47 an (2012: 17).

Staatliche Maßnahmen

Im Jahr 2013 konnten insgesamt 14 rechtsextremistische Musikveranstaltungen durch intensive Aufklärungsarbeit der Sicherheitsbehörden und polizeiliche Kontrollen im Vorfeld verhindert werden (2012: 19).

Teilnehmerstärkste Veranstaltungen

Von den größten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen im Jahr 2013 sind insbesondere die folgenden zu erwähnen:

- An einem Konzert am 25. Mai 2013 in Schwanebeck-Nienhagen (Sachsen-Anhalt), bei dem auch rechtsextremistische Musikgruppen aus dem Ausland auftraten, nahmen rund 1.200 Rechtsextremisten teil.
- Die NPD organisierte in Berga (Sachsen-Anhalt) am 10. August 2013 eine Veranstaltung mit dem Motto „In Bewegung 2013 – Das politische Fest der Nationalen“. Vor rund 900 Teilnehmern traten mehrere Redner und rechtsextremistische Musikgruppen auf.
- Zu einem rechtsextremistischen Konzert am 12. Oktober 2013 in Scheinfeld (Bayern) konnten rund 1.000 Besucher mobilisiert werden.

2. Aktionsfelder

2.1 Fremden- und Islamfeindlichkeit

Das Aktionsfeld „Islamfeindlichkeit“ hat sich in den vergangenen Jahren als eine moderne Form der Fremdenfeindlichkeit etabliert.

Fremdenfeindlichkeit als Leitidee

In der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zeigen sich fremdenfeindliche Einstellungen vor allem durch eindeutige Kommentare, die in erster Linie von Hass geprägt sind. Die Akteure zielen auf eine emotionale Einflussnahme. Rassismus

und Fremdenfeindlichkeit sind die Leitidee – als Gegenentwurf zur „eintönigen pluralistischen Gesellschaft“:

„Ich bin nicht tolerant, ich mag keine Immigranten. Keine Üz und Öz mit all ihren Verwandten. (...) Eure Weltoffenheit geht mir am Arsch vorbei, ich bin nicht tolerant und ich bleibe dabei. Was für ein Vergnügen, dieses Lied zu singen (...) Ich kann es einfach nicht lassen, ich bin nicht tolerant. (...) Denn mit Leib und Seele bin ich Nationalist. Mein Volk zuerst und dann lange, lange nichts.“
(Musikgruppe „Kommando Skin“, CD „Bis der letzte mit uns singt“, Lied „Nicht tolerant“)

„Volkstod“ als Folge der „Überfremdung“

Rechtsextremisten warnen vor einem drohenden Aussterben des deutschen Volkes, einem „Volkstod“ durch Geburtenrückgang und Abwanderung auf der einen und Zuwanderung und „Überfremdung“ auf der anderen Seite.

Mit der apodiktisch vorgetragenen These wird unmittelbarer Handlungsdruck bei Rechtsextremisten erzeugt: ganz direkt gegen „Fremde“ und mittelbar gegen politisch Verantwortliche.

Rechtsextremistische Alltagsgewalt manifestiert sich nach wie vor in der Hauptsache in Gewalttaten gegen „Fremde“. Statistisch wird jeden Tag in Deutschland mindestens eine fremdenfeindlich motivierte Gewalttat begangen (2013: 473). Auch wenn dies meist situativ und ohne strategische Planung geschieht, ist das zugrunde liegende Motiv klar: den „Fremden“ soll deutlich gemacht werden, dass sie unerwünscht sind und jederzeit selbst Opfer einer Attacke werden könnten.

Fremdenfeindliche Kampagnen gegen Asylbewerber

Rechtsextremisten rücken vor dem Hintergrund steigender Asylbewerberzahlen das Thema Asyl in den Vordergrund ihrer Agitation: mit Mahnwachen und Demonstrationen, aber auch mit der Gründung und Instrumentalisierung von Bürgerinitiativen.

Spektrenübergreifend versuchen Rechtsextremisten, Überfremdungsängste und Vorurteile gegenüber Asylsuchenden zu schüren. Insbesondere behaupten sie einen dramatischen Anstieg der Kriminalität in der Umgebung von Asylbewerberunterkünften. In diesem Sinne agitierte die neonazistische Gruppierung „Dresden

für die Initiative ‚Zukunft statt Überfremdung'" auf ihrer Internetseite gegen eine „Erstaufnahmeeinrichtung, in der die dortigen Heimbewohner immer wieder durch Pöbeleien und Drohungen gegen die dortigen Anwohner negativ auffallen":

„Doch auch andernorts (...) kommt es im Umfeld des (...) Ausländerwohnheimes (...) immer wieder zu schweren Straftaten wie etwa Überfällen, Vergewaltigungen, Einbrüchen, Diebstählen oder schwerer Körperverletzung."
(Homepage „Tag der deutschen Zukunft", 14. Oktober 2013)

Während hier Alltagssorgen der Bevölkerung angesprochen werden – wenn auch polemisch und der tatsächlichen Faktenlage widersprechend – legen erst die Kommentarspalten der einschlägigen Internetpräsenzen die rassistische Stoßrichtung offen:

„Es ist nämlich ein unerklärter Krieg dieser fremdrassigen Völker gegen das heute noch in großen Teilen weiß geprägten Europa. (...) Die die in Lampedusa gelandet sind und noch demnächst landen werden sind nur die Vorhut, täuschen wir uns nicht. Wenn die Zahl dieser Elenden aus Schwarzafrika in die Hunderttausende oder gar Millionen gehen wird, die Europa überschwemmen werden, wird sich das Gesicht dieses Kontinents, wo wie wir ihn heute noch kennen, entstellt sein und sie werden dies mit ihrer Zahl, ihrer Messe machen, ganz demokratisch."
(Internetplattform „Altermedia Deutschland", 30. Oktober 2013)

Instrumentalisierung von Protesten

Die NPD hatte ihre Initiatorenrolle z.B. bei den Demonstrationen gegen ein Asylbewerberheim in Schneeberg (Sachsen, vgl. Kap. III, Nr. 1.2) nicht verschleiert – ein deutliches Indiz für die Anschlussfähigkeit rechtsextremistischer Aussagen zum Thema Asyl. Rechtsextremisten sind sich gleichwohl bewusst, dass Aktionen mit erkennbarem rechtsextremistischen Hintergrund

auf Vorbehalte und Widerstand stoßen.[51] Daher versuchen sie meist, sich in klandestiner Form an Protestaktionen zu beteiligen, sie zu steuern und zu radikalisieren. Ein Beispiel für diese Strategie bilden die Proteste von Anwohnern gegen ein Asylbewerberheim im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf im Sommer 2013. In Veranstaltungen ergriffen insbesondere Neonazis und NPD-Funktionäre das Wort. Zudem veranstaltete die NPD Kundgebungen vor Ort mit bis zu 150 Teilnehmern, überwiegend aus der rechtsextremistischen Szene. Ein markantes Beispiel rechtsextremistischer Einflussnahme bis hin zur Unterwanderung ist die überwiegend im Internet agierende „Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf" mit ihren zahlreichen Kommentaren vorgeblicher Anwohner auf ihrer Facebook-Seite in eindeutig rechtsextremistischer Diktion.

Risiko einer Gewalteskalation

Die Aufrufe zu Demonstrationen zielen vordergründig nicht auf eine Eskalation. Die Instrumentalisierung der Anwohnerproteste durch die NPD verdeutlicht vielmehr, dass die Partei ihre Akzeptanz als „Kümmererpartei" stärken will und auf Stimmengewinne bei anstehenden Wahlen hofft. Gewalt würde diesem Kalkül entgegenwirken. Gleichwohl kann die Diktion gegen Asylbewerber und verantwortliche Stellen für Einzelne und Kleinstgruppen einen entsprechenden unmittelbaren Handlungsdruck suggerieren und zu Gewalttaten anstacheln. Damit wird der Boden bereitet für gezielte Aktionen gegen Unterkünfte von Asylbewerbern oder direkt gegen Flüchtlinge. Rechtsextremisten können sich als „Vollstrecker" eines vermeintlichen „Volkswillens" gerieren.

Seit Mitte des Jahres 2013 stellten die Sicherheitsbehörden eine Zunahme von Übergriffen auf Asylbewerberheime bzw. Flüchtlingsunterkünfte fest. So hat sich die Anzahl von Straftaten gegen Asylunterkünfte im Vergleich zum Vorjahr mit 58 (2012: 24) mehr als verdoppelt. In den meisten Fällen handelte es sich um Propagandadelikte und Sachbeschädigungen, z.B. durch den Einsatz von pyrotechnischen Gegenständen. Auch wenn oftmals keine Tatverdächtigen bekannt wurden oder festgestellt werden

[51] Nachdem in den Medien der rechtsextremistische Hintergrund der Demonstrationen in Schneeberg (Sachsen) offensiv thematisiert worden war, ging die Zahl nichtextremistischer Teilnehmer – die bis dahin die Mehrheit der Anwesenden stellten – bei der vierten Demonstration am 25. Januar 2014 nahezu vollständig zurück. An dieser Kundgebung nahmen lediglich 250 Personen teil, überwiegend Rechtsextremisten.

konnten, weisen die Begleitumstände dieser Straftaten auf eine mögliche rechtsextremistische Motivation hin. So zündete beispielsweise am 31. Dezember 2013 eine Gruppe unbekannter Jugendlicher in Borna (Sachsen) unter Rufen wie „Kanaken raus, Ausländer raus" Feuerwerkskörper und warf diese gezielt in Richtung eines Asylbewerberheims. Im Januar 2014 kam es im Umfeld der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende in Berlin Marzahn-Hellerdorf – gegen die Berliner Rechtsextremisten nach wie vor offensiv agitieren – zu mehreren Sachbeschädigungen und Beleidigungen. Die Ermittlungen in den genannten Fällen dauern noch an.

Die fremdenfeindliche Agitation zielt nicht nur auf Asylsuchende und einen angeblich tatenlos zusehenden Staat, sie ist auch eine Provokation des politischen Gegners. In der linksextremistischen Agenda steht das Aktionsfeld „Antirassismus" ganz weit oben. Entsprechend provozieren rechtsextremistische Aktionen automatisch Reaktionen von Linksextremisten. Durch ein gegenseitiges Aufschaukeln und gezielte Provokationen auf beiden Seiten steigt das Potenzial für gewalttätige Übergriffe.

Islamfeindliche Provokationen rückläufig

Während insbesondere bei Rechtsextremisten aus dem legalistischen Bereich eine Zunahme fremdenfeindlicher Agitation vor allem im Bereich der Asylpolitik festzustellen war, spielte das Aktionsfeld Islamfeindlichkeit eine deutlich geringere Rolle als in den Vorjahren. Islamfeindliche Äußerungen sind nach wie vor fester Bestandteil rechtsextremistischer Agitation. Mit der Fokussierung auf andere fremdenfeindliche Themen zeigt sich indes, dass in Wirklichkeit nicht der kulturelle Hintergrund von „Fremden" maßgeblich ist, sondern lediglich als Vorwand pauschal fremdenfeindlicher Aggression dient. Während im Vorjahr insbesondere „pro NRW" provokante Propagandaaktionen durchgeführt hatte, die teils gewalttätige Übergriffe durch Anhänger des islamistischen Spektrums zur Folge hatten, hielt sie sich – spätestens seit den vereitelten Anschlagsplanungen gegen ihren Vorsitzenden von vier Salafisten im März 2013 (vgl. Berichtsteil Islamismus/islamistischer Terrorismus, Kap. III) – mit derartigen Provokationen zurück.

Dennoch registrierten die Sicherheitsbehörden in Deutschland eindeutig islamfeindliche Straftaten, die darauf abzielen, islamische Glaubensgrundsätze bzw. die religiösen Gefühle von

Muslimen möglichst provokant zu verletzen: So rammten am 14. November 2013 in Leipzig (Sachsen) unbekannte Täter auf einem Moscheebaugrundstück mehrere Holzpfähle in die Erde, auf die jeweils ein abgeschnittener Schweinekopf gesteckt wurde. Des Weiteren vergossen die Täter eine rote, blutähnliche Substanz. Unabhängig einer möglicherweise rechtsextremistischen Urheberschaft bergen derartige Straftaten ein mitunter schwer zu kontrollierendes Gefährdungspotenzial.

Kinder als Ziel fremdenfeindlicher Propaganda

Fremdenfeindliche Agitation wird mitunter auch in scheinbar harmlose und auf den ersten Blick sogar lustig anmutende Formate verpackt. Ein Beispiel hierfür ist der Auftritt einer als „Krümelmonster" verkleideten Person im Herbst 2013, die sich in fremden- und demokratiefeindlicher Diktion äußerte.[52]

2.2 Antisemitismus

Begriffsdefinition

Unter Antisemitismus versteht man die politisch, sozial, rassistisch oder religiös (Antijudaismus) grundierte Feindschaft gegenüber Juden.

Der Antisemitismus ist ein Basiselement rechtsextremistischer Ideologie und zeigt sich – offen, unterstellend oder verbrämt – in annähernd all seinen Erscheinungsformen. Rechtsextremisten argumentieren verschwörungstheoretisch – als wesentliche dunkle Macht im Hintergrund erscheinen „die Juden" bzw. das „Weltjudentum". Konkrete Politikfelder erhalten hier ihre pseudo-theoretische Grundlage: Alles und jedes wird verknüpft mit einem angeblichen jüdischen Wirken, Fremdherrschaft ebenso wie die sich antagonistisch gegenüberstehenden Modelle Kapitalismus und Kommunismus.

Nach Einschätzung von Wissenschaftlern liegen antisemitische Einstellungsmuster in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren konstant bei 15 bis 20 Prozent.[53] Hier

[52] Homepage „Zukunftsstimmen" (1. November 2013).

[53] Vgl. u.a. „Antisemitische Einstellungen in Deutschland – Befunde der Meinungsforschung", in: Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, 2011, S. 54–65.

findet sich ein möglicher Resonanzboden für eine entsprechende rechtsextremistische Agitation.

Antisemitische Argumentationsmuster sind in der rechtsextremistischen Szene stets präsent: seltener offen und eindeutig, häufiger versteckt und angedeutet, jedoch immer in einer Form, die in der Szene verstanden wird. Die politische Ordnung wird als „Judenrepublik" geschmäht, die Politiker als „Erfüllungsgehilfen jüdischer Interessen". In verschwörungstheoretischer Manier wird behauptet, die Juden steuerten die Regierung der USA, beherrschten Wirtschaft, Finanzwelt und Medien und seien verantwortlich für Kriege, Revolutionen oder Wirtschaftskrisen.

Im Besonderen werden „die Juden" auch für eine „Überfremdung" verantwortlich gemacht, ganz im Sinne einer imaginierten „jüdischen Weltverschwörung":

„Die Artfremden schlagen dann europäische Menschen in der U-Bahn tot. Und die Juden, die Verantwortlichen? Schlau wie sie sind, spielen sie die Seiten gegeneinander aus. Die Muselmanen hetzen sie gegen uns auf (...)."

Und:

„Das ist Europas Zukunft: Krieg gegen den Islam zum Wohle Zions." (Internetplattform „Altermedia Deutschland", 6. Januar 2013)

Strafrechtlich relevante antisemitische Parolen finden sich insbesondere im neonazistischen Spektrum oder in Liedtexten rechtsextremistischer Musikgruppen. So fordert beispielsweise die rechtsextremistische Musikgruppe „Nationale Selbstjustiz" offen zur Tötung von Juden auf:

„Als Weltbesetzer seid ihr bekannt, ihr reicht euch mit den Amis die Hand (...) Mit der 6 Millionen Lüge fing es an, später waren viele Kameraden dran (...) Mit unseren Leitspruch ‚Jude verrecke' bringen wir euch alle zur Strecke (...) Ein Jude kommt selten allein, das wird

aber nicht mehr lange so sein. Denn wir haben Hoffnung und den Mut, wir töten für das arische Blut. Sieg Heil."
(Musikgruppe „Nationale Selbstjustiz", CD „Demo", Lied „Jude verrecke")[54]

Eindeutige Parolen und volksverhetzende Äußerungen finden sich insbesondere im Internet. Die Forenbetreiber provozieren entsprechende Einträge, indem sie Meldungen aus der bürgerlichen Presse einstellen, die von den Nutzern in antisemitischer Diktion kommentiert werden. Sie schaffen einen gemeinschaftlichen Raum, in dem antisemitische Ressentiments verstärkt werden.

Antisemitische „Sprachcodes"

Mehrheitlich vermeiden Rechtsextremisten eine offen antisemitische Rhetorik und greifen stattdessen auf Andeutungen zurück, bei denen die Intention zwar erkennbar, strafrechtlich aber nicht relevant ist. Im rechtsextremistischen Sprachgebrauch dienen Begriffe wie „Wall Street", „US-Ostküste", „USrael", „Hochfinanz" oder „Hintergrundmächte" als Synonyme für einen jüdischen Einfluss. Eine ebenfalls gängige Variante antisemitischer Andeutungen ist das demonstrative Hervorheben der tatsächlichen oder vermeintlichen jüdischen Herkunft einflussreicher Personen, um eine antisemitische Grundaussage zu untermauern:

„Die EU ist das Versuchsfeld und zentrale Arbeitsfeld der Zionisten und gegenwärtig völlig in deren Hand. Sarközy, Frankreichs ehemaliger jüdischer Ministerpräsident, brachte die ‚Mittelmeerunion' ins Spiel (...)."
(„Volk in Bewegung & Der Reichsbote", Ausgabe 1/2013, S. 25)

Formen des Antisemitismus

Die Erscheinungsformen des Antisemitismus unterliegen einem ständigen Wandel. Für die rechtsextremistische Szene stehen aktuell der politische, der antizionistische und der sekundäre Antisemitismus im Vordergrund.

[54] Die CD wurde durch die BPjM indiziert (Liste B); vgl. Bundesanzeiger, Amtlicher Teil vom 30. September 2013.

Politischer Antisemitismus

Der politische Antisemitismus stellt „die Juden" als Macht dar, die hinter den Kulissen der Politik „die Strippen ziehen", mit einer „Machteroberung" in den USA die Umsetzung der Weltverschwörung vorantreiben und letztendlich die Weltherrschaft anstreben:

„Man kann also mit Recht behaupten, daß die USA ein von der Federal Reserve kontrollierter Staat ist (...). Doch wer sind die Hintermänner dieser mächtigen Institution, die sich anschickt die Welt zu erpressen? (...) Man braucht keine besonderen anthropologischen Kenntnisse zu besitzen, um auf einen Blick zu erkennen, daß der gesamte Vorstand der Federal Resevere einer ganz bestimmten, um nicht zu sagen ‚auserwählten', Minderheit angehört."
(Internetplattform „Altermedia Deutschland", 17. Oktober 2013)

Antizionistischer Antisemitismus

Der antizionistische Antisemitismus[55] gibt vor, Israel zu kritisieren, lehnt aber tatsächlich das Existenzrecht Israels ab, durch Dämonisierung, Delegitimierung und doppelte Standards. Indem sie die israelische Politik gegenüber den Palästinensern mit den nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden vergleichen, versuchen Rechtsextremisten, die Gräueltaten des NS-Regimes zu relativieren:

„In Palästina hatte der dort völkerrechtswidrig hausende Raub- und Terrorstaat Israel (...) nach einem gemeinsamen Manöver mit US-Truppen den militärischen Führer der Hamas – ein früher Ableger der Muslimbrüderschaft – im Gazastreifen im Wege einer Drohne ermordet."
(„Volk in Bewegung & Der Reichsbote", Ausgabe 1/2013, S. 26)

Sekundärer Antisemitismus

Der sekundäre Antisemitismus beruht auf der Behauptung, „die Juden" instrumentalisierten den Holocaust, um Deutschland finanziell und politisch zu erpressen. Der Vorwurf, Juden benutzten die Erinnerung an den Holocaust für ihre Zwecke, geht häufig mit einer Relativierung oder gänzlichen Leugnung des Holocaust

[55] Zur Abgrenzung zwischen Israelkritik und antisemitischem Antizionismus vgl. Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt: Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt am Main 2005, S. 144–165.

einher. „Die Juden“ werden als Unterdrücker dargestellt, die durch die stete Erinnerung an NS-Verbrechen einer normalen politischen Identität der Deutschen im Wege stünden.

So heißt es beispielsweise in einem Forum:

„Der kleine Staat Israel, allerdings gestützt durch das internationale Judentum, benutzt Auschwitz als Peitsche gegen das deutsche Volk. Auf das es sich nimmermehr erhebe, gram- und schuldgebeugt durch die Dekade schlurft, stets bereitwillig zahlend ob der übergroßen Last der Vergangenheit.“
(Internetplattform „Altermedia Deutschland“, 10. Dezember 2013

„Die Juden“ werden in einem antisemitischen Konstrukt selbst für den Antisemitismus verantwortlich gemacht:

„Während das Machtjudentum die Waffe ‚Antisemitismus‘ erfolgreich einsetzt, um von der Unterdrückung der Welt mit Hilfe ihres vom Rest der Welt abgesaugten Reichtums abzulenken, weiß man in Israel, dass das Judentum den Antisemitismus durch die Ausraubung und Unterjochung der Menschheit letzten Endes selbst verschuldet (...).“
(Homepage „National Journal“, 1. Juni 2013)

Revisionismus als Sonderform des sekundären Antisemitismus

Der Völkermord an den europäischen Juden im Dritten Reich verhindert in den Augen der Rechtsextremisten ein positives Urteil über das NS-Regime. Aus diesem Grund versuchen sie, die Geschichte „umzuschreiben“, indem sie den Holocaust leugnen oder relativieren. Revisionismus kann insofern als Sonderform des sekundären Antisemitismus bezeichnet werden. So behauptet der Schweizer Revisionist Jürgen Graf in einer vorgeblich wissenschaftlichen Buchbesprechung, die „Lügen über nationalsozialistische Vernichtungslager“ seien aus propagandistischen Gründen während des Zweiten Weltkriegs entstanden und „auch nach Kriegsende noch gebraucht“ worden. Die „Holocaust-Geschichte“ habe „die Juden praktisch unangreifbar“ gemacht und auch die „anachronistische Gründung Israels im Jahre 1948“ ermöglicht. Auch Polen hätte vom „jüdischen Holocaust-Mythos“ profitiert. Zuletzt sei sowohl für die Sowjetunion „als auch für die

Westalliierten (...) die Legende von den Vernichtungslagern von unschätzbarem Nutzen“ gewesen.[56]

„Europäische Aktion“ (EA)

Eine selbst für Rechtsextremisten besonders ausgeprägte antisemitische und revisionistische Agitation betreibt die „Europäische Aktion“ (EA). Die Organisation mit offiziellem Sitz in der Schweiz wurde zu Beginn des Jahres 2010 unter Beteiligung von ehemaligen Mitgliedern der im Mai 2008 verbotenen Vereine „Collegium Humanum“ (CH) und „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) gegründet. Als Landesleiter Deutschland fungiert der frühere NPD-Mandatsträger und rechtsextremistische Publizist Dr. Rigolf Hennig.

Ein vorrangiges Ziel sieht die Organisation in der „Wiederherstellung der freien Rede“. Die EA versteht darunter die „Revision“ zeitgeschichtlicher Offenkundigkeiten, vor allem des Holocaust.

Die international ausgerichtete EA verfolgt das Ziel, ein rechtsextremistisch-rassistisches Netzwerk aufzubauen.

Besondere Bedeutung erreicht die EA dadurch, dass unter ihrem organisatorischen und ideologischen Dach Rechtsextremisten mit unterschiedlichen Ausrichtungen zusammenarbeiten. In die Führungsstruktur der EA sind namhafte Rechtsextremisten eingebunden, die über weitreichende Verbindungen in alle Spektren des deutschen und ausländischen Rechtsextremismus verfügen, insbesondere in die Neonazi-Szene. Die EA findet mit einer verbal-aggressiven Rhetorik Zugang zu jüngeren rechtsextremistischen Führungspersonen und somit auch zum Umfeld der aktionsorientierten neonazistischen Kameradschaftsszene. Dennoch ist die EA weit davon entfernt, ihrem selbstgesteckten Ziel einer Sammlungsbewegung europäischen Ausmaßes nahe zu kommen. Außergewöhnlich für rechtsextremistische Gruppen ist allerdings, dass der organisatorische Zusammenhalt, trotz der heterogenen Zusammensetzung und aller organisatorischen Unzulänglichkeiten, aufrechterhalten und ausgebaut wird.

[56] Internetplattform „Altermedia Deutschland“ (5. Oktober 2013).

2.3 Instrumentalisierung gesellschaftlich relevanter Themen

Mit eindeutig konnotierten Themenfeldern wie „Trauermärschen“ und der Agitation gegen „staatliche Repression“ und den politischen Gegner mobilisieren Rechtsextremisten im Umfeld des eigenen Spektrums. Um auch über die eigene Klientel hinaus wahrgenommen zu werden, versuchen Rechtsextremisten, sich an gesellschaftlich relevanten Diskursen zu beteiligen – oftmals in einer Art und Weise, die vorderhand keine Rückschlüsse auf die dahinter stehende Ideologie zulässt. Im Jahr 2013 war dies im Besonderen die Asyldebatte, aber darüber hinaus auch Debatten über Kindesmissbrauch, Tierschutz und die versuchte Instrumentalisierung der Hochwasserkatastrophe.

Rechtsextremisten engagieren sich zu Themen, die in der Gesellschaft kontrovers oder auch hoch emotional diskutiert werden. Ihnen geht es darum, als „Bürger von nebenan“ wahrgenommen zu werden und einer gesellschaftlichen Stigmatisierung entgegenzuwirken. Deshalb werden rechtsextremistische Positionen eher beiläufig oder subtil vorgetragen. Rechtsextremisten sind sich bewusst, dass ein Anknüpfen an bereits laufende Proteste erfolgversprechender ist als eine rechtsextremistische Propaganda mit offenem Visier.

Kampagnen gegen Sexualverbrechen an Minderjährigen

In zahlreichen Kampagnen gegen Sexualverbrechen an Minderjährigen stellen sich Rechtsextremisten als einzige politische Kraft dar, welche die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst nimmt und für einen wirksamen Schutz vor Straftätern eintritt, oftmals verbunden mit einer demokratiefeindlichen Agitation.

Bei Veranstaltungen mit dieser Thematik („Schützt unsere Kinder – Kinderschänder konsequent wegsperren“, „Härtere Strafen für Kinderschänder“ oder „Todesstrafe für Kinderschänder“), die mittlerweile zum festen Repertoire rechtsextremistischer Demonstrationen gehören, gelingt es im Vergleich zu anderen Aufmärschen, z.T. überdurchschnittlich viele Teilnehmer zu mobilisieren.

In der Argumentation der NPD wird deutlich, wie eng die Agitation gegen „Kinderschänder“ mit der fundamentalen Ablehnung des demokratischen Systems verknüpft ist. Parteifunktionäre verbinden regelmäßig angeblich „zu milde“ Urteile gegen einschlägig

verurteilte Straftäter und Resozialisierungsmaßnahmen mit einem Versagen des Rechtsstaates und einem Desinteresse politischer Entscheidungsträger an der Bevölkerung. Für Pierre Dornbrach, Mitglied der JN, steht beispielsweise ein aus der Haft entlassener Vertreiber kinderpornographischen Materials „stellvertretend für den Alltag in einem kranken System, das sich mit dem Begriff der Demokratie schmückt": „Hier sind Mörder, Kinderschänder und Psychopathen zu Hause. Das ‚Recht' steht auf ihrer Seite, da sie dem System keine Gefahr sind." Für solche Leute gebe es nur eine „Therapie": „Todesstrafe für Kinderschänder!".[57]

In einem Beitrag auf der Internetpräsenz des NPD-Presseorgans „Deutsche Stimme" wird als Ursache von Sexualverbrechen an Minderjährigen das gesamtgesellschaftliche Klima in Deutschland herangezogen, im Besonderen die individuellen Freiheitsrechte:

„In einer Gesellschaft, in der Mann nicht mehr Mann und Frau nicht mehr Frau sein darf und kann, einer von Genderisierung, Achtundsechzigertum und Metrosexualität geprägten Umwelt (...) ist es kein Wunder, wenn klassische Rollenbilder verloren gehen und vormals als fast unumstößlich geltende Normen und Werte in Vergessenheit geraten. (...) Mindestens genauso schlimm wie der unmittelbare Täter ist der Anstifter. Und der ist heute regelmäßig ein Grüner, ein Linker, vielleicht ein Sozi oder eine ‚Zecke'. In jedem Fall jemand, der zur BRDigungsreifen Verfallsgesellschaft Ja und Amen sagt und dem weiteren Sittenverfall damit Tür und Tor öffnet."
(Homepage „Deutsche Stimme", 25. September 2013)

Als vermeintliche Lösung und perspektivisch einzig wirksames Mittel zur erfolgreichen Bekämpfung solcher Straftaten wird damit indirekt ein Kernelement rechtsextremistischer Ideologie vermittelt: die homogene und „naturgesetzliche Volksgemeinschaft" – deren Angehörige zu solchen Straftaten niemals fähig wären.

Die aktuelle Facebook-Kampagne „Deutschland gegen Kindesmissbrauch – Keine Gnade für Kinderschänder" ist ein weitaus subtileres Beispiel für Versuche von Rechtsextremisten, Einfluss in

[57] Homepage „Aktion Widerstand" (14. August 2013).

diesem Themenfeld zu gewinnen. Dem Leser wird nicht klar, dass für die einschlägigen Forderungen und Vorwürfe Mitglieder der NPD verantwortlich sind. Anfangs deuteten lediglich Verweise auf rechtsextremistische Internetseiten oder szeneübliche Argumentationsmuster auf eine politische Einordnung hin. Dies änderte sich erst mit dem Bundestagswahlkampf: Deutlich vermehrt wurden nunmehr Verweise zur Homepage der NPD eingestellt, Wahlplakate verbreitet und schließlich auch eine offene Wahlempfehlung für die Partei ausgesprochen.

Tierschutz

Rechtsextremisten knüpfen in ihrer Agitation an den Protest bekannter Tierschutzorganisationen an, indem sie im Internet oder auf Flugblättern auf deren Stellungnahmen verweisen und so eine Seriosität vortäuschen. In diesem Zusammenhang betonen sie stets, ihre politische Einstellung sei nachrangig:

> *„Beim Thema Tierschutz sollte man zudem auf politische ‚Penisvergleiche' verzichten, weil letztendlich hier nur das Ergebnis zählt."*
> *(Homepage „Freies Netz Süd", 29. August 2013)*

Neonazis führten insbesondere in Süddeutschland verstärkt Aktionen gegen die Haltung von Wildtieren in Zirkussen durch. In einem „nationalen Themenflugblatt" („Manege frei der Tierquälerei! Wie lange wollen wir noch zuschauen?") gaben sich Aktivisten aus dem Umfeld des „Freien Netz Süd" (FNS) betont neutral und stellten vordergründig das Wohl der Tiere heraus, verwiesen in dem Aufruf „Engagiere dich und tritt mit uns in Kontakt" aber gleichwohl auf die beteiligten rechtsextremistischen Gruppierungen.[58]

In Präsentation und begleitender Kommentierung der Propagandaaktionen auf einschlägigen Internetpräsenzen wird deutlich, dass tierschutzrechtliche Aspekte lediglich Mittel zum Zweck sind: Eventuelle Missstände im Tierschutz werden unmittelbar mit den Feindbildern rechtsextremistischer Ideologie verknüpft.

[58] Flugblatt „Manege frei der Tierquälerei! Wie lange wollen wir noch zuschauen?", Homepage „Final Resistance" (22. Oktober 2013).

Instrumentalisierung der Hochwasser-katastrophe

Während der Hochwasserkatastrophe im Frühsommer 2013 in Süd- und Ostdeutschland versuchten Rechtsextremisten, sich als tatkräftige Helfer und Unterstützer zu inszenieren.

Der rechtsextremistische Tonträgervertrieb „PC Records“ aus Chemnitz (Sachsen) behauptete beispielsweise, einen Teil seines Erlöses an Hochwasseropfer zu spenden und richtete zudem eine „Facebook-Solidaritätsseite“ ein.

NPD-Landesverbände riefen zu „praktischer Katastrophenhilfe“ auf (vgl. auch Kap. III, Nr. 1.3). Der Landesverband Sachsen initiierte die Spendenaktion „Zieh an! Pack an!“ für die Flutopfer. Die „volkstreue Opposition“ solle bei ihren Hilfseinsätzen „an den Dämmen, in den Straßen, an den Häusern“ die Spenden-T-Shirts mit dem Aufdruck „Nationale Solidarität – Fluthelfer 2013“ tragen, um von den Bürgern auch als solche wahrgenommen zu werden. Das für Aktion und T-Shirt gewählte Zahnrad-Logo ähnelt demjenigen der früheren NS-Gewerkschaft Deutsche Arbeitsfront (DAF). Die NPD stellte die Aktion als ein Zeichen gegen die „etablierten Politiker im Anzug und sauberen Gummistiefeln“ dar.[59]

Tatsächlich waren Unterstützungsleistungen der Rechtsextremisten eher gering – ganz im Gegensatz zu den großspurigen Behauptungen der Szene.

Von „pro NRW“ wurde die Hochwasserkatastrophe zum Anlass genommen, um Zuwanderer – darunter speziell Muslime – zu verhöhnen. Bei einer Naturkatastrophe würden sie nur untätig herumstehen, Frauen sexuell belästigen, Gewalttaten verüben und einer „Kultur der unbedingten Ausnutzung des Gastlandes“ anhängen.[60]

[59] Homepage „Deutsche Stimme“ (5. Juni 2013).

[60] Facebook-Seite „pro NRW“ – Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe (Nordrhein-Westfalen, 16. Juni 2013).

Linksextremismus

Linksextremismus

I. Überblick

Linksextremismus zielt auf die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, die als Kapitalismus und bürgerliche Gesellschaft bezeichnet wird und auf die Errichtung eines herrschaftsfreien oder kommunistischen Systems. Die theoretischen Leitfiguren sind – in unterschiedlichem Ausmaß und divergierender Interpretation – Marx, Engels, Lenin und anarchistische Vordenker, ergänzt durch aktuelle kommunistische und anarchistische Konzeptionen. Gewalt, verstanden als „revolutionäre Gewalt" der „Unterdrückten" gegen die „Herrschenden", gilt bei Abwägung opportunistischer Gesichtspunkte grundsätzlich als legitim. Unterschiede in Zielsetzung und Herangehensweise an die Revolution, insbesondere in der Anwendung konkreter Gewalt, stehen einem einheitlichen Vorgehen entgegen.

1. Entwicklungstendenzen

Linksextremisten werten die aktuelle politische Lage, namentlich die Protestbewegungen in den arabischen Ländern und in der Türkei, die Sozialproteste in Südeuropa und die Randale („Riots") in europäischen Metropolen, als mögliche Vorboten einer revolutionären Situation, die auch auf Deutschland übergreifen könnte. Anhaltspunkte dafür, dass die internationale Entwicklung zu einem Aufschwung des Linksextremismus auch in Deutschland führt, gibt es jedoch nicht.

Unabhängig vom Gebrauch unterschiedlicher Termini sind Linksextremisten bestrebt, gesellschaftliche Konflikte im Sinne ihrer revolutionären Ziele zu instrumentalisieren. Dafür engagieren sie sich in verschiedenen gesellschaftlichen Aktionsfeldern, in denen sie radikalisierend intervenieren. Ideologische Grundlage bleibt dabei die Ablehnung des Kapitalismus, wobei übereinstimmend gilt: Nicht der Kapitalismus ist in der Krise, der Kapitalismus selbst ist die Krise, als Auslöser von Kriegen, Rassismus, ökologischen Katastrophen, sozialer Ungleichheit und Wohnraumzerstörung. Der Kapitalismus aber ist mehr als eine pure Wirtschaftsordnung. Im linksextremistischen Diskurs bestimmt er die soziale und politische Form. Mit seiner Abschaffung

verbunden ist eine radikale gesellschaftliche und politische Neuordnung. Ob „herrschaftsfrei"-anarchistisch oder kommunistisch: die parlamentarische Demokratie als sogenannte bürgerliche Herrschaftsform wird „überwunden".

Hohes Gewaltpotenzial

Gewalt wird regelmäßig als Notwehr verbrämt – sowohl dem politischen Gegner wie auch dem aus ihrer Sicht „repressiven" Staat gegenüber. Angeblich hat die gesellschaftliche und politische Entwicklung einen solchen Grad an Destruktion erreicht, dass nur die Anwendung von Gewalt Abhilfe schaffen kann.

Obwohl das gewaltbereite Personenpotenzial im deutschen Linksextremismus zum ersten Mal seit Jahren leicht rückläufig ist, ist die Zahl der Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr erheblich angestiegen. Besorgnis erregen vor allem aber das Niveau und die Akzeptanz der Gewalt. Dies gilt im Besonderen für zwei Zielgruppen: den politischen Gegner (vor allem Rechtsextremisten) und die Polizei. Hier schrecken die Gewalttäter auch nicht vor schweren körperlichen Attacken zurück.

In den letzten Jahren ist insbesondere gegenüber Polizeibeamten die Hemmschwelle gesunken und die Gewaltbereitschaft gestiegen. Angriffe auf Polizeibeamte im Verlauf von Demonstrationen sowie Anschläge auf Polizeistreifen und -reviere offenbaren, dass von Teilen der gewaltbereiten linksextremistischen Szene Gewalt teilweise hemmungslos und mit der Billigung nachhaltiger Körperverletzungen ausgeübt wird, was in Einzelfällen im Rahmen spontaner Eskalation auch die Inkaufnahme tödlicher Verletzungen befürchten lässt.

Trotz der zum Teil hemmungslosen Gewalt sind derzeit im Linksextremismus keine terroristischen Strukturen erkennbar. Eine terroristische Option ist jedoch auch im Linksextremismus in Betracht zu ziehen.

Gewalt zeigt sich als sogenannte Massenmilitanz im Zusammenhang mit Demonstrationen und durch objektbezogene Anschläge in sämtlichen linksextremistischen Aktionsfeldern. Durch den Aufbau eines Bedrohungspotenzials und die herbeigeführten materiellen Schäden (oft in beträchtlicher Höhe) sollen die angegriffenen Personen und Unternehmen dazu genötigt werden, ihre Positionen zu ändern.

Linksextremistische Gewalt soll Signalwirkung haben – auch gegenüber der eigenen Szene, die zu Nachfolgetaten animiert werden soll. Bei Demonstrationen initiieren Linksextremisten Gewalt auch in der Hoffnung, dass andere, oftmals unpolitische Personen, die Gewalt weiter fortführen und verschärfen.

Militanz der Autonomen

Hauptträger linksextremistischer Gewalt sind die Autonomen. Sie üben Gewalt als Straßenmilitanz und durch klandestine Aktionen aus (Brandanschläge, Farbschmierereien). Jenseits der politischen Dimension des Gewalteinsatzes erleben viele Autonome die kollektive Ausübung von Massenmilitanz als sinnstiftende Erfahrung. Die Gewalthandlung als solche wird zum Ausdruck eines besonderen Lebensgefühls, zu einem selbstverständlichen Element der eigenen Identität, lebensweltlich als „Wut auf die Verhältnisse", philosophisch überhöht kommt ihr eine „emanzipatorische Qualität" als radikale Subjektivität zu.

Autonome sind bestrebt, ihre „widerständige Praxis" in größeren Bewegungen zum Ausdruck zu bringen, allein schon wegen der eigenen Schwäche und Marginalisierung. Sie suchen daher Anschlussmöglichkeiten an andere linksextremistische und gesamtgesellschaftliche Diskurse und Proteste, aktuell insbesondere in den Aktionsfeldern „Antifaschismus", „Antimilitarismus", „Antirassismus" sowie „Antigentrifizierung" („Kampf um die Stadt").

Versuche, militante und legalistische Politik zu verbinden

Militanz soll den politischen Forderungen Nachdruck verleihen, als Verstärker für Kampagnen. Aus diesem Grund wird in der Szene immer wieder die Diskussion geführt, bis zu welchem Grad Gewalt „vermittelbar" ist, inwieweit sie von den nichtmilitanten Personen in der Szene befürwortet oder zumindest doch toleriert werden kann. Letztlich geht es darum, die unterschiedlichen Herangehensweisen oder Strategien zusammenzubringen, von Demonstrationen und Blockaden bis hin zu militanten Aktionen. Autonome sprechen davon, verschiedene Aktionsformen zusammenzudenken: „Sabotage und Sitzblockade, Massenmilitanz und ziviler Ungehorsam, Subversion und Kommunikationsguerilla".

Gegenwärtig sind die Kapazitäten hinsichtlich der Kommunikationsguerilla und Sabotage noch beschränkt. Dass bestimmten Infrastrukturen auch Gefahren aus dem linksextremistischen Bereich drohen, wird insbesondere auch vor dem Hintergrund

einer Taterklärung deutlich, in der dazu aufgerufen wurde, die Infrastruktur anzugreifen, um die Dynamiken der Abläufe zu stoppen („Vom Grollen der Vulkane in den Metropolen: 1. Mai verlängert“).

Wechselwirkungen

Wechselwirkungen zwischen den einzelnen extremistischen Phänomenbereichen wirken oftmals als Beschleuniger radikalisierender Prozesse hin zu militanten Kampfmitteln. Dies gilt im besonderen Maße zwischen Links- und Rechtsextremismus. Die Kontrahenten suchen die direkte Konfrontation: bei Demonstrationen ebenso wie im Alltag durch sogenannte Outingaktionen, aber auch durch manifeste Gewalt. Gewaltbereite Linksextremisten fühlen sich hier als Speerspitze einer über das eigene Spektrum hinausreichenden „antifaschistisch“ motivierten Gegenwehr.

Orthodoxe Kräfte verlieren weiter an Einfluss

Marxisten-Leninisten verfügen derzeit nicht über wirkmächtige eigenständige Organisationen. Die DKP, die mit einem neuen Vorsitzenden einen noch klareren orthodox-kommunistischen Kurs steuern wird, ist ebenso wie maoistische Gruppierungen selbst im linksextremistischen Spektrum lediglich eine Randerscheinung. Andere versuchen ebenso wie trotzkistische Gruppen („Entrismus“), Einfluss in der Partei DIE LINKE zu gewinnen und auszuüben.

2. Organisationen und Personenpotenzial

Rückgang des linksextremistischen Personenpotenzials

Das linksextremistische Personenpotenzial betrug Ende 2013 nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften insgesamt 27.700 Personen und war damit – wie bereits im Vorjahr – abermals leicht rückläufig (2012: 29.400).

Dies ist zum einen auf eine Abnahme im Spektrum der gewaltbereiten Linksextremisten zurückzuführen, das im Jahr 2013 leicht auf 6.900 Personen (2012: 7.100) gesunken ist. Zum anderen sank abermals das Potenzial marxistisch-leninistischer und sonstiger revolutionär-marxistischer Zusammenschlüsse auf nunmehr 21.600 Personen (2012: 22.600).

Linksextremismuspotenzial[1]			
	2011	**2012**	**2013**
Gewaltbereite Linksextremisten davon:	7.100	7.100	6.900
Autonome	6.400	6.400	6.100
Anarchisten	700	700	800
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten[2]	25.000	22.600	21.600
Summe	**32.100**	**29.700**	**28.500**
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften[3]	**31.800**	**29.400**	**27.700**

[1] Die Zahlen sind z.T. geschätzt und gerundet.

[2] Die Zahl beinhaltet auch das Personenpotenzial der offen extremistischen Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE.

[3] Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen Zusammenschlüsse wurden vom Gesamtpotenzial abgezogen.

II. Gewaltbereitschaft in der linksextremistischen Szene

Struktur:	Zusammenschlüsse existieren in nahezu allen größeren Städten, insbesondere in den Ballungszentren Berlin, Hamburg und dem Rhein-Main-Gebiet, den Regionen Dresden/Leipzig (Sachsen) und Nürnberg (Bayern), aber auch in kleineren Universitätsstädten wie Göttingen (Niedersachsen) und Freiburg (Baden-Württemberg)
Anhänger:	2013: 6.900 (2012: 7.100)

Die Entwicklungen im gewaltbereiten Linksextremismus sind auf den ersten Blick widersprüchlich. Das Personenpotenzial ist geringfügig gesunken, gleichzeitig aber ist das Aggressionsniveau spürbar angestiegen. Während die Gewalt gegen Rechtsextremisten in der Szene stets akzeptiert war, hat sich der seit Jahren erkennbare Trend weiter verstärkt, gewalttätige Angriffe auf Vertreter des Staates als Teil des „Repressionsapparates" durchzuführen oder aber zu rechtfertigen.

Die Anzahl der politisch motivierten Straf- und Gewalttaten gewaltbereiter Linksextremisten ist 2013 erheblich angestiegen. Autonome Personenzusammenhänge – die meisten von ihnen treten ohne Organisations- oder Gruppenbezeichnung auf oder wechseln diese permanent – verübten zahlreiche objektbezogene Anschläge, auch im Umfeld von Großveranstaltungen sowie im Rahmen von „Kampagnen". Straf- und Gewalttaten gab es zudem – verbrämt als „Massenmilitanz" – im Zusammenhang mit Demonstrationen und Kundgebungen, oftmals in Form einer konfrontativen Auseinandersetzung mit der Polizei.

1. Autonome

1.1 Selbstverständnis

Autonome bilden mit 6.100 (2012: 6.400) Angehörigen die weitaus größte Personengruppe des gewaltbereiten deutschen Linksextremismus. Wenngleich sie weder ideologisch noch strategisch

homogen sind und handeln, sind sie sich in den Prämissen einig: Zielsetzung einer individuellen und sozialen Autonomie (Kampf gegen die Lohnarbeit), Ablehnung jeglicher Stellvertreterpolitik (Antiparlamentarismus), Staatsfeindschaft (Antietatismus), Antiautoritarismus, Organisationsfeindlichkeit sowie Militanz und ein hoher Grad an Gewaltbereitschaft. Politisches Ziel ist die Überwindung der Staats- und Gesellschaftsordnung in Richtung einer herrschaftsfreien-libertären Ordnung. Zwar ist aufgrund der Gegnerschaft zu doktrinären marxistisch-leninistischen Organisationen Theoriefeindlichkeit zu einer Art Synonym für Autonome geworden, gleichwohl gibt es Versuche einer (Neu-) Begründung inhaltlicher Positionen und einer Neuformulierung auch der Organisationsfrage. Dies resultiert auch aus der Suche nach Möglichkeiten und Konzepten, die anhaltende gesellschaftspolitische Bedeutungslosigkeit linksextremistischer Positionen zu überwinden.

„Herrschaftsfreie Räume" = Kampf gegen das staatliche Gewaltmonopol

Autonome lehnen das staatliche Gewaltmonopol ab. Stattdessen fordern sie „herrschaftsfreie Räume", in denen staatliche Organe keine Macht ausüben: besetzte Häuser oder „selbstverwaltete" Jugendzentren. Die Szene versteht diese „Freiräume" als Rückzugsgebiet und Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten. Sie dienen als Veranstaltungsorte sowie als logistische Basen zur Vorbereitung von Demonstrationen. In einigen Städten (Berlin, Hamburg, Leipzig (Sachsen)) ergibt sich aus einer Vielzahl derartiger Orte eine gesteigerte Handlungsfähigkeit der Szene. Auf Versuche, dort Exekutivmaßnahmen durchzuführen oder durchzusetzen, dass Objekte von den tatsächlichen Eigentümern genutzt werden können, reagiert die Szene äußerst aggressiv: Der drohende Verlust solcher „Freiräume" wird als „gewaltsame Durchsetzung kapitalistischer Interessen" und als unzulässige „Repression" diffamiert, auf die militant reagiert werden müsse.

Gewalt – ein notwendiges Mittel zur Überwindung der Gesellschaftsordnung

Gewalt ist für Autonome nicht nur ein „Mittel subjektiver Befreiung", Gewalt – auch gegen Personen – ist in der politischen Auseinandersetzung unverzichtbar, im Kampf gegen ein „System von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung". Gewalt ist Ausdruck der Unversöhnlichkeit mit den Verhältnissen, eine Möglichkeit des „Widerstands", der „Preis", den die Verantwortlichen für die Aufrechterhaltung der Ordnung zahlen müssen. Gewalt soll den Forderungen der Szene Nachdruck verleihen und mediale Aufmerksamkeit erzeugen.

Vielzahl von Organisierungsmodellen

Die Frage einer Kooperation mit anderen Teilen des linksextremistischen Spektrums ist ebenso wie die Frage der Organisation autonomer Zusammenhänge ein beständiges Diskussions- und Streitthema. Im Grunde sind beide Aspekte eng verwoben, da es hier um die Substanz autonomen Selbstverständnisses geht.

Die Spanne der Organisierungsmodelle reicht von lokalen Bezugsgruppen über Bündnisse – unter der Bedingung der Beibehaltung der eigenen Gruppenidentität – bis zu eher ausdifferenzierten Organisationsstrukturen. So ist eine Vielzahl von Strukturmodellen mit spezifischen ideologischen Ausrichtungen entstanden.

Aktuell agieren insbesondere jüngere Autonome zunehmend punktuell und aktionsbezogen, beispielsweise im Rahmen von Kampagnen.

Während vielerorts weitgehend voneinander unabhängige Kleinstgruppen agieren, bemühen sich strategisch orientierte Aktivisten darum, bundesweite Zusammenschlüsse aufzubauen und zu festigen.

[3A]*Revolutionäres Bündnis

Hierzu gehört beispielsweise das „[3A]*Revolutionäre Bündnis". Die dort vertretenen Organisationen – neben deutschen auch Gruppen aus dem Bereich des Ausländerextremismus – verfolgen das gemeinsame Ziel, „eine klassenkämpferische und revolutionäre Theorie und Praxis zu entwickeln"[61], die Theorieelemente von Marx und Lenin aufnimmt. Der mit einem bundesweiten Anspruch angetretene Vernetzungsansatz zum „Aufbau einer bundesweiten revolutionären kommunistischen Organisation" weist regionale Schwerpunkte in Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen auf.

Als Ziel formuliert das Bündnis die Zerschlagung des „kapitalistischen Staates" in einer „sozialistischen Revolution":

„Wir müssen das System als Ganzes bekämpfen, und nicht nur einzelne besonders offensichtlich schlimme Ausprägungen. (...) Um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung errichten zu

[61] Homepage „[3A]*Revolutionäres Bündnis" (3. Dezember 2013).

können, müssen wir den Imperialisten ihre ökonomische und politische Macht nehmen, müssen wir den kapitalistischen Staat mit seinem Militär und Beamtenapparat, der in ihren Händen liegt, in der sozialistischen Revolution der ausgebeuteten Massen zerschlagen."
(Broschüre zum G8-Gipfel 2013 in Nordirland „Fight for revolution! Fight G8! No war but classwar!")

Die Formulierungen lassen keinen Zweifel an der Notwendigkeit von Militanz und Gewalt:

„Um ihre Gipfel, ihre imperialistische Politik angreifen zu können, müssen wir massenhaften organisierten Widerstand der Ausgebeuteten und Unterdrückten aufbauen. Unser Widerstand muss entschlossen und militant gegen die Politik der Imperialisten vorgehen; wir müssen alle Mittel des Kampfes, alle Mittel der Organisierung ausnutzen, um ihnen gute Gründe zu geben, Angst zu haben und sich zu verstecken."
(Ebenda)

Bündnispolitische Doppelstrategie

Das Netzwerk „Interventionistische Linke" (IL) und die ihm angehörende Gruppe „AVANTI – Projekt undogmatische Linke" (AVANTI) gehen über diesen bündnispolitischen Ansatz hinaus (vgl. Kap. II, Nr. 2.1 und Nr. 2.2).

Einerseits geht es ihnen um Bündelung und Vernetzung gewaltbereiter Linksextremisten. Andererseits suchen sie anlassbezogen Diskurs und Kooperation mit legalistisch agierenden Linksextremisten und auch mit nichtextremistischen Gruppen und Initiativen.

Mit der Öffnung gegenüber anderen ideologischen Strömungen soll die eigene Handlungsfähigkeit erhöht werden. Sie führt szeneintern zu Diskussionen über die Vermittelbarkeit einzelner Formen von Militanz und Gewalt, ohne deren identitätsstiftende Rolle grundsätzlich infrage zu stellen.

Hingegen sind die Aktivitäten zu sogenannten Autonomen Vollversammlungen (AVV) – ein in den letzten Jahren verstärkt verfolgter Ansatz zu einer überregionalen Vernetzung – im Jahr 2013

rückläufig. Diese Treffen sollen Handlungsmöglichkeiten durch eine gruppenübergreifende Zusammenarbeit eröffnen, ohne eine Fremdbestimmung durch verpflichtende Strukturen.

1.2 Konfrontative Gewalt

Eine typische Form autonomer Gewalt – für einige sogar der wichtigste Ausdruck ihres Politik- und Aktionsverständnisses – ist die sogenannte Massenmilitanz: Straßenkrawalle, die situativ im Zusammenhang mit Demonstrationen und Großveranstaltungen initiiert werden. Gewalt soll als eine legitime Protestform erscheinen und ist bei jeder Demonstration einzukalkulieren. Entsprechend bilden sich bei Demonstrationen immer wieder „Schwarze Blöcke" mit vermummten Aktivisten in einheitlicher „Kampfausrüstung". Durch das provokative Auftreten dieser Blöcke – zumeist an der Spitze von Demonstrationszügen – wird die konfrontative Stellung gegenüber der Polizei und der Wille zur Eskalation deutlich, auch indem die Stimmung unter den Teilnehmern aufgeheizt wird: die Randalierer als Avantgarde.

„Revolutionärer 1. Mai" in Berlin

Für den „Revolutionären 1. Mai" 2013 in Berlin war bei dieser Form der Massenmilitanz jedoch ein gewisser Rückgang zu verzeichnen.

Zum alljährlichen Mittelpunkt der Protestaktivitäten in Berlin beteiligten sich rund 10.000 Personen (2012: 10.000) an der „Revolutionären 1. Mai-Demonstration". Während schwere gewalttätige Auseinandersetzungen in diesem Jahr ausblieben, wurden mehrere als „militante Ergänzung" der Demonstration bezeichnete Brandstiftungen und Sachbeschädigungen im Stadtgebiet verübt.

Anschläge zum 1. Mai

Unbekannte Täter, die in den frühen Morgenstunden des 2. Mai 2013 einen Kabelschacht der S-Bahn sowie einen Verteilerkasten in Brand setzten, halten die Sabotage der Infrastruktur für zielführender als Kampagnen oder Demonstrationen „ohne ausreichende Radikalität". Die „Revolutionäre 1. Mai-Demonstration"

sei „deprimierend“, sie habe sich in der „aufstandsgesicherten Regierungsmitte“ totgelaufen:

„Wir stellen unseren Angriff zur Diskussion als Alternative oder Ergänzung zur Ritualisierung der Maifestspiele, die uns durch die Repression aufgezwungen wird und die der derzeitigen Macht vielleicht gar nicht mehr schadet.“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 2. Mai 2013)

Der S-Bahn-Verkehr im Westen der Stadt und die Fernbahnstrecke Berlin – Magdeburg (Sachsen-Anhalt) wurden durch den Brandanschlag über mehrere Stunden erheblich gestört. In dem Selbstbezichtigungsschreiben mit der Aktionsbezeichnung „Vulkan Grimsvötn. Würde Freiheit Gerechtigkeit!“ heißt es unter dem Titel „Vom Grollen der Vulkane in den Metropolen: 1. Mai verlängert“:

„Wir wollen den Betrieb hierzulande so ins Straucheln bringen, dass das die Menschen (...) dieser Erde, die für ein anderes Leben kämpfen, von hier aus unterstützt. (...) Wir verlängern den ersten Mai, den klassischen Kampftag der Arbeiterklasse, und bringen die auf dem Funktionieren von technischen Netzen und Kreisläufen basierende zerstörerische Normalität des Arbeits- und Ausbeutungsalltages für eine kurze Zeit ins Stocken.“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 2. Mai 2013)

Einen Bezug zum 1. Mai stellte auch die im Internet veröffentlichte Erklärung zu Sachbeschädigungen an sieben Arbeitsagenturen und der SPD-Landesgeschäftsstelle in Berlin am 3. Mai 2013 her.[62]

„Antirassismus“: gewalttätige Auseinandersetzungen in Hamburg

Bei den im Oktober in Hamburg aufflammenden Protesten im Aktionsfeld „Antirassismus“ kam es zunächst zu kleineren Kundgebungen und militanten Spontandemonstrationen. Gewaltbereite Linksextremisten verabredeten sich kurzfristig zu mehreren kleinen Aktionen, bei denen Straf- und Gewalttaten

[62] Internetportal „linksunten.indymedia“ (3. Mai 2013).

verübt wurden. Nachdem es bei einer am 15. Oktober 2013 von Linksextremisten initiierten Protestaktion im Bereich des Szene-Treffpunkts „Rote Flora“ zu schweren Ausschreitungen aus einer Menge von rund 1.000 Personen gekommen war – Demonstranten warfen Steine, Flaschen, Holzlatten, Pyrotechnik und zerbrochene Gehwegplatten auf Polizisten – zogen Kleingruppen in die umliegenden Straßen und beschädigten ein Gebäude des Landgerichts Hamburg sowie ein Polizeifahrzeug, zündeten Müllcontainer an und warfen Bauzäune und Paletten auf die Straße.

Am 21. Dezember 2013 kam es in Hamburg im Rahmen der Kampagne „Flora bleibt unverträglich“ zu den schwersten Ausschreitungen seit den 80er Jahren. Daran beteiligten sich bis zu 7.300 Personen, darunter bis zu 4.000 Personen aus gewaltbereiten linksextremistischen Zusammenschlüssen.

Bereits zu Beginn der Demonstration eskalierte die Situation. Polizeikräfte wurden massiv angegriffen. Als die Polizei die Versammlung auflöste, kam es in den Stadtteilen Sternschanze, St. Pauli und Eimsbüttel zu schwersten Straftaten, die sich später auch in andere Stadtteile verlagerten. Insgesamt wurden über 160 Polizeibeamte verletzt, einer davon schwer. 20 Demonstrationsteilnehmer wurden vorläufig festgenommen, 320 Personen kamen vorübergehend in Gewahrsam. Im Nachgang zur Demonstration kam es in vielen Städten des Bundesgebiets zu Resonanzaktionen.

2. Festere organisatorische Strukturen

2.1 „Interventionistische Linke“ (IL)

Gründung:	Ende 2005
Struktur:	bundesweites informelles Netzwerk von Aktivisten überwiegend aus dem autonomen und antiimperialistischen Spektrum
Publikationen:	aktionsabhängig (z.B. „Dazwischengehen – Zeitung für eine interventionistische Linke“, „Vergesellschaftung“)

Zielsetzung

Das erstmals im Jahr 1999 bei den Protesten gegen die EU-Ratstagung und den Weltwirtschaftsgipfel in Köln (Nordrhein-Westfalen) aktive und 2005 formal gegründete informelle, bundesweit agierende Netzwerk „Interventionistische Linke“ (IL) fungierte auch 2013 als Scharnier zu nichtgewaltbereiten Linksextremisten und in einzelnen Fällen auch zu nichtextremistischen Gruppen und Initiativen.

Ziel der IL ist es, linksextremistische Akteure zusammenzuführen und in einem Diskurs – zugleich möglichst gemeinsam mit nichtextremistischen Organisationen – eine radikalisierende, letztlich antagonistische Position zu artikulieren und im weiteren Verlauf der Bündnisdiskussionen die Akzeptanz für militante Aktionsformen durchzusetzen. Sie will ein „organisierter Teil von Gegenmacht“ sein, die

---

„den Kapitalismus überwindet und den Kommunismus möglich macht. Es ist die Aufgabe von radikalen Linken in Kampagnen und Bewegungen, mehr als nur aktive, konstruktive und verlässliche Akteure_innen zu sein, sondern darüber hinaus die grundsätzlichen und radikalisierenden Fragen aufzuwerfen.“
(Homepage IL, 24. Oktober 2013)

Vernetzungsstrategie

Die Bemühungen um eine feste Organisationsstruktur und eine gemeinsame ideologische Ausrichtung der Szene kommen allerdings nicht voran. Mit Verweis auf ihre hervorgehobene Rolle bei der Organisation der Protestaktivitäten im Jahr 2007 gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) ist es der IL jedoch immer wieder gelungen, eine koordinierende Funktion bei spektrenübereifenden, gesellschaftspolitisch relevanten Themen auszuüben. Sie verfügt über Ortsgruppen in Karlsruhe und Tübingen (beide Baden-Württemberg), Köln (Nordrhein-Westfalen) und München (Bayern). Der Aufbau weiterer Ortsgruppen ist bisher nicht gelungen.

Mobilisierungsfähigkeit und Aktivitäten

2013 war das Netzwerk maßgeblich an der Organisation der „Blockupy"-Großveranstaltungen vom 31. Mai und 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main (Hessen) beteiligt, einschließlich der (versuchten) Blockade der Europäischen Zentralbank (EZB) unter dem Motto „Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes". An der internationalen Demonstration am 1. Juni 2013 beteiligten sich zwischen 5.000 und 6.000 Personen, darunter ein „Antikapitalistischer Block" mit Angehörigen der IL. Bei den Veranstaltungen kam es zu einer Reihe militanter Aktionen.

In einem Redebeitrag von einer Teilnehmerin des „Antikapitalistischen Blocks" während der „Blockupy" Auftaktkundgebung wird die IL-Zielrichtung zusammengefasst:

„Denn sehen wir den Tatsachen in die Augen: Wenn wir eine solidarische Welt wollen – dann kommen wir um Aufstand und Revolution nicht herum."
(Hompage IL, 24. Oktober 2013)

2.2 „AVANTI – Projekt undogmatische Linke" (AVANTI)

Gründung:	1989
Struktur:	Ortsgruppen in Norderstedt, Kiel, Lübeck (alle Schleswig-Holstein), Hamburg, Hannover (Niedersachsen), Bremen und Berlin AVANTI ist Teil des informellen Netzwerks IL
Publikationen:	aktionsabhängig (z.B. „Avanti Positionen", „Denkblockaden", „Extrem Wichtig: Linke Politik")

Die Gruppierung „AVANTI – Projekt undogmatische Linke" (AVANTI) bemüht sich ebenso wie die „Interventionistische Linke" (IL), der sie angehört, Teile des gewaltbereiten Linksextremismus zusammenzuführen. Abweichend vom klassischen Ansatz informeller Netzwerke verfügt AVANTI über

eigene regionale Strukturen (Ortsgruppen), vor allem in einigen norddeutschen Bundesländern. In verschiedenen Regionen Deutschlands ist AVANTI maßgeblich an dem Organisierungsprozess der IL beteiligt.

Gesellschaftliche Gegenmacht

Das Ziel ist die Schaffung neuer „demokratischer Strukturen, wie dies in vorangegangenen Revolutionen in Form der Räte der Fall war."[63]

Über den Aufbau einer tragfähigen Struktur der „radikalen Linken" will AVANTI eine gesellschaftliche Gegenmacht zur „bürgerlichen Demokratie" entwickeln, um die Voraussetzung für die revolutionäre Überwindung des „gegenwärtigen Gesellschaftssystems" zu schaffen.[64]

Im Grundsatzpapier heißt es dazu:

„Beim Aufbau dieser außerparlamentarischen Gegenmacht mitzuwirken, betrachten wir als unsere Aufgabe."
(Homepage AVANTI, 28. November 2013)

Gewalt und Revolution

Das Verhälnis von AVANTI zu revolutionärer Gewalt ist taktisch geprägt:

„Wir sind daher der Überzeugung, dass die Entscheidung zum Einsatz revolutionärer Gewalt sehr genau abgewogen werden muss und nur als letztes Mittel gelten kann (...)."
(Homepage AVANTI, 2. Dezember 2013)

Aktivitäten

Die Gruppierung AVANTI engagiert sich in nahezu allen linksextremistischen Aktionsfeldern. AVANTI beteiligte sich sowohl an den auch von Linksextremisten traditionell ausgerichteten Demonstrationen anlässlich des 1. Mai als auch an den antikapitalistischen „Blockupy"-Aktionstagen am 31. Mai und 1. Juni 2013 in

[63] Homepage AVANTI (28. November 2013).
[64] Homepage AVANTI (28. November 2013).

Frankfurt am Main (Hessen). Immer wieder betont die Gruppierung die Notwendigkeit einer Revolution:

„Dennoch sprechen wir vom Kapital als eine ‚herrschende Klasse' und sagen, dass für die Veränderung der Gesellschaft eine Revolution notwendig ist."
(Homepage AVANTI, 28. November 2013)

3. Aktionsfelder

Linksextremisten engagieren sich seit Jahren vor allem in den Aktionsfeldern „Antirepression, „Antimilitarismus", „Antifaschismus", „Antigentrifizierung", „Antirassismus" und „Internationalismus". Zudem versuchen sie sich in gesellschaftliche Protestbewegungen einzubringen, deren Unterstützer sie als Potenzial für ihre systemüberwindenden Ziele instrumentalisieren wollen.

Linksextremistische Gewalt zeigt sich in allen Aktionsfeldern.

3.1 „Antirepression"

Zentrales Aktionsfeld

„Antirepression" ist für gewaltbereite Linksextremisten nach wie vor ein zentrales Aktionsfeld. In der linksextremistischen Argumentation dient Repression der Verhinderung revolutionärer Prozesse. Letztlich sei sie ein entscheidendes Mittel zur Herrschaftssicherung. Neben der traditionellen Antirepressionsarbeit, Gefangenenhilfe und Protesten gegen Exekutivmaßnahmen, treten hier vermehrt auch neue Methoden technischer Überwachung in den Fokus der Agitation. Zu dieser Thematik gab es eine Fülle von Demonstrationen. Zudem verfassten Linksextremisten im Jahr 2013 Positionspapiere mit offenen Aufforderungen zu Straftaten gegen die „Repressionsorgane".

Polizisten als Angriffsziele

Zu den bevorzugten Zielen gehören Polizeikräfte, da sie den verhassten „Repressionsapparat" repräsentieren. Angriffe auf Polizisten im Einsatz bei Veranstaltungen sowie auf Polizeistreifen und -reviere finden in der gewaltbereiten Szene ebenfalls überwiegend Akzeptanz. Die Täter nehmen bei Attacken auf Polizisten schwere

Verletzungen und sogar die Gefährdung von Menschenleben in Kauf.

Beispielsweise wurden im Rahmen einer Demonstration am 9. Juni 2013 in Berlin unter dem Motto „Überall ist Taksim, überall ist Widerstand", an der sich auch Anhänger der „Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin" (ARAB) beteiligten, drei Personen festgenommen, die im Demonstrationszug Pyrotechnik mit sich geführt hatten. Einer der Festgenommenen hatte zuvor eine „Bengalische Fackel" auf Polizeikräfte geschleudert. Gegen die Festgenommenen wurde Strafanzeige wegen Verstoßes gegen das Sprengstoff- und Versammlungsgesetz bzw. versuchter gefährlicher Körperverletzung erstattet.

Solidarität mit inhaftierten Gefangenen

Die Solidarität mit inhaftierten „GenossInnen" im In- und Ausland hat innerhalb der „Antirepressionsarbeit" einen besonderen Stellenwert: Die Zeitschrift „GefangenenInfo", die alle zwei Monate von dem Netzwerk „Freiheit für alle politischen Gefangenen" herausgegeben wird, bietet „politischen Häftlingen" aus dem linksextremistischen Spektrum ein Forum, um gegen das „repressive System" zu agitieren:

„Repression ist ein immanenter Bestandteil dieses Systems und solange dieses System existiert, wird Widerstand mit Repression beantwortet werden."
(„GefangenenInfo" Nr. 377, Juni/Juli 2013, S. 7)

Die „Rote Hilfe e.V." (vgl. Kap. III, Nr. 6), das „Anarchist Black Cross Berlin" sowie verschiedene weitere linksextremistische Gruppen sprechen von einer politisch instrumentalisierten Justiz:

„Diesem Staat geht nicht darum, mit der Justiz, ‚unabhängig und gerecht' ein Urteil zu sprechen, sondern mit ihr politisch zu wirken. Mit ihr antifaschistischen, gesellschaftskritischen Protest zu diffamieren und einzuschüchtern. (...) ‚Betroffen ist einer, gemeint sind wir alle'."
(Internetportal „linksunten.indymedia", 21. Februar 2013)

Ein Demonstrationsaufruf zum jährlichen „Tag der politischen Gefangenen“ am 18. März forderte eine Vernetzung der einzelnen Solidaritätsgruppen, denn nur so sei es möglich, sich gemeinsam gegen Angriffe des Staates zu wehren:

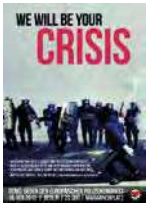
„Für den Justizapparat ist klar, der Feind steht links. Er greift uns mit allen Mitteln an, sei es mit Abhör- und Bespitzelungsmaßnahmen, mit Geldstrafen, Prozessen, Verurteilungen, mit direkter Gewalt durch Bullen- oder Counterbanden – oder eben mit Haftstrafen und Isolationshaft. (...) Was setzt die Linke dagegen? Kleine und vereinzelte Soligruppen, die oft nicht miteinander vernetzt sind. Jeder arbeitet zu den ‚eigenen Gefangenen‘ bzw. zu den Gefangenen in der eigenen Stadt.“
(Hompage „Zusammen kämpfen”, 17. Februar 2013)

Proteste im Zusammenhang mit der NSA-Affäre

Auf der Agenda der Linksextremisten – bei Demonstrationen und in Veröffentlichungen – standen 2013 auch die Themen „Vorratsdatenspeicherung“ und „Überwachung des öffentlichen Raums mit Videokameras und Drohnen“, insbesondere nach Beginn der NSA-Debatte in Deutschland. Ein Beispiel:

„Ziel der kapitalistischen Repressionsmaschinerie ist es offensichtlich, überall, wie es momentan weltweit anhand des aktuellen Falls der Überwachung des Internets durch das NSA-Projekt ‚Prism‘ deutlich wird, (...) eine möglichst große Flut an Daten zu erheben, um Strukturen weiträumig zu durchleuchten, Ängste in diesen zu schüren und politische Arbeit, welche dieses System grundsätzlich in Frage stellt, zu behindern. Wir weigern uns mit diesem Staat und seinen Handlangern zu kooperieren!“
(„Gefangeneninfo“ Nr. 377, Juni/Juli 2013, S. 15)

Protestaktionen gegen die IMK



Linksextremisten riefen zu Protesten gegen den Polizeikongress im Februar 2013 in Berlin auf[65] und agitierten gegen die Innenministerkonferenz (IMK) im Mai 2013 in Hannover (Niedersachsen):

„Ob Übergriffe durch die Polizei, rassistische Sondergesetze oder der Versuch, das Internet zu kontrollieren: Wir sehen die Innenministerkonferenz als Kulmulationspunkt der staatlichen Organisation von Repression. Hier werden Leitlinien entworfen, Strategien und Instrumente entwickelt, die dazu dienen dort mit Gewalt zu intervenieren, wo es nicht gelingt gesellschaftlichen Konsens durch Ideologie herzustellen."
(Internetportal „Indymedia Deutschland", 14.Mai 2013)

Proteste gegen Hausdurchsuchungen der Polizei

Einen weiteren Schwerpunkt im Aktionsfeld „Antirepression" bildet traditionell die Kritik an Wohnungsdurchsuchungen bei Angehörigen der linksextremistischen Szene, so auch die Durchsungen von acht Wohnobjekten in Stuttgart (Baden-Württemberg), Berlin und Magdeburg (Sachsen-Anhalt) im Rahmen von Ermittlungen gegen die „Revolutionären Aktionszellen" und die Zeitschrift „radikal" wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung am 22. Mai 2013.

In einer Pressemitteilung anlässlich der polizeilichen Durchsuchung eines linksextremistischen Szeneobjekts am 14. August 2013 agitierten die Betroffenen direkt gegen die eingesetzten Beamten:

„Wir sind stinksauer, wir hassen euch und keiner will euch haben! Wir sehen diesen Angriff nicht nur auf unsere Projekte bezogen (...), sondern es geht auch darum, selbstbestimmtes Leben im Kollektiv als Gegenmodell zu kapitalistischer Vereinzelung anzugreifen."
(Internetportal „linksunten.indymedia", 14. August 2013)

Anschläge und tätliche Auseinandersetzungen

Am 4. Januar 2013 wurde in Berlin ein PKW der Deutschen Telekom in Brand gesetzt. Die Tat wird in einem auf dem Internetportal „linksunten.indymedia" veröffentlichten Selbstbezichtigungsschreiben mit dem Polizeikongress im Februar 2013 in

[65] Internetportal „linksunten.indymedia" (13. Januar 2013).

Berlin in Verbindung gebracht. Dort wird auch die Zusammenarbeit der Telekom mit Sicherheitsbehörden thematisiert.

Die Deutsche Telekom war in den zurückliegenden Jahren bereits mehrfach Ziel linksextremistischer Brandanschläge. In der Szene-Zeitschrift „INTERIM“ wird offen zu weiteren Anschlägen aufgerufen:

„Als Netzmonopolist ist die Telekom beteiligt an der Abhörung von Telefonen und Internetanschlüssen, sowie der Weitergabe von Verbindungsdaten an die Bullen und leistet damit den Repressionsorganen direkte Amtshilfe bei der Bespitzelung sozialer Bewegungen und vermeintlicher ‚Terroristen‘. (...) Von daher sehen wir gute Möglichkeiten, dass eine ‚Schmutzkampagne‘ gegen den Konzern auf durchaus offene Ohren stoßen könnte: (...). [wir meinen], dass ein Konzern wie die Telekom noch weit attraktiveres als Kleinwagen im Angebot hat. Als durch den Brandanschlag am berliner Ostkreuz 2010 tagelang der S-Bahnverkehr beeinträchtigt wurde, waren auch mehrere Mobiltelefonnetze und Teile des Internets von den Störungen betroffen. Ein Sprecher der (damals nicht betroffenen) Telekom erklärte der Presse, dass das Netz ihres Unternehmens gegen solche Angriffe sicher sei. Ob das so stimmt? – Finden wir es heraus!“
(„INTERIM“ Nr. 748, März 2013, S. 11 und 14)

Am 13. Februar 2013 wurde in Berlin-Wedding ein Brandsatz unter ein Kraftfahrzeug der Firma ThyssenKrupp gelegt. Die Taterklärung der „Autonomen Zelle“[66] endete mit „solidarischen Grüßen“ an zwei inhaftierte „GenossInnen“ und an alle, „die diesen Verhältnissen den Kampf ansagen“. Der Konzern sei wegen seiner Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland, der Waffenproduktion und der Ausbeutung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen zum Anschlagsziel geworden.

Im Rahmen von Demonstrationen kam es wiederholt zu Angriffen auf Polizeibeamte, so z.B. als bei einer Solidaritätskundgebung für griechische Aktivisten am 19. September 2013 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) sogenannte bengalische Feuer gezündet und einschreitende Polizeibeamte angegriffen wurden.

[66] Internetportal „linksunten.indymedia“ (18. Dezember 2013).

3.2 „Antimilitarismus“

Aktionsniveau weiter hoch

Das Aktionsfeld „Antimilitarismus“ blieb auch 2013 im Fokus linksextremistischer Agitation. Wenngleich es keine herausgehobenen emotionalisierenden Ereignisse gab, entsprach das Aktionsniveau weitgehend dem der Vorjahre, insbesondere in Bezug auf die Militanz gewaltbereiter Linksextremisten. Ziele militanter Aktionen waren neben der Bundeswehr auch Unternehmen der Rüstungsindustrie oder Firmen, die in anderer Weise mit der Bundeswehr zusammenarbeiten. Neben Auslandseinsätzen von Bundeswehr und NATO sowie Militärübungen richtete sich die Agitation gegen eine Vermischung von militärischen und zivilen Strukturen, gegen eine „Militarisierung der Gesellschaft“.

Linksextremisten verbinden ihren „antimilitaristischen“ Protest mit einer umfassenden Kapitalismuskritik. In ihrer Ideologie gibt es einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg, da Krieg immer um Ressourcen und Absatzmärkte geführt werde. Sie verknüpfen „antimilitaristischen“ Protest mit einer breiten Themenpalette:

„Krieg beginnt hier nach wie vor beim Kampf um Ressourcen. Krieg beginnt hier an den europäischen Grenzen mit rassistischer Flüchtlingsabwehr. Krieg beginnt hier heißt, dass im Alltag Geschlechternormen (re)produziert werden, die militärische, männliche Identitäten begründen. Krieg beginnt hier heißt auch, Militär und militärische Logik in alltäglichen Institutionen – an Schulen, im Arbeitsamt, Militärforschung an der Uni, zivil-militärische Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und bei der Entwicklungszusammenarbeit.“
(Homepage „War Starts Here Camp 2013“, 10. Oktober 2013)

„Antimilitaristische“ Demonstrationen mit linksextremistischer Beteiligung fanden unter anderem gegen die jährliche „Konferenz für Sicherheitspolitik“ in München (Bayern) und gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in Letzlingen bei Magdeburg (Sachsen-Anhalt) statt. Dort wurde vom 21. bis 29. Juli 2013 ein „antimilitaristisches“ Camp eingerichtet.

Fortführung der Kampagne „Krieg beginnt hier“

Die 2011 von Linksextremisten initiierte Kampagne „Krieg beginnt hier. War starts here. Kampagne gegen die kriegerische Normalität“ wurde 2013 fortgesetzt. Angeprangert wird eine angeblich zielgerichtete Militarisierung von Staat und Gesellschaft, die dazu diene, Kriege zu rechtfertigen und als Normalzustand erscheinen zu lassen. Unter dem Motto „Von der ‚Ablehnung‘ des Krieges zur Sabotage der ‚Heimatfront‘“ wurden zahlreiche militante Aktionen mit teilweise hohem Sachschaden verübt. Verstärkt gestört wurden Veranstaltungen der Bundeswehr zur Nachwuchswerbung, beispielsweise in Arbeitsagenturen und auf Bildungsmessen.

Folgende Aktionen gewaltbereiter Linksextremisten sind hervorzuheben:

- Am 27. Februar 2013 wurde ein Brandanschlag auf ein Fahrzeug der Deutschen Bahn AG in Berlin verübt und unter anderem mit der Tätigkeit der Bahn-Tochter DB Schenker für die Bundeswehr begründet.
- Am 30. Mai 2013 wurde in Bremen ein Fahrzeug der Telekom AG in Brand gesetzt sowie eine Farbattacke auf ein Fahrzeug der Siemens AG verübt. In der Taterklärung heißt es, die Telekom sei mitverantwortlich für die Informations- und Kommunikationstechnik bei Waffeneinsätzen und die Betreuung der Telefonnetze der Bundeswehr, Siemens betätige sich in der Rüstungsindustrie.
- Am 27. Juli 2013 wurden bei einem Brandanschlag auf die Elb-Havel-Kaserne der Bundeswehr in Havelberg (Sachsen-Anhalt) 16 Fahrzeuge zerstört. Der Schaden belief sich auf ca. zehn Millionen Euro. Eine Selbstbezichtigung wurde nicht veröffentlicht.

- „Antimilitaristen“ warfen in der Nacht vom 16. auf den 17. September 2013 mit Farbe gefüllte Flaschen gegen die Fassade des „Haus Rissen“ in Hamburg. In einer der Hamburger Morgenpost zugegangenen, mit Schreibmaschine geschriebenen und mit „Krieg beginnt hier, stoppen wir ihn hier!“

gezeichneten Erklärung wird auf dort stattfindende Lehrgänge für Bundeswehrangehörige verwiesen:

„In den Bereichen der Medien, Kultur, Bildung, Forschung und Wissenschaft kommt es zu einer verstärkten Kooperation ziviler Träger und einer massiv in den öffentlichen Raum drängenden Bundeswehr. Dem stellen wir uns entgegen!"
(Tatbekennung „PRESSEMITTEILUNG: Haus Rissen/Hamburg", September 2013)

3.3 „Antifaschismus"

„Antifa heißt Angriff"

Das traditionelle Aktionsfeld „Antifaschismus" war auch 2013 ein zentrales Element der politischen Aktivitäten von Linksextremisten. Entsprechende Aktionen gelten tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten. Unter dem Motto „Antifa heißt Angriff" traten Linksextremisten Aufmärschen von Rechtsextremisten entgegen. Insbesondere deren Präsenz im Vorfeld von Wahlen veranlasst die Szene zu militanten Gegenaktionen. Eigens initiierte Kampagnen, wie z.B. „Do it yourself – In die antifaschistische Offensive gehen" zielen darauf, „Nazis" in der Öffentlichkeit zu „outen" und zu brandmarken. Die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Demonstrationen und andere Veranstaltungen von Rechtsextremisten sind ein Beleg für das hohe Gewaltpotenzial der Szene.

Die „antifaschistischen" Aktivitäten von Linksextremisten zielen nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen. Eigentliches Ziel ist der bürgerliche Staat, der in der Lesart von Linksextremisten den „Faschismus" als eine mögliche Herrschaftsform akzeptiere und ihn deshalb nicht ausreichend bekämpfe. Letztlich wurzele der „Faschismus" in den gesellschaftlichen und politischen Strukturen des Kapitalismus. In der Konsequenz wird die antitotalitäre Ausrichtung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung negiert.

Theoretische Fundierung

Ein Teil der Linksextremisten sieht in einer Verdeutlichung des Zusammenhangs zwischen Staat, Kapitalismus und „Faschismus"

seine Hauptaufgabe. So schreiben Szeneangehörige in einer im Internet eingestellten Publikation:

„Die antifaschistische Praxis darf demzufolge nicht allein auf den Naziaufmarsch ausgerichtet sein (...). Daher muss die radikale, antifaschistische Kritik und eine an dieser orientierte Praxis an die Wurzeln des bürgerlichen Denkens und der bürgerlichen Gesellschaft gehen."
(„Magdeburg Nazifrei! Kannste knicken!", Januar 2013)

Direkte Konfrontation

Aktionistisch ausgerichtete Linksextremisten stellen die Militanz in den Vordergrund. Sie suchen die direkte Konfrontation mit Rechtsextremisten:

„Die Polizei und der Staat sind keine Hilfe im Kampf gegen den Faschismus. (...) Das heißt für uns: Wir müssen den Kampf gegen den Faschismus in unsere eigenen Hände nehmen!"
(Internetportal „linksunten.indymedia", 24. Juli 2013)

Militante Protestaktionen

Polizeiliche Maßnahmen bei Demonstrationen verhindern zumeist ein direktes Aufeinandertreffen der politischen Gegner. In der Folge richtet sich die Aggression von Linksextremisten gegen die Polizei als Vertreter eines „repressiven" Staates, der Rechtsextremismus angeblich nicht nur ermöglicht, sondern auch noch aktiv schützt.

Typisch für militante Proteste von Linksextremisten sind folgende Beispiele:

- Am 12. Januar 2013 beteiligten sich in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) etwa 1.000 Personen, darunter rund 350 gewaltbereite Szeneangehörige, an einer von Linksextremisten initiierten Demonstration gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremisten. In deren Verlauf wurden in der Innenstadt Straßenblockaden errichtet und aus einer Gruppe von rund 200 Personen heraus Polizeibeamte mit Flaschen und Steinen beworfen. Vereinzelt wurden Rauchbomben und Feuerwerkskörper gezündet. Bei den Ausschreitungen wurden 19 Polizeibeamte verletzt.

- Am 12. Oktober 2013 protestierten in Göppingen (Baden-Württemberg) insgesamt etwa 1.000 Personen – darunter bis zu 500 gewaltbereite Linksextremisten – gegen einen neonazistischen Aufmarsch. Die Gegendemonstranten versuchten wiederholt, die Polizeisperren zu durchbrechen. Über 500 Personen besetzten ein Bahngleis, wodurch der Zugverkehr teilweise zum Erliegen kam. Gegendemonstranten warfen Holzpaletten auf die Gleise und entzündeten Reifen. Die Polizei stellte u.a. Vermummungsmaterial und illegale hochgefährliche Pyrotechnik mit verstärkter Wirkung fest, die geeignet ist, Menschenleben zu gefährden. Das hohe Polizeiaufgebot konnte ein direktes Aufeinandertreffen beider Lager verhindern. Insgesamt wurden drei Personen vorläufig fest- und 519 Personen in Gewahrsam genommen; sieben Einsatzkräfte und neun Gegendemonstranten wurden verletzt.

Direkte körperliche Angriffe auf Rechtsextremisten gelten bei gewaltbereiten Linksextremisten als legitim und auch in der Szene vermittelbar. Dies belegt beispielweise ein über die Videoplattform YouTube verbreitetes Mobilisierungsvideo zur Demonstration am 12. Oktober 2013 in Göppingen. Darin wird dazu aufgefordert, entschlossen gegen „Nazis“ vorzugehen. In einer Szene, in der vermummte Personen massiv auf einen „Faschisten“ einprügeln, heißt es aus dem Off:

„Mit Faschisten diskutiert man nicht, die tötet man.
Wenn Du einen Faschisten triffst, dann sage ihm: ‚Wir diskutieren nicht, wenn ich kann, werde ich Dich töten.‘“
(Videoportal YouTube „Kommando Maik S – Keinen Meter“, 30. Dezember 2013)

An anderer Stelle erklären Linksextremisten deutlich:

„Die Bedrohungen und Übergriffe, die immer wieder von den Faschisten ausgehen sind Grund genug, dass diese unsere ganze Wut zu spüren bekommen und somit nicht mehr in der Lage sind Menschen, die nicht ihr beschränktes Weltbild passen, anzugreifen oder sogar zu ermorden.“
(Homepage „burg.blogsport“, 16. August 2013)

Einige Beispiele für direkte Angriffe auf Rechtsextremisten:

- Am 19. Mai 2013 kam es in Berlin nach einer Versammlung von Linksextremisten zu Auseinandersetzungen mit Angehörigen der rechtsextremistischen Szene, die die Veranstaltung fotografiert hatten. Rechtsextremisten gaben gegenüber der Polizei an, sie seien mit Flaschen und Stühlen attackiert worden; dabei sei eine Person durch Glassplitter verletzt worden. Als die Angegriffenen in einen nahegelegenen Imbiss geflüchtet seien, hätten sich die Angreifer vermummt und versucht, mit Gewalt in den Imbiss zu gelangen. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.
- Am 3. September 2013 sollen vermummte Personen zwei Wahlhelfer der NPD in Bad Blankenburg (Thüringen) attackiert haben, als diese Wahlplakate anbrachten. Ein Geschädigter sei durch Reizgas, Faustschläge, Fußtritte und einen – mit Steinen gefüllten – Beutel verletzt worden. An einem Fahrzeug der Wahlhelfer seien sämtliche Scheiben eingeschlagen worden. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.
- Die Polizei ermittelt gegen vier mutmaßliche Angehörige des gewaltbereiten linksextremistischen Spektrums, die am 15. November 2013 in Berlin einen Rechtsextremisten überfallen und mehrfach mit stumpfen Gegenständen auf ihn eingeschlagen haben sollen. Der Geschädigte erlitt u.a. einen Schädelbasisbruch. Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.
- Am 27. August 2013 kam es während einer NPD-Veranstaltung im Rahmen der „Deutschlandfahrt 2013“ in Hanau (Hessen) zu Störungen durch linksextremistische Gegendemonstranten. Die Akteure warfen Steine, Lebensmittel sowie Farbbeutel auf NPD-Anhänger und Polizeikräfte.

„Antifa Recherchearbeit“ und Outingaktionen

Linksextremisten sammeln im Rahmen der sogenannten Antifa-Recherchearbeit (z.B. „An die Substanz! – rechte Infrastruktur aufdecken – Nazis in die Pleite treiben“) detaillierte Informationen über rechtsextremistsiche Funktionäre, Treffpunkte, „Naziläden“ sowie andere logistische Einrichtungen und veröffentlichen Namen und Adressen im Internet oder in Szenepublikationen. Sie plakatieren „Steckbriefe“ oder verteilen Flugblätter im Umfeld der Betroffenen.

Personen werden „geoutet“, um sie aus der Anonymität zu holen und in der Öffentlichkeit anzuprangern. Mit derartigen Aktionen soll den Rechtsextremisten verdeutlicht werden, dass sie Konsequenzen zu befürchten haben. So wurde am 24. August 2013 in Berlin ein Rechtsextremist überfallen und geschlagen, dessen Foto und Wohnanschrift zuvor im Internet veröffentlicht worden war.

Dieser Recherchearbeit kommt bei der Identifizierung potenzieller Angriffsziele eine große Bedeutung zu, denn sie animiert geradezu zu militanten Aktionen.

Zum Start der Antifa-Kampagne „Do it yourself“ im März 2013 in Schleswig-Holstein schrieben Linksextremisten:

„‚Do it yourself‘ bedeutet, selbst aktiv zu werden. Als autonome Bewegung setzen wir auf unabhängige und von unten getragene antifaschistische Initiativen und Strukturen, die Neonazi-Propaganda entlarven und den extrem rechten Wahlkampf sabotieren, wobei unserer Kreativität keine Grenzen gesetzt sind.“
(Internetportal „linksunten.indydmedia“, 11. März 2013)

3.4 „Antigentrifizierung“ („Kampf um Freiräume“/„Kampf um die Stadt“)

Mit dem Thema Gentrifizierung versuchen Linksextremisten, eigenes Interesse – den Erhalt von „Freiräumen“ – in einen gesellschaftspolitisch relevanten Diskurs einzubetten: ein Thema mit Anschlussfähigkeit, mit dem sie ihre politische Isolierung und Einflusslosigkeit zumindest temporär aufheben könnten.

Doch Linksextremisten geht es um mehr: einen „Kampf um die Stadt“, eine Stadt, die nicht nach der Verwertungslogik des Kapitals funktioniert und deren Infrastruktur nicht Konsum und Kommerz in den Vordergrund stellt.

Spätestens mit den gewalttätigen Auschreitungen in einigen europäischen Metropolen (Paris (Frankreich), London (Großbritannien), Stockholm (Schweden)) sind Städte für Autonome zum Synonym

für Aufstände geworden, für „Riots“, die sich ohne Vorwarnung aus einem einzigen Ereignis heraus entwickeln und zu einem Flächenbrand werden. Durch eine Verbindung mit unpolitischen und gesellschaftlich marginalisierten Jugendlichen – oftmals mit Migrationshintergrund – erhoffen sie sich eine Massenmilitanz. Einer solchen Allianz kann der Boden bereitet werden, indem die Probleme der Prekären und Randständigen aufgenommen werden: sozial in der Verteidigung ihres Wohnraums und ihrer Arbeitsverhältnisse, politisch im Kampf gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit.

Anarchisten sprechen sich für „vielfältige Aktionen gegen eine Stadt der Autoritäten und Kontrollen“ aus. Die Stadt sei „kein neutraler Raum, sondern ganz klar durch das Zusammenwirken und Wechselspiele von Herrschaftsmechanismen definiert“. Deshalb fordern sie:

„Lasst uns viele gefährliche Momente und Gebiete für jede Kontrolle schaffen. Für ein unkontrolliertes und herrschaftsfreies Leben!“
(Homepage „contrainfo“, 28. November 2013)

In einer anarchistischen Zeitschrift heißt es:

„Wenn wir es schaffen, eine andere Stadt zu erkämpfen, die nicht mehr auf einer Profitlogik basiert, sondern ein Recht-auf-Stadt für alle bereithält, dann kann dies auch der Ausgangspunkt für eine andere Gesellschaft sein.“
(„Direkte Aktion“, November/Dezember 2013, hier zit. n. Homepage)

Orthodoxen Kommunisten gilt die Stadt als Raum für Klassenkämpfe, als Ort der Zuspitzung der Klassenwidersprüche. In der traditionskommunistisch ausgerichteten Zeitung „junge Welt“ (jW) heißt es, es gelte die „städtischen Kämpfe und Kämpfe in der Produktion zu verbinden, die Einheit von Platz und Fabrik herzustellen“.[67]

[67] jW Nr. 209, 9. September 2013, S. 15.

„Freiräume“ Als „Freiräume“ gelten besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte und selbstverwaltete Kulturzentren, die von der Szene als notwendige Widerstandsstrukturen angesehen werden – frei von Überwachung, Herrschaft, Konformitäts- und Konsumdruck.

Gentrifizierung Gentrifizierung bezeichnet die Aufwertung eines Stadtteils durch Sanierung oder Umbau. Die Kritik richtet sich vor allem gegen die mit steigenden Mieten verbundene Verdrängung alteingesessener Bevölkerungsgruppen.

Rote Flora

Am 21. Dezember 2013 fand in Hamburg unter dem Motto „Rote Flora verteidigen – Esso Häuser durchsetzen! Gegen rassistische Zustände – Bleiberecht für alle!“ eine Demonstration statt. Bis zu 7.300 Teilnehmer, davon ca. 4.000 Personen aus dem gewaltbereiten linksextremistischen Spektrum, beteiligten sich an der Versammlung. Bereits Wochen vorher hatte die linksextremistische Szene bundesweit dazu mobilisiert. Seitens der Demonstranten wurden u.a. Pyrotechnik, Steine und Flaschen auf die Polizeikräfte geworfen. Die Polizei löste die unfriedliche Demonstration auf. Vor allem in den Stadtteilen Sternschanze, St. Pauli und Eimsbüttel begingen Teilnehmer aus der Menge heraus zahlreiche Sachbeschädigungen. Im Stadtgebiet kam es zu erheblichen Störungen des öffentlichen Personennahverkehrs sowie Teilen des Fernverkehrs. Es wurden über 160 Polizeibeamte verletzt (einer davon schwer), 20 Demonstranten vorläufig festgenommen und 320 Personen in Gewahrsam genommen. Nach Szeneangaben seien 500 Demonstranten verletzt worden.[68] In einer Meldung auf der Internetseite „linksunten.indymedia“ wird die Demonstration am Abend des 21. Dezember 2013 als Erfolg gewertet. Hierzu heißt es:

„Wir werten die große Anzahl der Teilnehmer_innen als Erfolg. Das Agieren der Polizei hingegen stellt den skandalösen politischen Versuch dar, das Versammlungsrecht auszuhebeln und die politische Auseinandersetzung um die Rote Flora, die Esso-Häuser und das Bleiberecht von Refugees hinter Rauchschwaden und Wasserwerfern unsichtbar zu machen.“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 22. Dezember 2013)

[68] Internetportal „linksunten.indymedia“ (22. Dezember 2013).

Im Zusammenhang mit der Demonstration kam es bundesweit unter mutmaßlicher Beteiligung von Linksextremisten in den Folgetagen zu Resonanzaktionen, wie z.B. Spontandemonstrationen und Sachbeschädigungen.

In Göttingen (Niedersachsen) wurden drei unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen (USBV) aufgefunden: an einem Privatfahrzeug eines Beamten der Bundespolizei (am 25. Dezember 2013), beim Hauptzollamt und in der Nähe des Finanzamts (beide am 28. Dezember 2013). Da die Zündvorrichtungen allesamt nicht funktionierten, entstand kein nennenswerter Schaden. In einem im Internet veröffentlichten Selbstbezichtigungsschreiben nehmen die mutmaßlich linksextremistisch motivierten Täter unter der Bezeichnung „Flora und Fauna“ Bezug auf den Polizeieinsatz am 21. Dezember 2013 in Hamburg. Ihre Selbstbezichtigung endet mit den Worten:

„Wir fordern: Waffenlieferungen und Kriegsdienste beenden! Bleiberecht für alle! Resistenzpflicht abschaffen! Grenzen auf überall! Gentrifizierung stoppen! Rote-Flora bleibt!“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 30. Dezember 2013)

Rigaer Straße 94

Herausragenden Symbolcharakter weit über die Berliner Szene hinaus hat das erstmals im Jahr 1990 besetzte Objekt Rigaer Straße 94, das neben einem autonomen Wohnprojekt „Rigaer94“ auch die Veranstaltungsstätte „Kaderschmiede“ beherbergt. Zur Verteidigung des Objekts, das zu den „letzten offen (teil-)besetzten Räumen Berlins“ gezählt wird, wurden wiederholt z.T. schwere Straftaten verübt, insbesondere gegen „staatliche Repressionsorgane“. Auf polizeiliche Maßnahmen reagiert die Szene regelmäßig mit schweren Ausschreitungen. Auch die Bewohner der „Rigaer94“ rufen selbst immer wieder zu Aktionen gegen den „kapitalistischen“ Staat und seinen „Repressionsapparat“ auf, z.B. gegen den Europäischen Polizeikongress in Berlin im Februar 2013 und für die „Revolutionäre 1. Mai-Demo“ („Lasst uns den Widerstand in kollektiven Momenten entfalten und aus ihrer Logik ausbrechen! Für die Anarchie!“)[69].

[69] Homepage „Rigaer94“ (5. November 2013).

Berliner Liste

Seit April 2013 fordern mutmaßlich linksextremistisch motivierte Gentrifizierungsgegner im Rahmen einer Kampagne „Berliner Liste – Mieter*innen stressen zurück“ zu Aktionen gegen eine „antisoziale Stadtumstrukturierung“ in Berlin auf.

Auf der Homepage der „Berliner Liste“ werden eine Reihe von Neubauprojekten und die dafür Verantwortlichen benannt: Wohnungsbaugesellschaften, Investoren, Immobilienfirmen, „Helfer“ aus Justiz, Polizei und Politik[70] sowie Unterstützer aus der Wirtschaft. Mindestens 15 auf der Liste genannte Objekte sollten bis zur Veröffentlichung des Berliner Mietspiegels durch Aktionen „gewürdigt werden“. Beispielsweise wurde in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai 2013 durch Manipulation eines Wasserpumpensystems das neugegossene Fundament eines geplanten Neubaus im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg erheblich beschädigt. In der Nacht vom 4. auf den 5. August 2013 wurde ein Neubau in Berlin-Mitte mit Bitumen und Steinwürfen beschädigt.[71]

3.5 „Antirassismus“

Nach Jahren rückläufiger politischer Aktivitäten von Linksextremisten im Aktionsfeld Antirassismus ist 2013 ein Zuwachs zu verzeichnen. Aktuelle Anknüpfungspunkte für die Vorwürfe gegen Staat („institutioneller Rassismus“) und kapitalistische Gesellschaft („struktureller Rassismus“) sind z.B. die Abwehrmaßnahmen an den europäischen Grenzen sowie konkret die Abschiebung von Asylsuchenden und der Tod vieler Flüchtlinge bei Bootsunglücken vor der italienischen Insel Lampedusa. Linksextremisten erkennen in dieser Thematik auch Anschlussmöglichkeiten an gesamtgesellschaftliche Diskurse.

[70] Für die Bereiche Justiz, Polizei und Politik nennt die „Berliner Liste“ Standorte des Landgerichts Berlin, Adressen von mehreren Amtsgerichten, Polizeidirektionen, Sozialämtern, Jobcentern, von Senatsverwaltungen sowie die Adressen des Berliner Abgeordnetenhauses und des Roten Rathauses.

[71] Homepage „Berliner Liste“ (2. September 2013).

Ihr Credo lautet:

„Antikapitalistische und antirassistische Kämpfe gehören zusammen (...). Denn Antirassismus heißt Kritik an Staat und Nation, weil die staatliche Diskriminierung von Menschen nach Herkunft und Nutzen der Logik geordneter Standortkonkurrenz folgt."
(Internetportal „linksunten.indymedia", 5. Juli 2013)

Gewalttaten in Berlin

„Antirassistische" Aktivitäten von Linksextremisten sind immer wieder gewalttätig. Ein Beispiel dafür ist das „Refugee Protest Camp" auf dem Oranienplatz in Berlin. Nachdem Bewohnern des Camps ein Winterquartier angeboten worden war und das Zeltdorf aufgelöst werden sollte, versammelten sich ca. 500 Personen, darunter auch Linksextremisten, am 24. November 2013 zu einer Spontandemonstration. Bei gewalttätigen Übergriffen wurden 31 Polizeibeamte verletzt.

Instrumentalisierung von Lampedusa-Flüchtlingen in Hamburg

Linksextremisten werten die seit Mitte Oktober 2013 intensivierten Personenkontrollen durch die Hamburger Polizei im Zusammenhang mit „Lampedusa-Flüchtlingen" als rassistisch[72] und antworten darauf mit einem aktionistischen Konzept. Im Verlauf mehrerer Spontandemonstrationen wurden Sachbeschädigungen verübt und in Einzelfällen auch Polizeibeamte angegriffen.

Immer wieder kam es im Zusammenhang mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu Sachbeschädigungen, meist nächtliche Anschläge durch Stein- und Farbbeutelwürfe auf kommunale oder staatliche Einrichtungen (Ausländerbehörden oder Gerichte), aber auch auf Gebäude demokratischer Parteien sowie auf Polizeikräfte. Auf Internetseiten wurden Selbstbezichtigungsschreiben eingestellt, die darauf hindeuten, dass es sich bei den Tätern um Linksextremisten handelt.

Gerade in Hamburg waren SPD-Geschäftsstellen und Wohnhäuser von hochrangigen Politikern der Partei das Ziel von Anschlägen.

[72] Internetportal „linksunten.indymedia" (25. November 2013).

Am Wochenende vom 23. und 24. November 2013 wurden insgesamt drei Anschläge auf Wohnhäuser von Hamburger SPD-Politikern begangen. Unbekannte hatten mit Farbe gefüllte Behältnisse gegen die Fassaden geworfen. In einem Bekennerschreiben[73] heißt es, die SPD-Politiker seien verantwortlich für eine rassistische Politik. Am 1. Dezember 2013 wurde im Rahmen einer unangemeldeten Demonstration von bis zu 50 Personen, unter ihnen rund 20 Vermummte, ein Farbbeutel auf das Wohnhaus des Ersten Hamburger Bürgermeisters geworfen. Zu ähnlichen Aktionen kam es auch in anderen Städten, so z.B. in Berlin, Bremen, Frankfurt am Main (Hessen) und München (Bayern).

3.6 Internationalismus

Kooperation mit ausländischen Linksextremisten

Internationalismus ist ein Kernbestand des Linksextremismus. Eine entsprechende Kooperation zeigt sich in der wechselseitigen Teilnahme an Demonstrationen bei Großveranstaltungen, so z.B. gegen G8- und NATO-Gipfeltreffen. Protestaktionen finden mit zum Teil signifikanter Unterstützung von Teilnehmern aus anderen Ländern statt. Eine internationale Solidarität gilt vor allem „politischen Gefangenen“ und „Opfern von Polizeigewalt“.

Griechenland im Fokus von Solidaritätskampagnen

Deutsche Linksextremisten solidarisieren sich in jüngerer Zeit insbesondere mit Gesinnungsgenossen in Griechenland und beschwören im Rahmen von Kampagnen, Aktionstagen und Demonstrationen einen gemeinsamen Kampf gegen „Staat und Kapital“.

Mit der im Januar 2013 gestarteten Solidaritätskampagne „Great Crisis Riseup – Greek Edition“ wird aus Solidarität mit „griechischen Genossen“ zu Demonstrationen und Veranstaltungen bis hin zu militanten Interventionen aufgerufen:

„Weil wir angesichts dieser Situation nicht länger auf Sparflamme kämpfen wollen, rufen wir alle Linken hierzulande auf, sich mit den je eigenen Aktionsformen an der bis zum ersten Mai dauernden

[73] Internetportal „linksunten.indymedia“ (25. November 2013).

Kampagne ‚Great Crisis Riseup – Greece Edition' zu beteiligen. Ob militante Interventionen oder Flyer, ob Infoveranstaltung oder Demo. Es liegt an uns, Öffentlichkeit zu schaffen. Es liegt an uns, den griechischen Genossen – unabhängig von Parteistreitereien, egal ob Kommunisten oder Anarchisten – zu zeigen, dass wir ihren Kampf ins Herz des europäischen Austeritätsregimes tragen können."
(Internetportal „linksunten.indymedia", 26. Januar 2013)

Ein Brandanschlag auf ein Firmenfahrzeug der Deutschen Bahn AG in der Nacht zum 27. Februar 2013 in Berlin (vgl. Kap. II, Nr. 3.2) dürfte im Zusammenhang mit der Kampagne stehen. Zumindest steht er in einem engen thematischen Kontext, denn in der Taterklärung einer Gruppierung „Chaoten der Nacht" heißt es, das Unternehmen gehöre zu den deutschen Unternehmen, die „von der Krise in Griechenland profitieren". Mit der „Soliaktion" für „anarchistische Gefangene in Griechenland" solle gezeigt werden, dass „hier, im Herzen der Bestie, alles für den Untergang des Kapitalismus und seiner Helfer" versucht werde.[74]

Unter der Überschrift „m-i-l-i-T-a-n-z – connecting people" plädierten Linksextremisten Ende Februar 2013 für eine „militante antikapitalistische Kampagne" gegen die Deutsche Telekom AG, um so „einen gemeinsamen Bezugsrahmen zu den Kämpfen in Griechenland und andernorts" zu schaffen.[75] In Anlehnung an diese Kampagne kam es am 27. April 2013 in Hamburg und am 31. Mai 2013 in Frankfurt am Main (Hessen) zu Sachbeschädigungen an Gebäuden der Deutschen Telekom AG sowie am 26. Juli 2013 zu einer Brandstiftung an einem Firmenfahrzeug der Telekom in München (Bayern).

Am 27. April 2013 fand in Hamburg eine von Linksextremisten initiierte Solidaritätsdemonstration für Griechenland mit mehreren Hundert Teilnehmern statt. In einem Aufruf hieß es, trotz „kontinuierlicher Repressionsschläge" und „Angriffe auf die Infrastruktur der Bewegungen in Form von Räumungen besetzter Häuser und Zentren" werde der „Kampf gegen Staat, Kapitalismus

[74] Internetportal „linksunten.indymedia" (27. Februar 2013).
[75] „INTERIM" Nr. 748, März 2013, S. 10 ff.

und jegliche Autorität“ fortgesetzt. Die Verbundenheit mit Griechenland basiere auf den „Ideen gegen jede Herrschaft“.[76]

Solidaritätsdemonstrationen

Ein „offenes Bündnis internationaler Gruppen“, unterstützt von deutschen Linksextremisten unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung, rief für den 13. Juli 2013 zu einer Solidaritätsdemonstration unter dem Motto „Von Kairo bis Berlin: One Struggle – One Fight“ in Berlin auf. In einem Aufruf wurde der Eindruck erweckt, die massenhaften Proteste in Griechenland, der Türkei und Ägypten teilten die Zielrichtung deutscher Linksextremisten:

„Wir wollen diese Kämpfe auch hier, im Herzen einer der Bestien, zusammenführen und unseren kämpfenden Schwestern und Brüdern zeigen, dass sie für uns Inspiration und Hoffnung sind.“
(Internetportal „Indymedia Deutschland“, 6. Juli 2013)

4. Objektbezogene Anschläge

Neben der konfrontativen Straßengewalt verüben einzelne Personengruppen des gewaltbereiten Spektrums schwere Anschläge. Diese Gewalttaten gegen Sachgüter sind planvoll konzipiert und sollen eine Signalwirkung auslösen. Neben der medialen Resonanz sollen die angegriffenen Einrichtungen oder Unternehmen zu einer Änderung ihres Verhaltens genötigt werden: Anschläge sollen finanziell wehtun und praktisch stören. Die Aktionen werden in Selbstbezichtigungsschreiben ideologisch begründet und gerechtfertigt, die Botschaften richten sich in erster Linie an Szeneangehörige und darüber hinaus auch an die Öffentlichkeit. Zum Schutz vor Strafverfolgung verwenden die Täter wechselnde Aktionsbezeichnungen oder verzichten gänzlich auf Namen („no-name“-Gewalt). Nur wenige Gruppierungen operieren unter gleichbleibenden Bezeichnungen, um die Kontinuität ihres Kampfes zu dokumentieren und für Szenediskussionen klarer ansprechbar zu bleiben.

Brandanschlag auf Bundeswehrkaserne

Ein besonders spektakulärer Anschlag ereignete sich in der Nacht zum 27. Juli 2013 auf dem Gelände der Elbe-Havel-Kaserne in

[76] Homepage „Für die soziale Revolte“ (2. April 2013).

Havelberg (Sachsen-Anhalt). Bislang nicht identifizierte Täter setzten mit zahlreichen Brandsätzen mehrere Fahrzeuge der Bundeswehr in Brand, darunter neun LKW, ein Transportpanzer und vier Antennenfahrzeuge. Der Sachschaden beläuft sich auf rund zehn Millionen Euro. Der Anschlag steht im zeitlichen Zusammenhang mit dem „Aktionstag gegen das Gefechtsübungszentrum Altmark (GÜZ)“ am 27. Juli 2013, der im Rahmen des „antimilitaristischen“ Camps „War starts here“ vom 21. bis 29. Juli 2013 in der Altmark (Sachsen-Anhalt) durchgeführt wurde, rund 100 km südwestlich von Havelberg. Wenngleich kein Bekennerschreiben veröffentlicht wurde, sprechen Zielauswahl und Vorgehensweise für eine „antimilitaristische“ Motivation der Täter.

Zwar kann den Veranstaltern und Teilnehmern des „War starts here“-Camps der Anschlag in Havelberg nicht unmittelbar zugerechnet werden, das Camp dürfte jedoch den thematisch-ideologischen Rahmen für die Tat geliefert haben. Die folgende Stellungnahme belegt, dass der Anschlag zumindest bei einzelnen Campteilnehmern auf Zustimmung gestoßen ist:

„Wir freuen uns über alle anderen gelaufenen Aktionen an diese Tag und während des WarStartsHereCamps 2013 und die Abrüstung in Havelberg und wünschen einen weiteren schönen, und vor allem heißen antimilitaristischen Sommer!!!“
(Internetportal „linksunten.indymedia“, 30. Juli 2013)

Anschlag auf Kommunikationsinfrastruktur

Die Kontinuität der Angriffe auf wichtige Infrastrukturen verdeutlicht ein Anschlag in Berlin:

In der Nacht zum 28. November 2013 verübten Linksextremisten einen Brandanschlag auf einen Sendemast von Vodafone, der ohne Wirkung blieb und den Mobilfunkverkehr nicht unterbrechen konnte. Der Brand in etwa acht Metern Höhe in einem Kabelschacht konnte gelöscht werden, ein zweiter Brandsatz zündete nicht.

In der am folgenden Tag veröffentlichten Erklärung der Gruppe „Anonymous/Vulkangruppe Katla“ heißt es unter der Überschrift „Überwachungspause: Vodafonefunkturm sabotiert“, die Tat richte sich „gegen die totale Überwachung durch Regierungen,

Geheimdienste und Konzerne sowie gegen das reibungslose Funktionieren der Metropole“.[77] Die mehrseitige Taterklärung stellt den Anschlag ausdrücklich in eine Linie mit früheren Angriffen auf die „Infrastruktur der Metropole Berlin“, mit Aktionen unter den Bezeichnungen „Das Grollen des Eyjafjallajökull“ (Mai 2011), „Hekla-Empfangskomitee“ (Oktober 2011) und „Vulkan Grimsvötn“ im Mai 2013.

Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der RAZ

Erkenntnisse des Verfassungsschutzes haben Ermittlungen des Generalbundesanwalts gegen neun linksextremistische Beschuldigte vorbereitet. Diese werden verdächtigt, unter der Bezeichnung „Revolutionäre Aktionszellen“ (RAZ) zwischen 2009 und 2011 fünf Brand- und Sprengstoffanschläge in Berlin verübt und an den Bundesminister des Innern und einen Bundesanwalt im März 2011 scharfe Patronen versandt zu haben. Unter der Bezeichnung „Revolutionäre Linke“ sollen die Beschuldigten darüber hinaus die Szenepublikation „radikal“ hergestellt und verteilt haben.

In dem seit 2010 geführten Ermittlungsverfahren haben im Mai 2013 umfangreiche Durchsuchungsmaßnahmen bei den Beschuldigten stattgefunden.

[77] Internetportal „linksunten.indymedia“ (29. November 2013).

III. Parteien und sonstige Gruppierungen

1. „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und Umfeld

1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

Gründung:	1968
Sitz:	Essen (Nordrhein-Westfalen)
Bundesvorsitzender:	Patrik Köbele
Mitglieder:	3.500 (2012: 3.500)
Publikationen:	„unsere zeit“ (uz) (Zentralorgan), wöchentlich, Auflage: ca. 5.400 (2012: 5.400); „Marxistische Blätter“ (theoretisches Organ), sechs Ausgaben im Jahr

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) bekennt sich weiterhin zur Theorie von Marx, Engels und Lenin als Richtschnur ihres politischen Handelns. Wie die Partei bis heute betont, war sie „stets eng verbunden mit der SED“. Das zentrale Ziel der DKP bleibt der „grundlegende Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen“ sowie die Errichtung des „Sozialismus/Kommunismus“.[78] Sie verfolgt dabei, wie der neue stellvertretende Vorsitzende ausführt, eine „Strategie des antimonopolistischen Kampfes, die den Weg für Übergänge zum revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus öffnen will“.[79]

Ideologischer Richtungswechsel nach Parteitag

Der 20. Parteitag am 2./3. März 2013 und 25. Mai 2013 brachte im ideologisch-strategischen Richtungsstreit eine Wende zugunsten der „Parteilinken“. Mit Patrik Köbele wurde mit 91 von 152 Delegiertenstimmen ein Verfechter der Rückkehr zur „unverfälschten“

[78] Homepage DKP (29. November 2013).
[79] jW Nr. 50, 28. Februar 2013, S. 10.

Lehre des Marxismus-Leninismus zum neuen Vorsitzenden gewählt. Im neuen, 30 Mitglieder zählenden Parteivorstand haben sich die Mehrheitsverhältnisse ebenfalls verändert, gleichwohl sind die Reformer dort weiterhin vertreten. Alte Streitfragen bleiben somit weiter akut, sowohl die Aktualität der Imperialismustheorie von Lenin wie die möglichen Partner auf europäischer Ebene.

Bundestagswahl 2013

An der Bundestagswahl im September 2013 nahm die DKP lediglich in sechs Wahlkreisen in Berlin, Brandenburg und Baden-Württemberg mit Direktkandidaten teil und errang 1.699 Wählerstimmen. Die Partei beabsichtigt, an der Europawahl am 25. Mai 2014 teilzunehmen.

Weiter angespannte Finanzlage

Die finanziellen Schwierigkeiten der DKP halten weiter an. Im Sommer 2013 fiel das im Zweijahresrhythmus stattfindende Pressefest der Parteizeitung „unsere zeit“ (uz-Pressefest) aus, von den Veranstaltern in der Vergangenheit immerhin als „größtes Fest der Linken“ bezeichnet. 2014 soll das Fest nach einem Beschluss des neuen Parteivorstands wieder stattfinden. Die zur Vorfinanzierung erforderlichen 35.000 Euro seien durch Spenden bereits deutlich überschritten worden.

1.2 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Der marxistisch-leninistisch orientierte Jugendverband SDAJ mit seinen bundesweit 500 Mitgliedern (2012: 500) ist formal unabhängig, betrachtet sich aber als Nachwuchsorganisation der DKP. Die SDAJ verfolgt weiter das Ziel, in der Bundesrepublik Deutschland eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Im „Zukunftspapier“, ihrer programmatischen Grundlage, heißt es:

„Der Sozialismus braucht die Überwindung des kapitalistischen Staates, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Dieser Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen benötigt die aktive Unterstützung und Einbeziehung breiter Teile der Bevölkerung.“
(Homepage SDAJ, 13. November 2013)

Spannungen im Verhältnis zur DKP überwunden

Die kritische Einstellung der SDAJ gegenüber einer „zu gemäßigten“ Ausrichtung der DKP scheint nach dem Führungswechsel überwunden. So betonte die SDAJ in ihrem Grußwort zum DKP-Parteitag ihre uneingeschränkte Solidarität, denn die DKP sei die einzige Partei, mit der die SDAJ das revolutionäre Ziel teile und deswegen auch die gemeinsame Praxis suche.[80]

21. Bundeskongress

Am 12./13. Oktober 2013 veranstaltete die SDAJ in Eschborn (Hessen) ihren zweijährlich stattfindenden Bundeskongress. Paul Rodermund aus Baden-Württemberg wurde zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt; der bisherige Vorsitzende Björn Schmidt schied aus Altersgründen aus.

Pfingstcamps

In der Zeit vom 17. bis 20. Mai 2013 veranstaltete die SDAJ ihre im Zweijahresrhythmus stattfindenden regionalen Pfingstcamps. Ausgerichtet wurden vier Camps in Kiel (Schleswig-Holstein), Münster (Nordrhein-Westfalen), Hesseneck-Schöllenbach (Hessen) und Cottbus (Brandenburg).

Kuba-Solidaritätsbrigaden

Die SDAJ organisierte von Juli bis September 2013 zwei Kuba-„Solidaritätsbrigaden“. Der SDAJ-Vorsitzende Rodermund bekräftigte, Kuba sei „Vorbild“, die SDAJ dürfe „nicht aufhören, für den kubanischen Sozialismus zu werben“.[81]

[80] Homepage SDAJ (13. November 2013).

[81] Ebenda.

2. „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

Gründung:	1982
Sitz des Zentralkomitees:	Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen)
Vorsitzender:	Stefan Engel
Mitglieder:	ca. 1.900 (2012: 1.900)
Publikationen:	„Rote Fahne“ (RF) (Zentralorgan), wöchentlich, Auflage: ca. 8.000; „Lernen und kämpfen“ (LuK) (Mitgliedermagazin), mehrmals jährlich; „REBELL“ (Magazin des Jugendverbandes „REBELL“), zweimonatlich

Ideologisch unverändert und weitgehend isoliert

Die 1982 gegründete „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) hält an ihrer streng maoistisch-stalinistischen Ausrichtung fest. Grundlegendes Ziel bleibt der „revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, um den Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“ aufzubauen. Parteien wie DKP und DIE LINKE seien „Hauptträger des modernen Revisionismus in Deutschland“.[82] An der weitgehenden Isolation der MLPD innerhalb der linksextremistischen Szene hat sich 2013 nichts geändert.

Bundestagswahl 2013

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 kandidierte die MLPD in allen Bundesländern mit eigenen Listen und – mit Ausnahme von Brandenburg und Schleswig-Holstein – mindestens einem Direktkandidaten (insgesamt 41 Personen). Die Partei erhielt lediglich 0,1% der Zweitstimmen (24.219, 2009: 0,1%,

[82] Homepage MLPD (16. Dezember 2013).

29.261). In bewährter Manier zog der Parteivorsitzende und Spitzenkandidat Stefan Engel dennoch eine positive Bilanz, da sich das revolutionäre Potenzial rund um die MLPD beträchtlich erweitert habe.[83]

Ähnlich optimistisch gab sich der Vorsitzende bereits in einer Publikation aus dem Jahr 2011, in der er die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt andeutete:

„Doch am Horizont zeichnet sich bereits eine neue Zeitenwende ab; die Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution wird sichtbar. Aber die alte Herrschaft wird nicht freiwillig weichen, selbst wenn sie die gesamte Menschheit mitreißt in die kapitalistische Barbarei."
(Stefan Engel, Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution, Essen 2011, S. 611)

Politische Schwerpunkte

Schwerpunkte der politischen Arbeit der MLPD sind entsprechend der Beschlüsse des IX. Parteitages vom Herbst 2012 „Koordinierung und Revolutionierung über Ländergrenzen hinweg", insbesondere Parteiaufbau, Klassenkampf und Arbeitskämpfe sowie „Umweltarbeit als zweitwichtigste Kampflinie für die Vorbereitung der internationalen sozialistischen Revolution".

16. Pfingstjugendtreffen

Vor diesem Hintergrund veranstaltete der MLPD-Jugendverband „REBELL" am 18./19. Mai 2013 unter dem scheinbar unpolitischen und mit Blick auf breite Bevölkerungskreise anschlussfähigen Motto „Rettet die Umwelt" das „16. Internationale Pfingstjugendtreffen" in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen), zu dem sich nach Parteiangaben 12.000 Besucher einfanden. Der „Zentrale Koordinierungsausschuss" (ZKA) lobte die angeblich gestiegene Zahl der teilnehmenden Vertreter aus dem Ausland.[84]

[83] „Rote Fahne" Nr. 39 (27. September 2013).
[84] Homepage „Pfingstjugendtreffen" (15. November 2013).

3. „GegenStandpunkt“ (GSP)

GEGENSTANDPUNKT

Gründung:	1992
Sitz:	München (Bayern)
Mitglieder:	ca. 4.000 (2012: 5.000)
Publikation:	„GegenStandpunkt – Politische Vierteljahreszeitschrift“ (GSP), vierteljährlich

Die netzartig organisierte Gruppe „Gegenstandpunkt“ (GSP) vertritt eine modifizierte Marxismus-Konzeption. Sie lehnt die parlamentarische Demokratie als „perfekte Form bürgerlicher Herrschaft“ ab. Fernziel ist die revolutionäre Überwindung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft, die ihrerseits auf jeglichen staatlichen Ordnungsrahmen verzichten könne, da „Staaten nichts anderes als institutionalisierte Gewaltapparate“[85] seien. In einem Artikel über Proteste in der Türkei und Brasilien wird angedeutet, dass eine Revolution nicht notwendig gewaltfrei verlaufen müsse:

„Noch bevor sie sich mit irgendeiner Forderung befassen, prüfen Journalisten, wie es die Demonstranten mit dem Respekt vor dem staatlichen Gewaltmonopol halten. Mit dem Verständnis der Presse dürfen nur Demonstranten rechnen, die das Ordnungsmonopol einer ‚demokratisch gewählten‘ Regierung respektieren, also anerkennen, dass politische Veränderungen nicht in ihre eigene Kompetenz fallen. (...) Das Verständnis endet aber sofort, sobald die bewegten Massen darauf abzielen, wirklich etwas durchzusetzen, und sich nicht darauf beschränken, Forderungen und Appelle an die Macht zu richten, die ihnen die Chose eingebrockt hat.“
(„GegenStandpunkt“, Ausgabe 3-13, S. 8)

[85] GSP, Ausgabe 2-13, S.55.

Innerhalb der linksextremistischen Szene ist die Gruppierung weitestgehend isoliert, da sie weder eigene Kampagnen initiiert noch sich an Kampagnen anderer linksextremistischer Personenzusammenschlüsse beteiligt.

Die GSP widmet sich in erster Linie der Theorieproduktion und publiziert dies im Internet und in ihrer Vierteljahresschrift „GegenStandpunkt". Außerdem organisiert GSP interne und öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, einmal zur Theorie-Schulung der Anhänger wie z.B. „Jours Fixes", zum anderen zur Verbreitung der spezifischen Ideologie und um neue Anhänger zu gewinnen.

4. Trotzkisten

Bundesweit sind in Deutschland wie im Vorjahr zwölf internationale trotzkistische Dachverbände mit 20 Sektionen oder Resonanzgruppen vertreten. Ihr Mitgliederpotenzial blieb mit rund 1.400 Personen unverändert.

Strategie des Entrismus

Trotzkisten verfolgen die Strategie des Entrismus, die gezielte Unterwanderung anderer, meist konkurrierender Organisationen mit dem Ziel, diese durch verdeckte oder offene Einflussnahme für eigene ideologische und taktische Zwecke zu instrumentalisieren. Diese Methode wird insbesondere von den Gruppierungen „marx21" und „Sozialistische Alternative" (SAV) praktiziert und bezieht sich auf einige offen extremistische Zusammenschlüsse der Partei DIE LINKE.

„marx21"

Die seit Jahren agilste trotzkistische Organisation ist das Netzwerk „marx21", die deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „International Socialist Tendency" (IST) mit Sitz in London (Großbritannien). „Marx21" ist nunmehr als ein weiterer offen extremistischer Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE zu bewerten (vgl. Kap. III, Nr. 5.7).

„Sozialistische Alternative" (SAV)

Die SAV ist mit 400 Mitgliedern die deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „Committee for a Worker's International" (CWI) mit Sitz in London und versteht sich gemäß ihrem Statut als „revolutionäre, sozialistische Organisation in der Tradition von Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Luxemburg und

Liebknecht". Ihre Mitglieder agieren vorwiegend im offen extremistischen Zusammenschluss „Antikapitalistische Linke" (AKL, vgl. Kap. III, Nr. 5.4), um Einfluss auf die Partei DIE LINKE nehmen zu können.

Die SAV fordert den Aufbau einer sozialistischen Massenpartei:

„Eine sozialistische Massenpartei ist nötig (...). Eine Partei, die den Kapitalismus überwinden will und den Weg für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft aufzeigt."
(Homepage SAV, 8. August 2013)

Von zentraler Bedeutung sind die jährlich stattfindenden „Sozialismustage", die 2013 in sechs verschiedenen Städten veranstaltet wurden: am 8. Juni in Dortmund (Nordrhein-Westfalen), Berlin und Hamburg, am 14. Juni in Köln (Nordrhein-Westfalen), am 29. Juni in Stuttgart (Baden-Württemberg), am 3. November in Frankfurt am Main (Hessen).

5. „Offen extremistische Strukturen" in der Partei DIE LINKE

Die Gesamtpartei DIE LINKE wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz nicht beobachtet. Allerdings weisen verschiedene Zusammenschlüsse in der Partei seit Jahren eine Vielzahl von tatsächlichen Anhaltspunkten für linksextremistische Bestrebungen auf (sog. offen extremistische Strukturen). Ihr Ziel ist die Überwindung des bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems hin zu einer Ordnung, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist. Insgesamt gehören diesen Zusammenschlüssen mehr als 3.000 Personen an, die versuchen, im Sinne der extremistischen Programmatik Einfluss auf die politische Meinungsbildung in der Partei DIE LINKE zu nehmen.

Im Einzelnen:

5.1 „Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE“ (KPF)

Die KPF ist ein bundesweit tätiger Zusammenschluss in der Partei DIE LINKE. Die KPF definiert sich in ihrer Satzung als „bundesweiter Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE“.[86] Mit rund 1.200 Mitgliedern[87] (2012: 1.250) ist sie nach wie vor der mitgliederstärkste offen extremistische Zusammenschluss in der Partei DIE LINKE. Sie bekennt sich unverändert zu marxistisch-leninistischen Traditionen.

Laut Satzung zielt die KPF auf eine „sozialistische Alternative zum bestehenden kapitalistischen System“.[88] Der Landesverband Brandenburg nennt als „strategisches Ziel die Errichtung einer neuen sozialistischen Gesellschaft“, die „die positiven Erfahrungen des realen Sozialismus nutzt“.[89] Die KPF kooperiert weiterhin mit anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen der Partei sowie mit inländischen Linksextremisten.[90]

5.2 „Sozialistische Linke“ (SL)

Im Jahr 2013 lag die Mitgliederzahl der SL bei 823 Personen (2012: über 800). Die SL ist weiterhin mit sieben Personen im Bundesvorstand der Partei DIE LINKE vertreten.

In einem im Februar 2013 veröffentlichten „Kurzprofil“ spricht die SL, wie bereits in ihrer Gründungserklärung von 2006, davon, den Kapitalismus überwinden und „an linkssozialistische und reformkommunistische Traditionen“ anknüpfen zu wollen.[91] Im Debattenheft „Klasse ohne Mehrheit?“[92] bedauern drei Autoren, darunter ein Mitglied des Bundessprecherrates der SL, den Zusammenbruch der DDR und des realsozialistischen Staatensys-

[86] Homepage KPF (9. Dezember 2013).
[87] „KPF-Mitteilungen“, Heft 5, Mai 2013, S. 16.
[88] Satzung der KPF vom 25./26. Februar 1995, geändert am 26. April 2008.
[89] Homepage KPF Brandenburg (8. November 2013).
[90] „KPF-Mitteilungen“, Heft 5, Mai 2013, S. 16.
[91] Homepage SL (20. Februar 2013).
[92] „Klasse ohne Mehrheit?“ Nr. 2, Frühjahr 2013, S. 37.

tems. Das habe dem „kapitalistischen Vormarsch“ weiten Spielraum gegeben.

5.3 „Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“ (Cuba Sí)

Die 1991 gegründete, bundesweit tätige „Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí“ beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE hatte Ende 2012 nach eigenen Angaben 537 Mitglieder. Für das Jahr 2013 wurden bislang keine Mitgliederzahlen veröffentlicht.

Die politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba ist laut Satzung Grundanliegen und wesentlicher Inhalt der Tätigkeit der AG. Cuba Sí unterhält freundschaftliche und solidarische Kontakte zu zahlreichen kubanischen Organisationen und Einrichtungen, u.a. zur „Kommunistischen Partei Kubas“ (PCC) sowie zum „Kommunistischen Jugendverband Kubas“ (UJC).[93]

Eine kritische Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverstößen der kubanischen Regierung findet in der Regel nicht statt. Vielmehr bekennt sich Cuba Sí zu uneingeschränkter Solidarität mit dem Regime. So werden etwa Medienberichte, in denen Kuba der Verletzung von Menschenrechten bezichtigt wird, als Mix von Lügen und Halbwahrheiten diffamiert. Das Land sei einer Medienkampagne ausgesetzt, in der kein Platz für positive Meldungen sei.[94]

5.4 „Antikapitalistische Linke“ (AKL)

Die als loses Netzwerk in der damaligen „Linkspartei.PDS“ gegründete AKL ist seit Ende 2012 als neuer innerparteilicher Zusammenschluss der Partei DIE LINKE in Form einer „Bundesarbeitsgemeinschaft“ (BAG) organisiert. 2013 gehörten der AKL ca. 500 Mitglieder an.[95]

Ein Mitglied des aus sechs Personen bestehenden BundessprecherInnen-Rats der AKL gehört dem Bundesvorstand der Partei DIE LINKE an. In der AKL agieren auch Mitglieder der trotzkistischen

[93] Homepage „AG Cuba Sí“ (12. November 2013).
[94] „Cuba si revista”, Nr.1/2013, S. 12.
[95] Homepage AKL (6. November 2013).

„Sozialistischen Alternative“ (SAV). So ist eine SAV-Bundessprecherin[96] zugleich AKL-Ansprechpartnerin im Land Berlin.[97]

Die bundesweite Mitgliederversammlung am 9. November 2013 in Hannover (Niedersachsen) beschloss einstimmig einen „Aufruf zur Neugründung der AKL in der LINKEN“, der den alten Gründungsaufruf aus dem Jahr 2006 ersetzt. Dieser Grundlagentext zum politischen Selbstverständnis mit dem Titel „Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut – für eine antikapitalistische LINKE!“[98] fordert einen „grundsätzlichen Systemwechsel“. Die „kapitalistische Klassengesellschaft“ soll durch „Bruch mit den kapitalistischen Eigentumsstrukturen“ überwunden werden.

Ein Mitglied des BundessprecherInnen-Rates beschreibt die neukonstituierte AKL mit positivem Bezug zu Marx, Lenin, Luxemburg und Liebknecht:

„Die AKL hat deshalb mehr als andere Strömungen in der LINKEN das Recht, sich auf die Kräfte der Novemberrevolution und ihre bekanntesten Köpfe, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zu berufen. (...) Die AKL sieht ihre Aufgabe innerhalb der LINKEN deshalb auch zu einer gehörigen Portion darin, diesen Irrealos ein Konzept der radikalen, oder wie es bei Marx, Lenin, Luxemburg und Liebknecht hieß, der revolutionären Realpolitik entgegen zu stellen.“ (Homepage AKL, 12. November 2013)

Die AKL kooperiert weiter mit anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE, wie der KPF, der SL, dem „Geraer/Sozialistischer Dialog“ (GSoD) und dem „Marxistischen Forum“ (MF).

5.5 „Marxistisches Forum“ (MF)

Das orthodox-kommunistische MF beziffert die Zahl seiner Mitglieder auf etwa 370 Personen[99] (2012: etwa 350). Für eine

[96] Homepage SAV Berlin (13. November 2013).
[97] Homepage AKL (13. November 2013).
[98] Homepage AKL (14. November 2013).
[99] Homepage MF (12. November 2013).

Anerkennung als bundesweiter Zusammenschluss in der Partei DIE LINKE fehlen dem MF nach wie vor die satzungsgemäßen Voraussetzungen. Ein Mitglied des MF plädierte dafür, aus den Werken von Marx, Engels und Lenin Überlegungen für die heutige Zeit zu entwickeln:

„(...) ist es notwendig, die innere historische Schranke des globalen Kapitalfetischs mit Marx theoretisch zu überwinden und praktisch den Weg des Ausbruchs aus den Fesseln des Spätkapitalismus zu beschreiten – letztlich in die kommunistische Zukunft. (...)
Die Formierung des subjektiven Faktors von eigener Art kann nur auf der Grundlage eines weiterentwickelten Marxismus für das 21. Jahrhundert eine geschichtsmächtige Kraft werden, gestützt auf Lenins Denkmethode. (...)
In meinem Beitrag habe ich (...) auch dafür [plädiert], der Negierung des politikökonomischen Erbes Lenins entgegen zu treten. (...) Eine marxistische Theorieentwicklung für das Heute verlangt, das Gesamtwerk von Marx, Engels und Lenin in die objektive Dialektik des welthistorischen Zeitmaßes zu stellen, um hieraus weiterführende Überlegungen für unsere Zeit abzuleiten (...).“
(„Marxistisches Forum“, Heft 66, April 2013, S. 39)

Mitglieder des MF agieren auch in anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen der Partei, wie der KPF, der SL, der AKL und dem „Geraer/Sozialistischer Dialog“ (GSoD).[100]

5.6 „Geraer/Sozialistischer Dialog in der Partei DIE LINKE“ (GSoD)

Der GSoD hatte Ende 2012 nach eigenen Angaben 177 Mitglieder. Für das Jahr 2013 wurden bislang keine Mitgliederzahlen veröffentlicht. Auf marxistischer Basis soll ein Kurs zur Förderung der Zusammenarbeit der konsequent sozialistischen Kräfte in der Partei DIE LINKE entwickelt werden. Aus diesem Grund soll u.a. auch der Redaktionsbeirat seiner Zeitschrift „Bulletin“ „für andere

[100] Homepage MF (12. November 2013).

Persönlichkeiten aus dem Spektrum der konsequent sozialistisch-marxistischen Meinungsbildung“ geöffnet werden.[101]

Ein Mitglied des Koordinierungsrates des GSoD bekennt sich im „Bulletin“ zur Aktualität des Kommunismus:

„Die Ideen des Kommunismus gehören folglich nicht in die Mottenkiste, wie manche unter den Linken meinen, sondern ganz oben auf die Tagesordnung. (...) Im Sinne von Leo Trotzki könnte man meinen, dass eine kommunistische Bewegung heute diejenige sein muss, welche die bestehende Ordnung in Permanenz aufhebt und ihren revolutionären Sturz herbeiführt. Der Kommunismus muss nicht neu erfunden oder reformiert werden. Indem man sich seine Inhalte vergegenwärtigt und seiner Geschichte bewusst wird, statt ihn zu denunzieren, zeigt er den Weg auf zu einer humanen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus.“
(„Bulletin“, Ausgabe 36, Juni 2013, S. 8 f.)

Ein Mitglied des Sprecherrates des GSoD wehrte sich in einer Publikation gegen eine „Anti-DDR-Keule“, die gezückt werde, weil „der krisengeschüttelte, täglich kriegerischer werdende Kapitalismus die Frage nach einer Alternative zunehmend auf die Tagesordnung zwingt“. In diesem Zusammenhang wurde die DDR glorifziert, die einen Versuch „ohne die Herrschaft des Kapitals“ gewagt habe. Man müsse sich dagegen wehren, dass die DDR auf „reale und vermeintliche Unzulänglichkeiten“ reduziert werde, denn das werde ihr nicht gerecht.[102]

5.7 „Marx21“

Das im September 2007 gegründete trotzkistische Netzwerk „marx21“ will innerhalb der Partei DIE LINKE dazu beitragen, die Partei „zu stärken und so eine politische Alternative zum entfesselten Kapitalismus und zu den etablierten, neoliberalen Parteien aufzubauen“. Von Beginn an agierten Mitglieder des Netzwerks vorzugsweise im offen extremistischen Zusammenschluss

[101] Homepage GSoD (12. November 2013).
[102] „Mitteilungen der KPF“ vom April 2013, S. 9ff.

„Sozialistische Linke“ (vgl. Kap. III, Nr. 5.2). „Marx21“ ist kein vom Parteivorstand anerkannter bundesweiter Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE, gleichwohl agiert das Netzwerk ähnlich wie die vorgenannten Zusammenschlüsse. Es versucht, im Wege des Entrismus Einfluss auf die Partei zu gewinnen.

„Marx21“ will das „kapitalistische System“ überwinden und wirkt in diesem Zusammenhang darauf hin, DIE LINKE „zu einem Instrument für den Klassenkampf zu entwickeln“. Fernziel des Netzwerks ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Zur Außendarstellung bedient sich „marx21“ diverser Konferenzen, Versammlungen und insbesondere dem jährlich in Berlin stattfindenden Kongress „MARX IS MUSS“. Hierbei wirkt das Netzwerk auch mit anderen Linksextremisten zusammen. So traten auf dem Kongress „MARX IS MUSS“ (9. - 12. Mai 2013) auch Angehörige der „Interventionistischen Linken“ (IL) (vgl. Kap. II, Nr. 2.1) als Redner auf.

6. „Rote Hilfe e.V.“ (RH)

Gründung:	1975
Sitz:	Göttingen (Niedersachsen) (Bundesgeschäftsstelle)
Mitglieder:	6.000 (2012: 6.000) in 48 Ortsgruppen
Publikation:	„DIE ROTE HILFE“ vierteljährlich

Die „Rote Hilfe e.V.“ (RH) definiert sich in ihrer Satzung als eine „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt auf der Unterstützung von Straf- und Gewalttätern aus dem „linken“ Spektrum, die „wegen ihres politischen Engagements zum Ziel staatlicher Repression“ werden. Sie wird von Linksextremisten unterschiedlicher ideologisch-politischer Ausrichtung getragen.

Die RH versteht sich als „Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke“, die den Betroffenen ausdrücklich auch politische Hilfe leisten will. So gewährt sie finanzielle Unterstützung bei anfallenden Anwalts- und Prozesskosten sowie bei Geldstrafen und Geldbußen.

Darüber hinaus beteiligte sich die RH an verschiedenen Demonstrationen und organisierte Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Themenfeldern „Rechtshilfe“ und „staatliche Repression“.

In einem Beitrag thematisiert die RH zunächst ihre eigenen Aufrufe zum Widerstand gegen den demokratischen Rechtsstaat, um dann für die Zukunft eine offensivere Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der „politischen Gefangenen“ anzukündigen, deren „Widerstand“ sie nach wie vor ausdrücklich befürwortet und unterstützt:

„Es ist für uns tatsächlich mittlerweile ein unsägliches Dilemma, in dem wir stecken. Einerseits rufen wir permanent zu Widerstand auf. Andererseits wissen wir aber, was den Leuten blüht, wenn sie sich darauf einlassen. Widerstand dieser ganz Wenigen muss letztendlich sogar als kontraproduktiv bezeichnet werden, denn sie als Widerständige werden von der Repressionsmaschinerie zu deren ‚Waffe‘ gemacht – durch den verabreichten Terror zu warnenden Beispielen für alle anderen! (...) Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir unsere Bemühungen aufgeben. Im Gegenteil! Wir werden sie lediglich überwiegend verlagern und all das, was in den Knästen Menschen angetan wird, noch viel offensiver in der Öffentlichkeit anprangern.“ („DIE ROTE HILFE“ Nr. 3/2013, S. 59)

Ein Mitglied des Bundesvorstands der RH kommentierte Anfang Februar 2013 den Prozessbeginn gegen einen kurdischen Aktivisten in Berlin wie folgt:

„Und wieder einmal fungieren die Repressionsbehörden des so genannten deutschen Rechtsstaats als verlängerter Arm der türkischen Folterjustiz. Allein die Begründung für die Anklage ist – wie bei allen anderen Verfahren gegen vermeintliche Mitglieder

fortschrittlicher Exilstrukturen auch – eine absolute Frechheit. Die Repressionsorgane machen mit dem zweiten Verfahren auf der Grundlage des Gummi-Paragraphen 129b ein weiteres Mal klar, dass sie stärker denn je aktive Hilfstätigkeiten für Folterstaaten wie die Türkei übernehmen werden – und das natürlich ausschließlich gegen progressive Kräfte."
(Homepage „ROTE HILFE E.V.", 14. Februar 2013)

Am 27. August 2013 veröffentlichte die RH-Ortsgruppe Kiel (Schleswig-Holstein) auf ihrer Homepage einen Aufruf der „Kampagne Tatort Kurdistan" (vgl. Berichtsteil Ausländerextremismus, Kap. II, Nr. 1.2.5.2) zu einer Demonstration am 16. November 2013 in Berlin unter dem Motto „Friedensprozess unterstützen – PKK-Verbot aufheben" mit dem ausdrücklichen Hinweis, die RH unterstütze diesen Aufruf.

Die RH-Ortsgruppe Stuttgart (Baden-Württemberg) erklärte anlässlich von Durchsuchungsmaßnahmen der Polizei gegen mutmaßliche Angehörige der gewaltbereiten „Revolutionären Aktionszellen" (RAZ)[103] am 22. Mai 2013 in Berlin, Magdeburg (Sachsen-Anhalt) und Stuttgart:

„Dieser aktuelle Kriminalisierungsversuch macht wieder einmal aufs neue den Verfolgungswillen gegen links deutlich und soll offensichtlich dazu dienen linke Aktivistinnen und Aktivisten einzuschüchtern. Das ist für uns nicht hinnehmbar. Unsere Antwort auf diesen Repressionsschlag kann daher nur die Solidarität mit den Betroffenen sein."
(Homepage „ROTE HILFE E.V., Ortsgruppe Stuttgart", 22. Mai 2013)

[103] Die RAZ gelten als Nachfolgeorganisation der „militanten gruppe (mg)" und werden für mehrere Brandanschläge sowie für die Versendung von scharfen Patronen an den Bundesminister des Innern, einen Vertreter des GBA sowie zwei Politikwissenschaftler im Jahr 2011 verantwortlich gemacht. Darüber hinaus stehen die RAZ im Verdacht, die Untergrundzeitschrift „radikal" herauszugeben.

IV. Linksextremistische Verbreitungsstrukturen

Musik als Propagandamedium und Einnahmequelle

Linksextremisten nutzen Musik, um über Liedtexte ihre politischen Vorstellungen zu verbreiten und Gesinnungsgenossen zu Aktivitäten zu mobilisieren.

Musik wird aber auch genutzt, um Gelder für die eigenen Aktivitäten zu erwirtschaften und Sympathisanten anzuwerben, indem z.B. Partys oder Konzertabende in den als „Freiräume“ genutzten Einrichtungen veranstaltet werden.

Der Einsatz von Musik als Mittel zur Mobilisierung zeigt sich gelegentlich vor größeren Veranstaltungen. In Videos, die über das Internet verbreitet werden, dienen Musik und gewaltverherrlichende Bilder (vgl. Berichtsteil Bedeutung des Internets für extremistische Bestrebungen) dazu, für Angriffe auf rechtsextremistische Demonstranten zu werben und die Gewaltbereitschaft gegenüber „Nazis“ zu schüren.

Klassische Printmedien verlieren im linksextremistischen Spektrum zunehmend an Bedeutung, da die von den Verlagen und Vertriebsdiensten herausgegebenen Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Publikationen mit zumindest teilweise linksextremistischen Inhalten fast ausnahmslos auch auf entsprechenden Homepages veröffentlicht werden.

Die wenigen organisationsunabhängigen Publikationen werden nur noch in einer geringen Auflagenhöhe herausgegeben und haben folglich nur einen begrenzten Verbreitungsgrad.

Tageszeitung „junge Welt“ (jW)

Das derzeit bedeutendste und auflagenstärkste Printmedium im Linksextremismus ist die traditionskommunistisch ausgerichtete Tageszeitung „junge Welt“ (jW). Die bereits in der DDR von der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ)[104] herausgegebene Zeitung erscheint heute mit einer täglichen Auflagenhöhe von 18.500 Exemplaren[105] im eigenständigen Verlag „8. Mai GmbH“ mit Sitz in Berlin. Haupteigentümerin ist die „Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e.G.“, der im

[104] Jugendorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).
[105] jW Nr. 244, 21. Oktober 2013, S. 4.

November 2013 insgesamt 1.484 „Genossinnen und Genossen“ angehörten.[106] Die finanzielle Lage der jW ist weiterhin prekär.[107]

Einzelne Redaktionsmitglieder und ein nicht unerheblicher Teil der Stamm- und Gastautoren sind dem linksextremistischen Spektrum zuzurechnen. Die jW versteht sich als „klassenbewusste, kämpferische marxistische Tageszeitung“.[108] Sie ist „stark daran interessiert, dass sich Klassenkämpfe im Lande und weltweit entwickeln“.[109]

Im „Kampf“ zur Errichtung einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft schließt die jW Gewalt nicht ausdrücklich aus. Immer wieder bietet sie Personen eine Plattform, die politisch motivierte Straftaten gutheißen.

[106] jW Nr. 255, 4. November 2013, S.1.
[107] jW Nr. 16, 19./20. Januar 2013, S. 16.
[108] jW Nr. 16, 19./20. Januar 2013, S. 16.
[109] jW Nr. 10, 12./13. Januar 2013, S. 16.

Islamismus/ islamistischer Terrorismus

Islamismus/islamistischer Terrorismus

I. Überblick

Der Islamismus in Deutschland ist kein einheitliches Phänomen. Allen Ausprägungen gemeinsam ist der Missbrauch der Religion für politische Ziele. Islamistische Ideologie geht von einer göttlichen Ordnung aus, der sich Gesellschaft und Staat unterzuordnen haben. Dieses „Islam"-Verständnis steht im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und verletzt im Besonderen die demokratischen Grundsätze der Volkssouveränität, der Trennung von Staat und Religion, der Glaubensfreiheit, der Gleichstellung der Geschlechter sowie der sexuellen Selbstbestimmung.

Die verschiedenen Ausprägungen des Islamismus unterscheiden sich sowohl in ihrem Anspruch (regional oder global) als auch in ihren Mitteln (legalistisch, gewaltorientiert oder terroristisch). Legalistische Gruppierungen, also verfassungsfeindliche, aber nicht gewaltorientierte Bestrebungen, wie die „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V." (IGMG), lehnen Gewalt ab. Sie versuchen mit politischen Mitteln, ihren Mitgliedern ein nach ihrer Interpretation islamkonformes Leben in Deutschland zu ermöglichen. Die islamistischen Organisationen HAMAS und „Hizb Allah", deren Ziel die Vernichtung des jüdischen Staates Israel ist, sind auf ihre Herkunftsregionen fokussiert und wenden schwerpunktmäßig dort terroristische Gewalt an, Europa gilt ihnen hingegen als Rückzugsraum. Islamistische Terroristen („Jihadisten"), wie z.B. „al-Qaida" und ihre regionalen Ableger, sehen in ihrem Kampf für einen „Gottesstaat" in terroristischer Gewalt ein unabdingbares Mittel zum Kampf gegen „Ungläubige" und sogenannte korrupte Regime. Ihre terroristische Agenda ist global und bedroht die internationale Staatengemeinschaft.

Eine besonders radikale Strömung innerhalb des Islamismus ist der Salafismus, der vorgibt, den Islam der ersten drei Generationen von Muslimen, den sogenannten rechtschaffenen Altvorderen (as-salaf as-salih), unverändert in der heutigen Zeit zu praktizieren. Das Spektrum in Deutschland reicht von politischen bis hin zu „jihadistischen" Salafisten, wobei die Grenzen fließend sind.

1. Entwicklungstendenzen

Komplexität islamistisch-terroristischer Strukturen

Die „jihadistischen" Gruppierungen haben sich in ihrer Geschichte immer wieder an gesellschaftlich und regional unterschiedliche Gegebenheiten angepasst und strategische Planungen modifiziert, ohne ihre ideologische Fundierung zu verändern. In der Folge hat die Komplexität der islamistisch-terroristischen Strukturen in den letzten Jahren weiter zugenommen. Der islamistische Terrorismus hat sich sowohl globalisiert als auch individualisiert: Neben „al-Qaida" selbst und den mit ihr assoziierten regionalen Gruppen gibt es diverse Netzwerke mit einer Anbindung an die Terrororganisation. Vor allem aber sind es Einzeltäter – oftmals radikalisiert durch Internet-Veröffentlichungen –, die es den Sicherheitsbehörden erschweren, Tatvorbereitungen in einem frühen Stadium zu erkennen.

Für islamistische Terroristen korrespondiert die große Zahl an Opfern mit dem Ziel, auf spektakuläre Weise ein Höchstmaß an Angst und Schrecken zu erzeugen. Die einsetzbaren Mittel sind unbegrenzt. Die Sicherherheitsbehörden müssen alle möglichen Formen mitdenken; nichts kann ausgeschlossen werden. Im Juni 2013 wurden beispielsweise fünf Aktivisten der Terrororganisation „al-Qaida im Irak" im Irak festgenommen. Sie sollen dort an zwei Produktionsstätten das Nervengas Sarin sowie Senfgas hergestellt haben. Die Kampfstoffe sollen für Anschläge mittels ferngesteuerter Flugzeuge bestimmt gewesen sein.

Neben den unmittelbaren materiellen Schäden der Terrorakte stehen für die islamistischen Terroristen die langfristigen ökonomischen und politischen Folgewirkungen der Angriffe im Vordergrund: die Zerstörung der politisch-ökonomischen Grundlagen einer globalen, nichtislamistischen Ordnung. Im „jihadistischen" Internetmagazin „INSPIRE" wird deutlich davon gesprochen, den Feind finanziell „auszubluten". Mit einiger Berechtigung lässt sich hier von einem „ökonomischen Jihad" sprechen, der seine zeitgemäße Ergänzung in einem „elektronischen Jihad" findet.

Die Angriffsziele des islamistischen Terrorismus wirken zwar auf den ersten Blick wahllos, sind jedoch rational von dem politischen Kalkül bestimmt, die Bevölkerung einzuschüchtern und deren politischen Willen zu manipulieren. Die Angriffe richten sich auf Verkehrseinrichtungen und Kritische Infrastrukturen

und damit auf die Lebensnerven einer modernen Gesellschaft, auf sogenannte weiche Ziele, auf Objekte, die nur schwer zu schützen sind. Im Schadenfall würde das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nachhaltig beeinträchtigt werden.

Anhaltend hohe Gefährdungslage

Deutschland liegt nach wie vor im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus. Dies wird deutlich in Reisebewegungen von „Jihadisten" und in deren Verlautbarungen und Internetveröffentlichungen. Neben Gruppen und Netzwerken mit engen Verbindungen zu „jihadistischen" Organisationen im Ausland rücken vermehrt Einzeltäter (sogenannte lone wolves) und weitgehend autonome Kleinstgruppen in den Fokus, oftmals „homegrown"-Terroristen. Damit sind Personen der zweiten und dritten Einwanderergeneration sowie radikalisierte Konvertiten gemeint, die in Europa aufgewachsen sind bzw. sozialisiert wurden, sich an der globalen „al-Qaida"-Ideologie orientieren und dem hiesigen Wertesystem feindlich gegenüberstehen.

Einen allgemeingültigen Radikalisierungs- und Rekrutierungsverlauf gibt es nicht. Art und Gewichtung radikalisierungsfördernder Faktoren (z.B. soziale Situation, kulturelle Herkunft und Persönlichkeitsstruktur) unterscheiden sich z.T. erheblich.

Einzeltäter, die sich im Internet selbst radikalisieren und motivieren, stellen die Sicherheitsbehörden vor besondere Herausforderungen. Sie agieren teilweise unabhängig von Netzwerkstrukturen, sodass Anschlagspläne oder Vorbereitungshandlungen, auch wegen der zurückgezogenen Lebensweise dieser Personen, im Vorfeld nur schwer zu erkennen sind.

Dass Deutschland weiterhin im Fokus islamistisch-terroristischer Bestrebungen liegt, zeigt u.a. auch der laufende Prozess in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) gegen vier mutmaßliche „al-Qaida"-Mitglieder. Diese sind dringend verdächtig, mit einem direkten Auftrag der Führung einen Terroranschlag in Deutschland geplant zu haben.

Arabischer Transformationsprozess

Die politisch nicht entschiedene und sicherheitspolitisch fragile Situation in Ländern wie Syrien, Ägypten und Tunesien bildet einen Nährboden für den Aufbau terroristischer Strukturen. Auf dieser Grundlage versucht „al-Qaida", ihren Einfluss in der Region weiter auszubauen. Dies ist ihr im besonderen Maße in

Syrien gelungen, einem arabischen und muslimischen Kernland mit einer besonderen Symbolkraft. Nach „al-Qaida"-Chef Aiman al-Zawahiri kämpfen die „Mujahidin" in Syrien für die Errichtung eines islamischen Kalifats und die Befreiung Syriens vom Assad-Regime und dessen iranischen Verbündeten.

„Jabhat al-Nusra" (JaN)

Mit „Jabhat al-Nusra" (JaN) gilt eine der aktivsten „jihadistischen" Gruppierungen in Syrien als Regionalorganisation von „al-Qaida". Ziel der offiziell Ende Januar 2012 unter der Führung von Abu Muhammad al-Julani gegründeten Organisation ist ein islamisches Emirat in „Groß-Syrien". Differenzen mit der Organisation des „Islamischen Staates Irak" wurden von „al-Qaida"-Führer al-Zawahiri im Frühjahr 2013 entschieden, indem er beide Gruppierungen für deren nicht mit Kern-„al-Qaida" abgestimmten Verlautbarungen rügte und dem „Islamischen Staat Irak" den Irak und der JaN Syrien als Zuständigkeitsbereich zuwies. Zuvor hatte der Emir der irakischen Organisation Abu Bakr al-Baghdadi in einer Audiobotschaft die Vereinigung mit der JaN zur neuen Organisation „Islamischer Staat Irak und Großsyrien" (ISIG) verkündet, was al-Julani bereits am darauffolgenden Tag dementierte und zum Anlass nahm, dem „al-Qaida"-Führer die Treue zu schwören.

Bedeutung der Situation in Syrien für die Entwicklung in Deutschland

Die Entwicklung in Syrien wird insbesondere im gesamten „jihadistischen" Spektrum mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt: wegen der Brutalität der Auseinandersetzung, für die die anderen Konfliktparteien verantwortlich gemacht werden, und der Möglichkeit der Kampferfahrung.

Die hohe Emotionalisierung wird in Deutschland (und in Europa insgesamt) von zwei Entwicklungen begleitet: zum einen von einer beispiellosen Propagandawelle zur Unterstützung („jihadistisch"-)islamistischer Kräfte, zum anderen einer Ausreisewelle von Islamisten nach Syrien. Für viele Islamisten aus Europa sind Reisen zu einem „Jihad"-Schauplatz sowie die Bereitschaft zum bewaffneten Kampf bis hin zur Opferung des eigenen Lebens „für den Islam" („Märtyrerkult") Ausdruck ihres Selbstverständnisses.

Islamistische Syrien-Propaganda wird in Deutschland von sunnitischen Extremisten betrieben. Sie richtet sich gegen ein Regime, das wahlweise als „vom wahren Glauben abgefallen" (schiitisch/alawitisch) oder als „gottlos" (säkular/laizistisch)

charakterisiert wird. Die Propaganda soll Muslime in Deutschland zu Geld- und Sachspenden bewegen, mit denen den „notleidenden Brüdern und Schwestern" in Syrien geholfen und der Widerstand gegen das Regime moralisch und logistisch, möglicherweise auch finanziell und personell, unterstützt wird. Diese Propaganda zielt ausschließlich auf Hilfe nur für „die Sunniten" ab. Diese Fokussierung spiegelt die Konfessionalisierung des Konflikts in Syrien auch in Deutschland wider.

„Benefizveranstaltungen"

Sogenannte Benefizveranstaltungen in und im Umfeld von meist salafistisch geprägten Moscheen, die regelmäßig im gesamten Bundesgebiet durchgeführt werden, dienen ebenso wie das Internet (vor allem über Videobotschaften) als Plattformen der Propaganda. Neben zentralen Personen der salafistischen Szene tritt hier auch eine große Anzahl von Aktivisten in Erscheinung, die die Propaganda über soziale Netzwerke in die unterschiedlichsten Zielgruppen trägt. Wie islamistische Agitation im Gesamten lebt auch die islamistische Syrien-Propaganda von Emotionalisierung und historisierenden Narrativen: Schluchzen, Tränen und Wutausbrüche begleiten die Reden. Mitleiderregende oder schockierende Bilder (bzw. Videos) sowie religiös-mythologische Erzählungen über „al-Sham" (das historische „Groß-Syrien") als den „Ort des Endkampfes vor dem Jüngsten Gericht" sollen den Widerstand „legitimieren". Sie sind geeignet, für den gewaltsamen Kampf gegen das Assad-Regime zu rekrutieren. Salafistische Propagandisten mit ursprünglich unterschiedlichen Positionen agieren in diesem Zusammenhang gemeinsam.

Reisebewegungen nach Syrien

Bis Anfang 2014 lagen Erkenntnisse zu mehr als 270 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um sich an den Kampfhandlungen zu beteiligen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen – ein Trend, dessen Ende nicht abzusehen ist.

Wenngleich aus den meisten Bundesländern Personen nach Syrien ausgereist sind, ist eine Schwerpunktbildung insbesondere dort zu erkennen, wo über Jahre eine aktive islamistische Szene existiert. In vielen Fällen bleibt das tatsächliche Ziel der Ausreisen unklar. Neben humanitären bzw. sonstigen unterstützenden Zwecken liegen auch Hinweise auf eine Anbindung einzelner Personen an „jihadistische" Gruppierungen vor Ort vor.

Die Ausreise nach Syrien scheint besonders für Personen mit Migrationshintergrund „attraktiv“ zu sein, sie stellen ca. 90% aller Reisenden. Der Anteil der Konvertiten an den Ausreisenden beträgt ca. 10%. Etwa 15% der ausgereisten Personen sind Jugendliche und Heranwachsende bis 20 Jahre, darunter auch Minderjährige. Der Einstieg in die Szene erfolgt in der Regel im jugendlichen Alter oder als Heranwachsender, mit der Folge, dass die Szene sich verjüngt. Islamistische Propaganda findet in ihnen ein lohnendes Ziel, da sie in besonderem Maße bereit sind, nicht nur radikale Vorstellungen zu übernehmen, sondern hierfür auch Opfer zu bringen.

Von den mehr als 270 ausgereisten Islamisten sind einige bereits nach Deutschland zurückgekehrt. Personen, die in Syrien oder der Region ein terroristisches Ausbildungslager absolviert bzw. aktiv an Kampfhandlungen beteiligt waren, stellen bei einer Wiedereinreise nach Deutschland ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Von diesem Personenkreis können sicherheitsgefährdende Aktivitäten drohen bzw. bei Verbleib in der Region Gefährdungen deutscher oder ausländischer Interessen ausgehen. So könnten Einzeltäter oder Personen mit bestehender Anbindung an eine „jihadistische“ Gruppierung in Syrien nach ihrer Rückkehr nach Deutschland Anschlagsplanungen verfolgen. Darüber hinaus können Personen, die aus Syrien zurückkehren, eine Vorbildfunktion wahrnehmen, aus der heraus sie weitere – insbesondere junge – Muslime für den „Jihad“ in Syrien rekrutieren.

„Individueller Jihad“

Der „individuelle Jihad“ gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Zahl der Aufrufe zu einem „individuellen Jihad“, zu Terroranschlägen durch organisationsungebundene und vor Ort lebende Einzeltäter, ist weiterhin hoch. „Al-Qaida“ betonte bereits 2011, solche Anschläge stünden in ihrer Bedeutung dem Kampf in „Jihad“-Gebieten in nichts nach. Die unter diesem Signum begangenen Anschläge – von Arid Uka in Frankfurt am Main (Hessen) über Mohammad Merah in Frankreich bis hin zu dem Anschlag im Jahr 2013 auf den Boston-Marathon und die Ermordung eines britischen Soldaten in London (Großbritannien) – zeigen die Brisanz dieser Kampfform. Das englischsprachige Online-Magazin „INSPIRE“ von „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) bezeichnete den Sprengstoffanschlag auf den Marathonlauf in Boston (USA) als „Demonstration der Effektivität des individuellen Jihad“.

Am 22. Mai 2013 töteten zwei britische Konvertiten nigerianischer Abstammung in London (Großbritannien) auf offener Straße einen britischen Soldaten mit Hieb- und Stichwaffen. Nach dem Mord ließen sich beide Täter von einem unbeteiligten Passanten filmen und legten ein Tatbekenntnis ab. Als Begründung gab einer der Täter an, Großbritannien führe in anderen Ländern Krieg gegen die Muslime, daher sei der Soldat ein „gerechtes" Opfer. Großbritannien würde nur Ruhe finden, wenn es seinen Krieg gegen die Muslime beende.

Dieser Modus Operandi wird von „jihadistischen" Strategen als die erfolgversprechendste Maßnahme gegen den technologisch überlegenen Westen bezeichnet (z.B. Abu Mus`ab al-Suri in „Der Aufruf zum globalen islamischen Widerstand"). Er findet zudem einen anhaltenden Widerhall in „jihadistischen" Foren. „INSPIRE" leistet seit der ersten Ausgabe insgesamt einen nicht zu unterschätzenden Beitrag, diese militanten Überlegungen in die Tat umzusetzen. Im März 2013 forderte das Internetmagazin zu Aktionen in Form von „Tausend kleinen Nadelstichen" auf. Mit möglichst geringen Mitteln solle ein großer wirtschaftlicher Schaden herbeigeführt werden. Der propagierte „low-level"-Terror (z.B. Anzünden von Autos) eröffnet auch solchen Personen Handlungsspielräume, die nicht ihr Leben aufs Spiel setzen wollen.

Tschetschenische Extremisten

Am 15. April 2013 wurde ein Sprengstoffanschlag auf den Marathonlauf in Boston (USA) verübt. Bei den Explosionen kamen drei Menschen ums Leben, mehr als 260 wurden verletzt. Auf der Flucht sollen die mutmaßlichen Täter, zwei Brüder tschetschenischer Abstammung, zudem einen Wachoffizier erschossen und einen Polizeibeamten schwer verletzt haben. Während der jüngere Bruder schwer verletzt festgenommen werden konnte, wurde der ältere von Sicherheitskräften erschossen. Bei der Prozesseröffnung vor einem US-Bundesgericht am 11. Juli 2013 wurden einem der mutmaßlichen Täter insgesamt 30 Anklagepunkte verlesen, u.a. werden ihm der Einsatz einer Massenvernichtungswaffe mit Tötungsabsicht, die Tötung von insgesamt vier Menschen sowie die Körperverletzung an über 260 Menschen vorgeworfen. Als Motiv für den Anschlag soll der Angeschuldigte u.a. angegeben haben, sein Bruder habe den Islam vor Angriffen schützen wollen.

Nach dem o.g. Anschlag und aufgrund eines Hinweises auf angebliche Anschlagsplanungen tschetschenischer Extremisten in

Deutschland im Mai 2013, geriet die nordkaukasische Diaspora in Deutschland zunehmend in das Blickfeld der Öffentlichkeit.

Deutschland dient den Anhängern der „Nordkaukasischen Separatistenbewegung“ (NKSB) primär als Raum für die finanzielle und logistische Unterstützung der Bewegung im Nordkaukasus.

Einzelne Nordkaukasier wenden sich von den Zielen der Separatistenbewegung ab und zeigen ein gesteigertes Interesse am weltweiten „Jihad“. Insbesondere nicht integrierte junge Nordkaukasier scheinen Antworten und Handlungsanweisungen in der Ideologie des Salafismus zu suchen.

Frauen in islamistisch-terroristischen Strukturen

Der islamistische Terrorismus bleibt männlich dominiert. Vereinzelt äußern jedoch auch junge Frauen den Wunsch, die „Mujahidin“ aktiv in „Jihad“-Gebieten zu unterstützen; sie stellen bislang aber noch eine Minderheit dar. Weit überwiegend beschränkt sich die seit einigen Jahren festzustellende Tendenz, Frauen verstärkt in islamistisch-terroristische Strukturen einzubinden, auf das Sammeln von Spenden und die Propaganda für den gewaltsamen „Jihad“. Immer mehr zeichnet sich aber auch der Trend zu einer aktiven Unterstützung des „Jihad“ in Internet-Netzwerken ab.

Salafistische Gruppen weiter im Aufwind

Der Salafismus bleibt in Deutschland wie auch auf internationaler Ebene die zurzeit dynamischste islamistische Bewegung. Auch 2013 stieg die Zahl der Anhänger weiter an: Dem salafistischen Spektrum werden derzeit 5.500 Personen zugerechnet (2012: 4.500). Der Salafismus ist eine besonders radikale Variante des Islamismus, der vorgibt, sich ausschließlich an den Prinzipien des Koran, dem Vorbild des Propheten Muhammad und der ersten drei Generationen der Muslime zu orientieren. Ziel von Salafisten ist die vollständige Ausrichtung von Staat, Gesellschaft und individueller Lebensgestaltung nach diesen als „gottgewollt“ postulierten Normen. Beispielhaft für diese Sichtweise ist die Einlassung eines verurteilten Salafisten, der im Januar 2014 vor dem Bonner Landgericht ausrief: „Allah hat als einziger das Recht zu entscheiden und nicht das Volk“. Nachdem er eine Ausgabe des Koran in die Höhe gehalten und den Koran als seine „Gesetzgebung“ bezeichnet hatte, warf er mit den Worten „und das ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“, Seiten einer Ausgabe des Grundgesetzes zu Boden.

Innerhalb des politischen Salafismus sowie zwischen politischen und „jihadistischen" Salafisten sind die Unterschiede nicht trennscharf. Die stetig steigende Zahl von Fällen, bei denen Anhänger unterschiedlicher Strömungen innerhalb des Salafismus zusammenarbeiten, verdeutlicht dies. Ein prominentes Beispiel für diese Zusammenarbeit waren die gewalttätigen Ausschreitungen im Mai 2012 in Nordrhein-Westfalen. Aber auch bei der Kampagne „LIES!" und den Propagandaveranstaltungen zum Thema Syrien kooperieren politische und „jihadistische" Salafisten.

Zudem ist auffällig, dass Prediger aus dem politisch-salafistischen Spektrum nach längerem Aufenthalt im Ausland nach ihrer Rückkehr in Deutschland emotionaler und radikaler agieren.

Salafisten versuchen, ihre Ideologie durch massive Propagandaaktivitäten zu verbreiten. Hierfür organisieren sie bundesweit u.a. Kundgebungen, Infostände und Veranstaltungen zum Thema Syrien. Dabei flankieren sie ihre Propaganda- und Indoktrinierungsbemühungen in der realen Welt durch virtuelle Angebote wie z.B. YouTube-Kanäle, Chatforen, Facebook-Seiten und Homepages.

Mit einer weiteren Zunahme des salafistischen Personenpotenzials ist auch im Jahr 2014 zu rechnen.

Solidaritätsarbeit für inhaftierte Islamisten

Die Zahl der in Deutschland inhaftierten Islamisten ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen. Islamisten haben das Mobilisierungs- und Rekrutierungspotenzial in den Haftanstalten erkannt. Unterstützungsnetzwerke tragen wesentlich zur Radikalisierung der jeweiligen Szene bei. Sie stellen die Inhaftierten als unschuldige Opfer ideologisch begründeter „staatlicher Repression" dar. Sie rechtfertigen damit die eigene Position, „demaskieren" den Gegner und versuchen, Anhänger und Sympathisanten zum Einsatz für die Inhaftierten zu gewinnen: Die Inhaftierung als Teil des Kampfes zwischen „Wahrheit" (vertreten durch die „wahren Gläubigen") und „Falschheit" (vertreten durch die „Ungläubigen"). Damit werden auch die Inhaftierten in ihrer ideologischen Ausrichtung bestärkt.

In Deutschland – wie auch in anderen europäischen Ländern – werben verschiedene Projekte mit eigenem Internetauftritt für die Unterstützung inhaftierter Islamisten und letztlich für den „jihadistischen" Salafismus. In sozialen Netzwerken

wird in Beiträgen für Solidarität und materielle Unterstützung geworben. Die Veröffentlichung von Briefen der Inhaftierten dient dem „Heldenstatus" der Inhaftierten. Da Inhaftierte aufgrund ihrer Situation häufig besonders anfällig für Ideologien sind, die ihnen Halt und Stabilität versprechen, besteht gerade bei inhaftierten Islamisten die besondere Gefahr einer weiteren Radikalisierung in den Justizvollzugsanstalten. Inhaftierte Islamisten könnten zudem in der Lage sein, andere Häftlinge zu radikalisieren.

Antisemitimus als Bestandteil des Islamismus

Antisemitismus ist ein integraler Bestandteil islamistischer Ideologie. Die Feindschaft gegen den Staat Israel wird dabei durchaus mit klassischen Stereotypen der Judenfeindschaft verbunden: von der jüdischen Finanzkraft bis hin zur jüdischen Weltverschwörung. Im Zeichen moderner Kommunikationstechnologien finden antisemitische Indoktrinierungen in einem neuen Rahmen statt. Mit dem Verbot des „Hizb Allah"-Senders „al-Manar" im Jahr 2008 hat die Bundesregierung ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Anschläge eines Mohammad Merah in Toulouse (Frankreich, 2012) – er ermordete vor einer jüdischen Schule vier Menschen, unter ihnen drei Kinder – zeigen die Intensität der Gefährdung. Jede Eskalation des Nahost-Konflikts, insbesondere auch durch terroristische Gruppen, die an einem Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern nicht interessiert sind, wird die Gefährdungssituation verschärfen.

Dynamik der Wechselwirkungen zwischen den Extremismen

Bei antiimperialistischen Linksextremisten und Neonazis gibt es zuweilen unverhohlene Freude und Zustimmung zu dem kompromisslosen Kampf der Islamisten gegen den Westen, speziell gegen die USA und Israel.

Neonazis beziehen sich oftmals positiv auf den antisemitischen Hass der „Jihadisten". Islamisten hingegen reagieren auf rechtsextremistische Provokationen insbesondere dann mit einem erheblichen Ausmaß an Militanz, wenn sie den Propheten Muhammad beleidigt sehen. Dies zeigte sich beispielhaft in Straßenkrawallen wie im Jahr 2012 bis hin zu einer 2013 manifest gewordenen neuen Eskalation mit den mutmaßlichen Anschlagsplanungen gegen einen führenden Rechtsextremisten.

Die islamkritischen und islamfeindlichen Äußerungen rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Gruppierungen bieten

Salafisten die vermeintliche Legitimation für ihre gewalttätigen Aktionen. Sie sehen solche Aktionen und den staatlichen Schutz für dieses Demonstrationsgeschehen als Angriff auf den Islam und rechtfertigen so ihren „Kampf/Jihad“ in Deutschland.

2. Staatliche Maßnahmen

Vereinsrechtliche Maßnahmen

Vereinsverbote sind ein geeignetes Mittel, um die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten von Islamisten zu beschränken. Wenngleich sich dadurch naturgemäß Gesinnungen nicht ändern, werden doch Strukturen und Kommunikationswege nachhaltig gestört. Vor diesem Hintergrund wurden im Jahr 2013 mehrere islamistische Vereine verboten.

So hat der Bundesminister des Innern mit Verfügungen vom 25. Februar 2013 das salafistische Missionierungsnetzwerk „DawaFFM“, den „Internationalen Jugendverein – Dar al Schabab e.V.“ als dessen Teilorganisation sowie den salafistischen Verein „Islamische Audios“ (auch „DawaTeam Islamische Audios“) verboten und aufgelöst.[110] Ferner wurde festgestellt, dass „an-Nussrah“ eine Teilorganisation der bereits im Mai 2012 verbotenen salafistischen Vereinigung „Millatu Ibrahim“ ist und sich die Verbotsverfügung gegen „Millatu Ibrahim“ auch auf „an-Nussrah“ erstreckt. Die o.g. Vereine lehnen die geltende staatliche Ordnung, insbesondere elementare verfassungsrechtliche Positionen wie Demokratieprinzip und Rechtsstaatsprinzip, ebenso ab wie die Glaubens- und Gewissensfreiheit und richten sich zudem gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Gleichwohl setzten einige Anhänger in Deutschland ihre propagandistischen Aktivitäten, wenn auch in geringerem Ausmaß, fort. Dabei verherrlichen diese in ihren Veröffentlichungen die mittlerweile in Syrien und der Türkei aufhältigen ehemaligen Anführer von „Millatu Ibrahim“ Mohamed Mahmoud und Denis Cuspert.

[110] Die Verbote wurden am 13. März 2013 vollzogen. „DawaFFM“ einschließlich seiner Teilorganisation „Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V.“ haben im November 2013 Klage beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) eingereicht. Mit Urteil vom 14. Mai 2014 wies das BVerwG die Klagen ab und bestätigte die Rechtmäßigkeit der Verbote.

Am 25. Januar 2013 verurteilte das Kammergericht Berlin einen deutschen Staatsangehörigen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland in zwei Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von neun Jahren und einen österreichischen Staatsangehörigen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und neun Monaten. Das Gericht stellte u.a. fest, dass der deutsche Angeklagte im Mai 2009 von Deutschland in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet gereist ist, um am gewaltsamen „Jihad" teilzunehmen. Zu diesem Zweck habe er sich dort im Herbst 2009 der ausländischen terroristischen Vereinigung „Deutsche Taliban Mujahideen" angeschlossen. Nach Feststellung des Gerichts hatten sich die beiden Angeklagten in der Folgezeit im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet kennengelernt und spätestens im Juli 2010 „al-Qaida" angeschlossen. Sie hatten von einem Führungsmitglied der „al-Qaida" den Auftrag erhalten, Geld für die Organisation zu sammeln, neue Mitglieder und Unterstützer zu rekrutieren und sich für noch nicht näher bestimmte Operationen verschiedenster Art – bis hin zur Vorbereitung von Terroranschlägen – bereitzuhalten. Nachdem sie im Frühjahr 2011 nach Europa zurückgekehrt waren, hatten die Verurteilten damit begonnen, in Wien (Österreich) und Berlin um Unterstützung für „al-Qaida" zu werben, woraufhin sie im Mai 2011 festgenommen wurden.

Bei den „Deutschen Taliban Mujahideen" handelte es sich um eine kleine Gruppierung aus deutschen Konvertiten, Deutsch-Türken und Türken. Sie rechneten sich eigenen Angaben zufolge den „Taleban" zu, wenngleich eine entsprechende Bestätigung der afghanischen Organisation zu keinem Zeitpunkt erfolgt ist. Nachdem der Gründer und Anführer der „Deutschen Taliban Mujahideen" sowie ein weiteres Gründungsmitglied am 28. April 2010 bei einem Feuergefecht mit pakistanischen Sicherheitskräften getötet wurden, zerstreute sich die ohnehin mitgliederschwache Splittergruppe.

Die Bundesanwaltschaft erhob am 20. September 2013 vor dem OLG Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) Anklage gegen einen deutschen Staatsangehörigen wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung „Deutsche Taliban Mujahideen". Der Angeschuldigte soll laut Anklage Ende Juni 2009 von Deutschland in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet

gereist sein, um sich am gewaltsamen „Jihad“ zu beteiligen. Anfang 2010 habe er sich den „Deutschen Taliban Mujahideen“ angeschlossen. Er habe einen Mitgliedsbeitrag entrichtet und seine zuvor erworbene Schusswaffe in die Organisation eingebracht. Nachdem sich die Gruppierung zerstreut hatte, sei der Angeschuldigte nach Jordanien gereist. Von dort aus sei er im April 2013 nach Deutschland zurückgekehrt. Der Angeschuldigte wurde am 30. April 2013 festgenommen und befindet sich seither in Untersuchungshaft.

Am 21. November 2013 verurteilte das OLG Frankfurt am Main (Hessen) eine Person mit deutscher und afghanischer Staatsangehörigkeit wegen mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu einer Jugendstrafe von drei Jahren und sechs Monaten. Nach Feststellung des Gerichts war der Angeklagte von Anfang 2012 bis zu seiner Festnahme am 17. September 2012 als „Statthalter“ der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ (IBU) in Deutschland tätig. Er habe in ständigem E-Mail-Kontakt mit Führungskräften der IBU gestanden, von diesen Anweisungen erhalten und der Organisation Material für ihre Medienarbeit übermittelt. Der Angeklagte sei ermächtigt gewesen, „Jihadwillige“ aus Deutschland auf die Reise in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet zu schicken und soll darüber hinaus Spendengelder für die IBU gesammelt haben.

Am 12. März 2014 erhob der Generalbundesanwalt vor dem OLG Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) Anklage gegen drei deutsche und einen albanischen Staatsangehörigen wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung, der Verabredung zum Mord und des Verstoßes gegen das Waffengesetz. Den Angeschuldigten wird zur Last gelegt, spätestens im Dezember 2012 eine islamistische Gruppierung mit dem Ziel gegründet zu haben, Schusswaffen- und Sprengstoffattentate auf führende Mitglieder der rechtsextremistischen „Bürgerbewegung pro NRW“ („pro NRW“) zu verüben. Laut Anklage hätten sie darin übereingestimmt, dass der islamkritische Landtagswahlkampf von „pro NRW“ im April und Mai 2012 eine gewaltsame Reaktion erfordere. Für den 13. März 2013 sollen sie einen Mordanschlag auf den Vorsitzenden von „pro NRW“ geplant haben. Die Angeschuldigten wurden in der Nacht vom 12. auf den 13. März 2013 an verschiedenen Orten in Nordrhein-Westfalen festgenommen.

Einer der deutschen Staatsangehörigen ist zudem wegen versuchten Mordes und versuchten Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion angeklagt. Ihm wird vorgeworfen, den versuchten Sprengstoffanschlag auf den Bonner Hauptbahnhof am 10. Dezember 2012 verübt zu haben. Laut Anklage soll er an diesem Tag eine selbstgebaute Rohrbombe in einer Sporttasche auf einem Bahnsteig des Bahnhofes abgestellt haben. Die Explosion des Sprengsatzes hätte durch einen zeitgesteuerten Zündmechanismus ausgelöst werden und möglichst viele Menschen töten sollen. Das Vorhaben des Angeschuldigten sei jedoch aufgrund eines Konstruktionsfehlers oder einer instabilen Zündvorrichtung fehlgeschlagen.

3. Organisationen und Personenpotenzial

Ende 2013 gab es 30 (2012: 30) bundesweit aktive islamistische Organisationen. Das islamistische Personenpotenzial in Deutschland ist von 42.550 (2012) auf 43.190 gestiegen. Der Anstieg beruht insbesondere auf dem stetigen Zuwachs bei den Mitgliedern/Anhängern salafistischer Bestrebungen in Deutschland.

Zu den in Deutschland in internationale „jihadistische“ Netzwerke eingebundenen Personen liegen keine gesicherten Zahlen vor.

Islamismuspotenzial[1]			
Organisationen[2]	**2011**	**2012**	**2013**
„Al-Qaida“ und affiliierte terroristische Organisationen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
Islamistisch-kurdische Netzwerke/ „Ansar al-Islam“ (AAI)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
Salafistische Bestrebungen	keine gesicherten Zahlen (geschätzt 3.800)	4.500	5.500
„Hizb Allah“	950	950	950
„Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ (HAMAS)	300	300	300
„Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB)	500	500	250
„Türkische Hizbullah“ (TH)	350	350	350
„Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIA)	200	200	200
„Hizb ut-Tahrir“ (HuT)	300	300	300
„Muslimbruderschaft“ (MB)	1.300	1.300	1.300
„Tablighi Jama’at“ (TJ)	700	700	700
„Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH)	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen	keine gesicherten Zahlen
„Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.“ (IGMG)	31.000	31.000	31.000
Sonstige[3]	2.480	2.450	2.340
Summe	**38.080**	**42.550**	**43.190**

[1] Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind zum Teil geschätzt und gerundet.

[2] Die Reihenfolge der Auflistung ist geordnet von terroristischen Organisationen bis zu Organisationen, die auf Gewalt verzichten.

[3] Weitere Organisationen, deren Mitglieder- und Anhängerzahlen im Islamismuspotenzial zu berücksichtigen sind.

II. Internationaler islamistischer Terrorismus

Der internationale islamistische Terrorismus ist nach wie vor eine massive Bedrohung für die Staatengemeinschaft und stellt – trotz zahlreicher Fahndungserfolge – weiterhin eine der größten Gefahren für die innere Sicherheit Deutschlands dar.

1. „Al-Qaida" („Die Basis")

1.1 Kern-„al-Qaida"

gegründet:	Mitte der 1980er Jahre
Leitung:	Aiman al-Zawahiri
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Die von Usama Bin Ladin gegründete „al-Qaida" strebt ein islamistisches Regime zumindest in den mehrheitlich von Muslimen bewohnten Ländern und darauf aufbauend eine Ausdehnung an. Ihr Kampf gilt dem „äußeren Feind" (dem westlichen Einfluss, insbesondere den USA und Israel) und dem „inneren Feind" (den sogenannten unislamischen Regierungen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika).

Die Organisation verfügt weltweit über ein zahlenmäßig schwer zu schätzendes Potenzial von Anhängern, die sich der „al-Qaida"-Ideologie verschrieben haben. Kennzeichen dieser Ideologie ist ein globaler Ansatz, der eine „Verteidigung der muslimischen Gemeinschaft gegen Ungläubige" vorgibt und westliche Gemeinschaften und ihre Werte militant ablehnt.

Die operative Handlungsfähigkeit von „al-Qaida" wurde in den vergangenen Jahren durch den hohen Verfolgungsdruck gegen die Organisation deutlich geschwächt. Der Verlust von Führungspersonen erschwert die zentrale Steuerung, führt allerdings nicht zu einem völligen Verlust der Handlungsfähigkeit.

Nachdem 2011 die unbestrittene Leitfigur Bin Ladin bei einem Zugriff US-amerikanischer Spezialeinheiten in Abbottabad

(Pakistan) getötet worden war – sein Stellvertreter al-Zawahiri wurde am 16. Juni 2011 zum Nachfolger benannt – setzte sich der Verlust von Führungspersonen auch im Jahr 2013 fort. So wurde beispielsweise im Oktober 2013 Abu Anas al-Libi in Libyen festgenommen und in die USA überstellt. Ihm wird u.a. vorgeworfen, führend an den Anschlägen gegen die US-Botschaften in Kenia und Tansania am 7. August 1998 beteiligt gewesen zu sein, bei denen über 200 Menschen getötet und mehrere Tausend verletzt worden waren.

„Al-Qaida" strebt zwar weiterhin große, medienwirksame Anschläge an. In der Praxis überwiegt aktuell jedoch ein ergänzender, eher pragmatischer Ansatz, mit dem „der Westen" durch eine Vielzahl kleinerer Anschläge angegriffen werden soll. Mit dieser „Nadelstichtaktik" soll eine permanente Bedrohungskulisse geschaffen werden.

In diesem Sinne wendet sich die Propaganda von „al-Qaida" vermehrt an Einzeltäter oder Kleinstgruppen, die dazu aufgerufen werden, Anschläge ohne Absprache und formale Anbindung an die Organisation durchzuführen. Unmittelbare Auslöser können dabei „jihadistische" Internetpropaganda, subjektiv als islamfeindlich empfundene Ereignisse, Äußerungen oder Handlungen oder auch Maßnahmen der Sicherheitsbehörden sein.

Verlautbarungen im Internet

Auch im Jahr 2013 erläuterten „al-Qaida"-Führer in mehreren Erklärungen ihre Ideologie und Strategie. In einer am 16. August 2013 in einem „jihadistischen" Internetforum veröffentlichten Textbotschaft – „Allgemeine Richtlinien für den Jihad" von al-Zawahiri – wird als Ziel des terroristischen Kampfes beschrieben, die USA zu schwächen und zu destabilisieren. Infolgedessen würden auch die Verbündeten der USA „zugrunde gehen". Die „Mujahidin" sollen deshalb weltweit Interessenvertretungen der „westlich-zionistischen Kreuzzügler" angreifen und Muslime aus den Gefängnissen befreien.

In der am 13. September 2013 in einem „jihadistischen" Internetforum festgestellten Videobotschaft „Der Glaube schlägt den Hochmut nieder" spricht al-Zawahiri anlässlich des zwölften Jahrestages der Anschläge vom 11. September 2001 von einer „US-amerikanischen Niederlage im Irak und in Afghanistan" und von „Verbrechen der USA" in „Palästina", Afghanistan, Jemen, Mali

und Pakistan. Die „USA und ihr Hochmut“ müssten durch eine Schwächung der US-amerikanischen Wirtschaft bekämpft werden. Al-Zawahiri erklärte, dies sei bereits mit „kleineren verteilten Angriffen von einem oder mehreren Brüdern“ möglich, fügte jedoch hinzu, ungeachtet dessen müsse man weiter die „richtige Gelegenheit für einen großen Angriff“ abwarten. Der aus Ägypten stammende „al-Qaida“-Führer rief zudem die Muslime in seinem Heimatland auf, sich zu vereinen und für die Umsetzung der Scharia zu kämpfen. Die ägyptische Armee habe stattdessen den USA die Macht gegeben, das Land zu regieren.

Strukturen von „al-Qaida“ in Deutschland sind nicht bekannt.

1.2 „Al-Qaida im Irak“/„Islamischer Staat Irak“/ „Islamischer Staat Irak und Großsyrien“ (ISIG)

Gründung:	Ende 2003
Leitung:	Abu Bakr al-Baghdadi al-Husaini al-Qurashi
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Die aktivste terroristische Gruppierung im Zentral- und Südirak bleibt die von dem Jordanier Ahmad Fadil Nazal al-Khalaila alias Abu Mus’ab al-Zarqawi – er wurde bei einem gezielten Luftangriff der US-amerikanischen Streitkräfte am 7. Juni 2006 getötet – gegründete sunnitisch-terroristische „al-Qaida im Irak“. Seit Oktober 2006 tritt „al-Qaida im Irak“ nach außen hin unter der Bezeichnung „Islamischer Staat Irak“ auf, seit April 2013 auch als „Islamischer Staat Irak und Großsyrien“ (ISIG).

Den neuen Namen verkündete der Emir des „Islamischen Staates Irak“ Abu Bakr al-Baghdadi am 9. April 2013 als Ergebnis der Vereinigung seiner Organisation mit der Gruppierung „Jabhat al-Nusra“ (JaN). Obgleich der Zusammenschluss umgehend von „al-Qaida“-Anführer al-Zawahiri und dem Emir der JaN Abu Muhammad al-Julani dementiert wurde, agiert die Organisation weiterhin unter der Bezeichnung ISIG.

Der Organisation konnten auch im Jahr 2013 zahlreiche Anschläge im Irak zugerechnet werden. Diese richteten sich u.a. gegen Regierungseinrichtungen, Polizeistationen und religiöse Feierlichkeiten der schiitischen Bevölkerung.

Nachdem Abu Bakr al-Baghdadi 2012 eine neue Phase des Kampfes unter der Bezeichnung „Zerstörung der Mauern" zur Befreiung inhaftierter Kämpfer ausgerufen hatte, wurde diese Offensive im Jahr 2013 mit einer Vielzahl von Anschlägen fortgesetzt. So wurden am 14. März 2013 bei einem Angriff auf das Justizministerium in Bagdad (Irak) mindestens 18 Personen getötet. Mit einer präzise vorbereiteten Aktion konnten in der Nacht zum 22. Juli 2013 ca. 500 Gefangene aus den irakischen Gefängnissen Abu Ghraib und Tadschi befreit werden. Dabei wurden Granatwerfer, Autobomben und Selbstmordattentäter eingesetzt, sodass die Sicherheitskräfte die Lage erst mit dem Einsatz von Kampfflugzeugen unter Kontrolle bringen konnten. Im Verlauf der Kämpfe wurden u.a. 20 Sicherheitskräfte und 16 Soldaten getötet.

Die ISIG bildet gezielt Kinder für den Kampf im syrischen Bürgerkrieg aus. In einem am 29. Mai 2013 veröffentlichten Propagandavideo wird die Ausbildung von kleinen Jungen im Nahkampf sowie an Sturmgewehren und Handgranaten demonstriert. Fotos aus der Region Aleppo (Syrien) vom 31. August 2013 zeigen Kinder als Publikum einer Enthauptung von mutmaßlichen Kämpfern der Milizen des Assad-Regimes.

Strukturen des ISIG in Deutschland sind nicht bekannt.

1.3 „Al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM)

Gründung:	Ende der 1990er Jahre in Algerien
Leitung:	Abdalmalik Darduqal alias Abu Mus’ab Abdalwadud
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Die „Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf“ („Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat“ – GSPC) hatte sich Ende der 1990er Jahre von der algerischen „Bewaffneten Islamischen Gruppe“ („Groupe Islamique Armé“ – GIA) abgespalten. Die GSPC war im Jahr 2003 für die Entführung von 32 Touristen, darunter 16 Deutsche, im Süden Algeriens verantwortlich.

Nachdem sich die GSPC bereits seit Längerem um ideologische Annäherung an „al-Qaida“ bemüht hatte, wurde der Beitritt der GSPC zu „al-Qaida“ am 11. September 2006 offiziell bekannt gegeben. Seit Januar 2007 nennt sich die Gruppierung „al-Qaida im islamischen Maghreb“ (AQM).

Die AQM ist die derzeit größte und aktivste islamistisch-terroristische Organisation im Maghreb[111]. Mit dem Anschluss an „al-Qaida“ gingen eine Ausweitung der Anschlagsstrategien, u.a. Anschläge durch Selbstmordattentäter, sowie eine Erweiterung des Zielspektrums auf ausländische Staatsbürger und Einrichtungen einher.

Die Aktivitäten der AQM konzentrieren sich insbesondere auf Algerien und Mali, erstrecken sich jedoch auch auf zahlreiche weitere nord- und westafrikanische Staaten.

Die AQM profitierte von den Umbrüchen im Norden Malis, die im Frühjahr 2012 durch eine Rebellion der Tuareg ausgelöst worden waren und eroberte zusammen mit anderen terroristischen Gruppierungen große Gebiete im Norden des Landes. In

[111] Maghreb umfasst im engeren Sinne die nordafrikanischen Staaten Tunesien, Algerien und Marokko; im weiteren Sinne auch Libyen und Mauretanien.

Kooperation mit der „Bewegung für die Einheit und den Jihad in Westafrika“ („Mouvement pour l’Unicité et le Jihad en Afrique de l’Ouest“ – MUJAO), einer Abspaltung der AQM, und der Gruppierung „Ansar al-Din“ kontrollierte die AQM die Gebiete in Nordmali. Die militärische Intervention Frankreichs im Januar 2013 hielt einen weiteren Vormarsch auf und drängte die Terroristen in kurzer Zeit zurück.

Die AQM musste zudem den Verlust einiger hochrangiger Führungspersonen kompensieren. Im Oktober 2012 verließ mit Mokhtar Belmokhtar einer der bis dahin wichtigsten Anführer der AQM mit seinen Gefolgsleuten die Organsation. Drei Monate später wurde der Medienbeauftragte der AQM Salah Gasmi von algerischen Sicherheitskräften festgenommen. Mit Abdalhamid Abu Zaid wurde im Februar 2013 ein weiterer bedeutender Anführer bei einer französischen Militäroffensive im Nordosten Malis getötet.

Trotz dieser Rückschläge führte die AQM auch im Jahr 2013 Anschläge durch. Ziel waren dabei insbesondere algerische Regierungseinrichtungen.

Der AQM ist zudem mit „al-Murabitun“, dem Zusammenschluss der Gruppe um Belmokhtar und der MUJAO, ein Konkurrent erwachsen. Die im August 2013 gegründete Gruppierung bekennt sich zu den Zielen und Methoden von Kern-„al-Qaida“ und zielt auf eine Vereinigung der „Jihadisten“ in ganz Nord- und Westafrika.

Vom 16. bis 19. Januar 2013 besetzte ein von Belmokhtar beauftragtes Kommando eine Gasförderanlage der Firma British Petroleum (BP) in Ain Amenas (Algerien). Die algerische Armee erstürmte die Anlage am 19. Januar 2013 und beendete die Geiselnahme. Mindestens 80 Menschen kamen dabei ums Leben.

Strukturen von AQM in Deutschland sind nicht bekannt.

1.4 „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH)

Gründung:	Januar 2009
Leitung:	Nasir Abdalkarim Abdallah al-Wuhaishi alias Abu Basir
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

„Al-Qaida im Jemen“ (AQJ), die noch im Jahr 2003 als weitgehend zerschlagen galt, erstarkte 2006 unter der Führung ihres Emirs al-Wuhaishi wieder und führte eine Reihe schwerer Anschläge durch – insbesondere den Anschlag gegen die US-amerikanische Botschaft in Sanaa (Jemen) am 17. September 2008, bei dem mindestens 16 Personen getötet wurden.

Im Januar 2009 schlossen sich AQJ und „al-Qaida“-Kräfte aus Saudi-Arabien zu „al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ (AQAH) zusammen, wodurch die bis dahin ausschließlich im Jemen aktive AQJ ihren terroristischen Aktionsradius auf Saudi-Arabien erweiterte.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele (Beseitigung ausländischer Einflüsse auf der Arabischen Halbinsel sowie der Kampf gegen die von ihr als unislamisch angesehenen Regierungen) rechtfertigte al-Wuhaishi in einem Interview auch die Tötung von Touristen und westlichen Ausländern. Einen Rückschlag erlitt die AQAH im Jahr 2013 durch den Tod ihres stellvertretenden Anführers Sa’id Ali al-Shihri, nachdem bereits 2011 mit Anwar al-Aulaqi ein wichtiger Propagandist, insbesondere im Zusammenhang mit „INSPIRE“, getötet worden war.

Seit ihrer Gründung hat die AQAH ihre operative Handlungsfähigkeit, vor allem durch Anschläge auf den internationalen Luftverkehr, unter Beweis gestellt. Sie bekannte sich zu der versuchten Sprengung eines Flugzeugs der Delta Air Lines mit 278 Menschen an Bord auf dem Flug von Amsterdam (Niederlande) nach Detroit (USA) am 25. Dezember 2009. Auch die vereitelten Paketbombenanschläge auf Frachtflugzeuge Ende Oktober 2010 gehen auf das Konto der AQAH. Im Mai 2012 gelang es den

US-amerikanischen Behörden den für einen Anschlag vorgesehenen Sprengsatz bereits im Vorfeld sicherzustellen und einen weiteren Anschlag auf ein Passagierflugzeug zu verhindern.

Neben ihren internationalen Aktivitäten begeht AQAH auch weiterhin Anschläge im Jemen. So kamen bei einer Anschlagsserie der Organisation auf jemenitische Streit- und Sicherheitskräfte in der Provinz Shabwah am 20. September 2013 über 50 Menschen ums Leben. Am 5. Dezember 2013 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf das Verteidigungsministerium in Sanaa (Jemen) über 50 Menschen, darunter zwei deutsche Staatsangehörige, getötet. AQAH bekannte sich am 6. Dezember 2013 zu dem Anschlag.

Im Jahr 2013 konnten keine Anschläge bzw. Anschlagsversuche außerhalb des Jemen festgestellt werden. Dennoch hält die AQAH an ihrer internationalen Strategie fest, was sich auch an der Veröffentlichung zweier weiterer Ausgaben ihres englischsprachigen Online-Magazins „INSPIRE“ zeigte.

„INSPIRE“

Die erste Ausgabe von „INSPIRE“ erschien im Juni 2010 mit einer Anleitung zum Bombenbau. Wesentlicher Bestandteil des Magazins ist die Rubrik „Open Source Jihad“, in der Muslime aufgerufen werden, mit einfachen Mitteln Anschläge im Westen durchzuführen.

Die am 1. März 2013 veröffentlichte zehnte Ausgabe von „INSPIRE“ enthält ein Porträtfoto und Zitat des deutschen „Jihadisten“ Denis Cuspert. Zudem ist erstmals eine eigene Rubrik für Frauen enthalten.

In der am 31. Mai 2013 publizierten elften Ausgabe wird der Sprengstoffanschlag auf den Marathonlauf in Boston (USA) als „Demonstration der Effektivität des individuellen Jihad“ bezeichnet und die Tötung eines britischen Soldaten in London (Großbritannien) gelobt. Darüber hinaus enthält die Ausgabe ein Porträtfoto und Zitat des aus Deutschland stammenden „al-Qaida“-Propagandisten Bekkay Harrach, der im Jahr 2010 in Afghanistan getötet wurde.

Bereits in der fünften Ausgabe vom März 2011 war ein unverkennbarer Deutschland-Bezug enthalten, indem der Mörder

zweier amerikanischer Soldaten am 2. März 2011 am Flughafen Frankfurt am Main (Hessen) als „mutiger kosovarischer Mujahid“ gelobt wurde. Seine Inspiration durch die Internetpropaganda wird besonders hervorgehoben:

„It was said that he was inspired by the internet works of the mujahidin.“
(„INSPIRE“ Nr. 5, S. 6)

Fazit

Auf der Arabischen Halbinsel, insbesondere im Jemen und in Saudi-Arabien, stehen neben staatlichen Institutionen und Einrichtungen der Ölindustrie auch Interessen westlicher Staaten im Zielspektrum der AQAH. Es muss daher mit weiteren Anschlägen, aber auch mit gezielten Entführungen und Tötungen westlicher Ausländer gerechnet werden.

Darüber hinaus zeigen die vereitelten Anschläge auf den internationalen Luftverkehr, dass AQAH ihren Aktionsradius über die Arabische Halbinsel hinaus ausgedehnt hat und international weiterhin als die schlagkräftigste Regionalorganisation von „al-Qaida“ angesehen werden muss.

Strukturen bzw. Unterstützer der AQAH in Deutschland sind bislang nicht bekannt.

1.5 „Al-Shabab“

Gründung:	2006 in Somalia
Leitung:	Sheik Mokhtar Abel Rahman alias Abu Zubair alias Godane
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Die Gruppierung „al-Shabab“ hat sich im Jahr 2006 von der „Union islamischer Gerichtshöfe“ (UIG) abgespalten und sich im Wesentlichen aus deren jungen, radikalen Kämpfern formiert.

Nachdem sie bereits in der Vergangenheit die ideologische Nähe und Zugehörigkeit zu „al-Qaida“ proklamiert hatte, veröffentlichten „jihadistische“ Internetforen am 9. Februar 2012 eine Videoverlautbarung von al-Zawahiri, in der „al-Shabab“ als regionaler Arm des „al-Qaida“-Netzwerkes offiziell anerkannt wurde.

Ziele

Ziel von „al-Shabab“ ist der Sturz der somalischen Regierung, um ein „großsomalisches Kalifat“ unter Einschluss der äthiopischen Region Ogaden zu errichten und sämtliche westliche Einflüsse aus dem Land zurückzudrängen.

„Al-Shabab“ kontrolliert – trotz großer Gebietsverluste an die Truppen der „Mission der Afrikanischen Union in Somalia“ (AMISOM) im Jahr 2012 – weiterhin ein Drittel des somalischen Staatsgebietes (große Territorien in den somalischen Provinzen Bay, Banadiir, Jubba, Hiiraan, Galguduud, Gedo sowie in Lower- und Zentral-Shabelle).

Dem verstärkten militärischen Engagement der Afrikanischen Union begegnete die „al-Shabab“ im Jahr 2013 mit einer zunehmenden Anzahl von Anschlägen und Selbstmordattentaten. Dabei konzentrierte sich die Organisation u.a. auf Ziele in der Hauptstadt Mogadischu. Die Anschläge auf Regierungsvertreter, diplomatische Einrichtungen und Soldaten der AMISOM dienen dem erklärten Ziel, die AMISOM-Truppen zum Abzug aus Somalia zu bewegen.

In diesem Zusammenhang steht auch der Anschlag auf das „Westgate“-Einkaufszentrum in Nairobi (Kenia) vom 21. bis 24. September 2013. Bei der Geiselnahme und gezielten Tötung von Nicht-Muslimen und westlichen Ausländern kamen der kenianischen Regierung zufolge 62 Menschen ums Leben. Zudem gelten mehr als 50 Personen als vermisst. „Al-Shabab“ forderte mit dem Anschlag die kenianische Führung zum Rückzug ihres Truppenkontingentes aus Somalia auf und drohte zugleich weitere Angriffe auf Ziele in Kenia an.

Das Jahr 2013 war von gewaltsamen internen Auseinandersetzungen zwischen dem national-„jihadistischen“ und dem global-„jihadistischen“ Flügel von „al-Shabab“ geprägt. Während die national-„jihadistische“ Fraktion die „ausländischen Invasoren“ in den Mittelpunkt des Kampfes stellt, versteht die

global-„jihadistisch“ orientierte Fraktion sich als Teil des weltweiten „Jihad“. Nachdem die Vertreter des national-„jihadistischen“ Flügels um Mukthar Robow und Hassan Dahir Aweys die Autorität des global-„jihadistisch“ orientierten Emirs Sheikh Mokhtar Abel Rahman zunehmend infrage gestellt hatten, gelang es diesem, nach bewaffneten Auseinandersetzungen im Frühsommer 2013 seine Gegner zu entmachten und seinen Führungsanspruch zu festigen. Mit dieser Richtungsentscheidung ist zu erwarten, dass „al-Shabab“ ihren Aktionsradius dauerhaft über Somalia hinaus ausdehnen wird.

Fazit

Mit der Konsolidierung der internen Machtbasis sowie dem Anschlag auf das Einkaufszentrum in Nairobi gelang es Rahman, seine Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Ferner konnte er den eigenen Anspruch untermauern, einen wesentlichen Einflussfaktor im internationalen Gefüge von „al-Qaida“ darzustellen. Es ist zu befürchten, dass „al-Shabab“ zukünftig gezielt westliche Staatsangehörige entführen könnte, um ein Druckmittel gegen westliche Staaten zu haben.

Organisationsstrukturen von „al-Shabab“ in Deutschland sind nicht bekannt. Die Sicherheitsbehörden gehen von einer mittleren zweistelligen Zahl von Unterstützern bzw. Sympathisanten aus.

2. Regionale „jihadistische“ Gruppierungen

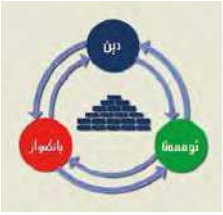
2.1 Islamistisch-kurdische Netzwerke

Islamistische Gruppierungen kurdischer Prägung haben ihren Ausgangspunkt vor allem im Nordirak. Die ehemals unter einem Dach organisierte islamistisch-kurdische Szene zersplitterte im letzten Jahrzehnt in zahlreiche Gruppierungen und Organisationen. Ziel aller Gruppierungen ist ein unabhängiges, islamisches Kurdistan auf Grundlage der Scharia.

Als wichtigste Gruppierung in diesem Spektrum gilt die islamistische Terrororganisation „Ansar al-Islam“ (AAI – „Gruppe der Anhänger des Islam“). Die AAI entstand im Jahr 2001 aus einem Zusammenschluss verschiedener „jihadistisch“ orientierter

kurdischer Splittergruppen im Nordirak. Seit Herbst 2003 sah sich AAI als Teil des islamistisch-terroristischen „Widerstands" im Irak, der sich primär auf den Kampf gegen die Koalitionsstreitkräfte konzentrierte. Nach deren Abzug im Dezember 2011 bemüht sich AAI, wieder verstärkt Präsenz im Irak zu zeigen. So drohte die AAI in einer im März 2013 in einem „jhadistischen" Internetforum veröffentlichten Textbotschaft allen Sunniten, die ihre Arbeit im irakischen Sicherheitsapparat nicht aufgeben, mit „schweren Strafen". Sie würden sich zu Sklaven der Schiiten machen und ihre sunnitischen Brüder verraten, bekämpfen oder töten.

Der Gründer und ehemalige Anführer der AAI Mullah Krekar ist weiterhin eine zentrale Identifikationsfigur islamistischer Kurden und übt einen großen Einfluss auf islamistisch-kurdische Netzwerke in Deutschland, Europa und im Irak aus. Krekar wurde im März und August 2012 in Norwegen zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, u.a. wegen Todesdrohungen gegen eine norwegische Politikerin.



Im Jahr 2009 gründete Krekar die islamistische Organisation „Rawt i Shax". Ziel der Gewalt nicht ausschließenden Gruppierung ist die Errichtung eines „Gottesstaates" im kurdischen Teil des Irak. In Europa sollten für den Kampf im Irak Organisationsstrukturen geschaffen werden. „Rawt i Shax" werden europaweit ca. 200 Mitglieder und Unterstützer zugerechnet. Ihre Aktivitäten konzentrieren sich vornehmlich auf Spendensammlungen, Propagandaaktivitäten, Schulungen sowie die Rekrutierung neuer Mitglieder.

Aktivitäten in Deutschland

Nahezu alle Gruppierungen verfügen über Sympathisanten und Anhänger innerhalb der irakisch-kurdischen Diaspora in Deutschland. In Deutschland bestehen vereinzelt lose Personenzusammenschlüsse von „Rawt i Shax"-Anhängern. Am 20. März 2013 wurden in mehreren Bundesländern insgesamt zwölf Objekte von neun mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern von „Rawt i Shax" wegen des Verdachts der Gründung einer ausländischen terroristischen Vereinigung durchsucht, zeitgleich sechs Wohnobjekte weiterer mutmaßlicher Mitglieder der Gruppierung in Norwegen, Großbritannien und der Schweiz. Durch die Maßnahmen wurden die Aktivitäten der Gruppierung in Deutschland nachhaltig beeinträchtigt.

2.2 „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU)

Gründung:	1998
Leitung:	Abdul Fattah Ahmadi alias Usman Ghazi
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	keine gesicherten Zahlen

Nach ihrer Gründung im Jahr 1998 in Kabul (Afghanistan) verfolgte die „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU) zunächst das Ziel, das säkulare Regime in Usbekistan zu stürzen, um dort einen islamischen Staat zu errichten. Später erweiterte sie ihr Operationsgebiet und strebt nun die Schaffung eines islamischen Kalifats in Zentralasien an.

Aufgrund des Zusammenbruchs des „Taleban“-Regimes in Afghanistan musste die IBU ihre früheren Rückzugsgebiete in Afghanistan und Tadschikistan verlassen und in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet ausweichen, das heute noch als wesentlicher Operations- und Rückzugsraum gilt. Als neuer Emir wurde 2012 Abdul Fattah Ahmadi alias Usman Ghazi – langjähriges Führungsmitglied der Organisation – benannt, der den globalen „Jihad“ propagiert.

Die IBU betreibt eigene Internetpräsenzen, sowohl in Form von Internetseiten als auch in sozialen Netzwerken. Seit 2009 haben deutschsprachige Produktionen einen großen Stellenwert in der Propagandaarbeit der IBU. Verantwortlich hierfür sind vor allem die aus Bonn (Nordrhein-Westfalen) stammenden Brüder Monir und Yassin Chouka. Diese riefen auch im Jahr 2013 aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet zur aktiven Teilnahme am gewaltsamen „Jihad“ auf. Einige der im Jahr 2013 veröffentlichten Botschaften der Chouka-Brüder wurden jedoch anders als in der Vergangenheit nicht von der Medienstelle der IBU „Studio Jundullah“, sondern von Medienstellen anderer „jihadistischer“ Organisationen präsentiert.

In einer auf März 2013 datierten deutschsprachigen Videobotschaft mit dem Titel „Liebesgrüße aus der Ferne“ richtete sich

Yassin Chouka „vom Boden der Ehre“ an die „ehrenvollen Geschwister“ Mohamed Mahmoud und Denis Cuspert. Gott habe ihnen „Millatu Ibrahim“ als „Waffe der Gerechtigkeit“ gegeben, um den Glauben zu erhöhen und die Ungläubigen zu erniedrigen. Die Botschaft wurde am 6. Mai 2013 von der Medienstelle der islamistisch-terroristischen Gruppierung „Islamische Partei Turkistan“ (TIP) ins Internet eingestellt. Bei Mahmoud und Cuspert handelt es sich um die Anführer der 2012 in Deutschland verbotenen Vereinigung „Millatu Ibrahim“. Mittlerweile rufen sie vom Ausland aus zum bewaffneten Kampf gegen die „Ungläubigen“ auf.

Am 11. April 2013 wurde in einem „jihadistischen“ Internetforum die Audiobotschaft „Der König von Setterich“ von Yassin Chouka festgestellt. Chouka widmet die Botschaft dem aus Deutschland stammenden „Märtyrer Ahmad“, der mit zwei weiteren „Mujahidin“ am 10. Oktober 2012 bei einem Drohnenangriff getötet worden sei. Chouka erklärt, dass „Ahmad“, der laut Chouka aus Baesweiler-Setterich (Nordrhein-Westfalen) stammte, sein bester Schüler gewesen sei. „Ahmad“ habe sogar seinen Lehrer überholt und bewiesen, dass der „Jihad“ nicht weit von Setterich entfernt sei. Zum Abschluss der Botschaft wird der Text „Jihad in Deutschland! Nur noch eine Frage der Zeit!“ eingeblendet. Die Botschaft wurde von der Medienstelle der IBU produziert.

Am 8. November 2013 wurde in einem „jihadistischen“ Internetforum eine Videobotschaft von Yassin Chouka mit dem Titel „Bruderherz, besinn dich I“ festgestellt. Darin appelliert Yassin Chouka an seinen älteren, in Deutschland lebenden Bruder, stellvertretend für alle in Deutschland lebenden „Brüder“, sich auf seine wahre Religion zu besinnen und sich ebenfalls dem „Jihad“ anzuschließen. Am 1. Dezember 2013 wurde eine weitere deutschsprachige Veröffentlichung von Yassin Chouka mit dem Titel „Bruderherz besinn Dich II – Die Geschichte von Musa‘b Ibn Umair“ gezeigt. Das Audio mit Standbild von Yassin Chouka ist wie Teil I ein Appell an den älteren Bruder und „alle Muslime“, sich am „Jihad“ zu beteiligen. Beide Veröffentlichungen wurden von der Medienstelle „al-Khandaq“ produziert, die nicht der IBU zuzuordnen ist.

III. Salafistische Bestrebungen

Der Salafismus bleibt in Deutschland die dynamischste islamistische Bewegung. Dem salafistischen Spektrum werden derzeit 5.500 Personen zugerechnet (2012: 4.500). Ursache für die steigenden Zahlen ist die beträchtliche Anziehungskraft, die der Salafismus insbesondere auf junge Menschen, häufig Konvertiten, ausübt. Zugleich wandern junge Anhänger anderer islamistischer Organisationen verstärkt zu den Salafisten ab.

Ideologie

Salafisten geben vor, ihre religiöse Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Koran, dem Vorbild des Propheten Muhammad und der ersten drei muslimischen Generationen, der sogenannten rechtschaffenen Altvorderen (arab. al-salaf al-salih), auszurichten.

Die Scharia, die von Gott in seiner Offenbarung gesetzte Ordnung, gilt ihnen als unverletzlich und unaufhebbar. Sie sei jeder weltlichen Gesetzgebung übergeordnet und für die gesamte Menschheit gültig. Dies hat zur Folge, dass Salafisten staatliche Gesetze ablehnen.

Salafistische Ideologen vermitteln ihrer Anhängerschaft die Botschaft, Elite und Vorkämpfer zu sein. Als solche sollen sie sich von anderen Muslimen und Nichtmuslimen distanzieren. Sie zielen mit dieser Forderung auf die Schaffung einer salafistischen „Parallelwelt" ab und kündigen gleichzeitig die friedliche Koexistenz unterschiedlicher religiöser Gruppierungen in Deutschland auf.

Ziel

In letzter Konsequenz versuchen Salafisten, in Deutschland einen „Gottesstaat" nach den Regeln der Scharia zu errichten, in dem die freiheitliche demokratische Grundordnung keine Geltung mehr haben soll.

Strömungen

Der Salafismus unterteilt sich in eine politische und eine „jihadistische" Ausprägung. Die Anhänger beider Strömungen rezipieren die Ideen derselben Autoritäten und Vordenker. Sowohl die ideologischen Grundlagen als auch die angestrebten politischen und gesellschaftlichen Ziele sind bei beiden Gruppen gleich. Das Kriterium zur Unterscheidung liegt in der unterschiedlichen Auffassung, unter welchen Umständen die Anwendung von Gewalt für legitim gehalten wird.

Politischer Salafismus

Vertreter des politischen Salafismus stützen sich auf intensive Propagandatätigkeit, um politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Sie haben ein zumindest ambivalentes Verhältnis zu Gewalt.

„Jihadistischer" Salafismus

Anhänger des „jihadistischen" Salafismus setzen Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihre Ziele ein. Zwar verbreiten auch „jihadistische" Salafisten Propaganda. Sie vertreten jedoch die Auffassung, dass die Durchsetzung ihres islamistischen Weltbildes letztendlich nur durch Gewalt erfolgen kann.

Fließende Übergänge

Auswertungen von Radikalisierungsverläufen zeigen indes, dass die Übergänge zwischen politischem und „jihadistischem" Salafismus fließend sind und sehr rasch verlaufen können. So sind fast alle in Deutschland bisher identifizierten terroristischen Netzwerkstrukturen und Einzelpersonen salafistisch geprägt bzw. haben sich im salafistischen Milieu entwickelt.

Auseinandersetzungen zwischen islamfeindlichen Akteuren und Salafisten

Salafisten haben seit 2012 wiederholt gewalttätig auf islamfeindliche oder islamkritische Äußerungen und Aktionen reagiert. Mit den mutmaßlichen Anschlagsplanungen gegen Funktionäre von „pro NRW", insbesondere gegen den Vorsitzenden, wurde eine neue Eskalationsstufe erreicht. Der Generalbundesanwalt hat am 12. März 2014 wegen des vereitelten Attentats auf den Vorsitzenden der Partei „pro NRW" Anklage gegen vier Salafisten aus Nordrhein-Westfalen erhoben. Einer von ihnen ist zudem wegen des versuchten Sprengstoffanschlags auf den Bonner Hauptbahnhof am 10. Dezember 2012 angeklagt.

Eine erneute Straßenmilitanz, wie im Mai 2012, als Salafisten mit gewalttätigen Ausschreitungen auf das provokative Zeigen von Muhammad-Karikaturen durch Anhänger von „pro NRW" reagierten, blieb zwar 2013 aus. Gleichwohl kam es zu gegenseitigen Provokationen. Beide Seiten suchten die öffentliche Auseinandersetzung, um die Feindbilder zu bekräftigen und die eigene Gefolgschaft zu mobilisieren.

Das Bonner Landgericht bestätigte am 20. Januar 2014 in einem Revisionsverfahren das Urteil von sechs Jahren Freiheitsstrafe gegen einen Salafisten, der bei den Ausschreitungen am 5. Mai 2012 in Bonn (Nordrhein-Westfalen) zwei Polizisten mit einem Messer schwer verletzt hatte. Der Angeklagte betonte

auch im Revisionsverfahren seine salafistische Gesinnung und bezeichnete Allah als einzigen, der das Recht habe, zu entscheiden. Während des ersten Prozesses hatten sich erhebliche Teile der salafistischen Szene in Deutschland mit den Gewalttätern der Ausschreitungen vom Mai 2012 solidarisiert.

„Missionierung“

Salafisten verbreiten ihre Ideologie durch massive Propaganda, die sie verharmlosend als „Da'wa“ (arab. für Missionierung) bezeichnen. Die salafistische Indoktrinierung ist deswegen so erfolgreich, weil sie neben dem ideologischen Überbau auch essenzielle soziale Bedürfnisse der Orientierung suchenden Menschen anspricht. Denn der Salafismus bietet seinen Anhängern einen alternativen Lebensentwurf in einer eingeschworenen Gemeinschaft, mit flachen Hierarchien und einem starken Zusammengehörigkeitsgefühl. Zudem bietet der Salafismus klare Regeln und Anleitung für alle Lebensbereiche seiner Anhänger. Ihre Gesinnung untermauern etliche Anhänger mit einem spezifischen, nach außen sofort erkennbaren Lebensstil, der sich u.a. durch eine eigene Sprache und Kleidung ausdrückt und Elemente einer Subkultur aufweist.

Der Salafismus erzielt seine Breitenwirkung vor allem über deutschsprachige Webseiten und Kurzvideos im Internet. Daneben organisieren Salafisten bundesweit Veranstaltungen. Diese salafistischen Veranstaltungen umfassen Kundgebungen, Spendensammlungen, „Islamseminare“, Infostände bis hin zu Grillfesten. Was nach Selbstdarstellung von Salafisten und nach deren Sprachgebrauch aussieht wie eine legitime Religionsausübung und Missionierungsbewegung, ist in Wahrheit eine systematische Indoktrinierung, die oft den Beginn einer weitergehenden Radikalisierung darstellt.

Kampagne „LIES!“

Seit Herbst 2011 läuft die von „Die Wahre Religion“ (DWR) initiierte Kampagne „LIES!“, in deren Rahmen deutschlandweit an Infoständen bzw. durch gezielte Ansprache in Fußgängerzonen („Street Dawa“) Korane verteilt werden. Angaben von DWR zufolge wurden bis Anfang 2014 über eine Million Exemplare des inzwischen in mehreren Sprachen aufgelegten „LIES!“-Korans gedruckt und fast vollständig verteilt, überwiegend in Deutschland, aber auch in anderen europäischen sowie muslimischen Ländern.

Diese Kampagne illustriert in besonderer Weise die subtile Wirkung salafistischer Propaganda. Denn oft engagieren sich junge Muslime und Jugendliche in dieser Kampagne ohne zu wissen, dass es sich bei „LIES!“ um eine salafistische Initiative handelt.

Gerade diese Kampagne birgt ein besonderes Gefährdungspotenzial, da hier eine enge Kooperation zwischen politischen und „jihadistischen“ Salafisten besteht. Die Vertreter beider Strömungen nutzen sie zur Rekrutierung neuer Anhänger. Manifestiert hat sich diese Gefahr am Beispiel einer Gruppe von Jugendlichen im Raum Frankfurt am Main (Hessen), die erstmalig im Rahmen der Kampagne „LIES!“ auffiel und wenige Wochen danach zur Teilnahme an Kampfhandlungen nach Syrien ausreiste.

Anashid

Salafisten verwenden in ihren Propagandavideos oder bei Zusammenkünften (z.B. „Islamseminare“) oft „islamische Lieder“/„islamische Hymnen“, sogenannte Anashid (arab. Singular Nashid; Form der vokalen Musik zur Rezitation von Poesie und Gedichten). Anashid sollen einen rein islamischen Inhalt haben. Sie werden a cappella gesungen; schließlich ist es nach salafistischen Normen verboten, Instrumente zu benutzen.

Seit dem Jahr 2010 häufen sich die Veröffentlichungen von Anashid, die den militanten „Jihad“ und den „Märtyrertod“ verherrlichen und zugleich zur Teilnahme an den internationalen „Jihad“-Schauplätzen auffordern.

Syrien

Seit Ende 2012 hat sich mit den zahlreichen „Benefizveranstaltungen“ für Syrien ein neues salafistisches Aktionsfeld etabliert (vgl. Kap. I, Nr. 1). Der Konflikt und das Leid der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit vor Ort hat eine stark emotionalisierende und einigende Wirkung auf die salafistische Szene in Deutschland und ist daher radikalisierungsfördernd. Dieses emotional besetzte Thema nutzen Salafisten gezielt zur Anwerbung neuer Anhänger und Kämpfer für Syrien.

Salafisten sind die aktivsten Sammler von Spenden für Syrien in Deutschland. Sie intensivieren und professionalisieren ihre Spendensammlungen und die damit zusammenhängende Propaganda stetig. In der Regel werden auf den Veranstaltungen für Syrien hohe Geldbeträge gesammelt, die im Anschluss von Konvois nach Syrien verbracht werden. Unter anderem transportieren

sie Hilfsgüter – wie z.B. Kleidung, Medikamente und Fahrzeuge (z.B. Kranken- und Geländefahrzeuge) – aber auch Güter, die für militärische Zwecke genutzt werden können (z.B. Tarnkleidung, Nachtsichtgeräte) und Freiwillige für den gewaltsamen Kampf.

Akteure aus dem politischen und „jihadistischen" Spektrum kooperieren im Rahmen von Spendensammlungen und Konvois für Syrien. Der bekannte salafistische Prediger Pierre Vogel unterstrich auf einer „Benefizveranstaltung" am 29. September 2013 in Herne (Nordrhein-Westfalen) diese gemeinsame Haltung:

„Ich sage euch Brüder, ich bin hierhin gekommen mit einem kleinen Funken aus meinem Herzen und ich hoffe, dass der in euren Herzen zu einem Feuer wird, das für diese Religion brennt! Bruder, wir wissen nicht, wie lange wir leben aber, wir müssen für diese Religion leben und sterben! Leben und Sterben! (...) das ist das, was wir verinnerlichen müssen und da sollen die alle hüpfen und springen und wie Rumpelstilzchen durch die Welt jagen, das interessiert uns nicht! Das ist die Wahrheit! Der Islam ist die Wahrheit und der Islam ist keine Religion für Weicheier und Pampersrocker! (...) unterstützt die Brüder (...) steht hinter euren Brüdern in Syrien! Und diese ganzen Medien, die die Brüder als Terroristen dort bezeichnen, die sollen sich was schämen, denn das sind keine Terroristen, das sind Freiheitskämpfer, der Terrorist ist Bashar al-Assad und seine Hunde! Kein anderer, das sagen wir ganz klar! (...) Möge Allah die Brüder unterstützen! Möge Allah die Brüder dazu führen, die wahre Freiheit dort einzuführen!"
(Homepage Pierre Vogel, 1. Oktober 2013)

Ägypten

Die deutschen Salafisten, die insbesondere Ende 2011/Anfang 2012 nach Ägypten reisten – Salafisten waren aus den Parlamentswahlen als zweitstärkste Kraft nach der „Muslimbruderschaft" (MB, vgl. Kap. IV, Nr. 7) hervorgegangen –, siedelten sich hauptsächlich in den traditionell religiös geprägten Vierteln von Kairo und Alexandria an und trafen dort auf Gleichgesinnte und „Jihadisten", für die das Land eine Zwischenstation auf dem Weg zum Kampf nach Mali oder Syrien war. Zugleich waren vermehrt salafistische Prediger aus Deutschland zu Islamstudien nach Ägypten gereist und bauten Kontakte zu den dortigen Salafisten auf.

Nach dem Sturz des Präsidenten Mursi am 3. Juli 2013 kehrten viele Salafisten nach Deutschland zurück. Insbesondere salafistische Prediger fielen nach ihrer Rückkehr durch eine emotionalere und radikalere Rhetorik auf.

Vereinsrechtliche Maßnahmen des Bundesministeriums des Innern

Am 13. März 2013 wurde das vom Bundesminister des Innern am 25. Februar 2013 verfügte Verbot gegen die salafistischen Vereine „DawaFFM", „Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V." als dessen Teilorganisation sowie „Islamische Audios" vollzogen. Die Vereine lehnten die geltende staatliche Ordnung, insbesondere elementare verfassungsrechtliche Positionen wie Demokratieprinzip und Rechtsstaatsprinzip, ebenso ab wie die Glaubens- und Gewissensfreiheit und richteten sich zudem gegen den Gedanken der Völkerverständigung. „DawaFFM" und seine Teilorganisation „Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V." haben gegen das Verbot Klage beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) eingereicht. Mit Urteil vom 14. Mai 2014 wies das BVerwG die Klagen ab und bestätigte die Rechtmäßigkeit der Verbote.

„DawaFFM"

Das Missionierungsnetzwerk „DawaFFM" mit Sitz in Frankfurt am Main (Hessen) hatte sich eigenen Angaben zufolge im Jahr 2008 gegründet. Neben einer regelmäßigen bundesweiten Vortragstätigkeit war der Verein insbesondere in sozialen Netzwerken und Videoplattformen vertreten.

„Islamische Audios"

Der im Jahr 2011 in Frankfurt am Main (Hessen) gegründete Verein „Islamische Audios" nutzte typische Agitationsmuster des salafistischen und „jihadistischen" Phänomenbereichs, vorrangig gegen die USA, Israel und „den Westen".

Fazit

Salafismus ist nach wie vor die am stärksten wachsende islamistische Strömung. Angesichts der vielfältigen aktionsorientierten Propagandaaktivitäten, die auf salafistische Indoktrinierungen abzielen und diese auch erreichen, ist mit einer Abschwächung des Phänomens nicht zu rechnen. Insbesondere nutzen sie den Syrienkonflikt zur Rekrutierung von neuen Anhängern.

Auch in Zukunft ist mit gegenseitigen Provokationen zwischen Salafisten und rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Gruppierungen zu rechnen, die zur Anwendung von Gewalt führen können.

Eine Gefahr geht weiterhin von salafistischen Einzeltätern und Kleinstgruppen aus.

IV. Islamismus

1. „Hizb Allah“ („Partei Gottes“)

Gründung:	1982 im Libanon
Leitung:	Generalsekretär Hasan Nasrallah, Funktionärsgruppe
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	950 (2012: 950)
Publikationen:	u.a. „al-Ahd – al-Intiqad“ („Die Verpflichtung – die Kritik“), überregional, wöchentlich; TV-Sender „al-Manar“ („Der Leuchtturm“, Beirut)
Betätigungsverbot in Deutschland gegen „al-Manar“:	Verbotsverfügung vom 29. Oktober 2008

Die „Hizb Allah“ („Partei Gottes“) wurde 1982 infolge des Libanon-Krieges auf iranische Initiative hin gegründet. Sie entwickelte sich aus verschiedenen Splittergruppen rasch zu einer militanten Sammelbewegung libanesischer Schiiten mit Schwerpunkten im Südlibanon, in den Vororten von Beirut (Libanon) und im Bekaa-Tal (an der Grenze zu Syrien).

Die „Hizb Allah“ konnte sich – mit Unterstützung des Iran und Syriens – im Libanon organisatorisch etablieren und ihren Einfluss ausbauen. Bis heute gibt es nachhaltige Verbindungen der „Hizb Allah“ zu Iran und Syrien. Berichten zufolge kämpfen mindestens seit Anfang 2013 Einheiten der „Hizb Allah“ in Syrien auf der Seite der Regierungstruppen gegen die Aufständischen.

Der militärische Arm der „Hizb Allah“ wurde am 26. Juli 2013 in die EU-Terrorliste aufgenommen. Danach sind verstärkt sanktionierende Maßnahmen (z.B. Einfrierung der Gelder und anderer finanzieller Vermögenswerte) gegen den militärischen Arm durchsetzbar.

Ziele

Die „Hizb Allah“ bestreitet das Existenzrecht Israels. Ihr erklärtes Ziel ist der auch mit terroristischen Mitteln geführte und als „legitimer Widerstand“ bezeichnete Kampf gegen Israel als „unrechtmäßigen Besatzer palästinensischen Bodens“.

Eingebunden in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen im Libanon strebt die „Hizb Allah“ nach wie vor danach, ihren Einfluss zu festigen und zu vergrößern. Sie verfügt in der schiitischen Bevölkerung über großen gesellschaftlichen Rückhalt.

Aktivitäten

Die „Hizb Allah“ unterhält nach wie vor den bewaffneten Arm „al-Muqawama al-Islamiya“ (Islamischer Widerstand). Er wird zusammen mit dem Sicherheitsdienst der Organisation für militärische Auseinandersetzungen mit Israel sowie für die Durchführung von Anschlägen, insbesondere gegen israelische und jüdische Ziele, verantwortlich gemacht.

In der jüngeren Vergangenheit gab es Hinweise, dass die „Hizb Allah“ terroristische Aktionen gegen Israel auch außerhalb des Nahen Ostens wieder aufnehmen könnte. So waren 2012 mehrere Fälle bekannt geworden (u.a. Anschlagsplanungen gegen israelische Ziele auf Zypern, Anschlag auf einen mit israelischen Touristen besetzten Reisebus in Bulgarien), bei denen Hinweise eine Urheberschaft der „Hizb Allah“ vermuten lassen.

Deutschland

Außerhalb des Libanons ist die „Hizb Allah“ nicht einheitlich strukturiert. In Deutschland pflegen die Anhänger den organisatorischen und ideologischen Zusammenhalt, u.a. in örtlichen Moscheevereinen. Die junge Anhängerschaft vernetzt sich verstärkt über das Internet (soziale Netzwerke, Foren).

„Hizb Allah“-Anhänger gehören in jedem Jahr zu den Teilnehmern an der Demonstration zum „al-Quds-Tag“ in Berlin am letzten Freitag des islamischen Fastenmonats Ramadan. Diesen Tag hatte Ayatollah Khomeini 1979 ausgerufen, um die Muslime an ihre Pflicht zur „Befreiung“ Jerusalems zu erinnern. Verglichen

mit den 1990er Jahren, in denen noch bis zu 3.000 Personen an der Demonstration teilnahmen, hat sich die Teilnehmerzahl in den letzten Jahren kontinuierlich verringert, im Jahr 2013 auf 800 Personen (2012: 1.100).

Finanzierung

Die „Hizb Allah"-nahen Moscheevereine in Deutschland finanzieren sich in erster Linie durch Spendengelder, die vorwiegend im Rahmen religiöser Feierlichkeiten gesammelt werden sowie durch Mitgliedsbeiträge. Darüber hinaus unterstützen „Hizb Allah"-Anhänger aus Deutschland die Organisationen im Libanon finanziell.

Organisierte Spendensammlungen

Der Spendensammelverein „Waisenkinderprojekt Libanon e.V." (WKP) wurde vom Bundesminister des Innern am 8. April 2014 verboten. Der Verein erhielt vorwiegend Spenden durch sogenannte Patenschaftsverträge, die längerfristig einen festen monatlichen Betrag zur Unterstützung von Waisenkindern im Libanon vorsahen. Darüber hinaus wurden Spendensammeldosen, beispielsweise in Moscheevereinen, aufgestellt. Die in Deutschland vom WKP gesammelten Gelder wurden an die „Shahid-Stiftung" („Märtyrer-Stiftung") mit Sitz im Libanon transferiert. Die „Shahid-Stiftung" ist eine „Wohltätigkeitsorganisation des Islamischen Widerstands" und betreut Waisenkinder sowie Hinterbliebene von „Hizb Allah"-Kämpfern, die u.a. bei Kampfhandlungen gegen die israelischen Streitkräfte getötet wurden. Sie ist als sozial tätige Struktur integraler Bestandteil der „Hizb Allah" und flankiert durch ihre Rolle als Hinterbliebenenversorgung die gegen Israel gerichteten gewaltsamen Aktivitäten der „Hizb Allah". Das Selbstverständnis, Teil der „Hizb Allah" zu sein und an deren Gesamtziel mitzuwirken, bestimmt die Aktivitäten der „Shahid-Stiftung" maßgeblich.

Fazit

Die von Deutschland aus feststellbaren finanziellen sowie logistischen Hilfen für die „Hizb Allah" im Libanon fördern den bewaffneten Kampf gegen Israel. Dessen Akteure erfahren aus dem Bewusstsein, dass die Hinterbliebenen der „Märtyrer" eine gesicherte finanzielle und soziale Versorgung erhalten, eine unterstützende Motivation, ihr Leben im Kampf gegen Israel zu opfern.

Die „Hizb Allah"-Anhänger in Deutschland halten sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen zurück und zeigen ein eher unauffälliges Verhalten. Eine Steigerung der Aktivitäten der „Hizb Allah" in Deutschland im Hinblick auf die aktuelle Lage im Nahen und

Mittleren Osten – insbesondere in Syrien – kann bislang nicht festgestellt werden.

2. „Islamische Widerstandsbewegung“ („Harakat al-Muqawama al-Islamiya“ – HAMAS)

Gründung:	Anfang 1988 im Gazastreifen/ heutiges palästinensisches Autonomiegebiet
Leitung:	Leiter des Politbüros Khalid Mash’al (Sitz: bis Januar 2012 Damaskus/ Syrien; danach Katar), Leiter HAMAS-De facto-Regierung Isma’il Haniya (Sitz: Gazastreifen)
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	300 (2012: 300)

Als Reaktion auf den Ausbruch der ersten „Intifada“ („Aufstand“) der Palästinenser im Dezember 1987 schlossen sich Anfang 1988 die palästinensischen Anhänger der „Muslimbruderschaft“ (MB; vgl. Kap. IV, Nr. 7) zur „Islamischen Widerstandsbewegung“ (HAMAS) zusammen. In ihrer Charta bekennt sich die HAMAS zu dem Ziel, auf dem gesamten Gebiet „Palästinas“ einen islamischen Staat – auch durch bewaffneten Kampf – zu errichten. Unter „Palästina“ versteht die HAMAS das Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan, somit auch das Territorium des Staates Israel.

Aufbau

Die HAMAS ist ein einheitliches Gebilde, dessen verschiedene Zweige in einer wechselseitigen Beziehung zueinander stehen.[112] Dabei werden im Wesentlichen drei Bereiche unterschieden: Der politische Bereich ist zugleich für die Gesamtleitung der Organisation verantwortlich. Die „Izzaddin al-Qassam-Brigaden“ sind maßgeblich verantwortlich für terroristische Aktivitäten, insbe-

[112] Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), Urteil vom 3. Dezember 2004, BVerwG 6A 10.02.

sondere in Form von Selbstmordanschlägen gegen israelische Ziele. Vor allem aufgrund der Aktivitäten des sozialen Bereichs mit seinen karitativen Einrichtungen und Bildungsstätten hat die HAMAS Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung.

Im Frühjahr 2013 wurde Mash'al erneut zum Leiter des Politbüros, dem obersten Leitungsgremium der Organisation, gewählt.

Strategisch in der Bredouille

Die HAMAS, welche die MB in den palästinensischen Gebieten faktisch repräsentiert, hat mit dem Machtverlust der MB im benachbarten Ägypten einen wichtigen Verbündeten verloren. Die neuen ägyptischen Machthaber beschuldigen die HAMAS, terroristische Aktivitäten in Ägypten zu unterstützen. Zudem hat die HAMAS durch ihre Unterstützung der syrischen Opposition das Wohlwollen ihrer traditionellen Verbündeten verloren: Iran als einen wichtigen Finanzier und militärisch-logistischen Unterstützer und Syrien als ehemaligen Sitz des Hauptquartiers der Organisation.

Aktivitäten in Deutschland

Westliche Staaten wie Deutschland werden von der HAMAS als Rückzugsraum betrachtet, in dem die Organisation sich darauf konzentriert, Spendengelder zu sammeln, neue Mitglieder zu gewinnen und ihre Propaganda zu verbreiten.

Die HAMAS und ihre Anhänger treten in Europa und Deutschland im Regelfall nicht offen auf. Sie nutzen stattdessen u.a. das „Palestinian Return Centre" (PRC) mit Sitz in London (Großbritannien) als Plattform. Das PRC ist eine Organisation, die im Dezember 2010 in Israel wegen ihrer Verbindungen zur HAMAS zur ungesetzlichen Organisation erklärt wurde.

Seit 2003 organisiert das PRC jährlich im Frühjahr eine internationale Großveranstaltung („Palestinians in Europe Conference") mit mehreren Tausend Teilnehmern. In Deutschland fand die Konferenz dreimal statt (2004, 2010, 2011).

Die „11. Konferenz der Palästinenser in Europa" fand am 18. Mai 2013 in Brüssel (Belgien) unter dem Motto „Sign of Return is blossoming" statt. An der Veranstaltung sollen mehr als 2.000 Personen (2012: ca. 4.500) teilgenommen haben, darunter etliche aus Deutschland.

Fazit Die HAMAS ist im Nahen Osten dem Einfluss diverser regionaler Mächte mit teilweise erheblich unterschiedlichen Interessen und Erwartungen ausgesetzt. Die zukünftige Positionierung der HAMAS dürfte auch innerhalb der Organisation umstritten sein und ist daher nur schwer zu prognostizieren. Insbesondere stellt sich die Frage, ob es der Organisation gelingt, ihr Verhältnis zum Iran und den neuen ägyptischen Machthabern zu verbessern.

3. „Nordkaukasische Separatistenbewegung" (NKSB)

Gründung:	Anfang der 1990er Jahre im Kaukasus
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	insgesamt 250 (2012: 500)
Die Bewegung ist gespalten in **„Tschetschenische Republik Itschkeria" (CRI)**	
Leitung:	Ahmed Zakaev (Sitz in London)
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	50 (2012: 300)
und **„Kaukasisches Emirat" (KE)**	
Leitung:	Dokku Umarov [113] (Sitz im Nordkaukasus)
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	200 (2012: 200)

Nach dem Zerfall der UdSSR führte die im Jahr 1991 in Tschetschenien gegründete „Tschetschenische Republik Itschkeria" (CRI) einen Guerillakrieg gegen die Russische Föderation mit dem Ziel der Errichtung eines islamistischen Regimes.

[113] Am 18. März 2014 verbreitete eine dem KE nahestehende Internetpräsenz die offizielle Verlautbarung aus dem Führungszirkel des KE, dass der führende Emir Umarov als „Shahid" (dt. Märtyrer) getötet worden sei.

2007 proklamierte der damalige CRI-Präsident Umarov das islamistisch ausgerichtete „Kaukasische Emirat“ (KE), das mit terroristischen Mitteln für einen islamischen Staat auf dem Gebiet des gesamten Nordkaukasus kämpft. Dieser Strategiewechsel führte zur Spaltung. Die CRI entwickelte sich zu einer nationalistisch-legalistischen Bewegung und beschränkt sich auf die politische Durchsetzung ihres Unabhängigkeitsbestrebens für Tschetschenien.

Umarov verteidigte sich gegen den Vorwurf, die Ausrufung des KE habe eine Spaltung unter den Tschetschenen herbeigeführt. und rief die Anhänger der CRI und des KE in einer Videobotschaft vom 8. August 2013 dazu auf, sich in „Brüderlichkeit“ und im Hinblick auf das gemeinsame Ziel der Gründung eines islamischen Staates zu vereinen.

Einstufung des KE als terroristische Vereinigung

Im Juni 2013 wurde das KE vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft und die Ermächtigung zu strafrechtlicher Verfolgung ausgesprochen.

Der Generalbundesanwalt (GBA) ermittelt im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag im Moskauer Flughafen Domodedovo (Russische Föderation) am 24. Januar 2011 gegen Umarov und weitere, noch unbekannte Mittäter des KE, u.a. wegen Verdachts des Mordes und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland.

Entwicklungen in der Diaspora in Deutschland

Deutschland dient den Anhängern des KE primär als Raum für die finanzielle und logistische Unterstützung der Organisation im Nordkaukasus.

Die in Deutschland lebenden Anhänger der CRI sehen sich als verlängerter Arm der Exilregierung unter Zakaev in London (Großbritannien). Ihr Mobilisierungspotenzial ist rückläufig und liegt nach aktueller Schätzung nur noch bei ca. 50 Personen. Aller Voraussicht nach wird die CRI in Deutschland auch keine neuen Anhänger mehr gewinnen und weiter an Bedeutung verlieren.

Im Jahr 2013 geriet die nordkaukasische Diaspora in Deutschland in den Fokus der Öffentlichkeit. Hintergrund war der Anschlag auf den Marathonlauf in Boston (USA) am 15. April 2013, der mutmaßlich von zwei tschetschenischstämmigen Brüdern

verübt wurde, und Berichte über einen Hinweis auf angebliche Anschlagsplanungen tschetschenischer Extremisten in Deutschland im Mai 2013. Zudem mehrten sich ab Sommer 2013 Berichte über Tschetschenen, die Landsleute in Asylbewerberheimen schikaniert oder misshandelt haben sollen, weil diese sich angeblich nicht an vermeintlich islamische Regeln gehalten hätten.

Zugleich erreichte der Zustrom von Asylsuchenden aus der Russischen Föderation im Jahr 2013 mit 14.887 (Stand: Dezember 2013) Anträgen einen Höchststand. Bei der Mehrzahl handelt es sich um Asylbewerber tschetschenischer Volkszugehörigkeit. Die in diesem Zusammenhang aufgekommenen Spekulationen, terroristische Organisationen könnten von dieser Entwicklung profitieren, haben sich bisher nicht bestätigt. Auch die Zahl der Anhänger des KE blieb unverändert.

Gleichwohl hat die individuelle, organisationsunabhängige Radikalisierung von jungen Nordkaukasiern in Deutschland deutlich zugenommen. Im Spektrum potenziell gewaltgeneigter Nordkaukasier ist eine Hinwendung zu salafistischen Strömungen und islamistischen Netzwerken zu beobachten.

Führungsfiguren nordkaukasischer Milizen distanzierten sich von dem Terrorakt in Boston (USA) und den mutmaßlichen Attentätern.

In Verlautbarungen betonten Umarov und die lokale Führung des KE in der Provinz Dagestan (Russische Föderation), dass die „Mujahidin“ nicht gegen die USA, sondern gegen Russland kämpften, das sich „scheußlicher Verbrechen gegen die Muslime“ schuldig gemacht habe.[114] Nach wie vor gelte es, die Zivilbevölkerung so weit wie möglich zu schonen.

Aufrufe zur Verhinderung der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi

Am 3. Juli 2013 rief Umarov in einer Videobotschaft dazu auf, „alles zu tun“, um die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi (Russland) zu verhindern. Kaukasische „Mujahidin“ hatten zuvor bereits angekündigt, Sportveranstaltungen und Sportstätten verstärkt als Angriffsziel ins Visier zu nehmen. Zudem forderte eine bis dahin unbekannte, in Syrien aktive „Brigade al-Zubair“ zur

[114] Homepage der „Vilayat Dagestan“ (21. April 2013).

Unterstützung des „Jihad“ im Nordkaukasus auf. Am 31. Juli 2013 kritisierte ihr Sprecher „Emir“ Salahuddin in seiner Botschaft die Ausreise von Freiwilligen aus dem Nordkaukasus nach Syrien und empfahl eindringlich, sich gemäß der Anweisung Umarovs auf die Olympischen Winterspiele in Sotschi vorzubereiten. Der in Syrien kämpfende Kaukasier Abu Issa riet in einem am 8. August 2013 veröffentlichten Interview den „russischsprachigen Brüdern“ davon ab, nach Syrien zu gehen. Der „Jihad“ im Kaukasus habe Priorität und benötige dringend frische Kräfte. Syrien-Kämpfer sollten mit ihrer Kriegserfahrung anschließend „gegen Russland antreten“.

4. „Türkische Hizbullah“ (TH)

Gründung:	1979 in Batman (Türkei)
Leitung:	Funktionärsgruppe um Edip Gümüş
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	350 (2012: 350)
Publikationen:	„Yeni Müjde“ („Neue Frohe Botschaft“), „Inzar“ („Warnung“), „Doğru Haber“ („Wahre Nachricht“), „Kelhaamed“(„PrächtigesDiyarbakir“), „Kendi Dilinden Hizbullah“ („Die Hizbullah in eigenen Worten“), „Susaninguller“ („Die Rosen von Susa“ – Internetpublikation), „Huseynisevda“ („Die Liebe zu Hüseyin“ – Internetpublikation)

Die „Türkische Hizbullah“ (TH) entstand 1979 durch den Zusammenschluss kurdischer Gruppierungen sunnitischen Glaubens in Batman (Türkei). Die Organisation lieferte sich Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre gewaltsame Auseinandersetzungen mit der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK, vgl. Berichtsteil Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus), Kap. II, Nr. 1.2). Der TH wurde eine Vielzahl

von Morden und Gewalttaten zugerechnet. Seit dem Jahr 2000 gilt die TH als terroristische Vereinigung in der Türkei. Durch Exekutivmaßnahmen wurde die TH drastisch geschwächt, ihr Anführer Hüseyin Velioğlu wurde getötet und zahlreiche Führungsfunktionäre verhaftet. In der Folge setzten sich viele TH-Aktivisten nach Westeuropa, insbesondere nach Deutschland ab.

Ziele

Hauptziel der Organisation ist die Beseitigung des laizistischen Staatssystems in der Türkei und langfristig die Errichtung eines islamistischen Regimes. Die TH rechtfertigt die Anwendung von Gewalt.

Ideologisches Hauptwerk

Die Grundprinzipien der TH sind im ideologischen Hauptwerk „Die Hizbullah in eigenen Worten" („Kendi Dilinden Hizbullah") dargelegt, das im Jahr 2012 durch ein Manifest fortgeschrieben wurde. Demnach betrachtet sich die TH als die einzige legitime Vertretung des kurdischen Volkes in „Nordkurdistan". Sie hält es für ihre Pflicht, für die „Befreiung" von „besetztem islamischem Boden" zu kämpfen und alle Bewegungen zu unterstützen, die sich für eine „Befreiung" Jerusalems einsetzen. In diesem Zusammenhang glorifiziert die TH das „Märtyrertum".

Gründung einer Partei

Die im Dezember 2012 gegründete „Hür Dava Partisi" (HÜDA PAR – „Partei Gottes") wird in türkischen Medien als Partei der TH bezeichnet. Die TH selbst hat sich bisher nicht zur Gründung einer Partei bekannt.

Im Parteiprogramm sind Parallelen zur Ideologie der TH unverkennbar. Die Beziehungen zum „israelischen zionistischen Regime" sollen abgebrochen und die Anerkennung Israels als Staat für nichtig erklärt werden. Angriffe auf Mekka und Medina (Saudi-Arabien) seien als Angriffe auf den Islam zu bewerten und bedürften einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie, wofür die islamischen Länder eine Dachorganisation mit eigenem Militär gründen sollen.[115]

Aktivitäten in Deutschland

Die Organisation nutzt Deutschland als Rückzugsraum. Mit ihren (öffentlichen) Aktivitäten möchte die TH neue Mitglieder gewinnen, Spenden sammeln und auf religiöse oder kulturelle Veranstaltungen aufmerksam machen. In 2013 fand beispielsweise

[115] „Doğru Haber" Nr. 249, 4. Januar 2013, S. 12 und 13.

die jährliche Feier anlässlich der „Geburt des Propheten“ („Kutlu Doğum“) in Belgien statt. Daran nahmen ca. 3.000 Personen teil, u.a. auch aus Deutschland.

5. „Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIA – „Islamische Partei Afghanistans“)

Gründung:	Mitte der 1970er Jahre
Leitung:	Gulbuddin Hekmatyar
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	200 (2012: 200)

Die „Hezb-e Islami-ye Afghanistan“ (HIA) hat ihren Ursprung in einer islamischen Studentenorganisation, die Ende der 1960er Jahre an afghanischen Universitäten aktiv war. Einer ihrer Anführer war Hekmatyar, der die HIA Mitte der 1970er Jahre im pakistanischen Exil gründete.

Ziele

Die sunnitische HIA kämpft mit Waffengewalt für die Errichtung eines islamistischen Regimes. Nachdem sie in den 1980er Jahren eine zentrale Rolle im Kampf gegen die sowjetischen Truppen gespielt hatte, kämpfte sie in der Folgezeit gegen konkurrierende Gruppierungen um die Vorherrschaft in Afghanistan.

Ihre aktuellen Ziele sind die Absetzung der afghanischen Regierung unter Ministerpräsident Karzai sowie die Vertreibung der Koalitionstruppen aus Afghanistan.

Organisation und Aktivitäten

Der gewaltorientierte Flügel unter Hekmatyar agiert aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet mit Waffengewalt gegen nationale und internationale Sicherheitskräfte in Afghanistan.

Der politische Flügel unter Führung des gemäßigten Ghairat Bahir grenzt sich zumindest nach außen vom militanten Flügel ab und versucht, durch Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung an Einfluss zu gewinnen. Neben Bahir ist auch Abdul Hadi Arghandiwal, ebenfalls Vertreter des politischen Bereiches der HIA, als Wirtschaftsminister in der afghanischen Regierung vertreten.

Der Einfluss Hekmatyars und der Kommandeure bleibt jedoch maßgebend. Die HIA bekennt sich in ihren Internetauftritten zu Anschlägen in Afghanistan, die sich auch gegen deutsche Soldaten richten.

Anfang März 2013 verübte die HIA nach eigenen Angaben einen Raketenangriff auf den deutschen Stützpunkt in Kunduz (Afghanistan).[116]

Am 16. Mai 2013 forderte ein Anschlag auf einen ISAF-Konvoi in Kabul (Afghanistan) insgesamt 16 Todesopfer, unter ihnen auch Zivilisten und zwei Kinder. Auf ihrer Homepage bekannte sich die HIA zu dem Anschlag und behauptete, die Zivilisten seien von verletzten Soldaten erschossen worden.[117]

Aktivitäten in Deutschland

In Deutschland bestehen keine festen Strukturen der HIA. Die hier lebenden Anhänger (in Hamburg und München (Bayern), den lokalen Zentren der afghanischstämmigen Diaspora) fühlen sich ihrem Heimatland und der dort aktiven HIA verbunden und versuchen, durch materielle Unterstützungsleistungen deren Ziele voranzutreiben. Die Anhänger treffen sich in Moscheen, ohne dass diese oder deren Führung zwingend der HIA nahestehen. Einzelne Anhänger aus Deutschland werben in Internetforen und afghanischen TV-Kanälen mit islamistischer Rhetorik für die Aktivitäten der HIA in Afghanistan. Andere Anhänger suchen auf politischer Ebene den Kontakt zu Entscheidungsträgern.

[116] Homepage HIA (3. März 2013).
[117] Homepage HIA (24. Mai 2013).

6. „Hizb ut-Tahrir“ (HuT – „Partei der Befreiung“)

Gründung:	1953 in Jerusalem (Israel)
Leitung:	Ata Abu al-Rashta alias Abu Yasin (seit April 2003)
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	300 (2012: 300)
Publikationen:	„al-Khilafa“ („Das Kalifat“, englisch/arabisch); „Hilafet“ („Das Kalifat“, türkisch) und „Köklü Değişim“ („Grundlegender Wandel“, türkisch); „al-Waie“ („Das Bewusstsein“, arabisch); „Expliciet“ (niederländisch)
Betätigungsverbot in Deutschland:	Verbotsverfügung vom 10. Januar 2003

Die „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) wurde 1953 von Taqiaddin al-Nabhani (1909–1977) in Jerusalem (Israel) gegründet. Sein Hauptwerk „Die Lebensordnung des Islam“ („Nizam al-Islam“) bildet bis heute die ideologische Grundlage der Organisation. Demnach regelt der Islam abschließend alle gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Belange, aber auch das Alltagsleben.

Ziele

Ziel der panislamisch ausgerichteten HuT ist die Vereinigung der Gemeinschaft aller Muslime (Umma) in einem weltweiten Kalifat mit islamischer Rechtsordnung (Scharia). Islam und Demokratie sind für die HuT nicht miteinander vereinbar. Säkulare Staatsformen sind aus ihrer Sicht abzulehnen und müssen bekämpft werden:

„Alle anderen Staatskonzepte widersprechen dem Islam und dürfen dementsprechend nicht angewendet werden.“
(Homepage HuT, 2. September 2013)

Die HuT sieht alle Muslime in der Pflicht, sich aktiv für die Wiedererrichtung des Kalifats einzusetzen. Zu diesem Zweck bemüht sich die Organisation insbesondere um die Rekrutierung angehender Akademiker, die perspektivisch in gesellschaftlichen Schlüsselpositionen platziert werden sollen, um zu einem späteren Zeitpunkt die Macht zu übernehmen und das Kalifat zu errichten. Die häufig jungen Sympathisanten der HuT werden dazu in meist wöchentlichen Schulungen an die Lehren des Gründers al-Nabhani herangeführt.

Befürwortung von Gewalt

Zwar ist Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele aus Sicht der HuT erst nach Ausrufung des Kalifats zu dessen weiterer Errichtung und Ausbreitung legitim; gleichwohl haben „unterdrückte" Muslime das Recht auf „Selbstverteidigung" mit allen Mitteln. Als Konsequenz werden Gewalttaten anderer islamistischer Gruppierungen oftmals gebilligt.

Aktivitäten mit Bezug zu Syrien

Der Konflikt in Syrien – bezeichnet als „Krieg gegen den Islam" – überwiegt derzeit in den Internetpublikationen der HuT. Attackiert werden vor allem die USA:

> *„Dieses Amerika ist offensichtlich ein Feind, so nehmt Amerika auch als Feind ernst! Lehnt sie und all ihre Agenten in Euren Reihen ab! (...) Die USA hat ihr Gesindel zusammengetrommelt und versucht die Welt um sich zu scharen, um euch in eurem Glauben zu bekriegen."*
> *(Homepage HuT, 26. September 2013)*

Um das Kalifat in Syrien errichten zu können, unterstützt die HuT auch von Deutschland aus islamistische Gruppierungen in Syrien. Im Internet, u.a. in sozialen Netzwerken, rufen HuT-Protagonisten zu Spenden für Syrien auf. 2013 konnten mehrere Ausreisen deutscher HuT-Anhänger nach Syrien festgestellt werden, die z.T. auch der Übergabe von Spendengeldern dienten. Nicht auszuschließen ist, dass sich einzelne Akteure an Kampfhandlungen in Syrien beteiligen.

Fazit

Die HuT kann in Deutschland wegen des Betätigungsverbots keine öffentlichen Aktivitäten entfalten, setzt jedoch ihre Agitation und die Rekrutierung neuer Mitglieder im Untergrund fort. Insbesondere jüngere Menschen werden von der HuT an Schulen

und Universitäten für ihre extremistische und integrationsfeindliche Ideologie angeworben.

Eine besondere Gefahr geht von einzelnen HuT-Mitgliedern aus, die nach Indoktrinierung mit islamistischem Gedankengut den Weg in „jihadistische" Kreise gefunden haben.

Trotz intensiver Rekrutierungsbemühungen ist es der HuT in Deutschland nicht gelungen, ihren Mitgliederbestand merklich zu erhöhen. Die stagnierende Mitgliederzahl ergibt sich aus den relativ gleichbleibenden Zu- und Abgängen. Dieser Trend ist auch in Zukunft zu erwarten.

7. „Muslimbruderschaft" (MB – „Gama'at al-Ikhwan al-Muslimin")

gegründet:	1928 in Ägypten
Leitung:	Muhammad Badi (Sitz: Ägypten)
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	1.300 (2012: 1.300)
Publikationen:	„Risalat al-Ikhwan" („Rundschreiben der Bruderschaft")

Die im Jahr 1928 von Hasan al-Banna (1906–1949) in Ägypten gegründete „Muslimbruderschaft" (MB) gilt als älteste und einflussreichste sunnitische islamistische Bewegung. Sie ist eigenen Angaben zufolge in mehr als 70 überwiegend muslimischen Ländern in unterschiedlicher Ausprägung vertreten. Neben dem Gründer al-Banna beeinflussen vor allem die Lehren von Sayyid Qutb (1906–1966) die MB bis heute. Zahlreiche islamistische Organisationen, z.B. die ägyptischen Gruppierungen „al-Gama'a al-Islamiya" (GI) und „al-Jihad al-Islami" (JI) sowie die palästinensische HAMAS (vgl. Kap. IV, Nr. 2), sind aus der MB hervorgegangen.

Ziele

Ursprüngliches Ziel der MB war es, die Vorherrschaft der Briten im Königreich Ägypten zurückzudrängen. Die MB propagiert die Rückkehr zu den „wahren" Werten des Islam und strebt die

Schaffung eines „wahrhaft islamischen Staates“ an. Am Ende des Prozesses soll ein föderales, islamisches Weltreich unter der Führung eines Kalifen (Kalifat) stehen.

Heute plädiert die MB für die Errichtung eines „bürgerlichen Staates mit islamischen Werten“. In diesem Zusammenhang formulierte die im Jahr 2011 gegründete MB-Partei „Freedom and Justice Party“ (FJP – „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“), die Scharia müsse als von Gott geschaffene islamische Rechts- und Werteordnung Hauptquelle der Gesetzgebung sein und sei daher auf alle Lebensbereiche anzuwenden.

Seit den 1970er Jahren formuliert die MB ausdrücklich den Verzicht von Gewalt zur Umsetzung ihrer Ziele. Ausgenommen davon sei jedoch der „Widerstand“ gegen „Besatzer“, worunter die MB vor allem Israel versteht. Vor diesem Hintergrund rufen führende Mitglieder der MB regelmäßig dazu auf, „Palästina zu befreien“ und die HAMAS zu unterstützen.

Politische Entwicklungen in Ägypten

Nach dem Erstarken der MB in Folge des „Arabischen Frühlings“ kam es im Laufe des ersten Halbjahres 2013 vermehrt zu Protestbewegungen gegen die MB-dominierte Regierung und die Ende des Jahres 2012 durchgesetzte Verfassung, die als islamistisch geprägt kritisiert wurde. Ende Juni 2013 kam es zu landesweiten Demonstrationen mit Rücktrittsforderungen gegen den aus der MB stammenden Präsidenten Mohammed Mursi. Er wurde am 3. Juli 2013 durch das ägyptische Militär gestürzt. Im weiteren Verlauf wurde nahezu die gesamte Führungsriege der MB festgenommen. Daraufhin kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Anhängern Mursis und den ägyptischen Sicherheitskräften, bei denen zahlreiche Menschen ums Leben kamen. Einige Anhänger der MB wurden bereits zu Haftstrafen verurteilt. Am 23. September 2013 beschloss das „Gericht für dringliche Angelegenheiten“ in Kairo das erneute Verbot der MB und ordnete die Beschlagnahmung des Vermögens und der Immobilien an. Am 25. Dezember 2013 wurde die MB von der ägyptischen Regierung als Terrororganisation eingestuft.

Ausdehnung nach Europa

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelang es der MB, in zahlreichen europäischen Ländern ein Netz von Moscheen, Instituten, Verbänden und Schulen zu schaffen. Darüber verbreitet sie bis heute ihre Ideologie. Neben den nationalen „Islamischen

Zentren“ wurden insbesondere internationale Einrichtungen geschaffen. Dazu gehören u.a. der 1989 gegründete europäische Dachverband „Federation of Islamic Organisations in Europe“ (FIOE – „Föderation Islamischer Organisationen in Europa“) mit Sitz in Brüssel (Belgien), in dem zahlreiche MB-nahe Verbände vertreten sind sowie der auf Initiative der FIOE gegründete „European Council for Fatwa and Research“ (ECFR – „Europäischer Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien“) mit Sitz in Dublin (Irland), dessen Vorsitzender der ägyptische Islamgelehrte Yusuf al-Qaradawi ist, der die MB maßgeblich ideologisch beeinflusst.

Die europäischen Einrichtungen haben zumeist keine offen erkennbaren organisatorischen Verbindungen zur MB. Offiziell werden Verbindungen in der Regel dementiert.

„Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD)

In Deutschland nutzen die MB-Anhänger eine Vielzahl „Islamischer Zentren“ für ihre Aktivitäten. Die mit mehreren Hundert Mitgliedern wichtigste und zentrale Organisation von Anhängern der MB in Deutschland ist die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD). Hervorgegangen ist sie aus der im Jahr 1958 gegründeten Moscheebauinitiative, die das „Islamische Zentrum München e.V.“ (IZM) errichtet hat. Der Hauptsitz befindet sich in Köln (Nordrhein-Westfalen). Daneben unterhält sie „Islamische Zentren“ in Braunschweig (Niedersachsen), Frankfurt am Main (Hessen), Marburg (Hessen), München (Bayern), Münster (Nordrhein-Westfalen), Nürnberg (Bayern) und Stuttgart (Baden-Württemberg).[118] Eigenen Angaben zufolge koordiniert sie ihre Aktivitäten zudem mit mehr als 50 weiteren Moscheevereinen.

Als Gründungsmitglied der FIOE verfolgt die IGD deutschland- und europaweit eine an der MB-Ideologie ausgerichtete Strategie der Einflussnahme im politischen und gesellschaftlichen Bereich. Bei öffentlichen Auftritten werden Bekenntnisse zur MB und verfassungsfeindliche Äußerungen grundsätzlich vermieden.

Infolge der Absetzung des ägyptischen Präsidenten Mursi kam es deutschlandweit zu zahlreichen Demonstrationen, für die im Vorfeld in verschiedenen IGD-Zentren geworben wurde. Eine

[118] „Deutschsprachiger Muslimkreis Braunschweig e.V.“, „Islamisches Zentrum Frankfurt e.V.“, „Orientbrücke Marburg e.V.“, „Islamisches Zentrum München e.V.“, „Islamische Gemeinschaft in Münster e.V.“, „Islamische Gemeinde Nürnberg e.V.“, „Islamisches Zentrum Stuttgart e.V.“.

Demonstration in Berlin wurde u.a. von einem ranghohen Mitglied der ägyptischen MB-Partei FJP angeführt. Außerdem nahm ein in Deutschland ansässiger, einflussreicher Anhänger der MB an einem Protestcamp in Ägypten teil.

Angesichts der Entwicklungen in Syrien und Ägypten äußerte sich der IGD-Vorsitzende Samir Falah in einem offenen Brief, der am 27. Juli 2013 auf der Homepage der IGD veröffentlicht wurde, zum „Standpunkt der Bundesregierung zur aktuellen Lage in Ägypten". Darin heißt es:

> *„Keiner wird junge Menschen davon abhalten können, Waffen in die Hand zu nehmen, um gegen diese Ungerechtigkeiten in den Kampf zu ziehen. Wir warnen daher vor einer weiteren Eskalation im Nahen Osten."*
> *(Homepage IGD, 18. Oktober 2013)*

Die 33. Jahreskonferenz der IGD fand mit etwa 800 Teilnehmern unter dem Motto „Islamische Spiritualität – Bereicherung fürs Leben" am 15. Juni 2013 in Bonn (Nordrhein-Westfalen) statt. Dort wurde u.a. die Neueröffnung des „Europäischen Instituts für Humanwissenschaften e.V." (EIHW), an dem Imame und Gelehrte ausgebildet werden sollen, thematisiert.

Fazit Ziel der IGD ist es, sich in Deutschland als anerkannter Ansprechpartner zum Thema Islam zu etablieren. Sie ist bemüht, den politisch-gesellschaftlichen Diskurs auf die mangelnde rechtsstaatliche bzw. demokratische Legitimation der Militärregierung in Ägypten zu lenken, um dabei Solidarität mit der gestürzten Regierung Mursis und somit der verbotenen MB herzustellen. In diesem Diskurs findet keine Auseinandersetzung mit der islamistischen Ideologie der MB statt. Die IGD wird auch in Zukunft öffentlich die Verbindungen zur MB bestreiten. Ein direkter Aufruf zur Unterstützung der MB oder ein Bekenntnis zu deren Weltanschauung, die eindeutig im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Maßstäben steht, würde den derzeitigen Interessen der Organisation zuwiderlaufen. Gleichwohl sind die Aktivitäten der IGD-Zentren aufgrund der ideologischen Ausrichtung an der MB geeignet, eine ablehnende Haltung gegenüber westlichen Werten zu verstärken und Demokratiedistanz zu fördern.

„Muslimische Jugend in Deutschland e.V.“ (MJD)

Die MJD, die sich um eine Darstellung als unabhängige Jugendorganisation bemüht, unterhält enge Verbindungen zur IGD. Zudem verfügt sie über Beziehungen zu Einrichtungen auf europäischer Ebene, wie z.B. dem „Forum of European Muslim Youth and Student Organizations“ (FEMYSO), einer Dachorganisation für muslimische Jugendliche in Europa, die von MB-nahen Organisationen beeinflusst wird.

Eigenen Angaben zufolge verfügt die MJD über 900 Mitglieder und ist bundesweit in sogenannten Lokalkreisen organisiert. Ihren Sitz hat die MJD in Berlin. Zielgruppe sind Muslime im Alter von 13 bis 30 Jahren. Im Rahmen von Schulungs- und Freizeitaktivitäten vermittelt die MJD eine religiöse Erziehung und Bildung.

Größte Veranstaltung war im Jahr 2013 das 19. Jahresmeeting mit dem Motto „Think Big!“, das vom 17. bis 20. Mai in Bad Orb (Hessen) stattfand. Das Programm umfasste Vorträge, Arbeitsgemeinschaften und eine Podiumsdiskussion.

8. „Tablighi Jama’at“ (TJ – „Gemeinschaft der Verkündigung und Mission“)

Gründung:	um 1926 in Indien
Leitung:	Führungszirkel (Schura)
Vorsitzender:	Maulana Ibrahim Saad
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	700 (2012: 700)

Die „Tablighi Jama’at“ (TJ – „Gemeinschaft der Verkündigung und Mission“) wurde als islamische Missionierungsbewegung um 1926 durch Maulawi Muhammad Ilyas (1885–1944) in Britisch-Indien gegründet. Die transnationale Massenbewegung mit weltweit etwa zwölf Millionen Anhängern wird von einem Führungszirkel (Schura) sowie den drei religiösen Zentren in Dhaka (Bangladesch), Neu-Delhi (Indien) und Raiwind (Pakistan) geleitet. Persönliche Beziehungsgeflechte religiöser Autoritäten stärken den Zusammenhalt der Organisation.

Ideologie

Die TJ predigt die Rückbesinnung auf ein Leben gemäß Koran und Sunna. Dabei orientiert sie sich eng an dem Islamverständnis der islamischen Frühzeit. Langfristiges Ziel der TJ ist die Errichtung eines islamistischen Regimes.

Schwerpunkt Missionierung

Die TJ kennt weder Statuten noch allgemein zugängliche Publikationen oder Internetauftritte. Das öffentliche Erscheinungsbild der TJ prägen die für ihre Anhänger obligatorischen Missionsreisen, sogenannte Jamaate. Die TJ versucht, durch ihre weltweiten Missionierungsbemühungen vorwiegend unter Muslimen neue Anhänger zu gewinnen und zu einer kompromisslos an den Geboten des Islam und den Grundsätzen der TJ orientierten Lebensführung anzuhalten.

Katalysator für „jihadistische" Rekrutierungsbemühungen

Die Ablehnung säkularer Prinzipien und die Abgrenzung gegenüber Nichtmuslimen können die Bildung abgeschotteter Parallelgesellschaften zur Folge haben und individuelle Radikalisierungsprozesse begünstigen. So konnte beobachtet werden, dass sich vereinzelt Anhänger der TJ „jihadistischen" Organisationen anschlossen. Zudem liegen Anhaltspunkte vor, dass die TJ „jihadistischen" Organisationen und Netzwerken als Rekrutierungspool dient.

Aktivitäten in Deutschland

Die Aktivitäten der TJ in Deutschland werden über informelle Kontakte in einem hierarchisch aufgebauten Netzwerk herausragender Akteure koordiniert. Eine übergeordnete, weisungsbefugte Instanz ist in Deutschland allerdings nicht feststellbar. Die TJ ist in Berlin, Bochum (Nordrhein-Westfalen), Friedrichsdorf (Hessen), Hamburg, Hannover (Niedersachsen), Köln (Nordrhein-Westfalen), München und Pappenheim (beide Bayern) präsent. In den Satzungen ihrer Moscheevereine wird die TJ nicht erwähnt.

2013 fanden drei überregionale Deutschland-Treffen der TJ mit bis zu 1.000 Teilnehmern statt: im April in München (Bayern), im Mai in Berlin und im November in Hamburg.

Fazit

Die TJ vermittelt ihre Ideologie in Gebetsräumen und Moscheevereinen mit dem Ziel, die muslimische Gemeinschaft in der Abwehr säkularer Einflüsse zu bestärken. Dabei tritt sie als friedliche und unpolitische Bewegung auf, die vorgibt, ausschließlich die religiöse Rückbesinnung des einzelnen Muslim im Blick zu haben. Durch diese Überzeugungsarbeit wird sich aus Sicht der TJ

in unbestimmter Zukunft der „Gottesstaat“ von selbst seinen Weg bahnen.

Die TJ meidet bewusst politische Aussagen und Aktivitäten. Das macht die TJ für die Mehrheit insbesondere jüngerer Islamisten unattraktiv. Andererseits geht von ihr wegen der mangelnden Distanzierung und der bewusst vermiedenen Ausgrenzung potenzieller „Jihadisten“ eine latente Gefahr aus, indem im Einzelfall terroristische Aktivitäten im Umfeld oder unter dem Deckmantel der Organisation ermöglicht werden.

9. Iranischer Einfluss auf in Deutschland lebende Schiiten

In Deutschland existieren eine Reihe islamischer Zentren und Organisationen regimetreuer Iraner, mit deren Hilfe das iranische Regime versucht, Einfluss auf hier lebende Schiiten unterschiedlicher Nationalität zu nehmen.

Diese Zentren unterstehen der iranischen Staatsführung. Für sie gilt die theokratische Doktrin, nach der die Staatsgewalt nicht vom Volk ausgeht, sondern allein religiös legitimiert werden kann. Der Auftrag zur Errichtung einer islamischen Weltgemeinschaft ist nach wie vor Bestandteil der iranischen Verfassung und besitzt somit auch aktuell Gültigkeit für die Einrichtungen der Islamischen Republik Iran in Deutschland.

„Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH)

Das größte und einflussreichste Zentrum ist das 1962 gegründete „Islamisches Zentrum Hamburg e.V.“ (IZH), das Träger der „Imam Ali Moschee“ ist. Der Leiter des IZH Reza Ramezani gilt als Vertreter des „Revolutionsführers“ der Islamischen Republik Iran – derzeit Ayatollah Seyyed Ali Khamenei – in Mitteleuropa.

Auch 2013 setzte Ramezani seine Bemühungen fort, das IZH als unpolitisch, kooperativ und moderat darzustellen. So etwa beim „Tag der offenen Moschee“, der jährlich am 3. Oktober stattfindet und an dem sich auch das IZH beteiligte. Gleichwohl sind die Aktivitäten des IZH weiterhin darauf ausgerichtet, die islamische Lehre schiitisch-iranischer Prägung auf unterschiedlichste Art und Weise in Deutschland und Europa zu verbreiten. Derzeit gibt es keine Anhaltspunkte für eine Änderung dieser Linie.

Das IZH organisiert u.a. regelmäßige Gebets- und Vortragsveranstaltungen, religiöse Feierlichkeiten sowie Sprachunterricht und andere Lehrveranstaltungen. Hierzu bietet das IZH zahlreiche eigene Schriften an. Das Zentrum war auch auf der Frankfurter Buchmesse (Hessen) im Oktober 2013 vertreten.

Führungsfunktionäre des IZH nahmen, wie in den Vorjahren, an der in Berlin am 3. August 2013 durchgeführten Demonstration zum „al-Quds-Tag" („Jerusalem-Tag") teil (vgl. Kap. IV, Nr. 1).

10. „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V." (IGMG)

Gründung:	1985 in Köln (Nordrhein-Westfalen) (als „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V." – AMGT)
Leitung:	Kemal Ergün
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	31.000 (2012: 31.000)
Publikationen:	u.a. „IGMG Perspektif", unregelmäßig; „Câmi'a" (Gemeinde), 14-täglich; „Millî Gazete" (formal unabhängiges „Sprachrohr" der „Millî Görüş"-Bewegung), täglich

Die „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V." (IGMG) ist mit 31.000 Mitgliedern die größte islamistische Organisation in Deutschland. Aufgrund ihrer zahlreichen Einrichtungen und vielfältigen Angebote erreicht sie jedoch einen weitaus größeren Personenkreis, wobei nicht alle Mitglieder/Anhänger der IGMG islamistische Ziele verfolgen oder unterstützen. Nach eigenen Angaben zählen zur IGMG weltweit 114.000 Mitglieder,[119] die Zahl der Besucher ihrer Einrichtungen wird mit ca. 300.000[120]

[119] Presseerklärung IGMG (21. Mai 2013).
[120] Homepage IGMG (1. August 2012).

angegeben. Sie soll derzeit über 515 Gemeinden verfügen,[121] davon 323 in Deutschland.[122]

Die IGMG wird seit Mai 2011 von Kemal Ergün geleitet. Mit der Verwaltung des umfangreichen Immobilienbesitzes der IGMG ist seit 1995 die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V." (EMUG) betraut, deren Vorsitzender seit Januar 2012 ebenfalls Ergün ist.

Ideologische Wurzeln

Die ideologischen Wurzeln der IGMG reichen bis zu den Ideen des türkischen Politikers Necmettin Erbakan zurück, der Ende der 1960er Jahre die „Millî Görüş"-Bewegung gründete. Die von Erbakan geprägten Schlüsselbegriffe seines politischen Denkens sind „Millî Görüş" („Nationale Sicht") und „Adil Düzen" („Gerechte Ordnung"). Nach seinem Geschichtsverständnis stehen sich in einzelnen Epochen gegensätzliche Zivilisationen unversöhnlich gegenüber, die entweder auf grundsätzlich „gerechten" oder auf „nichtigen" Voraussetzungen beruhen. „Gerecht" sind für Erbakan die Ordnungen, die auf „göttlicher Offenbarung" gegründet, „nichtig" jene, die von Menschen entworfen wurden. Gegenwärtig dominiere mit der westlichen Zivilisation eine „nichtige", eine auf Gewalt, Unrecht und Ausbeutung der Schwachen basierende Ordnung. Dieses „nichtige" System müsse durch eine „gerechte Ordnung" ersetzt werden, die sich ausschließlich an islamischen Grundsätzen ausrichte, anstatt an von Menschen geschaffenen und damit „willkürlichen Regeln". Als zentrale Ziele propagierte Erbakan in Anlehnung an das Osmanische Reich die Schaffung einer „neuen großen Türkei", die Überwindung des Laizismus sowie – letztlich mit globalem Anspruch – die Errichtung einer islamischen Gesellschaftsordnung. Konsequenz dieser Sichtweise ist die Ablehnung westlicher Demokratien.

„Millî Görüş"-Bewegung in der Türkei

Die Anhänger der „Millî Görüş"-Bewegung in der Türkei sind politisch in der „Saadet Partisi" (SP – „Partei der Glückseligkeit") organisiert. Am 27. Februar 2011 verstarb der Gründer der „Millî Görüş"-Bewegung und SP-Vorsitzende Erbakan. Seit März 2011 führt mit Mustafa Kamalak ein langjähriger Weggefährte Erbakans die SP und tritt als treuer Sachwalter des

[121] Presseerklärung IGMG (21. Mai 2013).
[122] Homepage IGMG (1. August 2012).

ideologischen Erbes seines Vorgängers auf. Somit bleibt die Partei auch nach dem Tod Erbakans dessen Prinzipien treu.

Vertreter der „Millî Görüş"-Bewegung prangern regelmäßig Kapitalismus, Imperialismus, Zionismus und Rassismus als Ursache der derzeit herrschenden „ungerechten Weltordnung" an. Der Weg der „Millî Görüş"-Bewegung wird als der einzige Weg zur Rettung der gesamten Welt propagiert.

So würdigte ein Kolumnist der Tageszeitung „Millî Gazete" Erbakan als denjenigen, der „das bösartige Geschwulst des Zionismus" in der Türkei, in der islamischen und in der gesamten Welt bekannt gemacht habe.[123]

Wiederholt stigmatisierten SP-Funktionäre, darunter der Parteivorsitzende Kamalak und der Vorsitzende des obersten Konsultationsgremiums der SP Oguzhan Asiltürk, die Aufstände und Revolten in verschiedenen islamischen Ländern nach dem „Arabischen Frühling" als Verschwörung des „rassistischen Imperialismus" und als Teil des Gesamtplans der „Greater Middle East Initiative", die der Errichtung eines „Großisrael" diene.[124] Die „Greater Middle East Initiative" ist eine US-Initiative zur Demokratisierung des Großraums Mittlerer Osten.

Unterstützung beim Aufbau einer „Neuen Welt" erwartet die „Millî Görüş"-Bewegung auch von dem D8-Staatenbündnis („Developing Eight"), das Erbakan 1997 als türkischer Ministerpräsident initiiert hatte. Das Bündnis umfasst die größten Staaten mit überwiegend muslimischer Bevölkerung (Türkei, Indonesien, Iran, Ägypten, Bangladesch, Malaysia, Pakistan und Nigeria) und folgt dem Vorbild des G8-Staatenbündnisses. Perspektivisch ist die Gründung islamisch geprägter Institutionen beabsichtigt, analog Europäischer Union, Vereinte Nationen und NATO.

Auf einer Parteisitzung in Konya (Türkei) unterstrich Kamalak, der richtige Weg sei nicht der Weg der Europäischen Union, sondern der Weg der D8-Staatengemeinschaft. Die Europäische Union bezeichnete er als „Klub der Christen" bzw. als „Union der

[123] „Millî Gazete", 26. Februar 2013, S. 14.

[124] „Millî Gazete", 24. April 2013, S. 1 und 11 sowie 15. April 2013, S. 19.

Kreuzfahrer“.[125] Ende 2013 begann die SP in Europa Parteivertretungen zu eröffnen. Am 27. Dezember 2013 fand in Köln die feierliche Eröffnung der Deutschland-Vertretung der SP statt, zu der auch hochrangige SP-Funktionäre, darunter der Parteivorsitzende Kamalak, anreisten.[126] SP-Funktionär Asiltürk erklärte in seiner Ansprache u.a., dass man gemeinsam mit den „in Europa lebenden Millî Görüş-Geschwistern“ diese Veranstaltung „im Sinne des Millî Görüş-Bemühens mit dem Ziel, die gesamte Menschheit zu retten“ durchführe. Der ehemalige IGMG-Gebietsvorsitzende Südbayern Abdussamet Temel, der bereits im August 2013 zum Deutschlandbeauftragten der SP ernannt worden war,[127] bedankte sich nochmals offiziell für seine Ernennung.[128]

IGMG und „Millî Görüş“-Bewegung

Die „Millî Görüş“-Bewegung umfasst unterschiedliche Komponenten, die von einer gemeinsamen ideologisch-religiösen Ausrichtung und der Bindung an Erbakan zusammengehalten werden. Der „Millî Görüş“ sind in der Türkei die SP, die Tageszeitung „Millî Gazete“, der Fernsehsender „TV 5“, die Jugendorganisation „Verein der Anatolischen Jugend“ („Anadolu Genclik Derneği“ – AGD) sowie das „Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung“ („Ekonomik ve Soysal Araştirma Merkezi“ – ESAM) zuzuordnen. In Deutschland bzw. Europa wird die „Millî Görüş“-Bewegung maßgeblich von der IGMG und möglicherweise künftig auch durch die noch im Aufbau befindlichen SP-Strukturen repräsentiert.

In weiten Teilen der IGMG wird Erbakan auch nach seinem Tod als Begründer und geistiger Führer der „Millî Görüş“-Bewegung verehrt. Dies zeigte sich insbesondere bei den vielfältigen Gedenkveranstaltungen, welche die IGMG zu Erbakans Ehren durchführte.[129]

Im Gegensatz zum Vorjahr gedachte die IGMG bei den Veranstaltungen im Jahr 2013 nicht allein Erbakans, sondern lud zu einem „Programm für die uns Vorausgegangenen“ („Önden gidenler

[125] „Millî Gazete“, 14. Januar 2013, S. 10.

[126] „Millî Gazete“, 31. Dezember 2013, S. 1 und 2.

[127] „Millî Gazete“, 2. August 2013, S. 12.

[128] „Millî Gazete“, 31. Dezember 2013, S. 1 und 19.

[129] „Millî Gazete“, 5. März 2013, S. 2; 14. März 2013, S. 20; 16./17. März 2013, S. 2 sowie 18. März 2013, S. 2.

programi“) ein,[130] im Rahmen dessen auch anderer verstorbener Persönlichkeiten mit einem prägenden Einfluss auf den Islam gedacht wurde.

Der IGMG-Funktionär Ilhan Bilgü würdigte im Februar 2013 in der Publikation „IGMG Perspektif“ das Leben und Werk Erbakans und hob hervor, dieser habe „die aktivste politische Bewegung der Türkei als Erbschaft hinterlassen“. Zu einer Zeit, als es noch verboten gewesen sei, das Wort „islamisch“ in den Mund zu nehmen, habe er sich der Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und internationalen Probleme der Türkei unter einem islamischen Blickwinkel genähert und die Gläubigen damit begeistert.[131]

Bei einer Gedenkveranstaltung der IGMG in Schiedam (Niederlande) würdigte Yusuf Isik, ehemaliger hochrangiger IGMG-Funktionär und jetziger Berater des IGMG-Vorsitzenden, als Gastredner die Verdienste Erbakans und beschwor dessen „heiliges Erbe“. Die Gründung einer „neuen großen Türkei“ und einer „neuen Welt“ sei nun eine Verpflichtung der nachfolgenden Generationen:

„Deine Hinterlassenschaft ist bei uns und wir wissen, dass dies eine große Verantwortung ist.“
(„Millî Gazete“, 11. März 2013, S. 20)

„Millî Gazete“

Die formal unabhängige türkische Tageszeitung „Millî Gazete“ ist als Sprachrohr der „Millî Görüş“-Bewegung ein wichtiges Bindeglied zwischen deren einzelnen Komponenten und trägt zur Verfestigung der ideologischen Positionen bei. Diese Bedeutung der Publikation wird von Repräsentanten der „Millî Görüş“-Bewegung regelmäßig betont. In Deutschland ist die Europa-Ausgabe der „Millî Gazete“ erhältlich (seit Mai 2011 lediglich im Abonnement), in deren Berichterstattung neben der „Millî Görüş“-Bewegung insbesondere auch die IGMG und deren Veranstaltungen breiten Raum einnehmen. Damit ist die „Millî Gazete“ neben den Publikationen „IGMG Perspektif“ und „Câmi’a“ sowie der

[130] „Câmi’a“ Nr. 11, 22. Februar 2013, S. 2.
[131] „IGMG Perspektif“, Ausgabe Februar 2013, S. 36.

zentralen IGMG-Homepage eine der wichtigsten Informationsquellen für die Anhänger der Organisation.

Ein Kolumnist der „Millî Gazete“ erinnerte im Zusammenhang mit der „Erbakan-Gedenkwoche“:

„Es ist eine Dschihad-Pflicht, dass jeder, der sich zu den Millî Görüş-Anhängern zählt, die Millî Gazete abonniert oder am Kiosk kauft, nach Hause bringt und liest. Des Hodschas Erbakan zu gedenken, bedeutet, die Auflage der Millî Gazete mindestens auf 300.000 Exemplare zu steigern, so wie er es von uns gewollt hat.“
(„Millî Gazete“, 13. Februar 2013, S. 14)

Auf den für die Europa-Ausgabe der „Millî Gazete“ ergänzten Seiten finden sich zu einem großen Teil Berichte zur IGMG, die in ihrer Vielfältigkeit das Vereinsleben der IGMG widerspiegeln, wie z.B. Berichte über IGMG-Veranstaltungen, Glückwunschinserate zu persönlichen Anlässen von IGMG-Mitgliedern, Kleinanzeigen und Spendenaufrufe. Weiterhin werden Presseerklärungen der IGMG, die Feiertagsgrußbotschaften des IGMG-Vorsitzenden sowie die von der IGMG-Abteilung für religiöse Rechtleitung herausgegebenen Texte der Freitagspredigt in der Europa-Ausgabe der „Millî Gazete“ veröffentlicht.

Die im Jahr 2012 zum 40-jährigen Bestehen der Zeitung gestartete Werbekampagne „40.000 Abonnenten für Millî Gazete“ wurde im Jahr 2013 fortgesetzt. Vertreter der Zeitung besuchten IGMG-Ortsvereine und -Moscheen in der Umgebung des „Millî Gazete“-Europabüros in Frankfurt am Main (Hessen).[132]

Der Geschäftsführer der „Millî Verlags- und Pressevertriebs GmbH“ in Frankfurt am Main (Hessen) erklärte beim Besuch der IGMG-Moschee in Bergkamen (Nordrhein-Westfalen):

„Unsere Millî Gazete muss in jedes Haus geliefert werden. Es macht keinen Unterschied, ob Ihr Mitglied in der Moschee seid oder unsere Zeitung abonniert. Beide erbringen Dienstleistung im gleichen

[132] „Millî Gazete“, 28. Januar 2013, S. 2.

Bereich. Für die ‚gerechte Mission' solltet Ihr unbedingt Abonnenten werden."
(„Millî Gazete", 5./6. Januar 2013, S. 20)

Neben der Berichterstattung zu aktuellen Themen und Veranstaltungshinweisen wird in der „Millî Gazete" auch zu religiösen Themen Stellung genommen. Insbesondere Mehmet Şevket Eygi vermittelt in seinen Kolumnen ein restriktives Islamverständnis und lehnt Reformen ab. Mehrfach forderte Eygi in der Vergangenheit die Einführung einer ausschließlich an Koran und Sunna orientierten staatlichen Ordnung und einer an der Scharia orientierten Rechtsprechung. Regelmäßig kritisiert er dabei auch Initiativen in der Türkei, den Islam zu reformieren.

Im März 2013 stellte Eygi in einer Kolumne fest, dass in der Türkei durch den Laizismus kein innerer Frieden und sozialer Konsens möglich sei. Frieden sei nur möglich auf der Basis des „wahren Islam", wie er zu osmanischen Zeiten geherrscht habe, sowie auf der Basis der Scharia.[133]

Insbesondere die Vorschriften der Scharia und deren Befolgung sind für Eygi unantastbarer Teil des Islam. Die Scharia hat für Eygi Vorrang vor allen anderen Normen. Dementsprechend sind für ihn Demokratie und Islam in ihren Grundprinzipien nicht miteinander vereinbar:

„Es ist Ketzerei, die von Menschen gemachten Gesetze über die Gesetze Gottes zu stellen."
(„Millî Gazete", 15./16. Juni 2013, S. 5)

Ferner rief Eygi die Gläubigen zur Einhaltung ihrer Pflichten auf:

„(...) die Anerkennung des Korans (...) als Verfassung (...) die Akzeptanz des Islams als religiöse und weltliche Ordnung, keine Trennung zwischen Religiösem und Weltlichen (...) Anerkennung des Islams als Rechtssystem (...) nicht die Freundschaft suchen von Ungläubigen,

[133] „Millî Gazete", 27. März 2013, S. 3.

Polytheisten, und denjenigen mit einem liederlichen Lebenswandel, die in aller Öffentlichkeit sündigen."
(„Millî Gazete", 22. Mai 2013, S. 5)

„Tag der Brüderlichkeit und Solidarität"

Am 19. Mai 2013 führte die IGMG in Hasselt (Belgien) eine Großveranstaltung zum „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität" mit ca. 20.000 Teilnehmern durch. Zu der Veranstaltung waren Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern angereist, unter ihnen auch mehrere hochrangige Funktionäre der SP wie der Parteivorsitzende Kamalak.

Kamalak lobte in seiner Ansprache die Arbeit der IGMG in Europa. Er betonte, dass man sich der Schwierigkeiten bewusst sei, denen die IGMG begegne, schließlich würden „Bestrebungen von friedbringenden Lehren und Bewegungen" stets behindert.

Für Aufsehen sorgte die Teilnahme eines Vertreters der türkischen Regierung an der Veranstaltung: Der stellvertretende türkische Premierminister und der ihm unterstellte Präsident des Amtes für Auslandstürken und verwandte Volksgemeinschaften waren aus Ankara (Türkei) angereist. In seiner Ansprache übermittelte der stellvertretende türkische Premierminister Grüße des Premierministers und lobte die IGMG für ihren Beitrag zur Identitätswahrung. Mit dem Verweis, dass der türkische Premierminister „einer von den Anwesenden sei", erinnerte er an die gemeinsamen Wurzeln in der „Mîlli Görüş"-Bewegung. Er gedachte Erbakans und stellte fest, dass die Atmosphäre im Veranstaltungssaal ein Zeichen dafür sei, dass Erbakans Erbe weiterlebe.[134]

Fazit

Die mit der Amtsübernahme von Ergün im Mai 2011 angestoßene personelle und strukturelle Umbruchphase dauert weiter an. Ergün forciert die Professionalisierung der Arbeit der IGMG und richtet das Profil der Organisation deutlich religiöser aus.

Die Vielzahl der Erbakan-Gedenkveranstaltungen spiegelt das weiterhin bestehende Bedürfnis der IGMG-Basis wider, „ihrem Hodscha" ein ehrendes Andenken zu bewahren und ihre andauernde Verbundenheit zu ihm auch öffentlich zu bekunden. Der Rahmen des Gedenkens („Programm für die uns

[134] Presseerklärung IGMG (21. Mai 2013).

Vorausgegangenen") ordnet Erbakan jedoch in eine Reihe mit weiteren Persönlichkeiten ein, was als Versuch der IGMG-Führung gewertet werden kann, der singulären Stellung Erbakans entgegenzuwirken, ohne die Bedürfnisse der Basis außer Acht zu lassen. Dieser Widerspruch ist symptomatisch für den aktuellen Umgang mit dem Erbe Erbakans in der IGMG.

Die anhaltenden Kontakte der IGMG auch zur politischen Ebene der „Millî Görüş"-Bewegung zeigen jedoch, dass für eine weitereichende Loslösung nach wie vor eindeutige Signale fehlen. Es bestehen weiterhin Anhaltspunkte für eine über die rein historisch gewachsene ideelle Verbundenheit mit Erbakan hinausgehende Einbindung der IGMG in die „Millî Görüş"-Bewegung.

Auch der Auftritt eines hochrangigen türkischen Regierungsvertreters beim „Tag der Brüderlichkeit und Solidarität" spricht noch nicht für eine parteipolitische Neuorientierung. Vielmehr erhofft sich die IGMG von solchen Kontakten offenbar, ihren Anliegen durch Rückendeckung der türkischen Regierung mehr Gewicht verleihen zu können.

Ihre weiterhin bestehende Einbindung in die „Millî Görüs"-Bewegung stellt die verbalen Bekenntnisse der IGMG zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die damit verbundene Abkehr von den ideologischen Vorgaben Erbakans unverändert infrage. Die nach wie vor bestehende generelle Prägung durch die „Millî Görüş"-Ideologie ist geeignet, eine ablehnende Haltung gegenüber westlichen Werten zu verstärken und Demokratiedistanz zu fördern.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

I. Überblick

Im nichtislamistischen Ausländerextremismus finden sich Ideologieelemente aus dem Rechts- und Linksextremismus, ergänzt durch separatistische Bestrebungen. Insoweit handelt es sich nicht um ein tendenziell bündnisfähiges Spektrum, sondern um disparate Teile, die nur in einzelnen Fällen untereinander oder mit deutschen extremistischen Gruppierungen kooperieren. Politik, Strategie und Aktionen der nichtislamistischen extremistischen Ausländerorganisationen in Deutschland werden ganz entscheidend von den Entwicklungen und Ereignissen in den jeweiligen Herkunftsländern (und den dortigen zentralen Organisationseinheiten) bestimmt. Entsprechend zielen sie vorrangig – oftmals auch durch den Einsatz von Gewalt und Terror – auf eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse im Heimatland. Darüber hinaus können sie auch in der Bundesrepublik Deutschland die innere Sicherheit gefährden und verstoßen zudem oftmals gegen das Prinzip der Völkerverständigung. Deutschland gilt den meisten dieser Gruppierungen als sicherer Rückzugsraum. Von hier aus können sie die Heimatorganisationen propagandistisch, vor allem aber auch materiell und finanziell unterstützen.

1. Entwicklungstendenzen

PKK zwischen Friedensprozess und Militanz

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) hält unverändert an dem Ziel einer politischen und kulturellen Autonomie der Kurden in ihren Siedlungsgebieten bei Aufrechterhaltung nationaler Grenzen fest. Die im Dezember 2012 begonnenen Sondierungsgespräche zwischen der türkischen Regierung und der PKK-Führung wurde von deren Führer Abdullah Öcalan durch einen Friedensaufruf vom März 2013 „offiziell“ bestätigt. Der Prozess, der auf beiden Seiten von großem Misstrauen und nur schwer erfüllbaren Bedingungen begleitet wird, ist mittlerweile ins Stocken geraten.

Die weiterhin in hohem Maße mobilisierungsfähige PKK hat ihre Anhänger in Deutschland auf eine Abkehr von militanten

Aktionen eingeschworen – eine Tendenz, die mit einem Scheitern der Friedensverhandlungen wieder Makulatur sein könnte. Gewalt bleibt für die PKK gleichwohl ein strategisches Element, über das sie je nach politischer Situation entscheidet.

Ein Beleg hierfür ist die auch in Deutschland anhaltende Anwerbung von Rekruten für den bewaffneten Kampf in der Türkei. Ein weiterer Beleg sind die Kampfhandlungen in Syrien, in die auch die dortige Zweigorganisation der PKK („Partei der demokratischen Union" – PYD) militärisch involviert ist. Gerade die Kämpfe in Syrien werden von der PKK propagandistisch genutzt: Immerhin stellt sie sich bewaffneten islamistischen Verbänden entgegen. Obwohl die PYD in ihrer Satzung den „Volkskongress Kurdistans" (KONGRA GEL) als höchste legislative Gewalt des kurdischen Volkes anerkennt, wird versucht, sie als eigenständige Organiation erscheinen zu lassen. Dies ist Teil einer PKK-Taktik, das Image einer verbotenen Organisation abzustreifen und scheinbar legale Strukturen aufzubauen. In diesen Kontext gehören auch Versuche, das Betätigungsverbot mithilfe politischer Initiativen und einer gezielten Lobbyarbeit infrage zu stellen. Erfolge in der Türkei als Teil einer Verhandlungslösung oder in Syrien als Ergebnis einer militärischen Offensive würden das Ansehen der PKK bei den Kurden insgesamt steigern. Inwieweit damit eine langfristige und nachhaltige Abkehr von Gewalt und Terror verbunden wäre, muss gegenwärtig offen bleiben. Dies gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass sich in der Regel auch bei solch rigide geführten Organisationen Gruppen bilden könnten, die sich einem friedlichen Kurs verweigern und an Gewalt und Militanz festhalten.

DHKP-C führt weiter bewaffneten Kampf in der Türkei

Die türkische linksextremistische „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front" (DHKP-C) wird seit Jahren von den Sicherheitsbehörden als besonders gefährlich eingestuft und von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Ihre Aktivisten und Funktionäre waren und sind Gegenstand einer Vielzahl von Strafverfahren.

Nachdem ein Selbstmordattentäter, der zuvor mehrere Jahre in Deutschland politisch aktiv gewesen war, sich im Eingang der US-amerikanischen Botschaft in Ankara (Türkei) in die Luft gesprengt hatte, geriet die DHKP-C in den Fokus medialen Interesses.

Die DHKP-C verfügt in der Türkei über einen militärischen Arm, der seit 2012 eine verschärfte „bewaffnete Propaganda" betreibt: eine Terroroffensive, die sich gegen Institutionen des Staates, aber auch als Teil ihres antiimperialistischen Kampfes gegen US-amerikanische Einrichtungen richtet. Der Terrorangriff auf die Botschaft und seine Begründung ist beispielhaft für eine doktrinäre, an der Realität nicht interessierte Sichtweise. Die marxistisch-leninistische Organisation bedient sich dabei auch des Mittels von Selbstmordattentaten, eine gemeinhin in dieser Ideologie nicht gebräuchliche Form des Terrors.

In Deutschland ist die DHKP-C auch über ihre Tarnorganisation „Anatolische Föderation" tätig. Sie versucht insbesondere über eine Antirassismuskampagne, in der sie schwere Anschuldigungen gegenüber dem Staat erhebt, bei Migranten Anerkennung zu finden. Obgleich sie Europa als Rückzugsraum betrachtet und hier nicht militant agiert, bleibt deutlich, dass die Gesamtorganisation die Terrorangriffe des bewaffneten Flügels mitträgt, beispielsweise durch den Todeskult im obligatorischen Gedenken an die sogenannten Märtyrer.

Wechselwirkungen zwischen den Extremismen: eine Gefahr für die innere Sicherheit

Wechselwirkungen zwischen den einzelnen extremistischen Phänomenbereichen führen oftmals zur Beschleunigung radikalisierender Prozesse hin zu militanten Kampfmitteln: in Form einer gegenseitigen Aufschaukelung bei konträren wie übereinstimmenden Positionen.

Eine permanente Gefahr für die innere Sicherheit stellt das Aufeinandertreffen von Extremisten gegensätzlicher Couleur auf der Straße, bei Demonstrationen oder Veranstaltungen dar. Wie bereits in den Vorjahren wurde dies im Besonderen in der Konfrontation zwischen PKK-Jugendlichen und nationalistischen Türken deutlich.

Separatistische Organisationen ohne öffentliche Resonanz

Die separatistischen südasiatischen Organisationen in Deutschland blieben im Jahr 2013 weitgehend unauffällig und waren mit dem Aufbau organisatorischer Strukturen beschäftigt.

Bei den „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE) ist es – ablesbar auch an gemeinsamen Veranstaltungen – offenbar zu einer Annäherung der beiden Flügel der Organisation gekommen. Inwieweit dies mit einer Änderung strategischer Prämissen, d.h. mit einer

Neuauflage des bewaffneten Kampfes oder aber einer friedlichen, konsensorientierten Agitation verbunden sein wird, bleibt ebenso abzuwarten, wie eine mögliche Vereinigung in einer einheitlichen Organisation.

Extremistische Sikh-Organisationen in Deutschland werden ihre propagandistische Unterstützung der Separationsbestrebungen ihrer Mutterorganisationen auch künftig fortsetzen.

2. Organisationen und Personenpotenzial

Das Mitglieder- und Anhängerpotenzial nichtislamistischer sicherheitsgefährdender bzw. extremistischer Ausländerorganisationen ist mit 28.810 Personen gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Die Anhängerzahl linksextremistischer Ausländergruppierungen betrug 16.970 Personen, die der nationalistischen Ausländergruppierungen 10.050.

Für das Jahr 2013 werden Separatisten (1.790) erstmals in einer eigenen Rubrik ausgewiesen. Auswirkungen auf die Gesamtzahl der Anhänger nichtislamistischer extremistischer Ausländerorganisationen haben sich hieraus nicht ergeben.

Mitgliederpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen[1,2] (ohne Islamismus)

	2011	2012	2013
Linksextremisten	18.570	17.970	16.970
davon:			
„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	13.000	13.000	13.000
„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)	650	650	650
„Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML)	1.300	1.300	1.300
„Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP)	600	600	600
„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	1.000	1.000	
Sonstige	2.020	1.420	1.420
Separatisten[3]			1.790
davon:			
„Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)			1.000
extremistische Sikhs			790[4]
extreme Nationalisten	7.840	10.840	10.050
Summe	**26.410**	**28.810**	**28.810**

[1] Die Zahlenangaben beziehen sich auf Deutschland und sind z.T. geschätzt und gerundet.
[2] Hier werden auch Mitglieder/Sympathisanten der mit Verbot belegten Gruppen gezählt.
[3] Neue systematische Darstellung des Personenpotenzials ab 2013.
[4] In den Vorjahren unter der Rubrik extreme Nationalisten ausgewiesen.

II. Ziele und Aktionsschwerpunkte einzelner Gruppierungen

1. Gruppierungen aus dem kurdischen Spektrum

1.1 Überblick

Etwa 13.000 der in Deutschland lebenden rund 800.000 ethnischen Kurden, bilden die Kernanhängerschaft der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die darüber hinaus in der Lage ist, zu bestimmten Veranstaltungen ein Vielfaches an Mobiliserungspotenzial zu aktivieren. Die PKK unterliegt seit 1993 einem Betätigungsverbot.

Zentrale Forderung der PKK bleibt – unter Aufrechterhaltung bestehender nationaler Grenzen – eine politische und kulturelle Autonomie der Kurden in ihren Siedlungsgebieten: vor allem in der Türkei, aktuell verstärkt auch in Syrien. Im Vordergrund der politischen Agenda steht neben dieser essenziellen Forderung eine Freilassung ihres, seit 1999 auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali inhaftierten, Gründers Abdullah Öcalan, zumindest aber eine Verbesserung seiner Haftbedingungen.

Die PKK bleibt bei bestimmten emotionalisierenden Ereignissen weiterhin in der Lage, ihre Anhängerschaft auch kurzfristig zu mobilisieren. Ihr Einfluss reicht so weit, dass sie auch den Militanzgrad von Aktionen entscheidend bestimmt. So wurden nach der Friedensbotschaft ihres unumstrittenen Führers Öcalan vom März 2013 kaum noch gewaltsame Aktionen in Deutschland durchgeführt. Der insgesamt fragile Friedensprozess lässt indes Zweifel an der Nachhaltigkeit dieser strategischen, auch von Opportunitätsgründen geprägten Entscheidung zu. Diese Zweifel werden durch die anhaltende Rekrutierung insbesondere jugendlicher Kader für den Guerillakampf in der Türkei verstärkt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der PKK-Aktivitäten in Deutschland ist die logistische und finanzielle Unterstützung der Gesamtorganisation. Diesem Ziel dienen auch die Großveranstaltungen, die über den Kreis der PKK-Anhänger hinaus Beachtung finden und auch dazu genutzt werden, weitere Personen für die PKK zu werben.

Über die „Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V." (YEK-KOM – vgl. Kap. II, Nr. 1.2.3) intensivierte die PKK die Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie die Kontaktpflege zu politischen Entscheidungsträgern. Sie geriert sich hierbei als alleinige Vertreterin kurdischer Interessen und sucht im politischen und gesellschaftlichen Raum nach Unterstützung für eine Aufhebung des gegen sie bestehenden Betätigungsverbots.

Der PKK eröffnete sich mit dem Bürgerkrieg in Syrien zudem ein neues Thema, mit dem sie sich als eine Kraft für Frieden und regionale Selbstverwaltung darstellen kann. In Europa und insbesondere in Deutschland werden die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Guerillaeinheiten des syrischen PKK-Ablegers „Partei der demokratischen Union" (PYD) und islamistischen Gegnern des Assad-Regimes von einer Welle von Solidaritätsaktionen und Veranstaltungen für die syrischen Kurden begleitet.

1.2 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Gründung:	27.11.1978 als „Arbeiterpartei Kurdistans“ (Partiya Karkerên Kurdistan – PKK) in der Türkei weitere Bezeichnungen: – „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê – KADEK) – „Volkskongress Kurdistans“ (Kongra Gelê Kurdistan – KONGRA GEL) – „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (Koma Komalên Kurdistan – KKK) – „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (Koma Civakên Kurdistan – KCK)
Führung:	Abdullah Öcalan
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	13.000 (2012: 13.000)
Publikationen/ Medien:	u.a.: „Yeni Özgür Politika“ (YÖP – „Neue Freie Politik“), täglich; „Serxwebûn“ („Unabhängigkeit“), monatlich; „Stêrka Ciwan“ („Stern der Jugend“), monatlich; „Roj TV“ (Fernsehsender – bis Februar 2012); „Stêrk TV“ (Fernsehsender – ab Februar 2012); „Nûçe TV“ (Fernsehsender – bis August 2013);
Betätigungsverbot:	Verbotsverfügung vom 22. November 1993

1.2.1 Allgemeine Lage

Die PKK ist die mit Abstand mitgliederstärkste nichtislamistische extremistische Ausländerorganisation. Ihre zentrale Forderung bleibt die Anerkennung der kurdischen Identität sowie mehr Rechte und kulturelle Autonomie in der Türkei. Sie strebt dort und in den anderen von Kurden bewohnten Siedlungsgebieten der Region eine Einheit aller Kurden an.

Die PKK unterliegt in Deutschland trotz diverser zwischenzeitlicher Umbenennungen[135] seit 1993 einem Betätigungsverbot. Von der Europäischen Union wird sie seit 2002 als terroristische Organisation gelistet.[136]

Die ambivalente Einstellung zur Gewalt behielt die Organisation auch nach den seit 2002 erfolgten Umbenennungen bei.

In Europa bemüht sich die PKK um ein weitgehend gewaltfreies Erscheinungsbild. Sie intensiviert insbesondere ihre Anstrengungen auf politischer Ebene, als einzig legitime Vertreterin und Ansprechpartnerin in der Kurdenfrage anerkannt zu werden: Durch Kontakte zu parlamentarischen Entscheidungsträgern oder sonstigen Personen des gesellschaftlichen Lebens sucht sie Unterstützung und hofft damit auch, den alleinigen Führungsanspruch innerhalb der kurdischen Volksgruppe zu untermauern.

In den kurdischen Siedlungsgebieten agieren Guerillaeinheiten der PKK, insbesondere die „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) hingegen gewalttätig. Insbesondere in der Türkei, der nordirakischen Grenzregion sowie verstärkt im Osten Syriens operieren sie militärisch. Nach dem von dem inhaftierten PKK-Gründer Abdullah Öcalan

[135] Im April 2002 in „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) und im November 2003 in „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL) umbenannt. Ab 2005 trat die PKK unter der Bezeichnung „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (KKK) auf und seit 2007 unter „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK).

[136] Der Europäische Rat erklärte im September 2001 die Bekämpfung des Terrorismus zu einem der vorrangigen Ziele der EU. Seither können Personen, Vereinigungen und Körperschaften in einer EU-Liste erfasst („gelistet“) werden, wenn eine zuständige Behörde eines EU-Mitgliedstaates über Beweise oder schlüssige Indizien für deren Involvierung in terroristische Handlungen verfügt. Entscheidungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen können ebenfalls berücksichtigt werden. Konsequenz der halbjährlich erfolgten Listung ist insbesondere das Einfrieren von Geldern und Vermögenswerten terrorismusverdächtiger Personen und Organisationen.

propagandistisch in Szene gesetzten Friedenskurs haben sich die Gewalthandlungen in der Türkei im Jahr 2013 allerdings stark verringert. Die Friedensgespräche mit der türkischen Regierung waren in diesem Zeitraum das zentrale Agitationsthema der PKK.

Friedensverhandlungen zwischen der türkischen Regierung und der PKK

Die Ende 2012 zwischen dem türkischen Staat und der PKK-Führung begonnenen Friedensverhandlungen wurden 2013 fortgesetzt und von beiden Seiten offiziell bestätigt. Bei einem positiven Ergebnis könnte sich die Lebenssituation der in der Türkei lebenden Kurden entscheidend verändern und mit ihr auch Rolle und Funktion der PKK. Entsprechend hoch ist die Aufmerksamkeit, die diesem Prozess von der PKK-Anhängerschaft in Deutschland beigemessen wird.

Botschaft Öcalans am 21. März 2013 zur Beendigung des bewaffneten Kampfes

Es war der von den Anhängern der PKK als unumstrittene Führungs- und Symbolfigur des kurdischen Volkes verehrte Öcalan, der zur Beendigung des fast 30 Jahre dauernden bewaffneten Kampfes in der Türkei aufrief. In einer von der PKK-nahen Presse als „historisch" bezeichneten Botschaft, die anlässlich des traditionellen kurdischen Neujahrsfestes Newroz am 21. März 2013 in Diyarbakir (Türkei) von einem Abgeordneten der prokurdischen „Partei für Frieden und Demokatie" (BDP) in kurdischer und türkischer Sprache verlesen wurde, forderte der PKK-Gründer die Guerillakämpfer auf, sich aus der Türkei zurückzuziehen.

Sein Stellvertreter, der Oberbefehlshaber der bewaffneten PKK-Kräfte Murat Karayilan, kündigte am 25. April 2013 an, die PKK werde ab dem 8. Mai 2013 schrittweise mit dem Rückzug ihrer Guerillaeinheiten aus der Türkei in den Nordirak beginnen. Der Friedensprozess werde, so betonte er, in drei Schritten vollzogen. Einem ersten Schritt, mit dem die Waffenruhe fortgesetzt und die Guerillakämpfer abgezogen würden, müsse ein Schritt der türkischen Regierung folgen: mit verbindlichen gesetzlich festgeschriebenen Reformen, die geeignet seien, eine Lösung der Kurdenfrage herbeizuführen. Im dritten Schritt schließlich folge die Phase der Normalisierung, eine Festigung des Friedens und eine Freilassung Öcalans und aller anderen Gefangenen. Erst danach könnten auch die Guerillaeinheiten entwaffnet werden.

Die PKK-Führung zeigte sich im Verlauf des Prozesses von der türkischen Regierung enttäuscht; sie beklagte wiederholt ein Stocken des Friedensprozesses und warnte vor einem Scheitern. Ende

Juli 2013 setzte sie in einer ersten Eskalationsstufe der Türkei ein Ultimatum zum 15. Oktober 2013. Sabri Ok, Mitglied des KCK-Exekutivrates, sprach in einem Interview[137] vom 24. Juli 2013 von einem sehr einseitigen Verlauf des Friedensprozesses, der in dieser Form keine Lösung herbeiführen werde. Die Geduld der PKK habe ein Ende und es stehe nur noch wenig Zeit zur Verfügung. Er drohte, Öcalan habe kürzlich mitgeteilt, der Waffenstillstand werde aufgehoben, wenn von Seiten der türkischen Regierung bis zum 15. Oktober 2013 keine konkreten Schritte unternommen würden. Im September 2013 stoppte die PKK schließlich ihren im Mai 2013 begonnenen Rückzug der bewaffneten Kämpfer aus der Türkei.[138] Diese weitere Eskalationsstufe wurde mit der passiven Haltung der türkischen Regierung erklärt. Gleichwohl blieb die mit dem Friedensappell Öcalans im März verkündete Waffenruhe in Kraft. An der Haltung der PKK-Führung vermochte auch ein vom türkischen Ministerpräsidenten am 30. September 2013 vorgestelltes „Demokratisierungspaket" nichts zu ändern. Die darin enthaltenen Vorschläge für eine Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Situation der Kurden seien nicht weitreichend genug und erfüllten deren elementare Forderungen nicht. In diesem Sinne äußerte sich Karayilan, als er davon sprach, das „Demokratisierungspaket" sei lediglich mit heißer Luft gefüllt.[139]

Schließlich steigerte die PKK ihre gegenüber der türkischen Regierung aufgebaute Drohkulisse Ende Oktober 2013 erneut, indem sie eine Rückführung der abgezogenen Kämpfer in die Türkei und eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Aussicht stellte. Ein Ende des gegenwärtigen Friedensprozesses, so der Co-Vorsitzende des Exekutivrates der KCK Cemil Bayik, sei dann erreicht, wenn es keine Garantie für Verfassungsänderungen gebe. Der bewaffnete Kampf könne erneut aufgenommen werden, falls die türkische Regierung keine Schritte unternehme:

„Entweder sie akzeptieren substanzielle Verhandlungen mit der Kurdischen Freiheitsbewegung oder in der Türkei bricht Bürgerkrieg aus." („Yeni Özgür Politika", 23. Oktober 2013, S. 1 und 3)

[137] Veröffentlicht auf der Homepage der Deutschen Welle „No ‚tangible moves' on Turkish-Kurdishpeace", 29. Juli 2013.

[138] YÖP, 10. September 2013.

[139] YÖP, 8. Oktober 2013.

Neben der Standardforderung einer Verbesserung der Haftbedingungen Öcalans bezichtigte Bayik die türkische Regierung, einen Stellvertreterkrieg in „Rojava“[140] zu führen. Das kurdische Volk habe das Recht, den Krieg in die Türkei zu tragen, wenn die Türkei den Krieg in „Rojava“ fortsetze, indem sie gegnerische (islamistische) Gruppen mit Waffen beliefere.

Der fragile Zustand des Friedensprozesses zeigte sich im Verlauf des Jahres auch an den kurzzeitigen militärischen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und Guerillaeinheiten der PKK. So erschossen am 28. Juni 2013 in Lice (Provinz Diyarbakir/Türkei) Sicherheitskräfte während einer Protestkundgebung einen 18-jährigen kurdischen Jugendlichen. Bei einem Vergeltungsangriff auf eine Gendarmeriestation in Hani (Provinz Diyarbakir/Türkei) töteten Guerillas der HPG am 3. Juli 2013 einen türkischen Soldaten.

Ermordung von drei PKK-Aktivistinnen am 9. Januar 2013 in Paris

Am 9. Januar 2013 wurden drei PKK-Aktivistinnen im Kurdistan Informationsbüro in Paris (Frankreich) ermordet: Sakine Cansız, eine hochrangige Funktionärin der PKK, Fidan Doğan, eine Vertreterin des „Kurdistan Nationalkongresses“ (KNK)[141] und Leyla Şaylemez, Funktionärin der PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“. Bereits am 17. Januar 2013 nahm die französische Polizei den mutmaßlichen Täter fest. Ömer Ziya Güney, selbst PKK-Aktivist, bestreitet die Tat vehement und äußert sich nicht weiter zum Sachverhalt. Erwartungsgemäß verurteilten PKK-Führung und zahlreiche PKK-nahe Teilorganisationen die Morde. Wenngleich das Tatmotiv zurzeit unklar bleibt, gehen weite Teile der PKK-Anhängerschaft von einer Tat des türkischen Geheimdienstes aus, der von französischen Stellen unterstützt worden sei. Ziel sei eine Störung der Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK gewesen. Eine PKK-interne Vergeltungstat wird seitens der Organisation offiziell ausgeschlossen.

Als Reaktion auf die Morde fanden in Deutschland friedliche Aktionen statt, überwiegend in Form von Gedenkveranstaltungen.

[140] Mit „Rojava“ bzw. „Westkurdistan“ werden die vorwiegend von Kurden bewohnten nördlichen und östlichen Gebiete in Syrien bezeichnet.

[141] Der KNK steht der PKK nahe und sieht sich als Interessenvertretung aller Kurden. Er verfolgt das Ziel, die europäische Politik und Öffentlichkeit für die Belange der Kurden zu sensibilisieren. In seiner Zusammensetzung besteht er aus zahlreichen politischen Parteien, Organisationen und Einzelvertretern.

Die größte Veranstaltung wurde am 12. Januar 2013 in Paris (Frankreich) durchgeführt. Unter den rund 15.000 Teilnehmern des Trauerzuges befanden sich auch viele Personen aus Deutschland.

Solidaritätsaktionen für syrische Kurden

Den intensivierten Kämpfen zwischen den „Volksverteidigungseinheiten" (YPG), dem militärischen Arm des syrischen PKK-Ablegers „Partei der demokratischen Union" (PYD), und islamistischen Gegnern des Assad-Regimes, folgte eine Welle von Solidaritätsaktionen und Veranstaltungen für die syrischen Kurden in vielen europäischen Staaten, überwiegend jedoch in Deutschland.

1.2.2 Organisatorische Situation

Das 1993 ausgesprochene vereinsrechtliche Betätigungsverbot für die PKK – vorausgegangen waren Aktionswellen der PKK mit einem erheblichen Gewaltpotenzial – umfasst auch die Umbenennungen in KADEK, KONGRA GEL, KKK und KCK. Zeitgleich verboten wurde zudem der für die Aktivitäten der PKK in Europa maßgebliche politische Arm der PKK, die „Nationale Befreiungsfront Kurdistans" (ERNK), die derzeit unter der Bezeichnung „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa" (CDK) auftritt.

Die Führungsfunktionäre der CDK halten sich vorwiegend in den Nachbarländern Deutschlands auf. Oberstes Entscheidungsorgan der CDK ist ein Leitungsgremium mit einem Leiter an der Spitze.

Die CDK-Leitung setzt die verantwortlichen Kader in Deutschland ein. Die zumeist konspirativ agierenden Funktionäre – ihre Tätigkeit an einem Ort ist in aller Regel zeitlich begrenzt – leiten organisationsinterne Anweisungen und Vorgaben nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam auch an ihre in Deutschland nachgeordneten Ebenen weiter, die ihrerseits für die Umsetzung entsprechender Vorgaben verantwortlich sind.

Zehnter Jahreskongress der CDK

Die CDK führte vom 27. bis 30. Mai 2013 in der Schweiz ihre zehnte Generalversammlung mit etwa 200 Delegierten durch.

Keine strukturellen Änderungen im Bundesgebiet

Die Organisationsstruktur der PKK in der Bundesrepublik Deutschland blieb weitestgehend unverändert. Das CDK-Gebiet Deutschland besteht weiterhin aus vier Bereichen (Nord, Mitte,

Süd 1 und Süd 2), sogenannten SAHAs[142] mit jeweils einem Führungsfunktionär an der Spitze. Die SAHAs sind ihrerseits in 29 Gebiete („Bölge“) unterteilt,[143] im Vergleich zum Vorjahr demnach um ein Gebiet zusätzlich.

Massenorganisationen

Die PKK versucht, ihre Politik mithilfe sogenannter Massenorganisationen zu popularisieren. Darin organisiert sie ihre Anhänger nach sozialen Kriterien, nach Berufs- oder Interessengruppen.

Besonders hervorzuheben sind die Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.6), die „Kurdische Frauenbewegung in Europa“ (AKKH) sowie die Studentenorganisation „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK). Zu erwähnen sind auch die Organisationen „Union der Journalisten Kurdistans“ (YRK), „Union der kurdischen Lehrer“ (YMK), „Union der Juristen Kurdistans“ (YHK), „Union der Schriftsteller Kurdistans“ (YNK) sowie die „Union kurdischer Familien“ (YEK-MAL). Zu den Umfeldorganisationen gehören auch Religionsgemeinschaften wie die „Islamische Gemeinde Kurdistans“ (CIK), „Föderation der demokratischen Aleviten“ (FEDA), „Union der Aleviten aus Kurdistan“ (KAB), „Föderation der yezidischen Vereine e.V.“ (FKE) und „Union der Yeziden aus Kurdistan“ (YEK).

1.2.3 „Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ („Yekitîya Komalên Kurd Li Elmanya“ – YEK-KOM)

Für die Umsetzung von Vorgaben der Führungsspitze und den Informationsfluss zur Basis bedienen sich PKK und CDK überwiegend der örtlichen Vereine in Deutschland, die den Anhängern der Organisation als Treffpunkte und Anlaufstellen dienen. Als Dachverband dieser Vereine fungiert die YEK-KOM, der – eigenen Angaben zufolge – 46 Vereine angeschlossen sind.

Neujahrsfest Newroz am 23. März 2013 in Bonn

Das traditionelle kurdische Neujahrsfest Newroz feierten am 23. März 2013 ca. 9.000 Anhänger der PKK in Bonn

[142] Im weiteren Sinne eine Begrifflichkeit für „Raum“.

[143] Berlin, Bielefeld, Bochum/Essen, Bodensee, Bonn, Bremen, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Frankfurt am Main, Freiburg, Gießen, Hamburg, Hannover, Heilbronn, Kassel, Köln, Mannheim, München, Nürnberg, Oldenburg, Pforzheim, Saarbrücken, Salzgitter, Sachsen, Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern, Stuttgart und Ulm.

(Nordrhein-Westfalen) mit einer zentralen Großkundgebung unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“. Bei der von der YEK-KOM organisierten Veranstaltung unterstützte deren Vorsitzender Yüksel Koç den Friedensaufruf Öcalans und forderte zudem die Aufhebung des PKK-Verbots in Europa.[144]

„21. Internationales Kurdisches Kulturfestival“ in Dortmund

Unter dem gleichen Motto veranstaltete die YEK-KOM am 21. September 2013 im Westfalenpark in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) das „21. Internationale Kurdische Kulturfestival“. An der friedlich verlaufenen Veranstaltung – im Vorjahr war es am Rande des Festivals zu schweren Ausschreitungen gekommen[145] – beteiligten sich ca. 24.500 Personen aus ganz Europa. Die Teilnehmer des von der PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.6) organisierten „Marschs der Jugendlichen“, der in Belgien gestartet worden war, skandierten bei ihrem militärisch anmutenden Einmarsch auf das Festivalgelände – teilweise wie die PKK-Guerilla uniformiert – auf kurdisch Parolen wie „Kampf! Kampf Kampf!“ oder „Ohne Führer kein Leben!“.

Das Kulturfestival, das den drei im Januar 2013 in Paris (Frankreich) ermordeten PKK-Aktivistinnen (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1) gewidmet war, wurde thematisch von den Kampfhandlungen in Syrien dominiert. Nachdem er Grüße von Öcalan überbracht hatte, forderte der stellvertretende Vorsitzende der prokurdischen türkischen Partei BDP Selahattin Demirtaş vor allem Deutschland und Frankreich auf, den Friedensprozess zu unterstützen, zumindest diesen nicht zu behindern bzw. nicht in den Kampf des kurdischen Volkes einzugreifen. Zudem rief er zur Wahl kurdischstämmiger Kandidaten bei der Bundestagswahl im Herbst 2013 auf.

YEK-KOM initiiert Aktionsbündnis für Westkurdistan

Auf Initiative der YEK-KOM gründeten rund 30 kurdische und assyrische Organisationen aus Kurdistan am 17. August 2013 in Berlin ein Aktionsbündnis für die Solidarität mit „Westkurdistan“

[144] YÖP, 25. März 2013.

[145] Am 8. September 2012 waren in Mannheim (Baden-Württemberg) bei Ausschreitungen von bis zu 1.500 zumeist jugendlichen kurdischen Festivalbesuchern, die von Tausenden weiteren Teilnehmern unterstützt wurden, 80 Polizisten verletzt worden, einer davon schwer.

(„Rojava“ – vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1). In einer Presseerklärung forderte die YEK-KOM eine über unterschiedliche ideologische und politische Positionen hinausgehende Solidarität mit den Menschen in den kurdischen Siedlungsgebieten Syriens. Vorgeblich soll das Aktionsbündnis als „objektive Informationsquelle in deutscher Sprache“ fungieren und zur besseren Koordinierung von Hilfs- und Solidaritätsaktionen beitragen. Ihm gehören derzeit insgesamt 28 Gruppen mit fast ausschließlich kurdischem Hintergrund an; neben der YEK-KOM u.a. auch der YXK, die FEDA (beide vgl. Kap. II, Nr. 1.2.2) und der syrische PKK-Ableger PYD (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.4).

1.2.4 „Partei der demokratischen Union“ („Partiya Yekitîya Demokrat“ – PYD)

Die im September 2003 gegründete PYD ist die PKK-Zweigorganisation in Syrien. Sie erkennt in ihrer Satzung sowohl den inhaftierten PKK-Führer Öcalan als Anführer sämtlicher Kurden als auch den KONGRA GEL als die höchste legislative Gewalt des kurdischen Volkes an. Nach einer Meldung in der Nachrichtensendung des PKK-Fernsehsenders „Nûçe TV“ (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.5.1) vom 7. Mai 2013 bestätigte der Co-Vorsitzende der PYD in einem Interview mit dem britischen Fernsehsender BBC diese Sichtweise mit der Formulierung, Öcalan sei nicht nur ein Führer der PKK, sondern ein Kurdenführer.

Die PYD strebt ein autonomes „Westkurdistan“ (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1) als Teil eines gemeinschaftlichen, nationale Grenzen überspannenden Kurdistans an. Zur Umsetzung dieses Anspruchs verfügt sie – analog zu den Strukturen der PKK – über einen militärischen Arm, die „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG, vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1).

Die seit Anfang des Jahres 2013 zunehmenden Gefechte zwischen der YPG und den von ihnen so bezeichneten „islamistischen Banden“ oder auch „Banden der al-Qaida“ werden innerhalb der PKK in hohem Maße thematisiert. PKK-nahe Medien veröffentlichten Aufrufe zu Unterstützungshandlungen für „Rojava“ und Erklärungen Öcalans.

Die PYD, die in Deutschland bislang nur über einige örtliche Gruppierungen verfügt, bemüht sich, ihre Organisationsstrukturen zu festigen und auszubauen sowie ihre Medienpräsenz zu verbreitern.

In verschiedenen deutschen Städten fanden insbesondere in der zweiten Jahreshälfte friedlich verlaufene Solidaritätskundgebungen statt, beispielsweise eine Mahnwache unter dem Motto „Solidarität mit den Kurden und anderen Minderheiten in Syrien" vor dem Brandenburger Tor in Berlin (25. Juli bis 8. August 2013). Die teilnehmerstärkste Verstaltung in diesem Kontext erfolgte am 10. August 2013 mit etwa 900 Personen ebenfalls in Berlin. Die Demonstration war von der PYD unter dem Motto „Der Krieg der Al-Quaida-Söldner in Syrien gegen die Kurden und andere Minderheiten" angemeldet worden.

In einem wechselseitigen Unterstützungsgeflecht versuchen PKK und PYD mittels diverser regionaler und überregionaler Veranstaltungen in Deutschland, für die Interessen der syrischen Kurden zu werben und hierdurch die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

1.2.5 Propaganda der PKK

1.2.5.1 Medienwesen

Die PKK hat einen Apparat eigener und organisationsnaher Medien aufgebaut. Damit gelingt es ihr, insbesondere bei kurdenspezifischen Themen, die Sicht der Organisation zu vermitteln. So ist sie über die eigene Anhängerschaft hinaus präsent und stärkt ihren Anspruch, autorisierte Vertreterin kurdischer Interessen zu sein. Im Rahmen einer länderübergreifenden Propaganda dienen die Informationen über die politische, gesellschaftliche und kulturelle Situation in den kurdischen Gebieten auch der Mobilisierung im Sinne der PKK. Die zahlreichen Kurden in Deutschland werden aufgefordert, an Demonstrationen und Veranstaltungen teilzunehmen und damit auch den Führungsanspruch der PKK anzuerkennen.

Ein Eckpfeiler dieser Informationspolitik ist die PKK-nahe Nachrichtenagentur „Fırat News Agency" (ANF) mit Sitz in den

Niederlanden. Ihr Korrespondentennetz in der Türkei, im Iran, Irak, in Syrien und in den europäischen Staaten dient kurdischen Medien als Grundlage für die Berichterstattung.

Als einzige extremistische Organisation in Deutschland verfügt die PKK über eine Tageszeitung. Die in Neu-Isenburg (Hessen) herausgegebene und in ganz Europa vertriebene „Yeni Özgür Politika“ (YÖP – „Neue Freie Politik“) erscheint in einer Auflage von ca. 10.000 Exemplaren. Die monatlich erscheinende und in den Niederlanden verlegte PKK-Zeitung „Serxwebûn“ vermittelt PKK-Kadern die theoretischen und ideologischen Grundlagen der Organisation.

Nach mehreren gerichtlichen Entscheidungen verfügt die PKK aktuell über den Fernsehsender „Stêrk TV“, zu empfangen über den Satelliten der französischen Firma Eutelsat. Der 2008 gegründete Sender hatte im Februar 2012 den Sendebetrieb in Norwegen aufgenommen. Inhaltlich orientiert er sich an dem Sender „Roj TV“, der bis Anfang 2012 als zentrales Informationsmedium der Organisation diente.

Nachdem ein dänisches Gericht in Kopenhagen am 10. Januar 2012 „Roj TV“[146] wegen Unterstützung der PKK verurteilt hatte, stellte Eutelsat den Sendebetrieb des mit dänischer Lizenz in Belgien produzierenden PKK-Senders ein. Ursprünglich hatte neben „Stêrk TV“ auch der Fernsehsender „Nûçe TV“[147] eine Ersatzfunktion für „Roj TV“ eingenommen. Dessen Sendebetrieb wurde jedoch am 19. August 2013 eingestellt.

Hintergrund war eine Entscheidung des Kopenhagener Eastern High Court vom 3. Juli 2013, mit der den Mediengesellschaften „Roj TV A/S“ und „Mesopotamia Broadcast METV A/S“ in zweiter Instanz die Sendelizenzen für „Nûçe TV“, den Musiksender „Mesopotamia Music Channel“ (MMC) und den zwischenzeitlich eingestellten Sender „Roj TV“ entzogen wurden. Zudem verurteilte das Gericht beide Gesellschaften zu einer Geldstrafe in Höhe von insgesamt 10 Millionen Dänischen Kronen (ca. 1,4 Millionen Euro). Nachdem die Mediengesellschaft „Mesopotamia Broadcast METV A/S“ nicht willens oder in der Lage gewesen war, die Geldstrafe zu

[146] Das Bundesministerium des Innern hatte 2008 gegen „Roj TV“ ein Betätigungsverbot in Deutschland ausgesprochen.

[147] „Nûçe TV“ strahlte seit 5. März 2012 aus. Die Sendergründung erfolgte bereits 2004.

begleichen, wurde der Sendebetrieb von „Nûçe TV“ und MMC am 19. August 2013 eingestellt.

Die YEK-KOM (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.3) wertete in einer Erklärung[148] die Entziehung der Sendelizenzen als „direkten Angriff auch auf die kurdische Bevölkerung in Deutschland“. Die Erklärung erfolgte vor dem Hintergrund, dass als Konsequenz der Kopenhagener Entscheidung auch der Empfang der betreffenden Sender in Deutschland nicht mehr möglich war. In der Folge kam es auch in Deutschland zu friedlichen Protestkundgebungen, zumeist vor diplomatischen Vertretungen der Türkei und Dänemarks.

„Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH“

Als weiteres Medium zur Verbreitung von Ideologie und Propaganda steht der PKK die „Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH“ in Neuss (Nordrhein-Westfalen) zur Verfügung. In der Hauptsache bietet der Verlag – auch in deutscher Sprache – Publikationen des PKK-Führers Öcalan an. Die ebenfalls in Neuss ansässige „MIR Multimedia GmbH“ vertreibt Tonträger von PKK-nahen Künstlern.

1.2.5.2 Demonstrationen und Großveranstaltungen

Zentral gesteuerte Propagandaaktionen bilden das wichtigste Aktionsfeld der PKK in Deutschland: Demonstrationen und Kundgebungen, die im Regelfall friedlich verlaufen, sowie Podiumsdiskussionen, Unterschriftenkampagnen, Hungerstreiks, Mahnwachen und Pressekonferenzen. Nach wie vor verfügt die Organisation über ein hohes Mobilisierungspotenzial. Im Mittelpunkt der Agitationstätigkeit stehen die Situation des inhaftierten Führers Öcalan und die militärischen Auseinandersetzungen in den kurdischen Siedlungsgebieten in der Türkei und Syrien. Dabei gelingt es der Organisation weiterhin, ihre Anhängerschaft in hohem Maße zu mobilisieren.

Zu Beginn des Jahres stand die Ermordung der drei PKK-Aktivistinnen am 9. Januar 2013 in Paris (Frankreich, vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1) im Fokus. In vielen europäischen Ländern fanden weitgehend friedliche Gedenkveranstaltungen und Kundgebungen statt, die

[148] Homepage YEK-KOM (5. Juli 2013).

in Deutschland vorwiegend von PKK-nahen örtlichen Vereinen organisiert wurden. Hervorzuheben sind die Veranstaltungen am 11. Januar 2013 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) mit ca. 1.250 Personen, in Berlin und Hamburg mit jeweils ca. 1.000 Personen und am 12. Januar 2013 in Hannover (Niedersachsen) mit etwa 2.300 Teilnehmern.[149]

Wie jedes Jahr wurde auch 2013 der Festnahme Öcalans gedacht. Zum 14. Jahrestag nahmen nach Angaben französischer Behörden ca. 10.000 Teilnehmer, überwiegend aus Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten, an einer störungsfrei verlaufenen Demonstration am 16. Februar 2013 in Straßburg (Frankreich) teil. Für die Großkundgebung hatte die PKK-Tageszeitung YÖP massiv mobilisiert. Die maßgebliche Rolle Öcalans für die Organisation wird auch daran deutlich, dass ebenfalls zum Jahrestag seiner Ausweisung aus Syrien (9. Oktober 1998) deutschlandweit friedlich demonstriert wurde.

Seit Juni 2013 wurden in verschiedenen deutschen Städten Kundgebungen zur Unterstützung der Konfliktparteien im syrischen Bürgerkrieg durchgeführt (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1).

2013 fand zum neunten Mal das nach einer Selbstmordattentäterin benannte „Zilan-Frauenfestival“ statt. An der vom „Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.“ (CENÎ) am 22. Juni 2013 in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) organisierten Veranstaltung nahmen ca. 4.000 Personen aus Deutschland und dem benachbarten westeuropäischen Ausland teil. Mit dem Motto „Wir alle sind Sara: grenzenlos, entschlossen und frei!“ – Sara war der Deckname von Sakine Cansız – sollte an die Ermordung von drei PKK-Aktivistinnen im Januar 2013 in Paris (Frankreich, vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1) erinnert werden.

Im Rahmenprogramm eines Konzerts am 17. August 2013 in der Nähe der belgischen Hauptstadt Brüssel[150] erklärte die

[149] Die größte Veranstaltung in diesem Zusammenhang fand am 12. Januar 2013 in Paris (Frankreich) statt. Unter den ca. 15.000 Teilnehmern befanden sich zahlreiche Personen aus Deutschland.

[150] Das Konzert wurde als Ersatzveranstaltung für das ursprünglich in Lüttich (Belgien) geplante, jährlich stattfindende „Mazlum Doğan Jugend-, Kultur- und Sportfestival“ durchgeführt. Das für den 20. Juli 2013 in Lüttich geplante „16. Festival“ war kurzfristig aus „organisatorischen Gründen“ in den August verschoben.

Europaorganisation der PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.6) in einer Grußbotschaft die Befreiung Öcalans zum „Maßstab ihres Handelns“. Sie forderte die rund 1.500 teilnehmenden Jugendlichen, die aus den benachbarten Ländern, insbesondere auch aus Deutschland, angereist waren, auf, „ihre Pflicht zu erfüllen“ und sich „aktiv einzubringen“.[151]

Am 16. November 2013 demonstrierten ca. 5.500 Personen in Berlin unter dem Motto „Den Friedensprozess in Kurdistan fördern. Aufhebung des PKK-Verbots. Freiheit für Öcalan“ gegen das Betätigungsverbot der PKK (20. Jahrestag). Die Veranstaltung war im Namen der Kampagne „Tatort Kurdistan“[152] angemeldet und organisiert worden. Im Verlauf der Demonstration kam es vereinzelt zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz, so z.B. durch das Mitführen verbotener Fahnen.

1.2.6 Aktivitäten der „Komalên Ciwan“

Die Friedensverhandlungen haben sich auch auf das Aktionsverhalten der PKK-Jugendorganisation „Komalên Ciwan“ (sinngemäß „Gemeinschaft der Jugendlichen“) ausgewirkt. Nach neuen Vorgaben der Organisation wurden die seit Herbst 2011 durchgeführten medienwirksamen (Besetzungs-)Aktionen nicht weiter fortgesetzt.

Dessen ungeachtet warfen Unbekannte am 10. Januar 2013 Molotowcocktails auf ein noch bis Ende Oktober 2012 durch die Botschaft der Republik Türkei genutztes Gelände in Berlin – vermutlich aus Anlass des Mordes an den PKK-Aktivistinnen am Tag zuvor in Paris (Frankreich, vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1): eine „Hit-and-run-Aktion“[153], die nur wenig Schaden anrichtete, da die Brandsätze von selbst erloschen.

[151] YÖP, 10. September 2013, S. 12.

[152] Bei der Kampagne „Tatort Kurdistan“ handelt es sich um ein seit Frühjahr 2010 bundesweit aktives loses Aktionsbündnis, dem überwiegend PKK-nahe Organisationen, vor allem die YEK-KOM, aber auch linksextremistische deutsche Gruppierungen wie z.B. die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) angehören.

[153] Hierbei handelt es sich meist um mittels Brandbeschleuniger versuchte bzw. durchgeführte Brandanschläge auf überwiegend türkische Einrichtungen in Deutschland.

Während es in Deutschland keine weiteren Vorkommnisse dieser Art gab, sind aus dem benachbarten europäischen Ausland ähnlich militante Aktionen bekannt.

Immer wieder kommt es zudem zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen PKK-Jugendlichen und nationalistischen Türken, in der Regel anlassunabhängig bei einem zufälligen Aufeinandertreffen.

Die Situation wird aufgeheizt durch regelmäßige gegenseitige Beschimpfungen und Provokationen in sozialen Netzwerken, meist unter Nicknames und ohne nachfolgende Tatausführungen.

Wenngleich die Organisation sich aus taktischen Gründen zurückhält, bleibt sie in ihrer Grundhaltung militanten Aktionsformen verpflichtet. Regelmäßig bringen die „Komalên Ciwan" ihre entsprechende Bereitschaft in Verlautbarungen zum Ausdruck, so z.B. am „Tag der Märtyrer"[154] am 14. Juli 2013:

„Die organisierte Jugend ist eine Jugend mit Initiative; die Jugend, die die Initiative nicht aus den Händen lässt, ist einem freien Leben am nächsten. Die Jugend, die zu Aktionen übergeht, ist die Jugend, die zum Kern der Bedeutung gelangt ist."
(„Stêrka Ciwan" Nr. 122, Juli 2013, S. 12)

Neue europäische Dachorganisation: „Ciwanên Azad"

Die „Komalên Ciwan" haben sich auf transnationaler Ebene neu strukturiert und auf einer Europakonferenz am 27. und 28. April 2013 die neue europäische Dachorganisation „Bewegung der freien Jugend Kurdistans" („Tevgera Ciwanên Azad a Kurdistanê"[155]; kurz: „Ciwanên Azad") gegründet. Erstmals firmierten die Teilnehmer des europäischen Jugendmarsches zum „Internationalen Kurdischen Kulturfestival" in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) am 21. September 2013 (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.3) unter der Bezeichnung „Ciwanên Azad".

[154] Aus Protest gegen Folter und unmenschliche Behandlung führten mehrere in türkischen Gefängnissen inhaftierte PKK-Aktivisten ab dem 14. Juli 1982 ein sogenanntes Todesfasten durch. Die dabei zu Tode Gekommenen werden von der Organisation als Märtyrer des „Großen Todesfastens" verehrt.

[155] Türkische Bezeichnung: „Kürdistan Özgür Gençlik Hareketi" (KÖGH).

Weitere eigene Aktivitäten gingen von dem europäischen Dachverband „Ciwanên Azad“ nicht aus, wiewohl er regelmäßig zu einer hohen Beteiligung an PKK-Aktionen aufruft.

1.2.7 Rekrutierung junger Anhänger der PKK in Deutschland für die Guerilla

Der Friedensprozess (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1) hat nicht dazu geführt, dass die PKK ihre Rekrutierungsaktivitäten einschränkt oder gar gänzlich einstellt. Im Gegenteil sind in Europa verstärkte Rekrutierungsbemühungen festzustellen. Allein in Deutschland wurden auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Jugendliche für den bewaffneten Kampf der PKK angeworben.

Die PKK und ihre Teilorganisationen rufen weiterhin regelmäßig junge Kurden in Europa und auch in Deutschland auf, sich der PKK-Guerilla HPG (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1) anzuschließen.

Werbung für den bewaffneten Kampf wird sowohl offen über den Medienapparat der PKK als auch im Internet betrieben, insbesondere mit dem Ziel, Jugendliche und Heranwachsende anzusprechen.

Angesichts der Friedensverhandlungen zwischen PKK und türkischer Regierung betonten die „Komalên Ciwan“, der Rückzug der Guerilla bedeute nicht das Ende des Kampfes, wenngleich sie – im militärischen Jargon verbleibend – nunmehr von einer „gesellschaftlichen“ Verteidigung sprechen:

„Die Jugend, vor allem die kurdische Jugend, muss sich zu Soldaten der gesellschaftlichen Verteidigung machen.“
(„Stêrka Ciwan“ Nr. 122, Juli 2013, S. 28)

Exemplarisch kann in diesem Zusammenhang auch der nachfolgende Aufruf angeführt werden, der sich an alle kurdischen Frauen richtete:

„Die jungen Frauen sind am besten für die Berge geeignet. (...) Jede junge Frau, deren Herz vor Freiheitsliebe überläuft (...), muss im Stande sein, sich zu organisieren und sich um ihrer Freiheit willen auf den Weg machen und sie darf dies nicht auch nur einen Moment hinauszögern."
(„Stêrka Ciwan" Nr. 122, Juli 2013, S. 18)

Die PKK nutzt auch ihre jährlichen Großveranstaltungen in Europa und Deutschland, um Aktivisten für den bewaffneten Kampf zu gewinnen.[156] Diese Zusammenkünfte eröffnen zudem oftmals die Möglichkeit, sich freiwillig für die Guerilla zu melden und – teilweise direkt im Anschluss an die Veranstaltung – in Ausbildungscamps zu reisen.

Die angeworbenen Rekruten erhalten nicht nur eine ideologische und militärische Ausbildung. Sie werden tatsächlich Teil einer gewalttätigen Auseinandersetzung und ziehen in einen für manche von ihnen tödlichen Kampf. Ein Beispiel hierfür ist der Fall einer 21-jährigen Rekrutin deutscher Staatsangehörigkeit aus Nordrhein-Westfalen. Nachdem sie in einem Abschiedsbrief angekündigt hatte, sich dem kurdischen Freiheitskampf anzuschließen, meldeten die Eltern ihre Tochter im Mai 2011 als vermisst. Zwei Monate später flog die junge Frau von den Niederlanden aus in den Irak. Auf der Homepage der HPG wird schließlich unter der Rubrik „Märtyrer" der Tod der jungen Kämpferin mit dem Decknamen „Tekoşin Koçgiri" vermeldet, verstorben im Oktober 2012 bei militärischen Kampfhandlungen.

1.2.8 Finanzielle und wirtschaftliche Aktivitäten

Europa ist für die PKK nicht nur ein sicherer Rückzugsraum für politische Aktivitäten, es dient auch dazu, Gelder zu akquirieren.

[156] Dazu zählt beispielsweise das „Internationale Kurdistan Kulturfestival" (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.3).

Die PKK erwartet von den hier lebenden Kurden einen finanziellen Beitrag zum politischen und militärischen Kampf der Organisation für die „Freiheit Kurdistans". Die Geldsammlungen dienen aus Sicht der PKK auch dazu, in Verbindung mit dem „Volk" zu bleiben, wenngleich sie tatsächlich mit ihren Spendenkampagnen nur einen kleinen Teil der in Europa lebenden Kurden erreicht.

Die sogenannte Jahresspendenkampagne (kampanya) – durchgeführt von September bis oftmals in den März des Folgejahres – gehört zu den zentralen Aktivitäten und ist die wichtigste Einnahmequelle der PKK. Die im Jahr 2013 allein in Deutschland gesammelten etwa neun Mio. Euro werden als Erfolg verbucht. Die PKK konnte dabei auf eine erhöhte Spendenbereitschaft setzen, einerseits wegen der weiter offenen Kurdenfrage in der Türkei, andererseits wegen der angespannten, aber aus kurdischer Sicht auch vielversprechenden Lage in Syrien.

Die Höhe der Spenden orientiert sich nach dem Selbstverständnis der PKK am Jahreseinkommen der Spender. Während von durchschnittlich verdienenden kurdischen Familien mehrere Hundert Euro jährlich verlangt werden, fordert die PKK von erfolgreichen Geschäftsleuten mehrere Tausend Euro.

Die Einnahmen dienen in erster Linie dem Unterhalt der Organisation und ihres umfangreichen Propagandaapparates in Europa. Ein Teil des Geldes dient aber auch der Unterstützung in den Kampfgebieten.

Zusätzlich zur obligatorischen Jahresspendenkampagne wurde 2013 eine Sonderspendenkampagne zur Unterstützung der PKK-Zweigorganisation PYD in Syrien (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.4) durchgeführt. Einem Bericht des Fernsehsenders „Nûçe TV" (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.5.1) vom 1. August 2013 zufolge hatte die KCK-Führung alle Kurden dazu aufgerufen, die „Rojava-Revolution" auch in finanzieller Hinsicht zu unterstützen. Nach Schätzungen dürfte die Kampagne mehrere Hunderttausend Euro erbracht haben.

Weitere Einkünfte erzielt die PKK aus Mitgliedsbeiträgen, aus Veranstaltungen, die, wie das jährliche „Internationale Kurdistan Kulturfestival" (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.3), über die engere Anhängerschaft hinaus besucht werden, sowie aus dem Vertrieb von Publikationen.

Das sogenannte Wirtschafts- und Finanzbüro („Ekonomi ve Maliye Bürosu“ – EMB) stellt ein wichtiges Abrechnungs- und Kontrollorgan im Finanzsystem der PKK dar. Hauptamtliche Funktionäre der Organisation kontrollieren die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen PKK-Gebiete („Bölge“) und koordinieren die Bargeldtransporte in Deutschland und Europa. Ein ehemaliger Leiter des EMB ist seit Juni 2013 in einem Strafprozess vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK angeklagt.

In den USA ist die PKK gemäß dem „Foreign Narcotics Kingpin Designation Act“ (Gesetz zur Kennzeichnung ausländischer Drogenhändler) als eine in den Drogenschmuggel involvierte Organisation gelistet. Für Deutschland liegen keine entsprechenden Hinweise auf eine direkte Verwicklung in den Drogenhandel vor.

1.2.9 Strafverfahren gegen Funktionäre der PKK

Seitdem der BGH im Jahr 2010 unter Aufgabe seiner bisherigen Rechtsprechung festgestellt hat, dass es sich bei der PKK insgesamt um eine terroristische Vereinigung im Ausland handelt (§§ 129a, 129b StGB), werden hochrangige PKK-Funktionäre regelmäßig wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung verurteilt.

Im Jahr 2013 hatten sich erneut mehrere Führungsfunktionäre der Organisation vor Gericht zu verantworten. Das BfV unterstützt mit seinen Erkenntnissen entsprechende Verfahren der Justiz- und Strafverfolgungsbehörden.

Das OLG Düsseldorf eröffnete am 5. Juni 2013 die Hauptverhandlung gegen einen 46-jährigen türkischen Staatsangehörigen wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK. Der Angeklagte soll von Juni 2003 bis Juni 2004 in Deutschland den Bereich „Mitte“ der PKK geleitet haben. Von Juli 2007 bis März 2010 habe er die Leitung des für die Finanzen der PKK zuständigen EMB (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.8) übernommen.

Seit dem 14. August 2013 verhandelt das OLG Stuttgart (Baden-Württemberg) gegen einen hochrangigen Funktionär der

„Komalên Ciwan“ wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK. Der Angeklagte war im November 2012 von der Schweiz an Deutschland ausgeliefert worden.[157] Dem 34-Jährigen wird vorgeworfen, sich seit 2008 als Mitglied der ausländischen terroristischen Vereinigung PKK betätigt zu haben, zunächst in Berlin und später europaweit als hochrangiger Kader der „Komalên Ciwan“. Er habe u.a. junge Mitglieder und potenzielle Kämpfer angeworben bzw. deren Anwerbung koordiniert und in diesem Zusammenhang mehrere Schulungsveranstaltungen geleitet, u.a. in Deutschland und Italien.

2. Gruppierungen aus dem türkischen Spektrum

2.1 „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C)

Gründung:	30. März 1994 in Damaskus (Syrien) nach Spaltung der 1978 in der Türkei gegründeten, 1983 in Deutschland verbotenen „Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“)
Leitung:	bis 2008: Generalsekretär Dursun Karatas, verstorben am 11. August 2008; Nachfolger nicht bekannt
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	650 (2012: 650)
Publikationen:	„Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“), unregelmäßig; „Yürüyüş“ („Marsch“), wöchentlich
Organisationsverbot:	Verbotsverfügung vom 6. August 1998

[157] Der Funktionär war am 20. Juli 2011 aufgrund eines Festnahmeersuchens des Generalbundesanwalts (GBA) in der Schweiz festgenommen worden.

Die marxistisch-leninistische DHKP-C hält an der gewaltsamen Beseitigung der Staats- und Gesellschaftsordnung und der Errichtung eines kommunistischen Gesellschaftssystems in der Türkei fest. Sie ist untergliedert in einen politischen und einen militärischen Arm, die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei" (DHKP) und die „Revolutionäre Volksbefreiungsfront" (DHKC). Die EU hat die in Deutschland seit 1998 verbotene Organisation am 2. Mai 2002 als terroristische Organisation gelistet.[158]

Revolutionäres Selbstverständnis

In zahlreichen Veröffentlichungen schwört die DHKP-C ihre Anhängerschaft auf das Bekenntnis zum revolutionären Umsturz und den bewaffneten Volkskampf ein. In ihrer Wochenzeitschrift „Yürüyüş" heißt es:

„Der einzige Weg zur Befreiung aus der imperialistischen Ausbeutung und Tyrannei ist die Kriegsführung bis zur Befreiung. (...) Genau dies ist die historische Aufgabe der ‚Front'. (...) Das Volk zu organisieren und den Volkskrieg bis zum Sieg fortzuführen. (...) Wir werden niemals davon abweichen. Wir haben eine Zukunft vor uns, in der die Völker ohne Tyrannei und Ausbeutung leben können und ihre Schicksale selbst bestimmen können. Der Name dieser Zukunft heißt SOZIALISMUS."
(„Yürüyüş" Nr. 375, 28. Juli 2013, S. 37 f.)

Revolutionärer Avantgardeanspruch

Die DHKP-C erhebt in doktrinärer Art und Weise einen revolutionären Alleinvertretungsanspruch in der Türkei. Andere systemoppositionelle Gruppen gelten als „degeneriert". In Anspielung auf die PKK, die seit März 2013 Gespräche mit der türkischen Regierung führt (vgl. Kap. II, Nr. 1.2.1), erklärt die DHKP-C, die kurdische Nationalbewegung habe sich durch ihre Verständigungsversuche mit der Oligarchie selbst überlebt. Anders hingegen die DHKP-C: Auch wenn die ganze Welt sich mit dem Imperialismus und den kollaborierenden Regierungen verständigen würde, so das Bulletin Nr. 46 weiter, werde sie es nicht tun und stattdessen die Fahne der Revolution und des Sozialismus hochhalten.

[158] Siehe hierzu Fußnote 136.

Bewaffneter Kampf

Die DHKP-C fordert dazu auf, „mit der Waffe in der Hand Krieg zu führen“[159]. Die Organisation stehe in einem seit 43 Jahren[160] anhaltenden Kampf gegen den türkischen Staat,[161] – ein in ihren Augen „faschistischer Staat“. Der bewaffnete Kampf sei nicht nur eine Kampfform unter anderen, sondern die vorrangige:

„Bewaffnete Propaganda ist die höchste Aktionsform der Propaganda. (...) Es ist notwendig, dass der bewaffnete Kampf den Vorzug erhält.“ („Yürüyüş“ Nr. 365, 19. Mai 2013, S. 10)

In einem Bulletin, das an den Gründungstag der Organisation am 30. März 1994 in Syrien erinnert, verspricht der politische Arm der DHKP-C den bewaffneten Kampf sogar noch auszuweiten:

„In einer Welt, in der sich Imperialisten und Kollaborateure bis zu den Zähnen bewaffnet haben, ist der bewaffnete Kampf der einzige Weg zur Rettung der Völker. (...) Unsere Waffen werden nicht schweigen. Wir werden uns noch mehr bewaffnen. Der bewaffnete Kampf ist die höchste Form der Politik.“
(Homepage DHKP-C, Bulletin Nr. 46, 29. März 2013)

Überhöhung von Selbstmordattentaten

Selbstmordattentate sind eine Kampfform, welche die DHKP-C seit 2001 immer wieder anwendet. In ihrer Wochenzeitschrift werden sie unter dem bezeichnenden Titel „Selbstopferung ist eine Waffe, die im Hirn des Feindes explodiert“ als eine unabdingbare Form des Klassenkampfes in einer imperialistischen Welt dargestellt:

„Selbstopferung ist die ansehnlichste Form einer politischen Haltung, die die Völker in der Geschichte des Klassenkampfes gegen ihre Feinde eingenommen haben (...). Sie ist keine Präferenz, sondern eine Notwendigkeit, die die Realität des Krieges [uns] aufzwingt. (...) Ohne

[159] „Yürüyüş“ Nr. 365, 19. Mai 2013, S. 16.

[160] Bei dieser Zeitangabe bezieht sich die DHPK-C auf die im Jahr 1970 gebildete Bewegung „Devrimci Genclik“, der auch die Gründer der Vorgängerorganisation der DHKP-C angehört hatten.

[161] Homepage DHKP-C, Erklärung Nr. 407 (20. März 2013).

Selbstopferung keinen bewaffneten Kampf. (...) Selbstopferung ist der Name der Waffe, die die Völker in der imperialistischen Welt der 2000er Jahre gegen die Unterdrücker richten. (...) Selbstopferung ist Sieg. Heil und Gruß den Alişans[162], die sich zum Sieg rüsten!"
(„Yürüyüş" Nr. 361, 21. April 2013, S. 23 ff.)

Mit einer antiimperialistischen Terminologie werden die USA zum Hauptfeind: Die Türkei habe sich dem US-Imperialismus völlig untergeordnet:

„Amerika ist der Mörder der Völker der Welt!"
„Amerika ist der Chef jeder Regierung in unserem Land!"
(„Yürüyüş" Nr. 377, 11. August 2013, S. 8 ff.)

Die Drohungen gegen die USA sind eindeutig:

„Wir gehen dorthin, wo Amerika ist! Dort schlagen wir zu! Wir werden unsere Heimat von den Amerikanern und ihren Handlangern befreien!"
(„Yürüyüş" Nr. 368, 9. Juni 2013, S. 39)

Die antiimperialistische Zielsetzung und der Hass auf die USA sind auch die Grundlage der Positionierung im Syrien-Konflikt. Die DHKP-C unterstützt das Assad-Regime und den „Widerstand gegen Amerika".[163] Dies wurde auch im Zusammenhang mit möglichen Luftschlägen westlicher Staaten gegen Syrien[164] deutlich:

„Das syrische Volk hat sich gegen Angriffe zur Wehr gesetzt und wird dies auch künftig tun! (...) Mörderische Imperialisten, verschwindet aus Syrien! Ihr werdet für jeden Tropfen Blut des syrischen Volkes

[162] Mit „Alişan" verweist die DHKP-C auf den Selbstmordattentäter vom 1. Februar 2013 (Alişan Ecevit Şanlı).

[163] „Yürüyüş" Nr. 373, 14. Juli 2013, S. 13.

[164] Hintergrund der Überlegungen für Luftschläge war ein am 21. August 2013 östlich von Damaskus (Syrien) erfolgter Giftgaseinsatz, bei dem über 1.000 Personen ums Leben kamen.

bezahlen! (...) Lasst uns gegen unseren gemeinsamen Feind USA zusammen stehen, Krieg führen und gewinnen!"
(Homepage DHKP-C, Erklärung Nr. 12, 28. August 2013)

Aktivitäten in der Türkei

Auch im Jahr 2013 wurde die seit Mitte 2012 anhaltende Terroroffensive der DHKP-C in der Türkei fortgesetzt. Immer wieder wurden in der Vergangenheit Vertreter staatlicher Organe (Polizisten, Armeeangehörige, Politiker) und der Wirtschaft angegriffen. Wie in früheren Jahren auch sind erneut Tote und Verletzte zu beklagen.

Am 1. Februar 2013 verübte ein Selbstmordattentäter einen Sprengstoffanschlag im Eingangsgebäude zum Gelände der US-amerikanischen Botschaft in der türkischen Hauptstadt Ankara. Dabei wurden der Attentäter selbst – es handelte sich um Alişan Ecevit Şanli, der mehrere Jahre in Deutschland als DHKP-C-Kader aktiv gewesen war, ohne dass Anzeichen für diese Radikalisierung erkennbar waren – und ein Wachmann getötet, mehrere Personen wurden verletzt.

Die DHKC, die sich zu diesem Anschlag bekannte, veröffentlichte ein Bild des Täters mit Sprengstoffgürtel und Waffe.[165] Der Anschlag richte sich in erster Linie gegen die USA als „Hauptfeind" und deren Präsenz auf türkischem Boden. Der türkischen Regierung wird Kollaboration mit den USA und anderen „Imperialisten" sowie „Verrat" am Vaterland vorgeworfen:

„Wir sind Revolutionäre! Wir opfern unser Leben für unser Volk und Vaterland! (...) Unser Krieg ist gegen Imperialismus und für Unabhängigkeit, gegen kapitalistische Ausbeutung und für Sozialismus und gegen Faschismus und für eine demokratische Türkei! (...) Verzichtet auf eure amerikanische Knechtschaft! Verzichtet darauf, unseren Boden vom Imperialismus gegen die Völker des Nahen Ostens missbrauchen zu lassen! Und ihr [die USA] seid der Hauptfeind der Völker der Welt! Keine Sicherheitsmaßnahme der Welt ist in der Lage, euch vor den Revolutionären mit selbstopferungsbereitem Geist zu schützen!"
(„Yürüyüş" Nr. 351, 10. Februar 2013, S. 7 ff.)

[165] Homepage DHKP-C, Erklärung Nr. 402 (2. Februar 2013).

Am 19. März 2013 wurden in Ankara (Türkei) gleich zwei Anschläge verübt. Zum einen wurde der Hauptsitz der türkischen Regierungspartei AKP mit einer Panzerabwehrwaffe beschossen, zum anderen zwei Handgranaten in das Gebäude des Justizministeriums geworfen. Die DHKC bezeichnete diese Attacken in einer am darauffolgenden Tag veröffentlichten Selbstbezichtigung als Vergeltung für die anhaltende staatliche Repression gegen die Organisation und drohte gleichzeitig mit weiteren Anschlägen gegen staatliche Einrichtungen und die Regierungspartei.

Nachdem die Hafenpolizei der Insel Chios (Griechenland) am 30. Juli 2013 mehrere DHKP-C-Aktivisten auf einem Schnellboot in der Ägäis festgenommen hatte, stellte die Polizei vor Ort und im Zuge weiterer Ermittlungen Sprengstoff und Waffen, darunter Panzerfäuste, Handgranaten, Pistolen und Munition sicher.

Bei einem Angriff mit einem Raketenwerfer auf das Polizeipräsidium in Ankara am 20. September 2013 kam es lediglich zu Sachschäden. Einer der Attentäter wurde unmittelbar nach dem Anschlag von Sicherheitskräften erschossen, ein weiterer schwer verletzt verhaftet. In einer Erklärung bezeichnete die DHKC den Anschlag als eine Vergeltung für die Toten und Verletzten bei den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Räumung des Gezi-Parks[166] in Istanbul (Türkei):

„In den Befehlszentralen, in denen ihr Pläne gemacht habt, das Volk zu ermorden, haben wir euch im Gehirn getroffen. Und wir werden dies auch weiterhin tun. (...) Die Aktion geschah, um Rechenschaft zu fordern für (...), die beim Volksaufstand im Juni getötet wurden (...)."
(Homepage DHKP-C, Erklärung Nr. 416, 20. September 2013)

Versuche der DHKP-C, Einfluss auf die breite Protestbewegung zu nehmen, die im Zuge der Räumung des Gezi-Parks in Istanbul entstanden war, blieben gleichwohl erfolglos. Einen weiteren

[166] Ende Mai 2013 hatte die Polizei eine Demonstration gegen die geplanten Baumaßnahmen im Gezi-Park gewaltsam aufgelöst. Hieraus entwickelte sich ein breiter Protest weiter Teile der Bevölkerung gegen die türkische Regierung, der bis in den Juli 2013 andauerte. Bei weiteren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei wurden mindestens vier Personen getötet und zahlreiche weitere verletzt.

Schwerpunkt ihrer propagandistischen Arbeit in der Türkei bildeten Kampagnen für die inhaftierten Mitglieder in der Türkei und gegen die Gefängnispolitik der Regierung.

Aktivitäten in Deutschland

Die DHKP-C nutzt Deutschland als Rückzugsraum für ihre Funktionäre. Regelmäßig werden die Führungspositionen in Europa getauscht, um so einen Zugriff der Sicherheitsbehörden zu erschweren. Neben propagandistischen Aktivitäten beschafft die Organisation in Deutschland Gelder zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten in der Türkei: durch Spendensammlungen, den Verkauf von Publikationen und kommerzielle Veranstaltungen.

Propagandistisch aktiv ist die DHKP-C insbesondere über ihre Tarnorganisation „Anatolische Föderation" . In deren Kampagnen werden Ereignisse in Deutschland und der Türkei mit einem hohen Maß an ideologischer Überzeugung bis hin zum Fanatismus thematisiert. Grundlage ist ein geschlossenes linksextremistisches Weltbild und eine Argumentation in den bekannten Zusammenhängen Antifaschismus, Antirassismus und Antiimperialismus. Terroristische Aktionen der DHKP-C in der Türkei werden kritiklos gebilligt und begrüßt.

Die DHKP-C setzte beispielsweise ihre im Vorjahr begonnene „Antirassismuskampagne" mit der Thematisierung der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) fort. So waren DHKP-C-Aktivisten – eine ihr zuzurechnende Person versuchte vergeblich, vor dem Gericht eine Polizeikette zu durchbrechen – unter den Teilnehmern der Demonstration zur Prozesseröffnung am 6. Mai 2013 vor dem Oberlandesgericht (OLG) München (Bayern) gegen Beate Zschäpe und vier mitangeklagte mutmaßliche Unterstützer der Rechtsterroristen (vgl. Berichtsteil Rechtsextremismus, Kap. II, Nr. 2). Weitere kleinere Protestkundgebungen vor dem OLG München schlossen sich an.

Die linksextremistische Organisation wirft in ihren Veröffentlichungen Polizei und Verfassungsschutz Untätigkeit bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus vor, während auf der anderen Seite „unentwegt Repression, Verfolgung und Observierung gegen Revolutionäre"[167] ausgeübt werde – ein Verweis

[167] Homepage „Political Prisoners" (4. April 2013).

auf die fortlaufenden Straf- und Ermittlungsverfahren gegen DHKP-C-Funktionäre in Deutschland. So bemängelt die „Anatolische Föderation“ angeblich ungleiche Haftbedingungen der „rassistischen Mörder“ im Vergleich zu den als „Antirassisten“ bezeichneten DHKP-C-Häftlingen. Weiter beklagt die „Anatolische Föderation“ in einer auf ihrer Homepage veröffentlichten Erklärung vom 27. Juni 2013, die tags zuvor erfolgte Festnahme ihrer Vorsitzenden[168], die sich sich in Europa für die Rechte von Migranten und gegen Rassismus einsetze und sich nichts habe zuschulden kommen lassen. Hingegen tue Deutschland alles, um „die Nazis“ zu schützen.

Die DHKP-C versucht mit dem Thema „Antirassismus“ letztlich Aufmerksamkeit und Zulauf aus Migrantenkreisen zu generieren. Gleichzeitig verknüpft sie das Thema mit einem weiteren Propagandaschwerpunkt: der Gefangenensolidarität.

Insgesamt bildet für die DHKP-C die Solidarität mit ihren „revolutionären Gefangenen“ – in der Türkei wie auch in Deutschland – seit jeher einen Schwerpunkt ihrer politischen Agitation. Ziel ist es, die eigenen Anhänger für die Gefangenensolidarität zu mobilisieren, den inneren Zusammenhalt der Gruppierung zu stärken sowie Verständnis über die eigene Anhängerschaft hinaus zu wecken. Inhaftierte werden folgerichtig als „Märtyrer“ und „politische Häftlinge“ verklärt. Die deutsche Justiz wird im Umkehrschluss zum „Handlanger des türkischen Faschismus” und „imperialistischen Erfüllungsgehilfen”, die zudem der „Isolationsfolter” beschuldigt wird.

Spätestens mit den am 26. Juni 2013 erfolgten Exekutivmaßnahmen gegen DHKP-C-Strukturen in Deutschland (vgl. die unten stehenden Darstellungen hierzu), ist nun auch Deutschland in den Fokus verbaler Drohungen durch die DHKP-C geraten. Während Anhänger der Organisation mit regelmäßigen, bis zum Jahresende andauernden kleineren Protestkundgebungen hierauf reagierten, bezeichnete die DHKP-C-Zeitschrift die

[168] Die Polizei hatte die Vorsitzende der „Anatolischen Föderation“ am 26. Juni 2013 im Rahmen von Exekutivmaßnahmen gegen Strukturen der DHKP-C in Deutschland festgenommen.

Maßnahmen als grundlos und politisch motiviert. „Yürüyüş" führte drohend aus:

„Sobald wir nur ein wenig anfangen, uns zu organisieren und die Rückfront[169] *zu stärken, führen sie Operationen und Verhaftungen ohne jede rechtliche Grundlage durch. Zum Beispiel werden unsere Kameraden in Deutschland jahrelang in Isolationszellen im Gefängnis festgehalten (...). Fünf unserer Kameraden wurden gerade VÖLLIG GRUNDLOS VERHAFTET. (...) Sie unterdrücken uns in einer Weise, wie sie in ihrem eigenen Land keine Gruppe, keine Organisation, keinen Verein oder keine Partei unterdrücken. (...) Genauso ernst wie uns der Imperialismus nimmt und uns angreift, in diesem selben Bewusstsein müssen auch wir handeln (...). Wenn wir mit unseren Alişans in der Höhle des Feindes explodieren und zu ihrem Alptraum werden (...).*
LASST AUCH UNS IN DIESEM BEWUSSTSEIN HANDELN!"
(„Yürüyüş" Nr. 373, 14. Juli 2013, S. 8 ff.)

Gleichzeitig versuchte die DHKP-C eine Verbindung zwischen den Exekutivmaßnahmen in Deutschland und den Ende Mai 2013 begonnen Massenprotesten gegen die türkische Regierung herzustellen. Der deutschen Politik wurde dabei eine Unterstützung des „AKP-Faschismus" vorgeworfen:

„Diese willkürliche Haltung der deutschen Polizei ist eine Unterstützung des AKP-Faschismus. Unser Volk hat in der Türkei gegen den AKP-Faschismus einen gigantischen Aufstand gemacht und damit eigentlich den deutschen Imperialismus irritiert. Dabei tut die Merkel-Regierung auf der einen Seite so, als wäre sie gegen die Repressionen der AKP und stürmt auf der anderen Seite Vereinsräume der Völker Anatoliens, die diesen besagten Aufstand durchgeführt haben."
(Homepage „Political Prisoners", 26. Juni 2013)

[169] Unter „Rückfront" ist der Rückzugsraum in verschiedenen westeuropäischen Ländern – vor allem aber in Deutschland – zu verstehen. Dieser wird von der DHKP-C zur propagandistischen und finanziellen Unterstützung ihrer in der Türkei auch mit terroristischen Mitteln agierenden „Hauptorganisation" genutzt.

Am 21. August 2013 unterstützten mehrere Mitglieder der „Anatolischen Jugend“ (Jugendorganisation der „Anatolischen Föderation“) diese Argumentation handgreiflich. Sie ketteten sich an die Eingangstür des Justizministeriums in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) an und zeigten Plakate mit den Aufschriften „Weg mit dem Paragraphen 129a und b. Schluss mit dem Meinungsverbot“ und „Freiheit für die Mitglieder der Anatolischen Föderation. Anatolische Jugend“. Vier Personen, die Widerstand gegen die einschreitenden Polizeibeamten leisteten, wurden vorübergehend festgenommen.

Am 13. April 2013 nahmen nach eigenen Angaben ca. 250 Mitglieder der „Familie der Front in Europa“ – unter ihnen auch Aktivisten aus Deutschland – in Lüttich (Belgien) an der traditionellen europaweiten Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Parteigründung der DHKP-C teil. Auch hier verherrlichte die Partei im Rahmen des obligatorischen Gedenkens an die „Märtyrer“ der Organisation im Besonderen Alişan Ecevit Şanli, den Selbstmordattentäter vom 1. Februar 2013 in Ankara – ein Beispiel dafür, dass die DHKP-C auch in Europa die in der Türkei verübten terroristischen Gewalttaten billigt und unterstützt.

Obgleich DHKP-C und „Anatolische Föderation“ sich Ende Mai 2013 in Deutschland an Solidaritätsdemonstrationen für die Protestbewegung in der Türkei beteiligten, ist es ihnen nicht gelungen, Einfluss darauf zu nehmen. Daran änderten auch eigenständige Versammlungen nichts, wie beispielsweise eine Demonstration mit etwa 120 Teilnehmern am 17. Juni 2013 in Köln (Nordrhein-Westfalen).

Ebenso wurden bei einem Konzert einer der DHKP-C nahestehenden türkischen Musikgruppe unter dem Motto „Ein Herz und eine Stimme gegen Rassismus“ am 8. Juni 2013 in Oberhausen (Nordrhein-Westfalen) vor – eigenen Angaben zufolge – immerhin 14.000 Besuchern die Aktivitäten der Protestbewegung in der Türkei besonders hervorgehoben und als Beispiel für Europa dargestellt. In einer Ansprache im Namen der „Anatolischen Föderation“ hieß es, in einer Phase, in der die Massen als desinteressiert erschienen seien, hätten sie sich erhoben und die Türkei ins Wanken gebracht. Das sei mit entsprechender Mühe, Opferbereitschaft und „Führertum“ auch in Deutschland und Europa möglich.

Exekutivmaßnahmen

Auch im Jahr 2013 wurden zahlreiche Ermittlungs- und Strafverfahren wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung gegen DHKP-C-Funktionäre und -Aktivisten geführt. Das BfV konnte durch die Übermittlung von Informationen zu den entsprechenden Personen die Justizbehörden – und somit die Strafverfahren – wirkungsvoll unterstützen.

Am 16. Mai 2013 verurteilte der 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin eine türkische Staatsangehörige wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung DHKP-C zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und sechs Monaten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagte zumindest von August 2002 bis November 2003 Europaverantwortliche der DHKP-C gewesen war. In dieser Funktion sei sie vor allem für die Beschaffung von Geldern zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten der DHKP-C in der Türkei zuständig gewesen. Zudem habe sie sich an der Rekrutierung von Kurieren für die Übermittlung von Nachrichten und den Transport von Waffen in die Türkei sowie an der Verfälschung von Ausweispapieren für die Schleusung von Organisationsmitgliedern beteiligt.

Am 26. Juni 2013 wurden umfangreiche Exekutivmaßnahmen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung gegen Strukturen der DHKP-C in Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, im Wege der Rechtshilfe zusätzlich auch in Belgien, Österreich und den Niederlanden durchgeführt. Die Ermittlungsbehörden beschlagnahmten in mehreren Wohnungen und Vereinsräumen umfangreiches Material. Außerdem konnte die Polizei fünf mutmaßliche Funktionäre der DHKP-C in Deutschland und Österreich festnehmen. Sie sind verdächtig, sich als Mitglieder in der ausländischen terroristischen Vereinigung DHKP-C betätigt zu haben. Einen sechsten Haftbefehl vollstreckte die Polizei am 16. Juli 2013 in Österreich.

2.2 „Ülkücü"-Bewegung

„Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V." (ADÜTDF)	
Gründung:	1978 in Frankfurt am Main (Hessen), „Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu" – (ADÜTDF)
Führung:	Şentürk Doğruyol
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	7.000
Publikation:	„Bülten" („Bulletin"), vierteljährlich
„Ülkücü"-Jugendbewegung	
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	3.000

Der Ideologie der sogenannten Ülkücü-Bewegung („Idealisten-Bewegung") liegt ein übersteigerter türkischer Nationalismus zugrunde, der mit einer Überhöhung der eigenen Ethnie und einer Abwertung anderer Ethnien gepaart ist. Ziel der „Ülkücü"-Anhänger ist eine „Großtürkei" in den Grenzen des Osmanischen Reiches. Sie fordern die „Wiedervereinigung" aller Turkvölker vom Balkan bis Zentralasien in einem Staat. Kennzeichen der Ideologie ist eine ausgeprägte, oft auch gewaltbereite rassistische Feindbildorientierung gegenüber ethnischen Minderheiten in der Türkei. Hierzu gehören Kurden, Armenier, Griechen und Juden.

Die „Ülkücü"-Bewegung zeigt sich in Deutschland in unterschiedlichen Ausprägungen, wobei sowohl die ideologischen als auch die organisatorischen Erscheinungsformen ihre Wurzeln in der Türkei haben.

Die Anhänger der „Ülkücü"-Bewegung werden in der Öffentlichkeit als „Graue Wölfe" bezeichnet. Der „Graue Wolf" (Bozkurt) ist das Symbol der Bewegung, er findet sich als heulender Wolf auf Flaggen. Anhänger der Bewegung erkennen einander am „Wolfsgruß" (der rechte Arm wird ausgestreckt, Daumen und Finger formen den Kopf eines Wolfs).

Die „Ülkücü"-Ideologie fördert in Deutschland das Entstehen einer eigenen rechtsextremistischen Jugendbewegung, wirkt stark integrationshemmend und steht nicht im Einklang mit den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

ADÜTDF

Innerhalb der „Ülkücü"-Bewegung in Deutschland ist die „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V." („Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu" – ADÜTDF) mit rund 7.000 Anhängern die größte Gruppierung. Die unter dem Vorsitz von Şentürk Doğruyol stehende ADÜTDF ist die Auslandsvertretung der türkischen „Partei der Nationalistischen Bewegung" („Milliyetçi Hareket Partisi", MHP).

MHP

Die von Alparslan Türkeş 1969 gegründete MHP gilt als „Urorganisation" der „Ülkücü"-Bewegung. Sie vertritt eine extrem nationalistisch ausgerichtete Politik. Seit dem Tod von Türkeş im Jahr 1997 wird die im türkischen Parlament vertretene Partei von Devlet Bahçeli geführt. Der verstorbene Parteigründer wird von den Anhängern bis heute als der „ewige Führer" („Başbuğ") verehrt.

Struktur der ADÜTDF

Die streng hierarchisch und nach dem „Führerprinzip" aufgebaute ADÜTDF ist bundesweit in 13 „Bölge" (Gebiete) unterteilt, denen insgesamt ca. 160 Vereine angehören. Die Organisation ist Mitglied der 2007 in Frankfurt am Main (Hessen) gegründeten „Türkischen Konföderation in Europa" (ATK) unter Vorsitz von Cemal Çetin. Diesem europäischen Dachverband gehören Organisationen aus weiteren westeuropäischen Staaten an.

Veranstaltungen der ADÜTDF

Die ADÜTDF-Vereine führten 2013 zahlreiche Veranstaltungen durch. In ihrem öffentlichen Auftreten bemühen sie sich nur scheinbar um die Integration ihrer Mitglieder in die deutsche Gesellschaft. Tatsächlich jedoch fördern sie als Träger der türkisch-nationalistischen Ideologie die Bildung einer Parallelgesellschaft.

Am 16. November 2013 fand in der Arena Oberhausen (Nordrhein-Westfalen) der 28. ordentliche ADÜTDF-Kongress statt. Die ca. 12.000–13.000 Besucher feierten den Gastauftritt des MHP-Vorsitzenden Bahçeli frenetisch. Mit den Worten: „Ihr seid muslimische Türken, ihr seid die türkische Nation, ihr seid die Türkei“[170] forderte Bahçeli die Anwesenden auf, die türkischen und islamischen Werte zu bewahren.

Jugendbewegung

Neben den straff organisierten Verbandsstrukturen hat sich in der „Ülkücü“-Bewegung in den letzten Jahren in Deutschland und im europäischen Ausland eine Jugendbewegung etabliert, die über das Internet eine gewaltorientierte, rassistische Ideologie verbreitet, der ein aggressiver Nationalismus zugrunde liegt.

Der identitätsstiftende Schwur der „Ülkücü“-Jugend findet sich auf vielen Internetseiten und Videos:

„Ich schwöre bei Allah, dem Koran, dem Vaterland, bei meiner Flagge. Meine Märtyrer, meine Frontkämpfer sollen sicher sein. Wir, die idealistische türkische Jugend, werden unseren Kampf gegen Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und jegliche Art von Imperialismus fortführen. Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen Blut. Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis das Reich Turan erreicht ist. Wir, die idealistische türkische Jugend, werden niemals aufgeben, nicht wanken, wir werden siegen, siegen, siegen. Möge Allah die Türken schützen und sie erhöhen.“

Aktivitäten der Jugendbewegung

Die Aktivitäten der „Ülkücü“-Jugend im virtuellen Raum erstrecken sich von sozialen Netzwerken über Videoportale und Internetforen bis hin zu einschlägiger Musik (z.B. Rap). Schon die Wahl der „Nicknames“ wie z.B. „Messer rein, Messer raus, Messer rot, PKK tot“[171] dient der Provokation der Gegner. Die Gewaltorientierung zeigt sich auch in Postings wie „Hungrige Wölfe fressen die Opfer (PKK und der weitere Müll) cCc“, die in der Facebookgruppe „Los Turkos“ eingestellt werden.[172]

[170] Online-Zeitung „HALKIN HABERCiSi“ (16. November 2013).

[171] Facebook-Seite (31. Januar 2013).

[172] Facebook-Seite (20. Dezember 2013); „cCc“ steht für drei Halbmonde, das Symbol der MHP.

In der Realwelt demonstrieren die türkischen Jugendlichen ihre Zugehörigkeit zur „Ülkücü"-Bewegung durch das Verwenden von Devotionalien, szenetypischer Kleidung (z.B. schwarzer Kapuzenpullover mit „Bozkurt"-Aufdruck) und den „Wolfsgruß". Ihr Auftreten ist häufig aggressiv, insbesondere gegenüber kurdischen Jugendlichen.

Gewaltaffinität der „Ülkücü"-Bewegung

Die kämpferische Auseinandersetzung mit dem „Feind" zeigt sich auch durch die im Internet verbreiteten Bilder von Waffen aller Art, mit denen zuweilen auch stolz posiert wird.

Im Juni 2013 durchsuchte die Polizei in drei Bundesländern rund 20 Objekte von Personen, bei denen der Verdacht des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz bestand. Alle Beschuldigten gehören der „Ülkücü"-Bewegung an. Es wurden zwei scharfe Schusswaffen mit Munition, Schreckschusswaffen, Schlagstöcke, Elektroschocker und Samurai-Schwerter sichergestellt.

3. „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE)

Gründung:	1972 (in Sri Lanka)
Leitung:	Führungskader der deutschen Sektion
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	1.000 (2012: 1.000)

Ziele und Situation

Ziel der LTTE ist unverändert die Errichtung eines von Sri Lanka unabhängigen Staates „Tamil Eelam" im überwiegend von Tamilen bevölkerten Norden und Osten des Inselstaats. Der Versuch, dies mit einem Guerillakrieg und Terroranschlägen in Sri Lanka zu erreichen, fand mit der militärischen Zerschlagung der LTTE im Mai 2009 und dem Tod ihres Führers Velupillai Prabhakaran ein (vorläufiges) Ende. Die LTTE-Strukturen innerhalb der weltweiten tamilischen Diaspora sind jedoch überwiegend intakt geblieben und arbeiten auch nach der militärischen Niederlage weiter an einem Wiederaufbau der LTTE in Sri Lanka.

Die LTTE werden seit dem 29. Mai 2006 auf der EU-Liste terroristischer Organisationen geführt.[173]

Lage in Sri Lanka

Auch vier Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs in Sri Lanka hat sich die Lage im bis 2009 umkämpften Norden und Osten der Insel nicht vollends normalisiert. Zwar hat die Regierung den Wiederaufbau der Infrastrukturen in den ehemaligen Kriegsgebieten mit einigem Erfolg vorangetrieben, jedoch bleiben Militär und Polizei in diesen Regionen nach wie vor überdeutlich präsent. Noch im August 2013 bescheinigten die Vereinten Nationen (UN) der sri-lankischen Regierung deutliche Demokratiedefizite. Streitpunkte sind hierbei u.a. Kriegsverbrechen und Menschenrechtsfragen. Insbesondere diverse Menschenrechtsorganisationen fordern weiterhin Aufklärung über behauptete Kriegsverbrechen der sri-lankischen Armee an der tamilischen Bevölkerung und den Verbleib von Oppositionellen.

Am 22. September 2013 gewann die Tamilen-Partei „Tamil National Alliance“ (TNA), die bis zum Ende des Bürgerkriegs als politischer Arm der LTTE gegolten hatte, mit 74% der Wählerstimmen erstmals die Regionalwahlen in der Nordprovinz Sri Lankas. Dieser Wahlerfolg der TNA ist ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit der srilankischen Regierungspartei und des Wunsches nach mehr Autonomie für die Tamilen in der Region.

Offiziellen Angaben zufolge gelten die LTTE in Sri Lanka als ausgelöscht. Es seien derzeit keine Strukturen der Organisation in Sri Lanka zu erkennen.

Spaltung

Die LTTE-Auslandsstrukturen spalteten sich bald nach der militärischen Niederlage in mindestens zwei miteinander konkurrierende Flügel. Wenngleich das gemeinsame Ziel der Errichtung eines unabhängigen Tamilenstaates „Tamil Eelam“ erhalten blieb, verloren die beiden Fraktionen durch die Konkurrenzsituation an Einfluss innerhalb der tamilischen Diaspora. Zumindest der unter dem Namen „Internationale Verbindungsstelle“ bekannte LTTE-Flügel definierte sich nach Prabhakarans Vorbild und befürwortete dementsprechend den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung der eigenen Ziele. Die unter der Bezeichnung „Headquarters“ firmierende LTTE-Fraktion hatte – sich einen friedlichen

[173] Siehe hierzu Fußnote 136.

Anstrich gebend – nach außen erklärt, der Gewalt abzuschwören. Seit Ende 2013 verdichten sich jedoch die Hinweise auf eine Zusammenarbeit, wenn nicht gar auf eine Wiedervereinigung der Fraktionen.

LTTE in Deutschland

In Deutschland sind beide LTTE-Fraktionen in unterschiedlicher Intensität aktiv. Die „Internationale Verbindungsstelle", die über das „Tamil Coordinating Committee" (TCC) in Erscheinung tritt, verfügt innerhalb der tamilischen Diaspora nach wie vor über die größere Anhängerschaft. „Headquarters" versucht währenddessen weiterhin, seinen Einfluss auf die hiesige Diaspora auszuweiten.

Veranstaltungen

Um auf ihre Belange aufmerksam zu machen, führten die LTTE auch 2013 wieder öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durch.

Vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in Genf (Schweiz) fand am 4. März 2013 die jährliche Protestveranstaltung statt. Mehrere Tausend Anhänger der LTTE aus verschiedenen europäischen Staaten, darunter mehrere Hundert aus Deutschland, demonstrierten für eine unabhängige Untersuchung des angeblich an den Tamilen begangenen Völkermordes in Sri Lanka. Sie forderten zudem den Rückzug des sri-lankischen Militärs aus den von Tamilen bewohnten Gebieten sowie die Aufhebung des Verbots der LTTE in Sri Lanka.

Im Vorfeld der Veranstaltung in Genf war am 12. Februar 2013 in London (Großbritannien) die Kampagne „TamilVan – eine europaweite Kampagne für Gerechtigkeit der Eelam Tamilen in Sri Lanka" in Form einer „Mobilen Ausstellung" mittels eines weißen Lieferwagens gestartet worden. Sie führte durch verschiedene europäische Länder und war vom 21. Februar 2013 an in Deutschland, bevor sie am 4. März 2013 Genf erreichte.

Zum „War Crimes Day" am 18. Mai 2013, dem Jahrestag der militärischen Niederlage der LTTE, kamen u.a. in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen) ca. 850 LTTE-Anhänger zusammen. Dabei wurden LTTE-Embleme und Bilder des verstorbenen LTTE-Führers Prabhakaran gezeigt.

Erstmals seit drei Jahren begingen 2013 beide Fraktionen der LTTE den sogenannten Heldengedenktag gemeinsam, in Deutschland wie auch in anderen europäischen Staaten. Die Feierlichkeiten für die im Kampf getöteten „Märtyrer" der Organisation finden traditionell am 27. November, dem Geburtstag Prabhakarans statt. An der vom TCC organisierten zentralen Veranstaltung in der Helmut-Körnig-Halle in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) nahmen Polizeiangaben zufolge ca. 3.500 Besucher teil. Weitere gemeinsame regionale Feierstunden fanden am 30. November 2013 in München (Bayern) und am 1. Dezember 2013 in Stuttgart (Baden-Württemberg) statt.

Die LTTE versuchten ihren Einfluss auf die tamilische Diaspora in Deutschland auch in diesem Jahr wieder mit einem vielfältigen „Freizeitangebot" in Form von Sport- und Kulturveranstaltungen sowie Tanzwettbewerben zu festigen. Die dort erzielten Einnahmen aus Eintritts- und Startgeldern sowie aus dem Verkauf von Speisen, Getränken und Devotionalien kommen dem Aufbau der Organisationsstrukturen zugute.

4. Gruppierungen aus dem indischen Spektrum

„Babbar Khalsa International“ (BKI)	
Gründung:	1978 (in Indien)
Leitung:	Bundesvorstand
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	200 (2012: 200)

„Babbar Khalsa Germany“ (BKG)	
Gründung:	2008 (in Deutschland)
Leitung:	Vereinsvorstand
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	30 (2012: 30)

„International Sikh Youth Federation“ (ISYF)	
Gründung:	1984 (in Großbritannien)
Leitung:	gespalten in zwei Fraktionen mit jeweils eigenem Bundesvorstand
Mitglieder/Anhänger in Deutschland:	550 (2012: 550)

Ziel „Khalistan“

Ziel der separatistisch-terroristischen Organisationen aus der Religionsgemeinschaft der Sikhs ist die Gründung eines eigenen, von Indien unabhängigen Staates „Khalistan“ („Land der Reinen“) auf dem Gebiet des indischen Bundesstaates Punjab. Zu diesen Gruppierungen gehören die „Babbar Khalsa“ (BK), die „International Sikh Youth Federation“ (ISYF) und die „Khalistan Zindabad Force“ (KZF). In Indien operieren sie – von ihren Stützpunkten in Pakistan aus – auch mit terroristischen Mitteln. Sie versuchen durch gezielte Anschläge, die politische Lage im Punjab zu destabilisieren. Diese Anschläge richten sich insbesondere gegen indische Politiker und gegen „unorthodoxe“ – d.h. aus Sicht der

Sikh-Gruppen zu liberale – Religionsführer innerhalb der eigenen Glaubensgemeinschaft. Die Organisationen schrecken bei Terroranschlägen auch nicht vor Opfern in der Zivilbevölkerung zurück.

Die BK und die ISYF sind von der EU seit 2002, die KZF seit 2005 als terroristische Organisationen gelistet. In einem im Dezember 2012 ergangenen Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main (Hessen) wurde die KZF erstmals als terroristische Vereinigung im Sinne der §§ 129a, 129b StGB eingestuft.[174]

Aktivitäten in Deutschland

Die BK und die ISYF unterhalten in Deutschland sogenannte Auslandssektionen. Die KZF verfügt über einzelne Anhänger; handlungsfähige Strukturen sind in Deutschland hingegen bislang nicht erkennbar. Die deutsche Sektion der BK nennt sich „Babbar Khalsa International" (BKI) Deutschland. Von der BKI hat sich im Jahr 2008 eine Gruppierung abgespalten, die unter der Bezeichnung „Babbar Khalsa Germany" (BKG) firmiert. Zusammen verfügen die BKI, die ISYF und die BKG über schätzungsweise 780 Anhänger.

Diese Organisationen sind in Deutschland nicht terroristisch aktiv. Sie unterstützen vor allem propagandistisch die Mutterorganisationen in Indien und deren auch mit terroristischen Mitteln geführten Separationskampf. Die in Deutschland tätigen Vereinigungen setzen sich ferner für inhaftierte Gesinnungsgenossen in Indien ein. Getötete Sikh-Aktivisten werden bei Versammlungen in deutschen Sikh-Tempeln als „Märtyrer" verehrt. Im Rahmen regelmäßig durchgeführter öffentlicher Protestveranstaltungen kritisieren BKI, ISYF und BKG nicht nur die Regierungspolitik Indiens und verlangen mehr Rechte für die Sikhs, sondern fordern auch den eigenen Staat „Khalistan". Bei organisationsinternen Versammlungen rufen sie zu Spenden auf.

[174] Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die beiden führenden KZF-Funktionäre von Deutschland aus u.a. in Anschlagsvorhaben auf Luftwaffenstützpunkte und auf den Führer einer Religionsgemeinschaft aus dem Sikh-Spektrum im indischen Bundesstaat Punjab sowie in die Planung und Durchführung eines Mordanschlags auf einen religiösen Sikh-Führer aus Indien bei einer Veranstaltung in Österreich eingebunden waren.

Diese werden auch zur finanziellen Unterstützung von Angehörigen der „Märtyrer“ sowie zur Finanzierung der Rechtshilfe für Inhaftierte verwendet.

Zu den aktuellen Aktions- und Agitationsschwerpunkten zählen nach wie vor Protestdemonstrationen gegen die Vollstreckung der Todesstrafe gegen Davinder Pal Singh Bhullar, einem Mittäter des 1993 in Neu Delhi (Indien) verübten Sprengstoffanschlags, bei dem neun Personen ums Leben gekommen waren.

Angesichts des hohen Emotionalisierungsgrades in diesem Phänomenbereich muss grundsätzlich auch weiterhin davon ausgegangen werden, dass bei Einzelpersonen eine potenzielle Gewaltbereitschaft vorhanden ist. Somit ist mit der Begehung von Straftaten zu rechnen; auch eine aktive Beteiligung an dem Separationskampf ist nicht auszuschließen.

Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

Spionage und sonstige nachrichtendienstliche Aktivitäten

I. Überblick

Spionage ist keine Erfindung des Kalten Krieges und endet folglich auch nicht mit dem Zerfall des sowjetkommunistischen Machtbereichs. Staaten haben Interessen und versuchen, diese durchzusetzen. Spionage ist hierbei eine Option. Fremde Regierungen wollen sich durch unberechtigte, geheime Informationsbeschaffung Vorteile verschaffen: in politischen, militärischen (strategischen) und vermehrt auch in wirtschaftlichen und technologischen Zusammenhängen. Die möglichen Folgen für unser Land reichen von einer geschwächten Verhandlungsposition über hohe materielle Kosten und volkswirtschaftliche Schäden bis hin zu einem partiellen Verlust nationaler Souveränität.

1. Entwicklungstendenzen

Deutschland als Spionageziel

Fremde Nachrichtendienste betreiben nach wie vor mit einem hohen organisatorischen und finanziellen Aufwand Spionage gegen Deutschland. Das Interesse gilt Deutschland als weltpolitischem Akteur, als NATO- und EU-Mitglied und schließlich auch seiner Wirtschaftskraft und seinen innovativen Unternehmen. Weiteres Ausforschungsziel der Dienste sind systemoppositionelle Gruppen aus ihren Heimatländern.

Hauptträger der Spionageaktivitäten gegen Deutschland sind nach wie vor die Russische Föderation, die Volksrepublik China und der Iran. Doch auch Dienste anderer Staaten sind gegen Deutschland aktiv. Die zweite Hälfte des Jahres 2013 war geprägt von den im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen Edward Snowdens insbesondere gegen die USA erhobenen Spionagevorwürfen.

Methodik

Spionage gegen unser Land wird sowohl mit menschlichen Quellen als auch technikgestützt durchgeführt, sowohl offen als auch konspirativ.

Der Abdeckung von Spionageaktivitäten dienen diplomatische und konsularische Vertretungen sowie einige Medieneinrichtungen. Die

dort als „Diplomaten“ oder „Journalisten“ abgetarnt tätigen Personen sind für Außenstehende nicht als Nachrichtendienstmitarbeiter zu erkennen.

Nachrichtendienstliche Operationen aus den Zentralen der Dienste dienen dem langfristigen Aufbau einer legendierten Agententätigkeit oder richten sich gegen die im Land aufhältigen Ausländer, die für eine Informanten-/Agententätigkeit rekrutiert werden (sollen).

Ausblick

Im Zeitalter der Digitalisierung gewinnt die technische Informationsbeschaffung stetig an Bedeutung. Cyberspionage fremder Dienste stellt die Spionageabwehr vor besondere Herausforderungen: technologisch, rechtlich und analytisch, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass „Elektronische Angriffe“ sowohl zur Spionage als auch zur Sabotage genutzt werden können. Der Schutz Kritischer Infrastrukturen gewinnt an Bedeutung. Die Fähigkeiten der deutschen Spionageabwehr müssen verbessert und den modernen Techniken der Informationsbeschaffung angepasst werden.

Die zunehmende Wirkungskraft digitaler Spionage geht aber keineswegs einher mit einem Bedeutungsverlust menschlicher Quellen. Im Gegenteil, der Fall Snowden zeigt gerade, dass es einem „Innentäter“ heute möglich ist, eine solche Fülle an geheimen Informationen zu erlangen, wie es in früheren Zeiten selbst einem Netz von Agenten nicht möglich gewesen wäre.

Für Unternehmen und Behörden, insbesondere für Sicherheitsbehörden, besteht daher ein hohes Maß an Schutzbedarf, sowohl mit Blick auf die Sicherheit der IT-Systeme als auch auf die Kontrolle der Zugangsmöglichkeiten (personeller und materieller Geheimschutz).

2. Methodische Vorgehensweise fremder Nachrichtendienste

2.1 Spionage mit menschlichen Quellen

2.1.1 Legalresidenturen – Stützpunkte fremder Nachrichtendienste

Präsenz ausländischer Nachrichtendienste

Nachrichtendienstliche Arbeit gegen Deutschland findet oftmals aus sogenannten Legalresidenturen heraus statt, die in den offiziellen (amtlichen) oder halboffiziellen Vertretungen ausländischer Staaten untergebracht sind. Die Nachrichtendienstangehörigen arbeiten abgetarnt in Botschaften oder Generalkonsulaten, in Presseagenturen oder bei Fluggesellschaften. Sie beschaffen entweder selbst – offen oder verdeckt – Informationen oder unterstützen Spionageaktivitäten, die von den Zentralen der Dienste gegen Deutschland ausgeübt werden.

Meist verfügen die in den Legalresidenturen platzierten Nachrichtendienstangehörigen über einen Diplomatenstatus, der sie vor Strafverfolgung schützt. Werden solchen „Diplomaten" statuswidrige Aktivitäten nachgewiesen, bleibt die Möglichkeit, sie aus Deutschland auszuweisen.

Offene und verdeckte Informationsbeschaffung

Die Nachrichtendienste gewinnen ihre Informationen sowohl aus offenen, allgemein zugänglichen Quellen (z.B. Internet, Medien, Industriemessen, Tagungen, Vortragsveranstaltungen) als auch aus konspirativen, geheimdienstlichen Verbindungen. In beiden Fällen nutzen sie die Kontakte, die von den in Legalresidenturen beschäftigten Mitarbeitern aufgebaut worden sind. Abgeschöpfte deutsche Kontaktpersonen wissen nicht, dass es sich bei den „Diplomaten" oder „Journalisten" in Wahrheit um Offiziere eines Nachrichtendienstes handelt. Entsprechend sorglos verhalten sie sich ihnen gegenüber.

So gehört es zu den Aufgabenfeldern eines Konsuls für Handels- und Wirtschaftsangelegenheiten, Kontakte zwischen deutschen und ausländischen Unternehmen herzustellen. Sein Interesse für Produkte oder Marktstrategien deckt sich mit seiner Funktion. Letztlich könnte er aber Spionage unter dem Deckmantel diplomatischer Immunität betreiben.

Nicht weniger glaubwürdig ist das Interesse von Journalisten, die Kontakte zu Parteien und politischen Institutionen pflegen oder

Gespräche mit Unternehmen oder Forschungseinrichtungen führen. Von ihnen wird erwartet, dass sie ausgiebig recherchieren und Fragen stellen. Dass es sich hierbei tatsächlich oft um Spionage handelt, mag kaum einer ihrer Gesprächspartner annehmen.

Die Legalresidenturoffiziere nutzen die unter Legende aufgebauten Kontakte, um ihre Gesprächspartner auszuforschen und vorhandene Informationen zu ergänzen oder zu verdichten. Zielpersonen für den Aufbau eines Informantennetzes werden perspektivisch ausgewählt: Entscheidend sind deren aktuelle und langfristige Zugangsmöglichkeiten. Gesprächspartner werden zunächst ohne engere nachrichtendienstliche Anbindung regelmäßig oder bei Bedarf abgeschöpft. Mit geschickter Gesprächsführung gelingt es, sensible Informationen zu erlangen oder auch Hinweise auf weitere potenzielle Quellen zu gewinnen.

Die Zielpersonen derartiger Ausspähungsbemühungen kommen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, es handelt sich z.B. um Mitarbeiter aus dem parlamentarischen Bereich, Behördenvertreter, Bundeswehrangehörige, Wissenschaftler und Mitarbeiter von Wirtschaftsunternehmen.

Wenn es um die Beschaffung besonders sensibler Informationen geht, verstärken die Nachrichtendienstangehörigen die Sicherheitsvorkehrungen für die Treffen und sorgen für eine sichere Kommunikation. Sie sind sich der Tatsache bewusst, dass verdeckte Geheimdienstarbeit und das Verleiten zum Verrat geschützter Informationen gegen den diplomatischen Status verstoßen. Deshalb werden die Gesprächspartner angehalten, gegenüber Dritten Stillschweigen über die Kontakte zu bewahren. Spätestens zu diesem Zeitpunkt kann auch die sorgloseste Kontaktperson den nachrichtendienstlichen Charakter der Verbindung erkennen.

2.1.2 Nachrichtendienstliche Operationen aus den Dienstzentralen

Legalresidenturen sind nicht die einzige Basis nachrichtendienstlicher Operationen. In erheblichem Maße werden diese auch aus den jeweiligen Dienstzentralen initiiert und gesteuert.

Gefährdung im Ausland

Deutsche Bürger sind deshalb auch (und gerade) in den jeweiligen Ländern selbst der Gefahr von Ausspähungsbemühungen fremder Nachrichtendienste ausgesetzt. Die Dienste nutzen hierzu die breite Palette der Überwachungsmöglichkeiten in ihrem Land, von den Grenzkontrollen über die Beobachtung von Auslandsvertretungen bis hin zu den Kontrollmöglichkeiten im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich.

Im Interesse der Nachrichtendienste stehen vor allem Personen, die sich privat oder beruflich für längere Zeit in dem jeweiligen Land aufhalten oder regelmäßig dorthin reisen. Mit nachrichtendienstlichen Ansprachen müssen insbesondere Angehörige diplomatischer Vertretungen und Behördenvertreter auf Dienstreisen rechnen, des Weiteren Firmenrepräsentanten sowie diejenigen, die in dem Land einer freiberuflichen Tätigkeit nachgehen oder studieren. Die Nachrichtendienste nutzen ihren „Heimvorteil", indem sie gezielt nach kompromittierenden Ansatzmöglichkeiten suchen, um die Zielpersonen zu einer Mitarbeit zu drängen. In anderen Fällen versuchen die Nachrichtendienstoffiziere, ihre Zielperson für sich einzunehmen und sie auf freundschaftlicher Basis zu werben.

Die Operationen werden auch nach einer erfolgreichen Werbung im Regelfall weiterhin aus den Dienstzentralen gesteuert.

Reisende Führungsoffiziere und Quellen

Im Rahmen ihrer operativen Aktivitäten unternehmen Nachrichtendienstoffiziere aus der Dienstzentrale vereinzelt Erkundungs- und Treffreisen in andere Länder. Auch Agenten treffen sich zuweilen mit ihren Führungsoffizieren nicht in Deutschland, sondern im Ausland. In diesen Fällen nutzen die Nachrichtendienstangehörigen konsequent die Reisefreiheit innerhalb des Schengenraums.

„Illegale"

Der Einsatz von Nachrichtendienstoffizieren, die mit einer falschen Identität ausgestattet sind und mit einer langfristigen Perspektive im Ausland eingesetzt werden, erfordert einen hohen infrastrukturellen Aufwand. Diese „Illegalen" oder, sofern sie zeitlich befristete nachrichtendienstliche Aufträge im Ausland durchführen, „Reise-Illegalen" sind wegen ihrer professionellen und sorgfältigen Abdeckung nur schwer durch die Spionageabwehr zu enttarnen.

Seit 2006 wurden in Mitgliedsstaaten der EU und NATO mindestens 15 „Illegale“ enttarnt, die von russischen Diensten eingesetzt worden sind.

2.2 Spionage mit technischen Mitteln

Die technische Informationsbeschaffung gewinnt seit Jahren an Bedeutung. Ein digitales Zeitalter eröffnet auch für die Spionage neue Möglichkeiten und Wege – und für die Spionageabwehr neue Herausforderungen. Informationen, die früher nur durch Agenten zu erlangen waren, können heutzutage verhältnismäßig leicht und ohne größere Risiken auf technischem Weg beschafft werden.

Es ist davon auszugehen, dass fremde Nachrichtendienste erhebliche Anstrengungen unternehmen, um Kommunikationsverbindungen abzuhören, insbesondere auch den über Server oder Internetknoten im Ausland geführten deutschen Kommunikations- und Internetverkehr.

Gefährdung durch Fernmeldeaufklärungsmaßnahmen

Für Fernmeldeaufklärungsmaßnahmen in Deutschland stellen die Botschaftsgebäude im Zentrum Berlins sowie andere vergleichbare diplomatische Vertretungen wegen ihrer günstigen Lage und ihrer Exterritorialität besonders geeignete Standorte dar.

Insbesondere im Bereich des Regierungsviertels in Berlin besteht ein konkretes Abhörrisiko für alle über Funk geführten Kommunikationsverbindungen, darunter z.B. Gespräche mit Mobiltelefonen sowie WLAN- und Bluetooth-Verbindungen. Gefährdet sind auch auf Laptops oder Tablet-PCs gespeicherte Informationen, wenn die Geräte über Funk vernetzt sind.

Grundsätzlich gilt: Gespräche in Telekommunikationsnetzen sind nur abhörsicher, wenn geeignete Schutzmaßnahmen durchgeführt werden. Auf die bestehenden konkreten Gefahren der modernen Kommunikationstechnik weisen BfV, BSI sowie weitere zuständige Behörden mittels Sensibilisierungsmaßnahmen hin und bieten Hilfe zur Selbsthilfe an.

„Elektronische Angriffe“

„Elektronische Angriffe“ haben sich zu einer wichtigen Methode der Informationsgewinnung entwickelt.

Als „Elektronische Angriffe“ werden gezielte aktive Maßnahmen mit und gegen IT-Infrastrukturen bezeichnet. Das Ziel kann Spionage sein, das Ausforschen sensibler Informationen, von Wissen und Strategien. Das Ziel kann aber auch Sabotage sein, darunter auch das Lahmlegen Kritischer Infrastrukturen[175].

Dazu gehören das Ausspähen, Kopieren oder Verändern von Daten, die Übernahme einer fremden elektronischen Identität, der Missbrauch oder die Sabotage fremder IT-Infrastrukturen sowie die Übernahme von computergesteuerten netzgebundenen Produktions- und Steuereinrichtungen. Die Angriffe können von außen über Computernetzwerke, z.B. über das Internet, oder durch einen direkten, nicht netzgebundenen Zugriff auf einen Rechner erfolgen, z.B. über manipulierte Hardwarekomponenten wie Speichermedien, z.B. USB-Sticks.

Die Urheber „Elektronischer Angriffe“ sind oft nicht zweifelsfrei zu identifizieren. Soweit es Hinweise auf eine Steuerung durch fremde Nachrichtendienste gibt, fällt die Bearbeitung schwerpunktmäßig in die Zuständigkeit der Spionageabwehr.

Feststellungen in Deutschland

Seit 2005 werden auf breiter Basis durchgeführte, zielgerichtete „Elektronische Angriffe“ gegen Bundesbehörden, Politik und Wirtschaftsunternehmen festgestellt, die auch 2013 wieder ein qualitativ hohes Niveau erreichten.

Solche Attacken häufen sich regelmäßig im Zusammenhang mit bedeutenden wirtschafts- und finanzpolitischen Treffen. Wie bereits in den vergangenen Jahren wurden 2013 erneut Angriffe im Rahmen des G20-Gipfeltreffens festgestellt (5./6. September 2013 in St. Petersburg (Russland)). Neben mehreren Bundesministerien war u.a. der Bankensektor betroffen. In geschickt gestalteten E-Mails an hochrangige Entscheidungsträger und deren unmittelbare Mitarbeiter wurde eine Kommunikation der Sherpa-Gruppe vorgetäuscht, der Chefunterhändler der beteiligten Regierungen. Damit wurde versucht, die Empfänger zu

[175] Kritische Infrastrukturen sind Organisationen und Einrichtungen von besonderer Bedeutung für das Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten könnten. Dies gilt z.B. für Energie- oder Telekommunikationsunternehmen.

verleiten, den Schadanhang unbedacht und vorschnell zu öffnen und so eine Infektion der Systeme auszulösen.

Fremde Nachrichtendienste sind in erster Linie an Informationen interessiert, die bei staatlichen Stellen abgeschöpft werden können. Die anhaltenden „Elektronischen Angriffe" mit mutmaßlich nachrichtendienstlichem Hintergrund gegen Bundesbehörden verdeutlichen den hohen Stellenwert dieser Methodik. Die Dauer einzelner Angriffsoperationen und die globale Ausrichtung bei der Auswahl von Themen und Opfern weisen deutlich auf strategische staatliche Ausforschungsaktivitäten hin.

Die Angreifer entwickeln die eingesetzten Schadprogramme permanent weiter. Damit steigt die Effektivität derartiger Angriffe und selbst aktuelle Virenschutzprogramme sind nicht in der Lage, die eingesetzte Schadsoftware zu erkennen.

„Elektronische Angriffe" sind nicht zuletzt deswegen so gefährlich, weil sie selbst von Opfern mit einem ausgeprägten Sicherheitsbewusstsein häufig nicht erkannt werden, da den Attacken oftmals ein umfassendes „Social Engineering" von Seiten der Angreifer vorausgegangen ist. E-Mails erscheinen unverdächtig und werden geöffnet, weil zuvor Informationen über Interessen- und Aufgabengebiete der Opfer sorgfältig recherchiert wurden und sie scheinbar von einem dem Empfänger bekannten Absender stammen.

Neben der klassischen Trojaner-E-Mail, bei der das Schadprogramm zumeist im Anhang eingebunden ist und erst durch dessen Öffnen aktiviert wird, werden mittlerweile weitere, sehr ausgefeilte und kaum erkennbare Angriffsmethoden angewandt. Hierzu gehören z.B. sogenannte Drive-By-Infektionen: Die Angreifer erstellen hierbei Webseiten mit einer entsprechenden Schadfunktion oder hacken und manipulieren bestehende Internetpräsenzen. Die Opfer werden nun gezielt mit einer E-Mail angesprochen und dazu verleitet, über einen Link die infizierten Webseiten aufzurufen. Zudem werden Datenträger (USB-Sticks, Flashkarten, CDs usw.), z.B. als Werbeträger verteilt, zum Einschleusen von Schadsoftware genutzt.

Die Dunkelziffer nicht erkannter „Elektronischer Angriffe“ ist als hoch einzuschätzen, da die Methoden zunehmend ausgeklügelter werden.

Ebenso ist zu erwarten, dass die Gefahren für die immer stärker vernetzten IT-Infrastrukturen in den nächsten Jahren zunehmen werden. Dies gilt umso mehr, als die bei „Elektronischen Angriffen“ verwendeten Schadprogramme sowohl zu Spionage- als auch zu Sabotagezwecken eingesetzt werden können.

Derzeit ist in Deutschland zwar keine unmittelbare, konkrete Gefährdung Kritischer Infrastrukturen durch Sabotageangriffe festzustellen. Gleichwohl bleiben hier politische und militärische Unwägbarkeiten sowie die Bemühungen von Extremisten und Terroristen, sich Know-how anzueignen, die es unabdingbar machen, das Risiko von Cybersabotage als eine wichtige Aufgabe in den Fokus der sicherheitspolitischen Agenda zu rücken.

Identifizierung der Täter

Die Anonymität des Internets erschwert die genaue Identifizierung der Täter. Oft ist aber aufgrund bestimmter Merkmale und Indizien zumindest eine regionale Zuordnung der Herkunft „Elektronischer Angriffe“ möglich (vgl. Kap. II, Nr. 4.3 und Kap. III, Nr. 4.3).

3. Proliferation

Die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie entsprechender Waffenträgersysteme (z.B. Raketen und Drohnen) einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows wird als Proliferation bezeichnet.

Massenvernichtungswaffenprogramme stellen eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar. Sie können zudem zu einer erheblichen Destabilisierung in den betroffenen Regionen beitragen.

Es ist zu befürchten, dass proliferationsrelevante Staaten Massenvernichtungswaffen im Fall eines bewaffneten Konflikts tatsächlich oder auch zur Erpressung nutzen, indem sie deren Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele lediglich androhen. Dies birgt

die Gefahr eines militärischen Wettrüstens in den betroffenen Regionen.

Vertikale Proliferation

Versuche von Staaten, gelistete Güter[176] bzw. „dual use"-Güter[177] in Industrie- und Schwellenländern[178] zu beschaffen, bezeichnet man als vertikale Proliferation.

Horizontale Proliferation

Horizontale Proliferation bedeutet, dass sich proliferationsrelevante Staaten bei der Herstellung und Weiterentwicklung dieser Waffen gegenseitig unterstützen. Einige Proliferation betreibende Staaten treten bereits selbst als Lieferanten einsatzfähiger Raketensysteme zur Ausbringung von Massenvernichtungswaffen auf.

Beschaffungsaktivitäten

Obgleich einige dieser Staaten bereits über eigene Produktionsstätten zur Herstellung von Maschinen und Stoffen sowie entsprechende wissenschaftliche Einrichtungen zur Entwicklung von Waffenprogrammen verfügen, sind sie bislang nicht in der Lage, autark zu produzieren. Sie bleiben bei der Forschung und Herstellung dieser Waffen und Trägersysteme auf den Weltmarkt angewiesen. Unter anderem versuchen sie, auch in Deutschland entsprechende Produkte zu beschaffen.

Umgehung von Genehmigungspflichten und Ausfuhrverboten

Die Verschärfung der deutschen und europäischen Exportkontrollbestimmungen zur Verhinderung entsprechender Wareneinkäufe hat zu einer Veränderung des Einkaufs- und Beschaffungsverhaltens proliferationsrelevanter Staaten geführt.

Die direkte Beschaffung solcher Waren bildet nunmehr eher die Ausnahme. Zur Umgehung eines Ausfuhrverbots durch die Genehmigungsbehörden beschaffen sie die Produkte stattdessen über Drittländer (sogenannte Umgehungsausfuhren), schalten Tarnfirmen ein oder machen bei „dual-use"-Gütern falsche Angaben über den Verwendungszweck.

[176] Proliferationsrelevante Güter werden von nationalen und internationalen Gremien der Exportkontrolle definiert und in Listen veröffentlicht, die u.a. auf der Homepage des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) abrufbar sind. Der Export dieser Güter unterliegt besonderen Genehmigungspflichten.

[177] Hierbei handelt es sich um Produkte, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können.

[178] Schwellenländer gehören zu den fortgeschrittenen Entwicklungsländern, da sie aufgrund hoher wirtschaftlicher Eigendynamik beachtliche Industrialisierungsfortschritte erzielen konnten und in ihrem Entwicklungsstand deutlich gegenüber den Industrienationen aufgeholt haben.

Missbrauch internationaler Kontakte zum Erwerb von Know-how

Wissenschaftler aus diesen Ländern nutzen internationale Kontakte zu Universitäten, Instituten oder Forschungseinrichtungen, um sich einschlägiges Grundlagenwissen oder Spezialkenntnisse anzueignen. Gegenüber ihren Gesprächspartnern verschweigen sie, dass dieses Wissen in Massenvernichtungswaffenprogramme einfließen soll. Diese Vorgehensweise stellt einen Missbrauch des internationalen wissenschaftlichen Informations- und Erfahrungsaustauschs dar.

Im Bereich der Proliferationsabwehr arbeitet das BfV insbesondere mit dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, ZKA, BKA und BND eng zusammen.

Bewertung

Die Bundesrepublik Deutschland wird als eine der führenden Industrienationen mit Spitzentechnologie und hohem wissenschaftlichem Standard auch in Zukunft ein wichtiges Ziel für proliferationsrelevante Beschaffungen sein. Insbesondere die Aktivitäten des Iran geben erheblichen Anlass zur Sorge und erfordern weiterhin größtmögliche Aufmerksamkeit.

II. Nachrichten- und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation

1. Politische Rolle

Die Nachrichtendienste stellen in der Russischen Föderation einen wichtigen Pfeiler der Sicherheitsarchitektur dar: Sie dienen der Staatsführung zur Durchsetzung der Regierungspolitik, zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und nicht zuletzt zur Informationsbeschaffung im Ausland. Durch die starke Präsenz von Nachrichtendienstangehörigen in vielen staatlichen Einrichtungen und Bereichen des öffentlichen Lebens sowie durch die Auslandsspionage sind sie maßgeblich in die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung des Landes eingebunden. Ihre Aufgaben und Zuständigkeiten haben sich im Jahr 2013 nicht verändert.

2. Strukturen und Aufgaben

Folgende drei Nachrichtendienste der Russischen Föderation entfalten Aktivitäten gegen deutsche Sicherheitsinteressen:

SWR

Der zivile Auslandsnachrichtendienst SWR (Slushba Wneschnej Raswedki) mit mehr als 13.000 Mitarbeitern ist für Spionage in den Bereichen Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zuständig. Weitere wesentliche Aufgaben sind die Ausforschung von Zielen und Arbeitsmethoden westlicher Nachrichten- und Sicherheitsdienste sowie die elektronische Fernmeldeaufklärung. Der Dienst wirkt zudem an der Bekämpfung von Proliferation und Terrorismus mit.

GRU

Schwerpunkt des ca. 12.000 Mitarbeiter starken militärischen Auslandsnachrichtendienstes GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije) ist die Beschaffung von Informationen in den Bereichen Militär und Sicherheitspolitik. Zu seinen Zielobjekten zählen Bundeswehr, NATO und andere westliche Verteidigungsstrukturen, nicht zuletzt aber auch militärisch nutzbare Technologien.

FSB

Der Inlandsnachrichtendienst FSB (Federalnaja Slushba Besopasnosti) verfügt über ein besonders breites Aufgabenspektrum. Von den etwa 350.000 Mitarbeitern sind mehr als 200.000 im Grenzschutzdienst tätig. Zu den Kernaufgaben des FSB gehören die Spionageabwehr, die Beobachtung des „politischen Extremismus“ sowie die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität (OK). Zudem zählt der Schutz der russischen Industrie vor Wirtschaftsspionage und OK sowie ausländischer Investoren vor Wirtschaftskriminalität zu seinen Tätigkeiten. Zur Sicherung der Staatsgrenzen untersteht dem FSB der russische Grenzschutz.

In Einzelfällen betreibt der FSB auch im Ausland Gegenspionage.

Ausländer in Russland müssen damit rechnen, dass der FSB versucht, sie als Agenten anzuwerben. Zuweilen nutzt der Dienst kompromittierende Erkenntnisse, um Druck auf eine Zielperson auszuüben. Geeignet hierfür sind z.B. bereits geringe Gesetzesverstöße oder Ordnungswidrigkeiten.

3. Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein wichtiges Ausspähungsziel russischer Nachrichtendienste. Die Spionageaktivitäten erstrecken sich mit unterschiedlicher Intensität auf alle Zielbereiche.

Politik

In der Politik liegt der Fokus nachrichtendienstlicher Arbeit auf auf denjenigen Bereichen, in denen Entscheidungen getroffen werden, die russische Interessen tangieren können. Hierzu gehören insbesondere die Bündnispolitik innerhalb von NATO und EU sowie die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.

Aktuelle Beispiele hierfür sind die deutsche Haltung zu einem möglichen Eingreifen der internationalen Staatengemeinschaft in den Bürgerkrieg in Syrien und der Konflikt um die Eindämmung des iranischen Nuklearprogramms.

Ausgeforscht wird auch die deutsche Position zu politischen Entwicklungen in Osteuropa. Bekanntlich sieht Russland wegen der unmittelbaren Nachbarschaft hier seine Interessen berührt.

Die Dienste verfolgen aufmerksam die deutschen Gestaltungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene, insbesondere auch die Lösungsansätze für die europäische Staatsschuldenkrise.

Einen festen Bestandteil der Spionageaktivitäten bilden naturgemäß Informationen über das deutsch-russische Verhältnis, im Besonderen zu Politik und Strategie der Bundesregierung.

Im innenpolitischen Bereich interessierten sich die Dienste in hohem Maße für Informationen zu parteipolitischen Strukturen, Positionen und Entwicklungsprozessen sowie im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2013 für mögliche Regierungskoalitionen.

Wirtschaft

Hervorgehobenes Spionageziel war die deutsche Energiewirtschaft. Die Dienste versuchen, einen Informationsvorsprung über energiepolitische Entscheidungen Deutschlands zu erlangen (Kompensation des Atomausstiegs, Bedeutung regenerativer Energien, Erneuerung der Energie-Infrastruktur usw.), die gerade für die Russische Föderation als wichtigem Lieferanten fossiler

Brennstoffe von einiger Bedeutung sind. Nicht zuletzt gehört dazu auch die Prognose der Preisentwicklung von Energieträgern.

Militär

Im militärischen Bereich standen vor allem die Ausrichtung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Politik innerhalb des NATO-Bündnisses im Blickfeld. Neben sicherheitspolitischen Themen interessierten sich russische Nachrichtendienste für die Umstrukturierung der Bundeswehr und deren technische Ausrüstung. Nachrichtendienstangehörige beschafften aber nicht nur Informationen, sondern auch militärisch einsetzbare Produkte, darunter solche, deren Ausfuhr nach Russland nicht erlaubt ist.

Wissenschaft und Technik

Im Fokus der Spionage auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet standen neue Entwicklungen in der Luft- und Raumfahrttechnik und der IT- und Kommunikationstechnologie sowie der aktuelle Forschungsstand bei alternativen Energien und neuen Methoden der Energieförderung (z.B. „Fracking“).

4. Methodik der Informationsgewinnung

Spionageaktivitäten der russischen Dienste in Deutschland gehen in erster Linie von Mitarbeitern aus, die hier getarnt in Legalresidenturen eingesetzt sind. Nachrichtendienstliche Operationen (intensive Fernmeldeaufklärung, Führung von Agenten) gegen deutsche Interessen werden aber auch aus den Dienstzentralen in Moskau gesteuert. Außerdem spähen die Dienste in Russland die deutschen Auslandsvertretungen sowie Firmendependancen aus. Schließlich führen sie auch auf dem Territorium anderer Staaten Spionageoperationen gegen Deutschland aus.

Die Dienste setzen bei der Informationsgewinnung nach wie vor in erster Linie auf menschliche Quellen. Für den Kontakt mit ihren Agenten nutzen die Führungsoffiziere zunehmend die modernen Kommunikationstechniken, mit denen Informationen unauffällig, schnell und sicher ausgetauscht werden können.

4.1 Aktivitäten aus Legalresidenturen

Die in diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Russischen Föderation eingerichteten Legalresidenturen dienen den russischen Nachrichtendiensten als Stützpunkte und Operationsbasen. In großer Zahl und ganz überwiegend unter diplomatischer Abdeckung entfalten die Offiziere ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten. Dabei missbrauchen sie das Vertrauen ihrer nicht selten arglosen Kontaktpersonen und kommen oftmals allein schon durch geschickte Gesprächs- und Verhandlungsführung an schutzbedürftige Informationen heran.

„Halboffene" Beschaffung

Sofern Kontaktpersonen interessante Informationen liefern oder perspektivisch als entwicklungsfähig eingeschätzt werden, versuchen die Legalresidenturoffiziere, die bislang offenen Abschöpfkontakte zu „halboffenen" Verbindungen auszubauen. Typischerweise werden vorsichtig erste konspirative Elemente in die Verbindung eingeführt und die persönliche Zuwendung wird intensiviert.

Um die nachrichtendienstliche Verbindung nach außen zu schützen, verzichten Führungsoffiziere beispielsweise auf offene Telefonkontakte. Kontaktaufnahmen zu Treffvereinbarungen werden nach Möglichkeit vermieden, indem Verabredungen und Ausweichtermine im Voraus geplant und festgelegt werden.

Treffen mit den Kontaktpersonen finden überwiegend in Restaurants statt. Die Nachrichtendienstangehörigen sind bestrebt, den Schein einer vertrauensvollen und freundschaftlichen Verbindung aufzubauen – tatsächlich ist der Kontakt aber ausschließlich auf das Abschöpfen von Informationen ausgerichtet. Ersten Bitten um zunächst unverfängliche Informationen folgen konkrete Beschaffungsaufträge, die an Relevanz zunehmen und schließlich auch mit Sach- oder Geldgeschenken honoriert werden.

Agentenführung

Sofern sich wertige Kontaktpersonen für eine enge und umfassend abgeschottete nachrichtendienstliche Zusammenarbeit eignen, wird diese kontinuierlich intensiviert und mündet über ansteigende Beschaffungswünsche, höhere materielle Zuwendungen und weitere Maßnahmen zur Geheimhaltung der Verbindung schließlich in echte Agentenoperationen.

4.2 Aktivitäten unter zentraler Steuerung

Russische Nachrichtendienste setzen – wie schon ihre sowjetischen Vorgänger – bei Aktivitäten, die aus der Zentrale geführt werden, unverändert auf „Illegalenoperationen" – ungeachtet der hohen finanziellen Kosten und des immensen operativen Aufwands.

Verurteilung von „Illegalen"

Am 2. Juli 2013 verurteilte das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart (Baden-Württemberg) ein russisches „Illegalenehepaar", das zwei Jahre zuvor nach umfangreichen Ermittlungen der Spionageabwehr verhaftet worden war, rechtskräftig zu sechseinhalb bzw. fünfeinhalb Jahren Freiheitsstrafe wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit in einem besonders schweren Fall. Sie hatten u.a. einen Agenten im niederländischen Außenministerium geführt, der sensible Informationen über die NATO und EU beschaffte. Der SWR zahlte dem Ehepaar zuletzt pro Jahr 100.000 Euro Agentenlohn.

Das anhaltend starke Interesse der russischen Nachrichtendienste am deutschen Meldeverfahren lässt den Schluss zu, dass weitere „Illegale" unerkannt nach Deutschland eingeschleust werden sollen oder sich bereits hier aufhalten.

Gefährdung in Russland

In Russland selbst richten die Nachrichtendienste ihren Blick vornehmlich auf Personen, die sich beruflich oder privat für längere Zeit dort aufhalten. Besonders aktiv ist dabei der FSB: Persönliche Daten in Visaanträgen, Grenzkontrollen sowie die Telefon- und Internetüberwachung liefern den Diensten zahlreiche Informationen, um im eigenen Land geeignete Zielpersonen für eine nachrichtendienstliche Ansprache zu ermitteln. Sofern die gewonnenen Informationen die Zielpersonen kompromittieren können, scheuen die Dienste nicht vor aggressiven Anwerbungsversuchen zurück.

Persönliche Schwächen sowie ein tatsächliches oder auch nur vorgebliches Fehlverhalten, z.B. Verstöße gegen russische Gesetze oder Verwaltungsbestimmungen, dienen als Druckmittel, um die Zielpersonen zu einer nachrichtendienstlichen Kooperation zu nötigen. Es gibt jedoch auch Fälle, bei denen die Nachrichtendienstoffiziere versuchen, die Zielperson für sich einzunehmen und auf freundschaftlicher Basis zu werben.

4.3 Technische Informationsbeschaffung

Der FSB betreibt in Russland eine intensive Internetüberwachung und verfügt hierbei über weitreichende technische und rechtliche Möglichkeiten. Er hat einen ständigen Zugriff auf den Datenverkehr, der über russische Internetanbieter abgewickelt wird, ebenso einen dauerhaften Zugang zu Datenbanken russischer Telefongesellschaften, in denen Personendaten und Informationen über Telefonkunden und deren Telefongespräche erfasst sind.

Durch derartig umfassende Überwachungsmöglichkeiten können auch deutsche Staatsangehörige, die sich in Russland aufhalten, in das Blickfeld des FSB geraten. Insbesondere nachrichtendienstlich interessante Personen müssen mit einer gezielten Überwachung rechnen.

„Elektronische Angriffe“

Es ist davon auszugehen, dass die russischen Nachrichtendienste „Elektronische Angriffe“ als Mittel zur Informationsbeschaffung nutzen. Zumindest liefern einige der Angriffe auf Bundesbehörden Indizien, die auf einen russischen Ursprung hindeuten.

Operation „Roter Oktober“

Mitte Januar 2013 berichteten Medien über eine Cyberspionageoperation „Roter Oktober“, die gegen zahlreiche Staaten gerichtet war. Die Berichte basierten auf der Untersuchung eines IT-Sicherheitsunternehmens. Die darin genannten technischen Merkmale entsprechen den BfV-Analysen der seit mindestens 2009 andauernden Angriffswelle auf die Bundesverwaltung.

Ziele der Angriffe waren auf deutscher Seite vor allem das Auswärtige Amt – hier überwiegend Botschaften in Osteuropa – sowie weitere Bundesministerien. Der Analyse zufolge richtete sich das Interesse der Angreifer vornehmlich auf Informationen mit Bezug zu Osteuropa. Die technischen Merkmale und die inhaltliche Aufmachung der eingesetzten Schadmails deuten mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsgrad auf einen russischen Angriff hin.

Der letzte hier erkannte Angriff in diesem Zusammenhang erfolgte Ende 2012. Möglicherweise hat die breite öffentliche Diskussion des „Roter Oktober“-Berichts den Angreifer veranlasst, seine Taktik zu ändern oder die Angriffe (vorerst) einzustellen.

5. Bewertung

Russische Nachrichtendienste sind in Deutschland seit langer Zeit mit einer – im internationalen Vergleich – hohen Mitarbeiterzahl präsent. Auch aus ihren Zentralen in Moskau werden Spionageoperationen gegen deutsche Interessen geführt, deren Intensität ebenfalls den besonderen Stellenwert Deutschlands als Ausforschungsziel belegt.

Ungeachtet der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen werden russische Geheimdienste in und gegen Deutschland aktiv bleiben, nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen. Aber auch die politische Stärke Deutschlands im europäischen Verbund und als Mitglied der NATO hält das andauernde Spionageinteresse Russlands aufrecht. Die politische Führung Russlands sieht in solchen nachrichtendienstlichen Aktivitäten offenkundig keinen Widerspruch zu guten politischen Kontakten.

Die Erfahrungen aus der Operation „Roter Oktober“ zeigen, dass aus Russland auch mit Cyberoperationen gerechnet werden muss.

III. Nachrichtendienste der Volksrepublik China

1. Politische Rolle

Die chinesischen Nachrichtendienste spielen im politischen System Chinas eine bedeutende Rolle, sie stützen die autoritäre und repressive Politik der Staatsführung. Mit ihren umfangreichen Befugnissen sorgen sie für den Machterhalt der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh).

Die nachrichtendienstliche Bekämpfung innenpolitischer Gegner erstreckt sich auf das In- und das Ausland. Durch die Ausspähung fremder Staaten sollen Informationen aus Politik, Militär, Wirtschaft, Technik und Wissenschaft beschafft werden.

Der personelle Wechsel an der Spitze der KPCh im Jahr 2013 hatte keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Nachrichtendienste. Mit der Einrichtung eines Komitees für Staatssicherheit geht

allerdings eine noch stärkere Zentralisierung und Kontrolle der Dienste einher.

2. Strukturen und Aufgaben

Gegen Deutschland sind mindestens fünf chinesische Nachrichtendienste aktiv:

Ziviler Dienst: MSS

Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit (Ministry of State Security – MSS) sind die Bekämpfung von Gefahren für die öffentliche Ordnung (z.B. Terrorismusbekämpfung, Ausforschung von Oppositionellen) und die Spionageabwehr. Hinzu kommt die Auslandsspionage, bei der es im Vergleich zu den anderen Nachrichtendiensten eine zentrale Rolle spielt. Im Inland ist das MSS mit Polizeibefugnissen ausgestattet.

In Deutschland werden Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ausgeforscht, aber auch die hier aktiven oppositionellen chinesischen Gruppierungen.

Militärischer Dienst: 2PLA

Die 2. Hauptverwaltung des Generalstabs der Volksbefreiungsarmee (2PLA), auch bekannt als MID (Military Intelligence Department), ist ein militärischer In- und Auslandsnachrichtendienst. Er entsendet Militärattachés und unterhält Verbindungen zu ausländischen Streitkräften. Ausgeforscht werden in erster Linie Struktur, Stärke und Ausrüstung fremder Streitkräfte. Spionageziele sind aber auch Politik, Wissenschaft und Technik anderer Staaten. Auch die Bekämpfung regimekritischer Bestrebungen innerhalb und außerhalb Chinas gehört zu den Aufgaben des Dienstes.

Militärischer technischer Dienst: 3PLA

Die 3. Hauptverwaltung des Generalstabs der Volksbefreiungsarmee (3PLA) ist zuständig für technische Spionage. Neben weltweiter Fernmeldeaufklärung betreibt sie Cyberspionage.

Polizeiministerium: MPS

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (Ministry of Public Security – MPS), das chinesische Polizeiministerium, ist für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig. Ihm unterstehen z.B. die Ordnungs- und Kriminalpolizei. Außerdem verfügt das MPS über nachrichtendienstliche Spezialeinheiten, die ähnliche Aufgaben wie das MSS erfüllen. Sie

sammeln z.B. Informationen über Bevölkerungsgruppen, die aus Sicht der KPCh eine Gefahr für das Machtmonopol der Partei bzw. die territoriale Integrität Chinas darstellen. Überdies kontrolliert und zensiert das MPS die Medien und den Internetverkehr. Von den Überwachungsmaßnahmen in China können auch deutsche Staatsbürger betroffen sein.

Institution der KPCh: Büro 610

Das Büro 610, das dem Zentralkomitee der KPCh untersteht, ist sowohl innerhalb als auch außerhalb Chinas aktiv. Sein Name geht auf das Gründungsdatum des Büros zurück (10.06.1999). Hauptaufgabe dieses Nachrichtendienstes ist die Bekämpfung der regimekritischen Meditationsbewegung Falun Gong. Die Verwaltungs-, Justiz- und Polizeibehörden arbeiten dem Büro 610 zu.

3. Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Für die chinesischen Nachrichtendienste ist die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein bedeutendes Ausforschungsziel. Die Spionageaktivitäten erstrecken sich auf verschiedene Bereiche, lassen aber eine klare Gewichtung erkennen:

Bekämpfung oppositioneller Bewegungen

Die chinesischen Nachrichtendienste verfolgen in erster Linie – und mit großer Vehemenz – regimekritische und separatistische Bestrebungen. Hierzu zählen die nach Unabhängigkeit strebenden Uiguren und Tibeter, Falun Gong, die Demokratiebewegung sowie die Befürworter einer Eigenstaatlichkeit Taiwans. Angehörige dieser als „Fünf Gifte“ diffamierten Personengruppen werden nicht nur in China, sondern auch in Deutschland ausgespäht.

Politik

Das Interesse chinesischer Nachrichtendienste in Deutschland gilt vor allem der Außen- und Bündnispolitik innerhalb der NATO und EU sowie allen politischen Entscheidungen, die chinesische Interessen berühren könnten.

Militär

Ferner interessieren sich die chinesischen Nachrichtendienste für die Ausrüstung der Bundeswehr und deren Rolle in der NATO.

Wirtschaft, Wissenschaft und Technik

Aufgrund der Bedeutung der ökonomischen Entwicklung für die Stabilität des Staates sind die Nachrichtendienste aufgefordert, aus anderen Staaten Informationen aus der Wirtschaft und

technische Neuentwicklungen zu beschaffen. In Deutschland wurden wiederholt illegale Ausspähungsversuche in Firmen und Forschungsinstituten festgestellt. Ob es sich hierbei um eine staatlich betriebene Wirtschaftsspionage oder um private (Konkurrenz-)Ausspähung handelt, ist wegen der engen Verflechtung von Wirtschaft und Staat in China im Einzelfall nur schwer zu unterscheiden.

4. Methodik der Informationsgewinnung

Zur Informationsbeschaffung nutzen chinesische Nachrichtendienste auch ihre Legalresidenturen in Deutschland. Die Nachrichtendienstmitarbeiter tarnen sich häufig als Journalisten.

Die chinesischen Nachrichtendienste agieren gegenüber westlichen Zielpersonen anfangs äußerst vorsichtig und geduldig. Bei ihren Landsleuten treten sie hingegen fordernder und aggressiver auf.

4.1 Aktivitäten aus Legalresidenturen

Aufbau von Beziehungen

Die Legalresidenturen der chinesischen Dienste in Deutschland befinden sich in der Botschaft und in Generalkonsulaten. Unter diplomatischer Tarnung unterhalten die Mitarbeiter eine Vielzahl von Kontakten zu Gesprächspartnern, die über interessante Zugänge oder Informationen aus Politik, Militär, Wissenschaft oder Wirtschaft verfügen. Die Nachrichtendienstangehörigen versuchen, durch regelmäßige Treffen, wertvolle Sachgeschenke sowie Einladungen zu Restaurantbesuchen oder zu Reisen nach China eine persönliche Beziehung aufzubauen. Durch diese langfristig angelegte, geduldige „Kultivierung“ sollen die Kontaktpersonen die Scheu davor verlieren, dem vorgeblichen Freund auch vertrauliche Informationen preiszugeben.

Aggressive Bekämpfung der Exilopposition

Bei der Bekämpfung regimekritischer Personen und Gruppierungen gehen die chinesischen Nachrichtendienste deutlich aggressiver vor und schrecken teilweise auch nicht vor Drohungen zurück. In Deutschland versuchen sie, in Kreisen der Exilopposition Agenten anzuwerben. Aktivisten uigurischer Organisationen werden von den chinesischen Diensten pauschal als Gewalttäter und

Terroristen diffamiert. Deutsche Behörden sollen mit Blick auf die deutsch-chinesischen Beziehungen zu einem Einschreiten gegen die vermeintlichen Terroristen veranlasst und Veranstaltungsverbote erwirkt werden. Auch gegenüber anderen regimekritischen Bewegungen in Deutschland wird Druck ausgeübt. So erhielten im März 2013 zwei Unternehmen Anrufe des Chinesischen Generalkonsulats Frankfurt am Main (Hessen). Ihnen wurde mit wirtschaftlichen Nachteilen gedroht, sollten sie nicht das Sponsering für die alljährlich von der Falun Gong-Bewegung in Frankfurt ausgerichtete „Shen Yun-Performing Arts"-Show einstellen.

4.2 Aktivitäten unter zentraler Steuerung

Non-Professionals

In Deutschland leben ca. 94.000 Chinesen, darunter etwa 24.000 Wissenschaftler, Studenten und Praktikanten. Die chinesischen Nachrichtendienste kennen das Wissenspotenzial dieses Personenkreises. Sie verschaffen sich einen Überblick über deren Arbeitsbereiche und individuellen Möglichkeiten, über Zugänge und Kontakte und versuchen, Einzelne für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Diese als Non-Professionals bezeichneten Personen bieten für die Dienste bei Bekanntwerden von Ausspähungen den Vorteil, dass nicht klar ist, ob die Personen eigeninitiativ, auf Veranlassung einer chinesischen Konkurrenzfirma oder im staatlichen Auftrag gehandelt haben.

Anrufe aus China

Im vergangenen Jahr erhielten in Deutschland ansässige exiloppositionelle Personen und Organisationen mehrfach telefonische Aufforderungen aus China, ihre Aktivitäten einzustellen. Es ist damit zu rechnen, dass der chinesische Sicherheitsapparat weitere derartige Versuche unternehmen wird, politische Gegner – auch im Ausland – unter Druck zu setzen.

Gefährdung in China

Die umfassend praktizierten Überwachungsmaßnahmen in China gelten neben der einheimischen Bevölkerung auch den dort lebenden Ausländern und selbst Touristen. Konkrete Ansatzpunkte für nachrichtendienstliche Maßnahmen bieten insbesondere die Visaformulare, in denen detaillierte personenbezogene Informationen erfragt werden, so z.B. zur beruflichen Tätigkeit und zur Arbeitsstelle. Des Weiteren verfügen die Dienste über moderne Kommunikationsüberwachungsmöglichkeiten, um den Internetverkehr zu kontrollieren und Abhörmaßnahmen durchzuführen.

4.3 „Elektronische Angriffe“

Die überwiegende Zahl der in Deutschland festgestellten „Elektronischen Angriffe“ mit mutmaßlich nachrichtendienstlichem Hintergrund weist auf China als Ursprungsland hin. Nachhaltigkeit und Zielrichtung dieser Angriffe tragen deutliche Anzeichen einer strategischen Aufklärung. Im Behördenbereich sind die meisten dieser Angriffe gegen Stellen des Auswärtigen Amtes sowie das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gerichtet.

Angriffe auf Deutsche Botschaften in Peking und Neu-Delhi

Zu den bevorzugten Zielen „Elektronischer Angriffe“ gehören regelmäßig die an deutschen Auslandsvertretungen akkreditierten Militärattachés. So kam es im Juni 2013 zu einem Angriff mit Schadmails auf Botschaftsmitarbeiter mehrerer Staaten in Peking (China). Betroffen waren dabei auch Angehörige der Deutschen Botschaft, insbesondere der politischen Abteilung und des Militärattachéstabes. Sie wurden im August 2013 erneut auf ähnliche Weise attackiert. Bereits im Februar/März 2013 hatte sich eine Angriffswelle gegen die Deutsche Botschaft in Neu-Delhi (Indien) gerichtet, auch hier waren überwiegend Militärattachés betroffen.

Attackiert werden auch Stellen, die sich mit Menschenrechten und Minderheitenschutz befassen. Hinter diesen Angriffen steht häufig die Absicht, Informationen über die Aktivitäten chinesischer Oppositioneller zu erlangen.

Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen

Die Angriffe im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden ergänzt durch korrespondierende Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen aus dem Rüstungsbereich, so z.B. im August 2013 auf Firmen der Luft- und Raumfahrtsparte. Darüber hinaus stehen Unternehmen aus den Bereichen Satellitentechnik, Maschinen- und Anlagenbau sowie der Chemie- und Pharmaindustrie im Fokus der chinesischen Spionage.

5. Bewertung

Die chinesischen Nachrichtendienste konzentrieren sich in Deutschland stark auf die Bekämpfung der Exilopposition. Angehörige und Sympathisanten dieser Bewegungen werden

überwacht und bedroht. Insbesondere die Volksgruppe der Uiguren ist hier ein wichtiges Ausforschungsziel.

Im Zielspektrum der klassischen Spionage stehen die Bereiche Außenpolitik und Militär sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Während chinesische Nachrichtendienste in der Vergangenheit fast ausschließlich chinesischstämmige Personen als Agenten rekrutiert haben, versuchen sie mittlerweile auch, Personen aus westlichen Ländern als Informanten oder Agenten zu werben.

Anlass zur Sorge geben aber auch die gegen Deutschland gerichteten umfangreichen Cyberaktivitäten aus China, die auf eine nachrichtendienstlich gesteuerte strategische Ausspähung hindeuten.

IV. Aktivitäten von Nachrichtendiensten anderer Staaten

1. Nachrichtendienste der Islamischen Republik Iran

1.1 Nachrichten- und Sicherheitsdienste

Die iranischen Nachrichtendienste stellen seit Gründung der Islamischen Republik Iran im Jahr 1979 ein zentrales Instrument der politischen Führung zur Sicherung ihres Herrschaftsanspruches dar.

Hauptträger der nachrichtendienstlichen Aktivitäten sind das Ministerium für Nachrichten und Sicherheit (Ministry of Information and Security – MOIS, in Farsi: Vezarat e Ettela'at Va Amniat e Kehsvar – VEVAK) und der Nachrichtendienst der iranischen Revolutionsgarden (Revolutionary Guards Intelligence Department – RGID).

Ziviler In- und Auslandsdienst: MOIS

Der zivile In- und Auslandsnachrichtendienst MOIS ist wegen seiner Organisationsgröße und Bedeutung für den Machterhalt des Regimes eines der mächtigsten iranischen Ministerien. Der Leiter des MOIS hat in seiner Funktion als Minister einen Sitz im Kabinett.

Militärischer In- und Auslandsdienst: RGID

Das RGID als Nachrichtendienst der iranischen Revolutionsgarden (Islamic Revolutionary Guards Corps – IRGC, in Farsi: Sepah Pasdaran) ist sowohl mit Spionage im Ausland als auch mit Abwehraufgaben im Inland betraut.

1.2 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Schwerpunktaufgabe des iranischen Nachrichtendienstapparates ist die Ausspähung und Bekämpfung oppositioneller Bewegungen im In- und Ausland. Darüber hinaus werden im westlichen Ausland Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft beschafft.

Die gegen Deutschland gerichteten Aktivitäten gehen vor allem vom MOIS aus. Im Fokus stehen insbesondere die „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) und ihr politischer Arm, der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI). Die Spionageaktivitäten gegen deutsche Einrichtungen im In- und Ausland belegen das anhaltende Interesse an deutschen Zielobjekten, vor allem in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik.

1.3 Methodik der Informationsgewinnung

Die Steuerung nachrichtendienstlicher Aktivitäten zur Informationsbeschaffung erfolgt in erster Linie durch das MOIS-Hauptquartier in Teheran. Zur Anbahnung nutzt das MOIS insbesondere beruflich oder familiär bedingte Reisen seiner Zielpersonen in den Iran. Den Betroffenen ist es dort kaum möglich, sich dem Zugriff des Dienstes zu entziehen – eine ideale Voraussetzung für nachrichtendienstliche Ansprachen.

Neben der zentralen Steuerung erfüllt auch die Legalresidentur des MOIS an der Iranischen Botschaft in Berlin eine wichtige Funktion bei der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung. Zu deren Aufgaben gehört die Durchführung und Unterstützung von Operationen, die von der MOIS-Zentrale ausgehen. In der Hauptsache richten sich diese Aktivitäten gegen Ausforschungsziele in Deutschland, vereinzelt aber auch gegen Personen oder Einrichtungen im europäischen Ausland.

Mitarbeiter der konsularischen Vertretungen des Iran sind verpflichtet, die Legalresidentur des MOIS an der Iranischen Botschaft zu unterstützen.

1.4 Bewertung

Hauptaufgabe des iranischen Nachrichtendienstapparates ist die Sicherung des Regimes. Die iranische Exilopposition wird daher auch in Zukunft im besonderen Blickfeld des MOIS stehen. Aufgrund der großen Bedeutung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für den Iran ist auch in diesem Bereich mit weiteren Spionageaktivitäten zu rechnen.

2. Nachrichtendienste der Arabischen Republik Syrien

Die Lage im Bürgerkrieg in Syrien spitzte sich 2013 weiter zu. Sie war durch eine zunehmende Gewalteskalation bei den Kämpfen zwischen regimetreuen Truppen und unterschiedlichen oppositionellen Kräften sowie islamistischen Gruppierungen geprägt.

Im Fokus der syrischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste stand die Aufstandsbekämpfung und Unterdrückung der Opposition im eigenen Land. Nachrichtendienstliche Aktivitäten im Ausland, so auch in Deutschland, waren demgegenüber nachrangig.

Erfolg der Spionageabwehr

Die nachrichtendienstlichen und polizeilichen Maßnahmen gegen syrische Agenten hatten im Jahr 2012 zu Ausweisungen syrischer Diplomaten durch das Auswärtige Amt geführt und die nachrichtendienstlichen Aktivitäten aus der Legalresidentur an der Syrischen Botschaft erheblich beeinträchtigt. Die Botschaft selbst arbeitete 2013 mit lediglich einer Diplomatin nur noch im Notbetrieb. Nennenswerte nachrichtendienstliche Aktivitäten aus der Botschaft waren nicht mehr festzustellen.

Exekutivmaßnahmen gegen syrische Agenten

Die Reihe der Exekutivmaßnahmen gegen mutmaßliche syrische Agenten, zu deren Erfolg das BfV beigetragen hatte, wurde im Jahr 2013 mit einer Hausdurchsuchung und Vernehmung fortgesetzt.

Im Verlauf des Jahres erhob der Generalbundesanwalt gegen drei Personen Anklage wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit. Ihnen wird zur Last gelegt, syrische Oppositionelle in Deutschland ausgeforscht zu haben.

In zwei Fällen hat das Kammergericht Berlin bereits Urteile gesprochen: Am 27. November 2013 wurde ein Mann, der sowohl die deutsche als auch die libanesische Staatsangehörigkeit besitzt, rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt. Am 18. Dezember 2013 wurde ein deutscher Staatsangehöriger, der auch die syrische Staatsangehörigkeit besitzt, zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten verurteilt.[179] Beide Freiheitsstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Das Agentennetz der syrischen Dienste in Deutschland ist teilweise zerschlagen. Es ist fraglich, ob die Dienste wegen der Konzentration auf ihr Heimatland überhaupt in der Lage sind, die erforderlichen Ressourcen für einen Neuaufbau oder für andere Ausforschungsmethoden aufzubringen. Mit der sich vergrößernden Exilgemeinde in Deutschland könnte dies gleichwohl zu einer Zielvorgabe für die Dienste werden.

3. Nachrichtendienste der Demokratischen Volksrepublik Korea

3.1 Nachrichten- und Sicherheitsdienste

Das nordkoreanische Regime verfügt über eine Vielzahl von Nachrichtendiensten, einerseits zur Informationsbeschaffung im Ausland, andererseits zur intensiven Beobachtung und Bekämpfung oppositioneller Gruppierungen sowohl in Korea wie auch im Ausland. An Struktur und operativer Ausrichtung der Nachrichtendienste hat auch der Ende 2011 nach dem Tod Kim Jong Ils erfolgte Machtübergang an seinen Sohn Kim Jong Un nichts geändert.

Zur Spionage gegen Deutschland unterhalten folgende nordkoreanische Nachrichtendienste mit jeweils einer Person besetzte Legalresidenturen an der Botschaft in Berlin:

[179] Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Abteilung Vereinigungsfront

Die Abteilung Vereinigungsfront, ein direkt der Koreanischen Arbeiterpartei unterstellter In- und Auslandsnachrichtendienst, ist u.a. für Propaganda und psychologische Kriegsführung gegen Südkorea zuständig.

Im Ausland späht der Dienst oppositionelle Gruppierungen aus und versucht, deren Aktivitäten bereits im Ansatz zu verhindern.

Der Resident der Abteilung Vereinigungsfront ist Politoffizier an der Botschaft und kontrolliert dort die Einhaltung und Umsetzung parteipolitischer Richtlinien und Vorgaben. Wöchentlich ruft er alle in und um Berlin wohnenden Nordkoreaner in die Botschaft, um sie politisch zu indoktrinieren. Zugleich ist er Ansprechpartner für in Deutschland lebende Nordkoreaner, die Reisen in ihr Heimatland planen oder Kontakt zu dort lebenden Familienangehörigen aufnehmen wollen.

Ministerium für Staatssicherheit

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfSS), ein weiterer In- und Auslandsnachrichtendienst, untersteht dem Nationalen Verteidigungskomitee und ist in Nordkorea für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung verantwortlich.

In Deutschland und im benachbarten Ausland gewährleistet das MfSS die personelle und materielle Sicherheit an den jeweiligen Botschaften. Der Resident ist zudem für alle Sicherheitsfragen nordkoreanischer Delegationen und hier lebender nordkoreanischer Studenten bzw. Gastwissenschaftler zuständig. Zu seinen Aufgaben zählt es ferner, Flüchtlinge aus Nordkorea aufzuspüren und in den kommunistischen Staat zurückzuführen.

Büro für Allgemeine Aufklärung

Das Büro für Allgemeine Aufklärung, der militärische In- und Auslandsnachrichtendienst, untersteht dem Ministerium für Volksstreitkräfte. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört die weltweite Technologiebeschaffung für die nordkoreanische Armee.

Der Vertreter des Büros an der Botschaft ist für die Bereiche militärische Wissenschaft und Handel zuständig, insbesondere für Entwicklung, Patente und Know-how-Transfer.

3.2 Zielbereiche und Schwerpunkte der Informationsbeschaffung

Die Aktivitäten der nordkoreanischen Nachrichtendienste in Deutschland richten sich gegen Regimegegner und oppositionelle Gruppierungen. Südkoreanische Sympathisanten des nordkoreanischen Regimes werden dagegen ideologisch beeinflusst und unterstützt, z.B. bei der Organisation kultureller Veranstaltungen.

Darüber hinaus werden sogenannte Friedenskonferenzen organisiert, die in Wahrheit der nordkoreanischen Propaganda dienen.

3.3 Methodik der Informationsgewinnung

Die nordkoreanischen Nachrichtendienste nutzen zur Informationsbeschaffung ihre Legalresidenturen. Die dort eingesetzten Residenten unterhalten Kontakte zu Personen in Politik und Wirtschaft, die über interessante Informationen verfügen. Zur Informationsgewinnung bedienen sie sich auch der vorübergehend in Deutschland lebenden regimetreuen nordkoreanischen Gastwissenschaftler und Studenten. Die Botschaft führt regelmäßig ideologische Schulungen für diese Personengruppen und auch für alle sonstigen in Deutschland lebenden nordkoreanischen Staatsbürger durch.

Die Nachrichtendienste agieren jedoch nicht nur aus der Legalresidentur heraus. So versuchte Nordkorea 2013, eine in Deutschland durchgeführte Veranstaltung, die angeblich der Vorbereitung eines Friedensabkommens zwischen Nord- und Südkorea dienen sollte, gezielt für die Einreise von Nachrichtendienstangehörigen zu nutzen.

3.4 Bewertung

Wenngleich in Deutschland 2013 keine ausgeprägten operativen Aktivitäten der nordkoreanischen Nachrichtendienste festzustellen waren, lässt die andauernde Unterstützung und ideologische Beeinflussung südkoreanischer Anhänger des Regimes sowie die versuchte Einreise von Nachrichtendienstmitarbeitern auf eine anhaltende Tätigkeit in Deutschland schließen.

4. Nachrichtendienste westlicher Staaten

Meldungen und Berichte in den Medien gehen davon aus, dass auch Dienste westlicher Staaten Spionage in Deutschland betreiben.

Vorwürfe gegen NSA

Gerade die mit den Veröffentlichungen Edward Snowdens gegen die National Security Agency (NSA) und andere westliche Dienste erhobenen Vorwürfe verdeutlichen das mögliche breite Spektrum neuer Formen der Spionage. Dies wird in der Öffentlichkeit als eine Gefährdung neuer Qualität wahrgenommen: für die individuellen Rechte jedes Einzelnen wie auch für Politik und Wirtschaft. Im Raum stehen Vorwürfe, dass die NSA nicht nur technisch in der Lage sei, weltweit an Kommunikationsdaten insbesondere aus dem Internet zu gelangen, sondern dies in großem Stil – in enger Zusammenarbeit mit dem britischen Nachrichtendienst Government Communications Headquarters (GCHQ) – auch gegen Deutschland praktiziere.

Maßnahmen der Spionageabwehr

Der Verfassungsschutz geht gemäß seinem gesetzlichen Auftrag gewissenhaft jedem Anfangsverdacht von Spionage nach. Aufgrund der massiven Vorwürfe gegen Nachrichtendienste der USA und Großbritanniens hat das BfV bereits im Sommer 2013 eine Sonderauswertung zur Aufklärung der Vorwürfe eingerichtet, die sich mit der Beschaffung und Analyse relevanter Informationen befasst.

Konsequenzen

Die Spionageabwehr muss sich stets auf den grundsätzlichen Wandel durch Globalisierung, geopolitische Veränderungen und variierende Bedrohungsszenarien einstellen. Hierzu gehört neben einer sorgfältigen Aufklärung von Verdachtsfällen auch der systematische Einsatz bedarfsangepasster Beobachtungsmodule. Politisch flankiert wird dieser Prozess durch die im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode festgeschriebene Vorgabe: „Wir stärken die Spionageabwehr“. Auch der fraktionsübergreifend im Deutschen Bundestag eingesetzte NSA-Untersuchungsausschuss wird hierzu weitere Impulse setzen.

V. Proliferation

1. Islamische Republik Iran

Die Dimension des iranischen Nuklearprogramms – friedlich oder militärisch – ist nach wie vor ungeklärt. Die internationale Staatengemeinschaft und die Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) zweifeln den von iranischer Seite behaupteten friedlichen Charakter an.[180] Inspektionen sollen klären, ob das Programm möglicherweise eine militärische Dimension hat.

Im November 2013 wurde nach jahrelangen Verhandlungen zwischen der internationalen Staatengemeinschaft und dem Iran eine Vereinbarung geschlossen, wonach der Iran seine nuklearrelevanten Tätigkeiten für sechs Monate einschränkt und weitgehende Inspektionen zulässt. Im Gegenzug werden einzelne Sanktionen gegen den Iran befristet ausgesetzt. Während dieses Zeitraums soll weiter über eine dauerhafte Lösung verhandelt werden.

Die vom BfV festgestellten illegalen iranischen Beschaffungsversuche in Deutschland nehmen seit Jahren zu. Dies gilt im besonderen Maße für Güter, die im Bereich Nukleartechnik eingesetzt werden können.

Im November 2013 verurteilte das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg drei Personen mit deutscher und iranischer Staatsangehörigkeit und einen deutschen Staatsangehörigen wegen der Lieferung von Spezialventilen für den Einsatz im iranischen Schwerwasserreaktor in Arak (Iran) zu mehrjährigen Haftstrafen.

Neben der Beschaffung von Nukleartechnik betreibt der Iran ein ambitioniertes Trägertechnologieprogramm, das auch dem Einsatz von Kernwaffen dienen könnte.

Um technisches Know-how zu erlangen, entsendet der Iran Wissenschaftler und Studenten an Institute und Universitäten in Deutschland.

[180] Berichte der IAEO vom 21. Februar, 22. Mai, 28. August und 14. November 2013, abrufbar auf der Homepage der International Atomic Energy Agency (IAEA).

Auch künftig sind intensive proliferationsrelevante Beschaffungsaktivitäten des Iran in Deutschland insbesondere über verdeckte Beschaffungsstrukturen zu erwarten.

2. Arabische Republik Syrien

Im Mai 2011 haben die europäischen Staats- und Regierungschefs wegen der gewaltsamen Repressionen gegen die syrische Protestbewegung umfangreiche Sanktionen gegen Syrien beschlossen. Zudem erweiterte die EU die bestehenden Sanktionen durch ein Exportverbot von zahlreichen technischen Gütern.

Im Oktober 2013 ist Syrien offiziell der Chemiewaffen-Konvention und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) beigetreten. Die Produktionsstätten wurden planmäßig bis Ende 2013 zerstört, die Vernichtung der Chemiewaffen soll unter internationaler Kontrolle bis Mitte 2014 erfolgen. Auslöser für diese Entwicklung war ein mutmaßlich von Regierungstruppen zu verantwortender Giftgasangriff gegen die zivile Bevölkerung im August 2013 in der Nähe von Damaskus (Syrien), der in der internationalen Staatengemeinschaft zu heftigen Diskussionen über ein militärisches Eingreifen in Syrien geführt hatte.

Inwieweit der Beitritt zur Chemiewaffen-Konvention auf die weiteren militärischen Programme und damit auf proliferationsrelevante Beschaffungsversuche Syriens Auswirkungen haben wird, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen.

3. Demokratische Volksrepublik Korea

Nordkorea verfügt über ein weit fortgeschrittenes Atomwaffenprogramm und ist zu eigenständigen Entwicklungen beim Bau von Reaktoren in der Lage. Auch nach der Machtübernahme des neuen Herrschers Kim Jong Un wird das Atomwaffenprogramm unverändert fortgesetzt. Deutlicher Beleg hierfür ist der am 12. Februar 2013 durchgeführte dritte nordkoreanische Nukleartest.

Unabhängig hiervon verfolgt das Land weiterhin ein umfangreiches Waffenträgerprogramm und exportiert weltweit Raketen.

Zudem bietet es anderen Staaten Unterstützung beim Aufbau eines eigenen Raketenentwicklungsprogramms an.

4. Islamische Republik Pakistan

Pakistan, das neben einem zivilen auch ein umfangreiches militärisches, ausschließlich gegen den „Erzfeind" Indien gerichtetes Nuklear- und Trägertechnologieprogramm besitzt, hat den Atomwaffen-Sperrvertrag und die zugehörigen Sicherungsabkommen nicht unterzeichnet.

Auch wiederholte Versuche einer politischen Annäherung der beiden Staaten führten bislang nicht zu einem Stopp oder einer Reduzierung der Weiterentwicklung vorhandener Waffenprogramme.

Pakistan ist derzeit weltweit der Staat mit den am stärksten wachsenden Kapazitäten zum Ausbau des Kernwaffenpotenzials.

Für die Weiterentwicklung seines Massenvernichtungswaffenprogramms sowie zur Instandhaltung der vorhandenen Nuklearanlagen und Trägersysteme benötigt Pakistan hochwertige neue Produkte sowie Ersatzteile. Soweit diese nicht im eigenen Land hergestellt werden können, wird versucht, diese auch in Deutschland zu beschaffen.

Nach wie vor besteht Interesse am Erwerb von technischem Know-how. Zu diesem Zweck entsendet Pakistan z.B. Studenten und Wissenschaftler an Universitäten, Institute oder wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland. Das hier erworbene Wissen könnte im Heimatland auch im Nuklear- oder Trägertechnologiebereich von großer Bedeutung sein.

VI. Vorbeugende Maßnahmen des Verfassungsschutzes

1. Aufklärung „Elektronischer Angriffe“

Aufgabe der Spionageabwehr ist es, nachrichtendienstlich gesteuerte „Elektronische Angriffe“ zu erkennen, zu analysieren sowie geeignete Maßnahmen zur Sensibilisierung des Opfer- bzw. Adressatenkreises solcher Angriffe einzuleiten. Die Verfassungsschutzbehörden gehen deshalb gezielt auf betroffene Stellen zu und klären sie über die bestehenden Gefahren auf. Damit soll auch ein Gespür dafür vermittelt werden, wie wichtig es ist, insgesamt vorsichtiger mit den modernen Kommunikationsmedien umzugehen.

Grundsätzlich muss sich jeder Anwender bewusst sein, dass auf IT-Systemen abgelegte vertrauliche Informationen potenziell besonders dann gefährdet sind, wenn ein direkter Anschluss des Speichersystems an ein öffentliches Netz, z.B. an das Internet, besteht.

2. Wirtschaftsschutz

Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft ist eine der wissensintensivsten weltweit; ihre Erfolgsfaktoren sind Ideenreichtum, technische Innovation und zukunftsweisende Forschung und Entwicklung. Dadurch ist sie stark im Exportgeschäft und in vielen Branchen marktführend.

Vor diesem Hintergrund ist Wirtschaftsspionage gegen deutsche Unternehmen ein seit Jahren bekanntes Phänomen. Nach den jüngsten Veröffentlichungen zu Spionageaktivitäten durch westliche Dienste ist in Medien und Industrie der Eindruck entstanden, dass das Ausmaß der Wirtschaftsspionage in Deutschland angesichts der neuen Akteure erheblich gestiegen ist.

Dem BfV liegen diesbezüglich jedoch bislang keine Erkenntnisse vor – auch das Meldeaufkommen aus der Wirtschaft liefert hierfür keinerlei Belege. Die Sachverhalte, in die das BfV bislang einbezogen wurde, standen nahezu ausschließlich in Bezug zur Volksrepublik China oder zur Russischen Föderation. Hinweise

von Unternehmen auf Spionageaktivitäten durch westliche Staaten fehlen hingegen.

Die Bundesregierung misst dem Wirtschaftsschutz und seinem Ziel, deutsches Know-how als Wettbewerbsvorteil zu sichern, hohe Bedeutung bei.

Wirtschaftsschutz braucht das gemeinsame Handeln von Staat, Verbänden und Unternehmen. Ein Meilenstein dieser Kooperation ist die am 28. August 2013 vom Bundesminister des Innern und den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) unterzeichnete Erklärung „Wirtschaftsschutz in Deutschland 2015 – Vertrauen, Information, Prävention" zur „Nationalen Strategie für den Wirtschaftsschutz".

Prävention durch Information

Mit dem seit Jahren laufenden Sensibilisierungsprogramm „Prävention durch Information" strebt das BfV eine zielgenaue Aufklärung der Unternehmen zur Sicherung ihres Know-hows an: durch eine breit gestreute Vortragstätigkeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie Broschüren, Flyer, Newsletter und Informationsmöglichkeiten auf der Homepage des BfV (Arbeitsfeld „Wirtschaftsschutz").

Ergänzt wird das Informations- und Beratungsangebot des BfV durch bilaterale themen- und risikobezogene Informations- und Sensibilisierungsgespräche, Informationsstände des BfV (z.B. bei der SECURITY-Messe), die jährliche BfV/ASW[181]-Sicherheitstagung und vor allem die Beratung und Unterstützung beim Verdacht auf Wirtschaftsspionage unter Zusicherung der Vertraulichkeit.

Ausblick

In Zusammenarbeit mit Branchenverbänden wird das BfV seine Informations- und Beratungstätigkeit fortführen – zielgerichtet auf kleine und mittelständische, z.T. hochinnovative Unternehmen.

Im Zeitalter der Globalisierung erfordert ein effektiver Wirtschaftsschutz auf nationaler Ebene eine stärkere Sensibilisierung von Unternehmen für die tatsächliche Bedrohungslage. Auf

[181] Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft e.V.

nationaler wie internationaler Ebene ist eine intensive Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft ebenso unerlässlich wie ein enger und vertrauensvoller Informationsaustausch der westlichen Dienste untereinander über die jeweiligen Wirtschaftsschutzkonzepte.

3. Sensibilisierung über den Bereich Proliferation

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit klärt das BfV über die Proliferationsthematik auf und sensibilisiert in Bezug auf die damit verbundenen Risiken und die angewandte Beschaffungsmethodik. In Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden der Länder wird im Rahmen dieser Sensibilisierungsgespräche auch eine individuelle und vertrauensvolle Zusammenarbeit angeboten.

Mit den Sensibilisierungsmaßnahmen bei Wirtschaftsunternehmen und -verbänden sowie Forschungseinrichtungen und wissenschaftlichen Instituten werden Informationen über die Proliferationspraxis vermittelt und ein entsprechendes Problembewusstsein geschaffen. Die Adressaten sollen in die Lage versetzt werden, ihre Aktivitäten (z.B. Geschäftskontakte, wissenschaftliche Kooperationen) auf eine mögliche Proliferationsrelevanz hin zu überprüfen, um im Bedarfsfall sachgerecht reagieren zu können (vgl. Berichtsteil Verfassungsschutz und Demokratie, Kap. VI).

VII. Festnahmen und Verurteilungen

Im Jahr 2013 leitete der Generalbundesanwalt insgesamt 17 neue Ermittlungsverfahren im Bereich Spionage ein. Die Anzahl der Vorgänge liegt damit über dem Niveau des Vorjahres (elf Vorgänge). Davon wurden 15 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit (§ 99 StGB) sowie zwei Verfahren wegen des Verdachts der landesverräterischen Ausspähung/des Auskundschaftens von Staatsgeheimnissen (§ 96 StGB) geführt. Im selben Zeitraum wurde ein Haftbefehl erlassen und vollstreckt, der aber noch im Jahr 2013 aufgehoben wurde. Vier Personen wurden wegen geheimdienstlicher

Agententätigkeit rechtskräftig verurteilt, zwei davon in einem besonders schweren Fall.

Vier weitere Personen wurden wegen Verbrechen nach dem Außenwirtschaftsgesetz und versuchter Verbrechen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt.

Geheimschutz, Sabotageschutz

[redacted]

Geheimschutz, Sabotageschutz

I. Geheimschutz

Aufgabe des Geheimschutzes

Unter Geheimschutz versteht man die Gesamtheit aller Maßnahmen, die dazu dienen, im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse (sog. Verschlusssachen – VS) – unabhängig von ihrer Darstellungsform – vor Kenntnisnahme durch Unbefugte zu schützen.

VS werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit mit verschiedenen Geheimhaltungsgraden gekennzeichnet (STRENG GEHEIM, GEHEIM, VS-VERTRAULICH oder VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH).

Personeller Geheimschutz

Der personelle Geheimschutz soll gewährleisten, dass nur Personen ohne Sicherheitsrisiken Zugang zu VS erhalten.

Sicherheitsüberprüfungen nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (SÜG) sollen gewährleisten, dass geheimhaltungsbedürftige Informationen nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, die zuverlässig sind.

Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz umfasst die Schaffung der organisatorischen und technischen Vorkehrungen zum Schutz von VS. Diese Aufgabe obliegt in erster Linie dem Bundesamt für die Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Die Mitwirkung des BfV auf diesem Gebiet folgt aus § 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 des BVerfSchG und bezieht sich auf die Mitteilung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, die für den materiellen Schutz von VS von Bedeutung sein können.

II. Sabotageschutz

Personeller Sabotageschutz

Ziel des personellen Sabotageschutzes ist es, potenzielle terroristische Saboteure (Innentäter) von sicherheitsempfindlichen Stellen fernzuhalten. Das Instrument der Sicherheitsüberprüfung soll verhindern, dass unzuverlässige Personen in sensiblen Bereichen beschäftigt werden. Die Überprüfung erfolgt bei Personen, die innerhalb von lebens- oder verteidigungswichtigen

Einrichtungen an sicherheitsempfindlichen Stellen beschäftigt sind oder werden sollen und die tatsächlich auf die Funktionsfähigkeit dieser Einrichtungen Einfluss nehmen können.

Lebens- oder verteidigungswichtige Einrichtungen

Einrichtungen sind lebenswichtig, wenn deren Beeinträchtigung aufgrund der ihnen anhaftenden Eigengefahr (Explosions-, Brand-, Verseuchungsgefahr etc.) die Gesundheit oder das Leben großer Teile der Bevölkerung erheblich gefährden kann oder sie für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind. Dazu gehört z.B. die Versorgung der Bevölkerung mit Post- und Telekommunikationsleistungen.

Als verteidigungswichtig sind auch solche Einrichtungen zu verstehen, die der Herstellung oder Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen und deren Beeinträchtigung die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr sowie der Zivilen Verteidigung erheblich gefährden kann.

III. Sicherheitsüberprüfungsverfahren

Zuständigkeit

Das Sicherheitsüberprüfungsverfahren ist im SÜG geregelt. Zu unterscheiden ist zwischen zuständiger Stelle und mitwirkender Behörde.

Zuständig ist die Behörde oder öffentliche Stelle des Bundes, die eine Person mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betrauen will. Im nichtöffentlichen Bereich obliegt die Zuständigkeit dem BMWi.

Die Verantwortung für das Sicherheitsüberprüfungsverfahren liegt bei der zuständigen Stelle. Sie entscheidet über die Einleitung der Sicherheitsüberprüfung und beauftragt das BfV mit der Durchführung der Sicherheitsüberprüfungsmaßnahmen.

Mitwirkung des BfV

Das BfV wirkt nach § 3 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 BVerfSchG i.V.m. § 3 Abs. 2 SÜG im Auftrag der zuständigen Stellen an Sicherheitsüberprüfungen mit. Je nach Art der sicherheitsempfindlichen Tätigkeit wird eine einfache Sicherheitsüberprüfung (Ü1), eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung (Ü2) oder eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü3) durchgeführt.

Der Umfang der Maßnahmen für die einzelnen Überprüfungsarten ist im SÜG geregelt. Hierzu gehören z.B. Anfragen bei Sicherheitsbehörden und beim Bundeszentralregister. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel wie z.B. Observationen, technische Überwachungsmaßnahmen u.ä. ist im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen ausgeschlossen.

Zustimmung

Hervorzuheben ist, dass eine Sicherheitsüberprüfung sowohl im Geheimschutz als auch im Sabotageschutz nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung der zu überprüfenden Person erfolgen darf.

Sicherheitsrisiken

Einem Einsatz in sicherheitsempfindlicher Tätigkeit können insbesondere folgende Gründe entgegenstehen:

- Zweifel an der Zuverlässigkeit (z.B. aufgrund von Straftaten, Drogen- oder Alkoholmissbrauch),
- Gefährdung durch Anbahnungs- und Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste (z.B. bei Beziehungen und Reisen in sogenannte Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken, weil sich hierdurch eine erleichterte Möglichkeit für eine Ansprache durch einen Nachrichtendienst des jeweiligen Landes eröffnet; Überschuldung, da dies ein Ansatzpunkt sein kann, um Betroffene gegen Geldzahlung zu einer Verletzung ihrer Pflichten zu veranlassen),
- Zweifel am Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung (z.B. wegen politisch-extremistischer Betätigung, da in diesem Falle die Loyalität zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung fraglich ist).

Ergebnisse

Die Frage, ob sich aus einem derartigen Umstand tatsächlich ein Sicherheitsrisiko ergibt, wird im Rahmen einer Gesamtwürdigung des Einzelfalles, insbesondere im Hinblick auf die vorgesehene Tätigkeit, entschieden. Das BfV teilt der jeweils zuständigen Stelle ggf. sicherheitserhebliche Erkenntnisse mit, verbunden mit einer Empfehlung, ob die sicherheitsüberprüfte Person mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden kann. Die Entscheidung darüber trifft allein die zuständige Stelle.

„Scientology-Organisation“ (SO)

„Scientology-Organisation“ (SO)

Gründung:	1954 (in den USA), 1970 erste Niederlassung in Deutschland
Sitz:	Los Angeles (USA) („Church of Scientology International“, [CSI])
Mitglieder:	in Deutschland: 4.000 (2012: 3.500 bis 4.500)
Teilorganisationen: (Auswahl)	In Deutschland neun „Kirchen“, darunter zwei „Celebrity Centres“

Seit der Gründung der ersten „Scientology Kirche“ in Los Angeles (USA) im Jahr 1954 bezeichnet sich die „Scientology-Organisation“ (SO) in der Öffentlichkeit als „neue religiöse Bewegung“. Als vorgebliches Ziel strebt die weltweit aus den USA gesteuerte Organisation die Schaffung einer „Zivilisation ohne Wahnsinn, ohne Verbrecher und ohne Krieg“ an, „in der fähige Wesen erfolgreich sein und ehrliche Leute Rechte haben können, und in der der Mensch die Freiheit hat, zu größeren Höhen aufzusteigen“.[182]

Keine Anerkennung von wesentlichen Grund- und Menschenrechten

Allerdings lassen die Schriften der SO – insbesondere die des Organisationsgründers L. Ron Hubbard (1911 – 1986) – erkennen, dass in einer Gesellschaft nach scientologischen Vorstellungen wesentliche Grund- und Menschenrechte wie die Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf Gleichbehandlung nicht gewährleistet sind.

[182] Homepage SO (5. Dezember 2013).

Die Aussagen Hubbards bilden nach wie vor die Grundlage für die Ideologie und Zielsetzung der gesamten Organisation – die Einführung einer scientologischen Zweiklassengesellschaft:

„Eine ideale Gesellschaft wäre eine Gesellschaft nichtaberrierter[183] *Menschen, Clears, die ihr Leben in einer nichtaberrierten Kultur führen (...). Vielleicht werden in ferner Zukunft nur dem Nichtaberrierten die Bürgerrechte vor dem Gesetz verliehen. Vielleicht ist das Ziel irgendwann in der Zukunft erreicht, wenn nur der Nichtaberrierte die Staatsbürgerschaft erlangen und davon profitieren kann. Dies sind erstrebenswerte Ziele (...).“*
(Hubbard, „Dianetik – Der Leitfaden für den menschlichen Verstand“, Ausgabe 2007, S. 482 f.)

Grundrechte nur für Scientologen

Hubbard hat die von ihm angestrebte scientologische Zivilisation u.a. als Rechtsordnung beschrieben, in der die Existenz des Einzelnen vom willkürlichen Ermessen der SO abhängt. Grundrechte stehen demzufolge nur denjenigen Personen zu, die aus Sicht der Organisation zu den „Ehrlichen“ gehören.

Ablehnung des demokratischen Rechtssystems

Die SO lehnt das demokratische Rechtssystem ab und will es langfristig durch ihren eigenen Gesetzeskodex ersetzen. Die SO-Teilorganisation „World Institute of Scientology Enterprises“ (WISE) – ein Zusammenschluss unternehmerisch tätiger Scientologen – verfügt in Deutschland noch über vier „Charter-Komitees“, die nach dem scientologischen Rechtssystem als „Gerichte“ fungieren sollen. Die Mitglieder von WISE verpflichten sich, insbesondere bei Streitigkeiten mit anderen Mitgliedern keine rechtsstaatlichen Gerichte anzurufen, sondern sich auf ein internes Verfahren zu beschränken. Die Nichteinhaltung dieses Verfahrens würde in den Augen der SO eine „unterdrückerische Handlung“ darstellen, die eine Einstufung als „unterdrückerische Person“ zur Folge haben kann. Diesen „Aberrierten“ sollen in einer scientologischen Zweiklassengesellschaft Menschen- und Bürgerrechte verwehrt werden.

[183] Nach der Terminologie der SO bedeutet „Aberration“ eine „Abweichung vom rationalen Denken oder Verhalten“ und das „Gegenteil geistiger Gesundheit“ (Fachwortsammlung für Dianetics und Scientology, 4. Aufl., 1985, S. 1). Dabei bestimmen scientologische Vorstellungen, was in diesem Sinne „krankhaftes“ Bewusstsein und Verhalten darstellt.

Die SO erklärt, ihr Ethik- und Rechtssystem sei „ein wesentlicher Bestandteil des umfassenderen Erlösungszieles“.[184] Die „Charter-Komitees“ seien der rechtsstaatlichen Gerichtsbarkeit überlegen.[185]

Streben nach absoluter Kontrolle

Der totalitäre Charakter der SO kommt u.a. darin zum Ausdruck, dass eine weitestgehende Kontrolle über alle Mitglieder angestrebt wird. Diese werden z.B. dazu aufgefordert, „Wissensberichte“ über „jegliche unterdrückerischen Handlungen gegen Scientology oder Scientologen“ oder das Fehlverhalten von Gruppenmitgliedern zu verfassen und an das „Religious Technology Center“ (RTC) in den USA zu melden. Als Fehlverhalten gilt etwa auch, „öffentlich von Scientology wegzugehen“ sowie „jegliche falsche Darstellung der Dianetik[186] oder Scientology“.[187]

Ziel der Errichtung einer scientologischen Gesellschaft

Die Organisation versucht, sich nach außen hin als unpolitische und demokratiekonforme Religionsgemeinschaft zu präsentieren. Aus den – auch für die aktuellen Aktivitäten der SO – maßgeblichen Schriften Hubbards ergibt sich jedoch, dass die politischen Fernziele durch eine langfristig ausgerichtete Expansionsstrategie, durch eine Erhöhung der finanziellen Einnahmen der Organisation sowie durch die erfolgreiche Bekämpfung ihrer Kritiker erreicht werden sollen.

Insbesondere die SO-Teilorganisation „International Association of Scientologists“ (IAS) ist aktiv an der Durchsetzung der Ziele der SO beteiligt. Sie fördert „Kampagnen, um die Scientology-Religion zu schützen und ihr Wachstum zu beschleunigen“.[188] Von besonderer Bedeutung für die IAS ist der Aufbau sogenannter Idealer Orgs. In Deutschland existieren bislang zwei „Ideale Orgs“: in Berlin seit 2008 und in Hamburg seit 2012.

Um sich den Anschein einer wohltätigen Religionsgemeinschaft zu geben, betreibt die Organisation PR-Kampagnen für angebliche Sozialprogramme. Diese auf den ersten Blick seriös wirkenden Kampagnen zur Drogenprävention oder für Menschenrechte

[184] Homepage SO (5. Dezember 2013).

[185] Homepage der „Charter-Komitees“ von WISE-Mitgliedern (5. Dezember 2013).

[186] Unter „Dianetik“ versteht die SO eine von L. Ron Hubbard entwickelte Theorie und Methode, mit der negative Auswirkungen der Seele auf den Körper beseitigt werden sollen.

[187] Homepage RTC (5. Dezember 2013).

[188] Homepage SO (6. Dezember 2013).

dienen in erster Linie dazu, neue Mitglieder zu gewinnen und in der Öffentlichkeit akzeptiert zu werden.

Hierfür versendet die SO auch gezielt Schreiben und multimediale Angebote an politisch-gesellschaftlich relevante Personen. So unterbreitete z.B. die „Scientology Kirche Frankfurt e.V.“ im Februar 2013 Politikern aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Thüringen Gesprächsangebote. Insbesondere werden Aktivitäten in den Bereichen „Drogenaufklärung“, „Bekanntmachen der Allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen“ und der „Ehrenamtlichen Scientology Geistlichen“ dargestellt. Dem Schreiben war eine DVD zum „35. Jahrestag des Celebrity Center International der Scientology Kirche in 2004“ beigefügt.[189]

Regionale Schwerpunkte

Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, der Großraum Hamburg sowie Nordrhein-Westfalen bilden in Bezug auf Mitgliederzahlen und Aktivitäten der SO weiterhin die regionalen Schwerpunkte in Deutschland. Auch in Hessen und Niedersachsen gibt es vergleichsweise viele Mitglieder. Insgesamt gesehen ist aber eine Stagnation der Mitgliederzahlen sowie ein Rückgang der Aktivitäten der SO festzustellen.

Werben in der Öffentlichkeit

Die SO führte auch 2013 ihre Werbeaktivitäten zur Gewinnung neuer Mitglieder regional fort. Wie schon in den Vorjahren blieben diese Aktionen – überwiegend Infostände in Fußgängerzonen – in der Regel ohne größeren Zuspruch in der Bevölkerung. Auch in Berlin, dem Schwerpunkt der Werbemaßnahmen in den letzten Jahren, war ein Rückgang der öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der SO zu verzeichnen.

Wirken im sozialen Bereich

Die SO beabsichtigt, sich auch als soziale Organisation darzustellen. Hierzu bedient sie sich der „Association for Better Living & Education“ (ABLE). Zu ABLE gehören u.a. die vermeintliche Hilfsorganisation für Drogenabhängige „NARCONON“, die vermeintliche Hilfsorganisation für Straftäter „CRIMINON“, das SO-Lernprogramm „Applied Scholastics“ sowie die Stiftung „Der Weg zum Glücklichsein“ („The Way to Happiness“). Aus Sicht der SO sind Betroffene hier leichter zu beeinflussen und für ihre Lehren empfänglicher.

[189] Schreiben der „Scientology Kirche Frankfurt e.V.“ vom 27. Februar 2013.

Verstärkte Werbung im Internet

Bereits seit Jahren nutzt die SO das Internet intensiv als zentrale Propaganda- und Werbeplattform. Sie versucht mittels sozialer Netzwerke wie Twitter, YouTube und Facebook, Imagepflege und Mitgliederakquise zu betreiben. Mit einer Fülle multimedialer Angebote – etwa durch die Kampagne „Jugend für Menschenrechte“ („Youth for Human Rights“) – will sie Jugendliche direkt erreichen. Auf Homepages, die vor allem Jugendliche ansprechen, bietet die SO in mehreren Sprachen Informationen zu ihrer Geschichte, ihren Zielen und Teilorganisationen sowie zu den von ihr geförderten Programmen an – wie z.B. aus dem Bereich der ABLE-Organisationen. Zudem wirbt sie für ihre Schriften und Kurse. Nach wie vor werden verstärkt kostenlose „Online-Kurse aus dem Scientology Handbuch“ angeboten, um Interessenten an das kostenintensive SO-Angebot heranzuführen.[190] Auf einigen dieser Internetseiten ist der Bezug zur SO zunächst nicht oder nur am Rande zu erkennen. So ist auf der Seite von „Jugend für Menschenrechte“ die „Scientology-Organisation“ in der Selbstdarstellung mit keinem Wort erwähnt. Erst an untergeordneter Stelle wird auf der Seite erwähnt, dass das „Menschenrechtsbüro der Scientology Kirche International“ diese Organisation maßgeblich „unterstützt“.[191]

Kampagne der KVPM

Wie in den Vorjahren traten die SO bzw. SO-Teilorganisationen mit öffentlichen Kampagnen in Erscheinung. Beispielhaft zu nennen sind hier die Protestkampagnen der „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“ (KVPM), die insbesondere auf eine Diffamierung von Psychiatern und Psychologen abzielen. Außenwirkung erzielte die KVPM erneut mit der Ausstellung „Psychiatrie: Tod statt Hilfe“, die vom 29. Juli bis 5. August 2013 in Frankfurt am Main (Hessen) und vom 8. bis 11. August 2013 in Berlin[192] sowie im Rahmen einiger Straßenaktionen und Mahnwachen, u.a. vor Kliniken, stattfand.

Darüber hinaus verteilten Mitglieder der KVPM anlässlich des Deutschen Schulleiter-Kongresses am 8. März 2013 in Düsseldorf

[190] Angeboten werden u.a. Kurse mit den Titeln „Die Technologie des Studierens“, „Ethik und die Zustände“ oder „Antworten auf das Drogenproblem“.

[191] Homepage „Jugend für Menschenrechte“ (5. Dezember 2013).

[192] Homepage KVPM (5. Dezember 2013).

(Nordrhein-Westfalen) nach eigenen Angaben 494 Kuverts mit je einer DVD „Erfundene Krankheiten – sind wir alle psychisch krank“ und drei Informationsbroschüren an die Schulleiter.[193]

[193] Homepage KVPM Düsseldorf (12. März 2013).

Register

Register

A

Abel Rahman, Sheik Mokhtar (alias Abu Zubair alias Godane) 215, 217

Aberration 349

Abteilung Vereinigungsfront (nordkoreanischer In- und Auslandsnachrichtendienst der nordkoreanischen Arbeiterpartei) 333

Abtrimo (Musikgruppe) ..... 81 f.

Abu Issa 235

Abu Zaid, Abdalhamid 212

AD Jail Crew 75

Agentenführung 320

Ahmadi, Abdul Fattah (alias Usman Ghazi) 219

Aktionsbüro Mittelrhein (AB Mittelrhein) 90, 105, 108, 111

Aktionsbüro Rhein-Neckar 86

al-Ahd – al-Intiqad (Die Verpflichtung – die Kritik, Publikation) 227

al-Aqsa e.V. 32

al-Aulaqi, Anwar 213

al-Baghdadi al-Husaini al-Qurashi, Abu Bakr ..... 195, 209 f.

al-Banna, Hasan 241

al-Gama'a al-Islamiya (GI) 241

al-Jihad al-Islami (JI) 241

al-Julani, Abu Muhammad 195, 209

al-Khalaila, Ahmad Fadil Nazal (alias al-Zarqawi, Abu Mus'ab) 209

al-Khandaq (Medienstelle) 220

al-Khilafa (Das Kalifat, Publikation) 239

al-Libi, Abu Anas 208

al-Manar TV (Der Leuchtturm, Fernsehsender) 33, 201, 227

al-Muqawama al-Islamiya (Islamischer Widerstand) 228

al-Murabitun 212

al-Nabhani, Taqiaddin ..... 239 f.

al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) ..... 197, 213 ff.

al-Qaida (Die Basis) ..... 192 ff., 197, 203, 206, 207 ff., 211 ff., 273

al-Qaida im Irak 193, 209

al-Qaida im islamischen Maghreb (AQM) ..... 211 f.

al-Qaida im Jemen (AQJ) 213

al-Qaradawi, Yusuf 243

al-Quds-Tag (Jerusalem-Tag) 228, 248

al-Rashta, Ata Abu (alias Abu Yasin) 239

al-Shabab ..... 215 ff.

al-Shihri, Sa'id Ali 213

al-Suri, Abu Mus`ab 198

Altermedia Deutschland (Internetportal) ....56 f., 78, 87, 100, 121, 125, 127 ff.

al-Waie (Das Bewusstsein, Publikation) ... 239

al-Wuhaishi, Nasir Abdalkarim Abdallah (alias Abu Basir) ... 213

al-Zarqawi, Abu Mus'ab (alias al-Khalaila, Ahmad Fadil Nazal) ... 209

al-Zawahiri, Aiman ....195, 207 ff., 216

Anadolu Genclik Derneği (AGD – Verein der Anatolischen Jugend) ... 251

Anarchist Black Cross Berlin ... 152

Anarchisten ... 140, 163, 169

Anashid ... 224

Anatolische Föderation ....260, 290 f., 293

Anatolische Jugend ... 293

an-Nussrah ... 34, 202

Ansar al-Din ... 212

Ansar al-Islam (AAI – Gruppe der Anhänger des Islam) ... 206, 217 f.

Antifa Recherchearbeit ... 161

Antifaschismus 138, 151, 158, 290

Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB) ... 152

Antigentrifizierung ... 138, 151, 162

Antikapitalistische Linke (AKL) ....180, 182 ff.

Antikapitalistischer Block ... 149

Antimilitarismus ... 138, 151, 156

Antirassismus ....123, 138, 146, 151, 166 f., 290 f.

Antirassismuskampagne 260, 290

Antirepression 151, 154

Antisemitismus ....25, 51, 62, 65, 71, 80, 83, 98, 124 ff., 201

Antiziganismus ... 116

Apfel, Holger ....64, 90 ff., 94, 96, 98, 103

Applied Scholastics ... 351

Arabischer Frühling 242, 250

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK – Partiya Karkerên Kurdistan) ... 30, 52, 188, 235, 258 ff., 262 ff., 297

Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí) ... 182

Arghandiwal, Abdul Hadi ... 237

Asiltürk, Oguzhan ....250 f.

Assad-Regime ... 195 f., 210, 264, 270, 287

Association for Better Living & Education (ABLE) ....351 f.

Ausbildungslager, terroristische ... 197

Autonome ....138, 140 ff., 162

Autonome Antifa Berlin 58

Autonome Nationalisten 85

AVANTI – Projekt undogmatische Linke ....144, 149 ff.

Aweys, Hassan Dahir 217

B

Babbar Khalsa ..... 302 f.

Babbar Khalsa Germany (BKG) ..... 302 f.

Babbar Khalsa International (BKI) ..... 302 f.

Badi, Muhammad 241

Bahçeli, Devlet ..... 296 f.

Bahir, Ghairat 237

Bauernhilfe e. V. 33

Bayik, Cemil ..... 268 f.

BBC 273

Beisicht, Markus 111, 116

Belmokhtar, Mokhtar 212

Benefizveranstaltungen ..... 196, 224 f.

Berliner Liste 166

Bewaffnete Islamische Gruppe (Groupe Islamique Armé – GIA) 211

Bewegung für die Einheit und den Jihad in Westafrika (Mouvement pour l'Unicité et le Jihad en Afrique de l'Ouest – MUJAO) 212

Bilgü, Ilhan 252

Bin Ladin, Usama 207

Blockupy ..... 149 f.

Blood & Honour (B&H) 31

Bölge 271, 283, 296

Borchardt, Siegfried 111

Bremer Hilfswerk e.V. 32

Brigade al-Zubair 234

Brück, Michael 109

Bülten 295

Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf 55, 122

Bürgerbewegung pro NRW (pro NRW) ..... 69 f., 111, 118, 123, 133, 204, 222

Büro 610 (chinesischer Nachrichtendienst der KPCh) 325

Büro für Allgemeine Aufklärung (nordkoreanischer militärischer In- und Auslandsnachrichtendienst) 333

C

Câmi'a (Gemeinde, Publikation) 248, 252

Cansız, Sakine 269, 277

Casa Pound ..... 66 f.

Celebrity Centres 348

Çetin, Cemal 296

Charter-Komitees ..... 349 f.

Chouka, Monir 219

Chouka, Yassin ..... 219 f.

Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) ..... 66 f.

Church of Scientology International (CSI) 348

Ciwanên Azad (lang: Tevgera Ciwanên Azad a Kurdistanê) ..... 279 f.

Collegium Humanum (CH) 33, 129

Committee for a Worker's International (CWI) 179

CRIMINON 351

Cuspert, Denis 202, 214, 220

Cyber-Attacken 59

Cyber-Guerilla 58

Cyber Mobilization 51

D

Darduqal, Abdalmalik (alias Abu Mus'ab Abdalwadud) 211

DawaFFM einschließlich der Teilorganisation Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V. 34, 202, 226

DawaTeam Islamische Audios (auch Islamische Audios) 34, 202

Dazwischengehen – Zeitung für eine interventionistische Linke (Publikation) 147

Defacement 51

Demirtaş, Selahattin 272

Der Aktivist (Publikation) 67, 104

Der III. Weg 85

Der Weg zum Glücklichsein (The Way to Happiness) 351

Deutsche Alternative (DA) 30

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ..... 139, 173 ff.

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) 112

Deutsche Stimme – DS-Aktuell (Homepage) 131, 133

Deutsche Stimme (Publikation) ... 91, 98, 103

Deutsche Taliban Mujahideen ..... 203 f.

Deutsche Volksunion (DVU) 70, 108

Deutschsprachiger Muslimkreis Braunschweig e.V., siehe auch Islamische Zentren 243

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke, Personenzusammenschluss) ..... 31, 284 ff.

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke, Publikation) 284

Dianetik ..... 349 f.

Die Hizbullah in eigenen Worten (Kendi Dilinden Hizbullah – Publikation) ..... 235 f.

DIE RECHTE ..... 63, 69 f., 79, 84, 89 f., 107 ff., 118

DIE ROTE HILFE (Publikation) ..... 186 f.

Die Unsterblichen 88

Die Wahre Religion (DWR) 223

Doğan, Fidan 269

Doğru Haber (Publikation) ..... 235 f.

Doğruyol, Şentürk ..... 295 f.

Dornbrach, Pierre 131

DortmundEcho (Internetportal) 111

E

Eastern High Court 275

Ekonomik ve Soysal Araştirma Merkezi (ESAM – Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung) 251

Ekonomi ve Maliye Bürosu (EMB – Wirtschafts- und Finanzbüro) 283

Elektronische Angriffe .....307, 311 ff., 322, 328, 339

Engel, Stefan .....176 f.

Entrismus 139, 179, 186

Ergün, Kemal .....248 f., 255

Erschießungskommando (Musikgruppe) 82

Europäische Aktion (EA) 129

Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) 249

Europäisches Institut für Humanwissenschaften e.V. (EIHW) 244

European Council for Fatwa and Research (ECFR – Europäischer Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien) 243

Eutelsat 275

Expliciet (Publikation) 239

Extrem Wichtig: Linke Politik (Publikation) 149

Eygi, Mehmet Şevket 254

F

Falah, Samir 244

Fank, Maria 101

Fernmeldeaufklärungsmaßnahmen 311

Fırat News Agency (ANF) 274

Föderation der demokratischen Aleviten (FEDA) 271, 273

Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF) .....295 ff.

Föderation der yezidischen Vereine e.V. (FKE) 271

Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE – Federation of Islamic Organisations in Europe) 243

Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) .....264, 271 ff., 276, 278

Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) 30

Forum of European Muslim Youth and Student Organizations (FEMYSO) 245

Freedom and Justice Party (FJP – Partei für Freiheit und Gerechtigkeit) 242, 244

Freie Deutsche Jugend (FDJ) 189

Freie Nationalisten 86, 90, 92, 101, 105

Freies Netz Süd (FNS) .....66, 74, 84 ff., 90, 132

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 31

Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK – Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê) ..... 265 f., 270

Freiräume 142, 162, 164, 189

FSB (russischer Inlandsnachrichtendienst) ..... 317, 321 f.

Fünf Gifte 325

G

Gansel, Jürgen 98, 100

Gasmi, Salah 212

GefangenenHilfe.info (GH) 75

Gefangenenhilfe, rechtsextremistische 75

GegenStandpunkt ..... 178 f.

GegenStandpunkt (Publikation) ..... 178 f.

Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (KKK – Koma Komalên Kurdistan), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ..... 265 f., 270

Gemeinschaft der Verkündigung und Mission (TJ) ..... 206, 245 ff.

Geraer/Sozialistischer Dialog (GSoD) ..... 183 ff.

Gerechte Ordnung (Adil Düzen) 249

Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) 289, 292

Geschichtsrevisionismus 62

Giemsch, Dennis 109

Government Communications Headquarters (GCHQ, britischer ziviler technischer Nachrichtendienst) 335

Graf, Jürgen 128

Graue Wölfe 296

Groupe Islamique Armé (GIA – Bewaffnete Islamische Gruppe) 211

Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat (GSPC – Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) 211

Grunzel, Michael 98

Gruppe der Anhänger des Islam (Ansar al-Islam – AAI) ..... 206, 217 f.

GRU (russischer militärischer Auslandsnachrichtendienst) 317

Gümüş, Edip 235

Güney, Ömer Ziya 269

H

Halboffene Beschaffung 320

Hamburger Nationalkollektiv & Weisse Wölfe Terrorcrew (HNK & WWT) 77

Hammerskins 80

Haniya, Isma'il 230

Harakat al-Muqawama al-Islamiya (HAMAS – Islamische Widerstandsbewegung) ..... 32, 192, 206, 230 ff., 241 f.

Harrach, Bekkay 214

Headquarters ..... 299 f.

Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V. (HDJ) 33

Hekmatyar, Gulbuddin 237

Heldengedenktag 301

Hennig, Rigolf 129

Hezb-e Islami-ye Afghanistan (HIA – Islamische Partei Afghanistans) ..... 206, 237 f.

Hilafet (Das Kalifat, Publikation) 239

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 34, 75

Hizb Allah (Partei Gottes) ..... 192, 201, 206, 227 ff.

Hizb ut-Tahrir (HuT – Partei der Befreiung) ..... 32, 206, 239 ff.

homegrown-Terroristen 194

Hubbard, L. Ron ..... 348 ff.

Hür Dava Partisi (HÜDA PAR – Partei Gottes) 236

Huseynisevda (Publikation) 235

I

Ideale Orgs 350

IGMG Perspektif (Publikation) 248, 252

Illegale ..... 310 f., 321

Illegalenoperation 321

Ilyas, Maulawi Mohammad 245

Imam Ali Moschee 247

Individueller Jihad ..... 51 f., 197, 214

Indymedia Deutschland 56, 154, 170

indymedia (Internetportal) ..... 51, 56 f., 146, 152, 154 f., 159, 164 f., 167 ff., 171 f., 379

Infostände 200, 223, 351

Inkubation (Musikgruppe) 89

INSPIRE (Online-Magazin) ..... 193, 197 f., 213 ff.

INTERIM (Publikation) 155, 169

International Association of Scientologists (IAS) 350

Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V. (IHH) 33

Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V. 34, 202, 226

Internationales Kurdisches Kulturfestival 272, 279

Internationale Verbindungsstelle ..... 299 f.

Internationalismus 151, 168

International Sikh Youth Federation (ISYF) ..... 302 f.

International Socialist Tendency (IST) ... 179

Internetpropaganda 208, 215

Internetüberwachung ..... 321 f.

Interventionistische Linke (IL) ..... 144, 147 ff., 186

Intifada 230

Inzar (Publikation) 235

Isik, Yusuf 252

Islamfeindlichkeit 112, 119, 123

Islamic Revolutionary Guards Corps (IRGC, Iranische Revolutionsgarden) 330

Islamische Audios (auch DawaTeam Islamische Audios) 34, 202, 226

Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) ..... 204, 206, 219 f.

Islamische Gemeinde Kurdistans (CIK) 271

Islamische Gemeinde Nürnberg e.V., siehe auch islamische Zentren 243

Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) ..... 243 ff.

Islamische Gemeinschaft in Münster e.V., siehe auch islamische Zentren 243

Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V. (IGMG) ..... 192, 206, 248 ff.

Islamische Partei Afghanistans (HIA) ..... 206, 237 f.

Islamische Partei Turkistan (TIP) 220

Islamischer Staat Irak ..... 195, 209 f.

Islamischer Staat Irak und Großsyrien (ISIG) ..... 195, 209 f.

Islamischer Widerstand (al-Muqawama al-Islamiya) 228

Islamisches Zentrum Frankfurt e.V., siehe auch islamische Zentren 243

Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH) ..... 206, 247 f.

Islamisches Zentrum München e.V. (IZM), siehe auch islamische Zentren 243

Islamisches Zentrum Stuttgart e.V., siehe auch islamische Zentren 243

Islamische Widerstandsbewegung (Harakat al-Muqawama al-Islamiya – HAMAS) ..... 32, 127, 192, 206, 230 ff., 241 f.

Islamische Zentren ..... 242 f., 247 f.

Islamistischer Terrorismus ..... 19, 28, 123, 191 ff., 199, 207

Islamseminare ..... 223 f.

Izzaddin al-Qassam-Brigaden ..... 230 f.

J

Jabhat al-Nusra (JaN) 195, 209

Jihad ..... 4, 51 f., 58, 193, 195, 197, 199, 202 ff., 208, 212, 214, 217, 219 f., 224, 235, 241

Jihad-Gebiete 197, 199

Jihadisten/jihadistisch ..... 51 ff., 58, 192 ff., 200 f., 205, 208, 212, 214, 216 f., 220 ff., 224 ff., 241, 246 f.

jihadistische Gruppierungen, regionale ..... 196, 217 f.

jihadistische Internetforen 198, 208, 216, 220

Jugend für Menschenrechte (Youth for Human Rights) 352

Junge Nationaldemokraten (JN) .....91, 103 f., 117, 131

junge Welt (jW, Tageszeitung) .....163, 173, 189 f.

K

Kalifat ..... 195, 216, 219, 239 f., 242

Kalifatsstaat 31

Kamalak, Mustafa ..... 249 ff., 255

Kameraden in Haft (KiH) 75

Kameradschaften .....53, 62, 84 f., 108

Kameradschaft Hamm (KS Hamm) 109

Karatas, Dursun 284

Karayilan, Murat .....267 f.

Kaukasisches Emirat (KE) .....232 ff.

Kelhaamed (Publikation) 235

Kendi Dilinden Hizbullah (Die Hizbullah in eigenen Worten – Publikation) .....235 f.

Kern-al-Qaida .....207 f., 212

Khalistan .....302 f.

Khalistan Zindabad Force (KZF) .....302 f.

Khomeini, Ayatollah 228

Klandestine Aktion 138

Knape, Andy 104

Köbele, Patrik 173

Koçgiri, Tekoşin 281

Koç, Yüksel 272

Köklü Değişim 239

Koma Komalên Kurdistan (KKK – Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) .....265 f., 270

Komalên Ciwan .....269, 271 f., 278 ff., 284

Kommando Skin (Musikgruppe) 120

Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM) .....352 f.

Kommunalpolitische Vereinigung der NPD (KPV) .....91, 103 f.

Kommunismus 124, 148, 173, 185, 297

Kommunistische Partei Chinas (KPCh) 323, 325

Kommunistische Partei Kubas (PCC) 182

Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF) .....181, 183 ff.

Kommunistischer Jugendverband Kubas (UJC) 182

Konferenz der Palästinenser in Europa (Palestinians in Europe Conference) 231

Konfrontative Gewalt 145

Kongra Gelê Kurdistan (KONGRA GEL – Volkskongress Kurdistans), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) .....259, 265 f., 270, 273

Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê (KADEK – Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans) ..... 265 f., 270

Kontaktpersonen ..... 22, 308 f., 320, 326

Konvertiten ..... 194, 197 f., 203, 221

Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK), siehe auch Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) ..... 270 f.

Krekar, Mullah 218

Krieg beginnt hier. War starts here. ..... 157 f.

Krien, Hartmut 104

Krümelmonster 53, 124

Kurdische Frauenbewegung in Europa (AKKH) 271

Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. (CENÎ) 277

Kurdistan Informationsbüro (KIB) 31,

Kurdistan-Komitee e.V. 30

Kurdistan Nationalkongress (KNK) 269

L

Legalresidenturen ..... 308 f., 319 f., 326, 332, 334

Lernen und kämpfen (LuK, Publikation) 176

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) ..... 260, 262, 298 ff.

LIES! ..... 200, 223 f.

Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e.G. ..... 189 f.

linksunten.indymedia (Internetportal) ..... 51, 56 f., 146, 152, 154 f., 159, 164 f., 167 ff. 171 f.

Los Turkos 297

low-level-Terror 198

M

Mahmoud, Mohamed 202, 220

MaKss Damage (Musikgruppe) 73, 110

Marsch der Jugendlichen 272

Märtyrer-Stiftung (Shahid-Stiftung) 229

marx21 (trotzkistisches Netzwerk) ..... 179, 185 f.

MARX IS MUSS (Kongress) 186

Marxistische Blätter (Publikation) 173

Marxistisches Forum (MF) ..... 183 f.

Marxistisches Forum (Publikation) 184

Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) 262

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) ..... 176 f., 278

Mash'al, Khalid ..... 230 f.

Massenmilitanz ..... 137 f., 141, 145, 163

Mazlum Doğan Jugend-, Kultur- und Sportfestival 277

Merah, Mohammad 197, 201

Mesopotamia Broadcast A/S 33

Mesopotamia Broadcast METV A/S 275

Mesopotamia Music Channel (MMC) ..... 275 f.

Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH 276

Military Intelligence Department (MID, chinesischer militärischer In- und Auslandsnachrichtendienst) 324

Millatu Ibrahim ..... 34, 202 f., 220

Millî Gazete (Publikation) ..... 248, 250 ff.

Millî Görüş-Bewegung ..... 248 ff., 255 f.

„Millî Görüş („Nationale Sicht") 249

Millî Verlags- und Pressevertriebs GmbH 253

Ministerium für Staatssicherheit (MfSS, nordkoreanischer ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst) 333

Ministry of Information and Security (MOIS, iranischer ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst) ..... 329 ff.

Ministry of Public Security (MPS, chinesisches Polizeiministerium) ..... 324 f.

Ministry of State Security (MSS, chinesischer ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst) 324

MIR Multimedia GmbH 276

Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) 216

Mouvement pour l'Unicité et le Jihad en Afrique de l'Ouest (MUJAO – Bewegung für die Einheit und den Jihad in Westafrika) 212

Muhammad-Karikaturen 222

Mujahidin 195, 199, 208, 220, 234

Mursi, Mohammed ..... 226, 242 ff.

Muslimbruderschaft (MB) ..... 206, 225, 230, 241 ff.

Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD) 245

N

NARCONON 351

Nashid 224

Nasrallah, Hasan 227

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ..... 54, 64, 66 ff., 90 ff., 112, 117 ff., 121 f., 129 ff., 161

Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) alias Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK) 30, 270

Nationale Offensive (NO) 30

Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO) 109

Nationale Selbstjustiz (Musikgruppe) ..... 125 f.

Nationale Sicht (Millî Görüş) 249

Nationale Sozialisten Döbeln 89

Nationalistische Front (NF) 30

National Journal 128

National Security Agency
(NSA, US-amerikanischer militärischer
technischer Nachrichtendienst) 153, 335

Nationalsozialismus ..... 83, 86, 88 f., 99 f.

Nationalsozialistischer Untergrund
(NSU) .....20 f., 63, 76, 78 f., 87, 290

Neonazis ..... 64, 66, 68, 70, 77, 83 f., 86 f., 90,
101, 105, 107 f., 117 f., 122, 132, 201

Neonazistische Strukturen 83

Neue Freie Politik
(YÖP – Yeni Özgür Politika,
Tageszeitung) .....265, 268, 272, 275, 277 f.

Neue Ordnung ..... 77 f.

Newroz 267, 271

Nizam al-Islam (Die Lebensordnung des
Islam – Publikation) 239

Noie Werte (Musikgruppe) 79

Non-Professionals 327

Nordkaukasische Separatistenbewegung
(NKSB) 199, 206, 232

Nûçe TV (Fernsehsender) .....265, 273, 275 f.,
282

O

Öcalan, Abdulllah .....258, 263, 265 ff., 272 f.,
276 ff.

Ok, Sabri 268

Orientbrücke Marburg e. V.,
siehe auch Islamische Zentren 243

Outingaktionen 64, 109, 139, 161

P

Palestinian Return Centre (PRC) 231

Palestinians in Europe Conference (Kon-
ferenz der Palästinenser in Europa) 231

Paltalk 55

Partei der Befreiung
(Hizb ut-Tahrir – HuT) .....32, 206, 239 ff.

Partei der demokratischen Union
(PYD) ..... 259, 264, 270, 273 f., 282

Partei der Glückseligkeit
(Saadet Partisi – SP) ..... 249 ff., 255

Partei der Nationalistischen Bewegung
(MHP) .....296 f.

Partei für Freiheit und Gerechtigkeit
(Freedom and Justice Party – FJP) 242, 244

Partei für Frieden und Demokatie
(BDP) 267, 272

Partiya Karkerên Kurdistan
(PKK – Arbeiterpartei Kurdistans) 30, 52,
188, 235, 258 ff., 262 ff., 297

Pastörs, Udo .....64, 90 ff., 94 f.

PC Records 133

Pfingstcamp 175

Prabhakaran, Velupillai ..... 298 ff.

Privacy-Handbuch 57

Proliferation ..... 27, 314 f., 317, 336, 341

Q

Qutb, Sayyid 241

R

Radikalisierungsprozesse 52, 246

Ramezani, Reza 247

Rawt i Shax 218

REBELL (Jugendverband) ..... 176 f.

REBELL (Publikation) 176

Rechtsextremistische Musik ..... 80 f., 101

Rechtsterrorismus ..... 62 f., 76 ff.

Religious Technology Center (RTC) 350

Revolutionäre Aktionszellen (RAZ) ... 172, 188

Revolutionäre Gewalt 136, 150, 177

Revolutionäre Linke (Devrimci Sol, Personenzusammenschluss) 31, 284

Revolutionäre Linke (Devrimci Sol, Publikation) 284

Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC) ..... 285, 288 f.

Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP) 285

Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) ..... 22, 31, 259 f., 262, 284 ff.

Revolutionary Guards Intelligence Department (RGID, Nachrichtendienst der iranischen Revolutionsgarde) ..... 329 f.

Ring Nationaler Frauen (RNF) 66, 91, 101, 103

Riot 136, 163

Risalat al-Ikhwan (Rundschreiben der Bruderschaft, Publikation) 241

Robow, Mukthar 217

Rodermund, Paul 175

Rojava (Westkurdistan) 269, 273, 282

Roj TV A/S 33, 275

Roj TV (Fernsehsender) 265, 275

Rote Fahne (RF, Publikation) 176

Rote Flora 147, 164

Rote Hilfe e.V. (RH) ..... 152, 186 ff.

S

Saadet Partisi (SP – Partei der Glückseligkeit) ..... 249 ff., 255

Saad, Maulana Ibrahim 245

SAHA 271

säkular/laizistisch 195

Salafisten/salafistisch ..... 115, 123, 192, 196, 199 f., 202, 205, 221 ff., 234

Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf (Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat – GSPC) 211

salafistische Prediger ..... 200, 225 f.

Salahuddin (Emir) 235

Şanlı, Alişan Ecevit ..... 287 f.

Şaylemez, Leyla 269

Schadsoftware 313

Scharia (islamische Rechtsordnung) 209, 217, 221, 239, 242, 254

Schiiten/schiitisch/alawitisch ..... 195, 210, 218, 227 f., 247

Schönborn, Meinolf 78

Schüßler, Sigrid 66, 103

Scientology Kirche Frankfurt e.V. 351

Scientology-Organisation (SO) ..... 347 ff.

Serxwebûn (Unabhängigkeit, Publikation) 265, 275

Shahid-Stiftung (Märtyrer-Stiftung) 229

Singh Bhullar, Davinder Pal 304

Skinheads (rechtsextremistische) ..... 77, 80 f.

Skoda, Sven 90, 111

Soziale Netzwerke ..... 50, 52 ff., 58, 85, 196, 200, 219, 226, 228, 240, 279, 297

Sozialismus ..... 106, 173 ff., 181, 285, 288

Sozialistische Alternative (SAV) ..... 179 f., 183

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) ..... 174 f.

Sozialistische Linke (SL) ..... 181, 183 f., 186

Spreelichter (Internetportal) 88

Stêrka Ciwan (Stern der Jugend, Publikation) ..... 265, 279 ff.

Stêrk TV (Fernsehsender) 265, 275

Stern der Jugend (Stêrka Ciwan, Publikation) ..... 265, 279 ff.

Straßenmilitanz 138, 222

Studio Jundullah (Medienstelle) 219

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten ..... 69 ff., 80 f., 119

Sunnitisch ... 195, 209, 218, 224, 235, 237, 241

Susaningulleri (Publikation) 235

SWR (russischer ziviler Auslandsnachrichtendienst) 317, 321

T

Tablighi Jama'at (TJ – Gemeinschaft der Verkündung und Mission) ..... 206, 245 ff.

Tag der Märtyrer 279

Tag der politischen Gefangenen 153

Taleban 203, 219

Tamil Coordinating Committee (TCC) ..... 300 f.

Tamil Eelam ..... 298 f.

Tamil National Alliance (TNA) 299

TamilVan 300

Tatort Kurdistan (Kampagne) 188, 278

Temel, Abdussamet 251

Terrorismus, islamistischer .....28, 30 ff., 123,191 ff.

Terrorismus, Rechts- .....62 f., 76 ff.

Tevgera Ciwanên Azad a Kurdistanê (kurz: Ciwanên Azad) .....279 f.

Thiazi-Forum 57

Thüringer Heimatschutz (THS) 78

Trotzkisten 179

Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI) .....232 f.

Türkeş, Alparslan 296

Türkische Hizbullah (TH) .....206, 235 f.

Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML) 262

Türkische Konföderation in Europa (ATK) 296

Türkische Volksbefreiungspartei/-Front (THKP/-C) 31

TV 5 (Fernsehsender) 251

U

Uckermann, Jörg 116

Uka, Arid 197

Ülkücü-Bewegung .....295 ff.

Umarov, Dokku .....232 ff.

Umma (islamische Gemeinde) 239

Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB) 271

Union der Journalisten Kurdistans (YRK) 271

Union der Juristen Kurdistans (YHK) 271

Union der kurdischen Lehrer (YMK) 271

Union der Schriftsteller Kurdistans (YNK) 271

Union der Yeziden aus Kurdistan (YEK) 271

Union islamischer Gerichtshöfe (UIG) ...215

Union kurdischer Familien (YEK-MAL) 271

unsere zeit (uz, Publikation) .....173 f.

uz-Pressefest 174

V

Velioğlu, Hüseyin 236

Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK) 271, 273

Verein der Anatolischen Jugend (Anadolu Genclik Dernegi – AGD) 251

Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) .....265 f., 268, 270, 282

Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT) 248

Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV) 33, 129

Verlag 8. Mai GmbH 189

VEVAK (Iranischer ziviler In- und Auslandsnachrichtendienst) 329

Videoportale 52, 297

Vier-Säulen-Strategie 101

VIKO Fernseh Produktion GmbH 33

Vogel, Pierre 225

Voigt, Udo 90, 93

Volk in Bewegung & Der Reichsbote ..... 76, 126 f.

Volksfront 64, 94

Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL – Kongra Gelê Kurdistan), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ..... 259, 265 f, 270, 273

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK) 330

Volksverteidigungseinheiten (YPG) 270, 273

Volksverteidigungskräfte (HPG) ..... 266, 269, 280 f.

W

Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP) 229

War Crimes Day 300

War starts here 157, 171

Werwolf-Kommando 77

Westkurdistan (Rojava) ..... 269, 272 f., 282

White Youth 31

Widerstandsbewegung in Südbrandenburg 88

Wiking-Jugend e.V. (WJ) 30

Wirtschaftsschutz ..... 27, 339 f.

Wirtschaftsspionage ..... 27, 317, 326, 339 f.

Wirtschafts- und Finanzbüro (EMB – Ekonomi ve Maliye Bürosu) 283

Wohlleben, Ralf 78

Wolfsgruß 296, 298

Worch, Christian 107

World Institute of Scientology Enterprises (WISE) ..... 349 f.

Wulff, Thomas 100

Wuttke, Roland 76

Y

YATIM-Kinderhilfe e.V. 32

Yeni Akit GmbH 32

Yeni Müjde (Publikation) 235

Yeni Özgür Politika (YÖP – Neue Freie Politik, Tageszeitung) ..... 265, 268, 272, 275, 277 f.

Yürüyüş (Marsch, Publikation) .... 284 ff., 292

Z

Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung (Ekonomik ve Soysal Araştirma Merkezi – ESAM) 251

Zilan-Frauenfestival 277

Zschäpe, Beate .....78 f., 290

Zusammen Kämpfen (ZK), Berlin 153

2PLA (chinesischer militärischer In- und Auslandsnachrichtendienst) 324

[3A]*Revolutionäres Bündnis 143

3PLA (chinesischer militärischer technischer Nachrichtendienst) 324

Registeranhang zum Verfassungsschutzbericht 2013

In diesem Registeranhang sind die im vorliegenden Verfassungsschutzbericht genannten Gruppierungen aufgeführt, bei denen die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte in ihrer Gesamtschau zu der Bewertung geführt haben, dass die Gruppierung verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, es sich mithin um eine extremistische Gruppierung handelt.

Gruppierungen	Seitenzahl
A	
Abtrimo (Musikgruppe)	81 f.
AD Jail Crew	75
Aktionsbüro Mittelrhein (AB Mittelrhein)	90, 105, 108, 111
Aktionsbüro Rhein-Neckar	86
al-Aqsa e.V.	32
al-Gama'a al-Islamiya (GI)	241
al-Jihad al-Islami (JI)	241
al-Manar TV	33, 201, 227
al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH)	197, 213 ff.
al-Qaida (Die Basis)	192 ff., 197, 203, 206, 207 ff., 211 ff., 273
al-Qaida im Irak	193, 209
al-Qaida im islamischen Maghreb (AQM)	211 f.
al-Qaida im Jemen (AQJ)	213
al-Shabab	215 ff.
Anarchist Black Cross Berlin	152
Anatolische Föderation	260, 290 f., 293
an-Nussrah	34, 202
Ansar al-Islam (AAI – Gruppe der Anhänger des Islam)	206, 217 f.
Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB)	152
Antikapitalistische Linke (AKL)	180, 182 ff.
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK – Partiya Karkerên Kurdistan) alias KADEK, alias KONGRA GEL, alias KKK, alias KCK	30, 52, 188, 235, 258 ff., 262 ff., 297
Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí)	182
Association for Better Living & Education (ABLE)	351 f.
AVANTI – Projekt undogmatische Linke	144, 149 ff.
B	
Babbar Khalsa Germany (BKG)	302 f.

Gruppierungen	Seitenzahl
Babbar Khalsa International (BKI)	302 f.
Bauernhilfe e. V.	33
Bewaffnete Islamische Gruppe (Groupe Islamique Armé – GIA)	211
Blood & Honour (B&H)	31
Bremer Hilfswerk e.V.	32
Brigade al-Zubair	234
Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf	55, 122
Bürgerbewegung pro NRW (pro NRW)	69 f., 111, 118, 123, 133, 204, 222
C	
Church of Scientology International (CSI)	348
Collegium Humanum (CH)	33, 129
CRIMINON	351
D	
DawaFFM einschließlich der Teilorganisation Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V.	34, 202, 226
DawaTeam Islamische Audios (auch Islamische Audios)	34, 202
Der III. Weg	85
Der Weg zum Glücklichsein (The Way to Happiness)	351
Deutsche Alternative (DA)	30
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	139, 173 ff.
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	112
Deutsche Taliban Mujahideen	203 f.
Deutsche Volksunion (DVU)	70, 108
Deutschsprachiger Muslimkreis Braunschweig e.V., siehe auch Islamische Zentren	243
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	31, 284
DIE RECHTE	63, 69 f., 79, 84, 89 f., 107 ff., 118
Die Wahre Religion (DWR, Internetplattform)	223
E	
Ekonomik ve Soysal Araştirma Merkezi (ESAM – Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung)	251
Ekonomi ve Maliye Bürosu (EMB – Wirtschafts- und Finanzbüro)	283
Erschießungskommando (Musikgruppe)	82
Europäische Aktion (EA)	129

Gruppierungen	Seitenzahl
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG)	249
Europäisches Institut für Humanwissenschaften e.V. (EIHW)	244
European Council for Fatwa and Research (ECFR – Europäischer Rat für Fatwa und wissenschaftliche Studien)	243
F	
Föderation der demokratischen Aleviten (FEDA)	271, 273
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)	295 ff.
Föderation der yezidischen Vereine e.V. (FKE)	271
Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE – Federation of Islamic Organisations in Europe)	243
Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	264, 271 ff., 276, 278
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)	30
Forum of European Muslim Youth and Student Organizations (FEMYSO)	245
Freedom and Justice Party (FJP – Partei für Freiheit und Gerechtigkeit)	242, 244
Freies Netz Süd (FNS)	66, 74, 84 ff., 90, 132
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	31
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK – Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê)	265 f., 270
G	
GefangenenHilfe.info (GH)	75
GegenStandpunkt	178 f.
Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (KKK – Koma Komalên Kurdistan), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	265 f., 270
Gemeinschaft der Verkündigung und Mission (TJ)	206, 245 ff.
Geraer/Sozialistischer Dialog (GSoD)	183 ff.
Groupe Islamique Armé (GIA – Bewaffnete Islamische Gruppe)	211
Gruppe der Anhänger des Islam (Ansar al-Islam – AAI)	206, 217 f.
H	
Hamburger Nationalkollektiv & Weisse Wölfe Terrorcrew (HNK & WWT)	77

Gruppierungen	Seitenzahl
Harakat al-Muqawama al-Islamiya (HAMAS – Islamische Widerstandsbewegung)	32, 192, 206, 230 ff., 241 f.
Headquarters	299 f.
Heimattreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V. (HDJ)	33
Hezb-e Islami-ye Afghanistan (HIA – Islamische Partei Afghanistans)	206, 237 f.
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	34, 75
Hizb Allah (Partei Gottes)	192, 201, 206, 227 ff.
Hizb ut-Tahrir (HuT – Partei der Befreiung)	32, 206, 239 ff.
I	
Inkubation (Musikgruppe)	89
International Association of Scientologists (IAS)	350
Internationale Humanitäre Hilfsorganisation e.V. (IHH)	33
Internationaler Jugendverein – Dar al Schabab e.V.	34, 202, 226
Internationale Verbindungsstelle (LTTE-Flügel)	299 f.
International Sikh Youth Federation (ISYF)	302 f.
Interventionistische Linke (IL)	144, 147 ff., 186
Islamische Audios (auch DawaTeam Islamische Audios)	34, 202, 226
Islamische Bewegung Usbekistans (IBU)	204, 206, 219 f.
Islamische Gemeinde Kurdistans (CIK)	271
Islamische Gemeinde Nürnberg e.V.	243
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	243 ff.
Islamische Gemeinschaft in Münster e.V.	243
Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V. (IGMG)	192, 206, 248 ff.
Islamische Partei Afghanistans (HIA)	206, 237 f.
Islamischer Staat Irak	195, 209 f.
Islamischer Staat Irak und Großsyrien (ISIG)	195, 209 f.
Islamisches Zentrum Frankfurt e.V.	243
Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH)	206, 247 f.
Islamisches Zentrum München e.V. (IZM)	243
Islamisches Zentrum Stuttgart e.V.	243
Islamische Widerstandsbewegung (Harakat al-Muqawama al-Islamiya – HAMAS)	32, 127, 192, 206, 230 ff., 241 f.
Izzaddin al-Qassam-Brigaden	230 f.

Gruppierungen	Seitenzahl
J	
Jabhat al-Nusra (JaN)	195, 209
Jugend für Menschenrechte (Youth for Human Rights)	352
Junge Nationaldemokraten (JN)	91, 103 f., 117, 131
K	
Kalifatsstaat	31
Kameraden in Haft (KiH)	75
Kameradschaft Hamm (KS Hamm)	109
Kaukasisches Emirat (KE), siehe auch NKSB	232 ff.
Khalistan Zindabad Force (KZF)	302 f.
Koma Komalên Kurdistan (KKK – Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	265 f., 270
Komalên Ciwan	269, 271 f., 278 ff., 284
Kommando Skin (Musikgruppe)	120
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM)	352 f.
Kommunalpolitische Vereinigung der NPD (KPV)	91, 103 f.
Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE (KPF)	181, 183 ff.
KONGRA GEL (Volkskongress Kurdistans), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	259, 265 f., 270, 273
Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê (KADEK – Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans)	265 f., 270
Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK), siehe auch Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	270 f.
Kurdische Frauenbewegung in Europa (AKKH)	271
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. (CENÎ)	277
Kurdistan Informationsbüro (KIB)	31
Kurdistan-Komitee e.V.	30
L	
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	260, 262, 298 ff.
LIES!	200, 223 f.
Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungs-genossenschaft junge Welt e.G.	189 f.
M	
MaKss Damage (Musikgruppe)	73, 110

Gruppierungen	Seitenzahl
Märtyrer-Stiftung (Shahid-Stiftung)	229
marx21	179, 185 f.
Marxistisches Forum (MF)	183 f.
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	262
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	176 f., 278
Mesopotamia Broadcast A/S	33
Millatu Ibrahim	34, 202 f., 220
Muslimbruderschaft (MB)	206, 225, 230, 241 ff.
Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD)	245
N	
NARCONON	351
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	54, 64, 66 ff., 90 ff., 112, 117 ff., 121 f., 129 ff., 161
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) alias Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)	30, 270
Nationale Offensive (NO)	30
Nationale Selbstjustiz (Musikgruppe)	125 f.
Nationale Sozialisten Döbeln	89
Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO)	109
Nationalistische Front (NF)	30
Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)	20 f., 63, 76, 78 f., 87, 290
Neue Ordnung	77 f.
Noie Werte (Musikgruppe)	79
Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB)	199, 206, 232
O	
Orientbrücke Marburg e. V.	243
P	
Palestinian Return Centre (PRC)	231
Partei der demokratischen Union (PYD)	259, 264, 270, 273 f., 282
Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (Freedom and Justice Party – FJP)	242, 244
PC Records	133
R	
Rawt i Shax	218
REBELL	176 f.
Revolutionäre Aktionszellen (RAZ)	172, 188

Gruppierungen	Seitenzahl
Revolutionäre Linke (Devrimci Sol – Organisation)	31, 284
Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC)	285, 288 f.
Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP)	285
Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)	22, 31, 259 f., 262, 284 ff.
Ring Nationaler Frauen (RNF)	66, 91, 101, 103
Roj TV A/S	33, 265, 275
Rote Hilfe e.V. (RH)	152, 186 ff.
S	
Scientology Kirche Frankfurt e.V.	351
Scientology-Organisation (SO)	347 ff.
Shahid-Stiftung (Märtyrer-Stiftung)	229
Sozialistische Alternative (SAV)	179 f., 183
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	174 f.
Sozialistische Linke (SL)	181, 183 f., 186
T	
Tablighi Jama'at (TJ – Gemeinschaft der Verkündigung und Mission)	206, 245 ff.
Tamil Coordinating Committee (TCC)	300 f.
Thüringer Heimatschutz (THS)	78
Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI)	232 f.
Türkische Hizbullah (TH)	206, 235 f.
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	262
Türkische Volksbefreiungspartei/-Front (THKP/-C)	31
U	
Ülkücü-Bewegung	295 ff.
Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)	271
Union der Journalisten Kurdistans (YRK)	271
Union der Juristen Kurdistans (YHK)	271
Union der kurdischen Lehrer (YMK)	271
Union der Schriftsteller Kurdistans (YNK)	271
Union der Yeziden aus Kurdistan (YEK)	271
Union islamischer Gerichtshöfe (UIG)	215
Union kurdischer Familien (YEK-MAL)	271
V	
Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK)	271, 273

Gruppierungen	Seitenzahl
Verein der Anatolischen Jugend (Anadolu Genclik Dernegi – AGD)	251
Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	265 f., 268, 270, 282
Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten (VRBHV)	33, 129
Verlag 8. Mai GmbH	189
VIKO Fernseh Produktion GmbH	33
Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL – Kongra Gelê Kurdistan), siehe auch Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	259, 265 f., 270, 273
Volksverteidigungskräfte (HPG)	266, 269, 280 f.
W	
Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)	229
Werwolf-Kommando	77
White Youth	31
Widerstandsbewegung in Südbrandenburg	88
Wiking-Jugend e.V. (WJ)	30
Wirtschafts- und Finanzbüro (EMB – Ekonomi ve Maliye Bürosu)	283
World Institute of Scientology Enterprises (WISE)	349 f.
Y	
YATIM-Kinderhilfe e.V.	32
Yeni Akit GmbH	32
Z	
Zentrum für Wirtschafts- und Sozialforschung (Ekonomik ve Soysal Araştirma Merkezi – ESAM)	251
Zusammen Kämpfen (ZK), Berlin	153
[3A]*Revolutionäres Bündnis	143

Bildnachweis

S. 50 http://florableibt.blogsport.de/bundesweite-demo-21-12/

S. 51 Screenshot www.facebook.com

S. 52 http://www.youtube.com

S. 53 www.freies-netz-sued.net/index.php/2014/03/30/brandenburg-nationales-kruemelmonster-festgenommen (07.05.2014)

S. 54 www.facebook.com/DeutschlandGegenKindesmissbrauch

S. 55 www.facebook.com/BB.Hellersdorf

S. 72 www.front-records.com (13.03.2014)

S. 74 dpa

S. 78 www.facebook.com/GefangenenhilfeFreundeskreis (18.02.2014)

S. 82 www.88nsm.com (15.11.2013)

S. 87 dpa

S. 96 http://werbemittel.npd.de/contents/de/p303.html

S. 97 www.npd-erzgebirge.info/ (04.11.2013)

S. 102 www.rockfuerdeutschland.de (11.06.2013)

S. 105 www.aktion-widerstand.de (04.09.2013)

S. 108 http://repression.aufmarsch.com/2013/08/13/weg-mit-allen-verboten/ (28.11.2013)

S. 112 www.facebook.com/proNRW/photos_stream (05.12.2013)

S. 115 www.asylmissbrauch-stoppen.de (07.03.2013)

S. 116 http://pro-nrw.net/ (02.12.2013)

S. 118 dpa

S. 118 http://netzwerkmitte.com/nachrichten/13.01.2013.html (08.01.2013)

S. 119 www.endstufebremen.de/img/site/pics/gr/1364328822This%20One2

S. 120 www.youtube.com (09.12.2013)

S. 122 dpa

S. 130 www.facebook.com/DeutschlandGegenKindesmissbrauch/photos_stream (25.03.2013)

S. 132 www.info-niederbayern.org (10.10.2013)

S. 133 www.ds-aktuell.de (10.06.2013)

S. 142 dpa

S. 143 www.3a.blogsport.de

S. 145 dpa

S. 145 www.redglobe.de/deutschland/opposition/6585-heraus-zum-1-mai

S. 145 dpa

S. 147 http://3a.blogsport.de/category/1-mai/

S. 149 http://www.dazwischengehen.org/site/news

S. 154 http://enough14.org/2013/02/13/pk13-berlin-we-will-be-your-crisis-aufruf-gegen-den-europaischen-polizeikongress/

S. 157 http://de.indymedia.org/2013/07/346455.shtml

S. 157 LKA Sachsen-Anhalt

S. 159 http://de.indymedia.org/2012/12/339308.shtml

S. 162 http://stormarn.systemausfall.org/Archive/tag/diy

S. 164 dpa

S. 166 www.berlinerliste.noblogs.org

S. 168 http://g8nordirland.blogsport.de/aufruf/

S. 171 LKA Sachsen-Anhalt

S. 174 www.sdaj-netz.de/uber-uns/zukunftspapier/

S. 175 http://sued.sdaj-pfingstcamp.de

S. 277 http://ceni-kurdistan.com

S. 278 http://yxkonline.de/index.php/pressemitteilungen

S. 296 dpa

S. 301 www.pathivu.com/news/27368/74

S. 311 dpa

S. 312 BfV

S. 312 dpa

S. 312 dpa

S. 314 BfV

S. 318 dpa

S. 320 dpa

S. 326 dpa

S. 352 www.jugend-fuer-menschenrechte.org/menschenrechte (24.03.2014)

S. 352 www.kvpm.de/startseite (05.08.2013)

Impressum

Herausgeber:
Bundesministerium des Innern
Alt Moabit 101 D
10559 Berlin

Redaktion:
Bundesamt für Verfassungsschutz

Druck:
Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Der Verfassungsschutzbericht 2013 ist auch
über das Internet abrufbar, unter:
www.bmi.bund.de
www.verfassungsschutz.de

ISSN: 0177-0357

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.

Artikelnummer: BMI14005